

Landtag des Saarlandes

16. Wahlperiode



Pl. 16/23
13.02.19

23. Sitzung

am 13. Februar 2019, 09.00 Uhr, im Gebäude des
Landtages

Beginn: 09.00 Uhr
Ende: 18.29 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Toscani (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Heinrich (CDU)
Dritte Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)
Erste Schriftführerin Berg (SPD)
Zweiter Schriftführer Thielen (CDU)
Dritter Schriftführer Müller (AfD)

REGIERUNG:

Ministerpräsident, auch zuständig für die Bereiche
Wissenschaft, Forschung und Technologie, Hans
(CDU)
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
Rehlinger (SPD)
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister der
Justiz Strobel (CDU)
Minister für Inneres, Bauen und Sport Bouillon (CDU)
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Bachmann
Minister für Bildung und Kultur Commerçon (SPD)
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)

Es fehlen:

Abg. Enschede (fraktionslos)
Abg. Bouillon (CDU)

Abwesenheitsmitteilung	1511	Abg. Georgi (DIE LINKE) zur Begründung.....	1539
Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	1511	Abg. Dr. Jung (SPD).....	1540
Änderung der Tagesordnung	1511	Abg. Hecker (AfD).....	1542
Abgabe einer Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten zum Thema „Saarländische Gipfelpräsidentschaft und Aachener Vertrag: Deutsch-Französische Kompetenz für Europa“...	1511	Abg. Thielen (CDU).....	1543
Ministerpräsident Hans.....	1511	Minister Jost.....	1545
Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	1519	Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	1547
Abg. Kuhn-Theis (CDU).....	1522	Abg. Hecker (AfD).....	1549
Abg. Dörr (AfD).....	1524	Abstimmung, Ablehnung in Erster Lesung	1550
Abg. Ries (SPD).....	1525	4. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung bundesrechtlicher Justizgesetze (AGJusG) (Drucksache 16/721)	1550
Abg. Heinrich (CDU).....	1528	Minister Strobel zur Begründung.....	1550
1. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Zustimmung zum Zweiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drucksache 16/720)	1530	Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (VR)	1550
Ministerpräsident Hans zur Begründung.....	1530	5. Zweite Lesung des Gesetzes zur Modernisierung des Saarländischen Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung (SUVPModG) (Drucksache 16/682) (Abänderungsantrag: Drucksache 16/717)	1550
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (BKM)	1532	(Erste Lesung: 22. Sitz. v. 16. Jan. 2019)	
2. Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden und Landkreise des Saarlandes (Neugliederungsgesetz-NGG) (Drucksache 16/728)	1532	Abg. Fretter (CDU), Berichterstatterin.	1550
Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....	1532	Abstimmungen, Annahme in Zweiter und letzter Lesung	1551
Abg. Schäfer (CDU).....	1533	Unterbrechung der Sitzung	1551
Abg. Dörr (AfD).....	1535	6. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Abhängigkeit von Microsoft reduzieren - Einsatz von Open-Source-Software verstärken (Drucksache 16/730)	1551
Abg. Dr. Jung (SPD).....	1536	Abg. Lander (DIE LINKE) zur Begründung.....	1551
Abg. Dörr (AfD).....	1538	Abg. Mildau (CDU).....	1553
Abstimmung, Ablehnung in Erster Lesung	1538	Abg. Hecker (AfD).....	1555
3. Erste Lesung des von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Landeswaldgesetzes (Drucksache 16/729)	1539	Abg. Zimmer (SPD).....	1557
		Minister Strobel.....	1558

Abstimmung, Ablehnung des Antrages	1559	Ministerin Rehlinger	1574
7. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Identität von Migranten im Saarland lückenlos feststellen (Drucksache 16/732)	1560	Abg. Müller (AfD).....	1577
Abg. Müller (AfD) zur Begründung.....	1560	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/726, Annahme des Antrages	1578
Abg. Baltes (SPD).....	1561	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/731, Annahme des Antrages	1578
Abg. Georgi (DIE LINKE).....	1562	11. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: ÖPNV der Zukunft - für einen attraktiveren Nahverkehr im Saarland (Drucksache 16/727)	1578
Abg. Meyer (CDU).....	1563	Abg. Kurtz (SPD) zur Begründung.....	1578
Abg. Müller (AfD).....	1564	Abg. Schramm (DIE LINKE).....	1579
Abg. Meyer (CDU).....	1564	Abg. Gillen (CDU).....	1580
Abstimmung, Ablehnung des Antrages	1564	Abg. Dörr (AfD).....	1583
8. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Aufbau eines Schulwesens für sonderbegabte Kinder analog dem Fördersystem für behinderte Kinder - hier: Schaffung eines Systems zur Erkennung von Sonderbegabungen bei Schülern und Schülerinnen (Drucksache 16/733)	1564	Ministerin Rehlinger	1585
Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....	1564	Abstimmung, Annahme des Antrages	1588
Abg. Renner (SPD).....	1565	12. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Ausbau Photovoltaik vorantreiben - Förderprogramm für Photovoltaik-Heimspeicher auflegen (Drucksache 16/734)	1588
Abstimmung, Ablehnung des Antrages	1566	Abg. Georgi (DIE LINKE) zur Begründung.....	1588
9. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ des Bundes (Drucksache 16/726)	1566	Abg. Zimmer (SPD).....	1589
10. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Der Bund darf Saarland im Strukturwandel nicht alleine lassen (Drucksache 16/731)	1566	Abg. Hecker (AfD).....	1591
Abg. Roth (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/726.....	1566	Abg. Heinrich (CDU).....	1592
Abg. Lafontaine (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/731.....	1568	Abstimmung, Ablehnung des Antrages	1593
Abg. Speicher (CDU).....	1569	13. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Prävention und Aufklärung bei invasiven, gebietsfremden Tier- und Pflanzenarten ist notwendig (Drucksache 16/735)	1593
Abg. Hecker (AfD).....	1572	Abg. Döring (SPD) zur Begründung.....	1593
		Abg. Georgi (DIE LINKE).....	1595
		Abg. Fretter (CDU).....	1595
		Abg. Dörr (AfD).....	1597

Minister Jost 1597
Abstimmung, Annahme des Antrages 1598

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere heutige Sitzung und darf Sie ganz herzlich begrüßen. Es ist die 23. Sitzung unserer laufenden Legislaturperiode. Vonseiten der Landesregierung hat sich Minister Klaus Bouillon entschuldigt. Er ist heute erkrankt.

Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner heutigen Sitzung für 09.00 Uhr einberufen. Die Tagesordnung liegt Ihnen vor.

Herr Ministerpräsident Tobias Hans hat mit Schreiben vom 06. Februar 2019 mitgeteilt, dass er beabsichtigt, vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung eine Regierungserklärung abzugeben.

Zu diesem Thema begrüße ich ganz herzlich die Generalkonsulin der Französischen Republik hier in Saarbrücken. Herzlich willkommen, Frau Catherine Robinet!

(Beifall von den Regierungsfaktionen.)

Noch ein Hinweis zu unserer weiteren Tagesordnung. Die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums sind übereingekommen, die Aussprache zu den Punkten 9 und 10 der Tagesordnung wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam zu beraten. Das sind die Anträge der Koalitionsfraktionen und der DIE LINKE-Landtagsfraktion, die allesamt das Thema Strukturwandel betreffen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Ich erteile nun Herrn Ministerpräsidenten Tobias Hans das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung. Die Regierungserklärung hat das Thema:

„Saarländische Gipfelpräsidentschaft und Aachener Vertrag: Deutsch-Französische Kompetenz für Europa“

Ministerpräsident Hans:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Es ist ja in diesem Hause eine gute Tradition, dass sich die Landesregierung immer wieder in Form einer Regierungserklärung dem Thema Europa widmet. Auch ich möchte das heute gerne tun. Anlässe hierfür sind die Unterzeichnung des Aachener Vertrages

in der Fortschreibung des Élysée-Vertrages am 22. Januar sowie die Übernahme der Präsidentschaft des Gipfels der Großregion durch das Saarland. Beide Ereignisse sind in einem übergeordneten Kontext zu verstehen. Dieser Kontext ist Europa, die europäische Integration in der Europäischen Union.

Meine Damen und Herren, Europa ist für uns allgegenwärtig. Ob es um Arbeitsplätze bei Ford geht, um saubere Luft in unseren Städten, um den Bedarf an Fachkräften, um die Qualitätsstandards in unserer Gastronomie, um die Sicherheit unserer Daten in Zeiten von Social Media, es gibt kaum einen Bereich unseres Lebens, der nicht in diesem europäischen Kontext stünde.

Auch wenn das in früheren Zeiten längst nicht in dieser Dichte der Fall war, so ist es grundsätzlich nichts Neues. Großräumige - die heutigen nationalen Grenzen überschreitende - Bezüge und Lebenszusammenhänge gibt es, wie wir heute wissen, seit der Keltenzeit, mal zum Guten, wenn wir etwa an den überregionalen Austausch von Waren, Gütern, Fertigkeiten, Erkenntnissen und nicht zuletzt auch Menschen denken, mal zum Schlechten, wenn wir gerade an die Heimsuchung unserer Region durch Kriege und gewaltsame Auseinandersetzungen denken.

Neu ist in der Entstehung des geeinten Europas jedoch, dass man Konflikte nicht mehr mit Bomben und Granaten austrägt, sondern friedlich am Verhandlungstisch klärt, und dass man sich bei allen unterschiedlichen Interessen in einer übergeordneten Sphäre des Gemeinsamen bewegt. Solcherart Errungenschaft, meine Damen und Herren, bezeichnet man gemeinhin als Zivilisation. Da diese Errungenschaften meist einen besseren Zustand als zuvor hervorbringen, spricht man gelegentlich auch von zivilisatorischem Fortschritt.

Meine Damen und Herren, die Europäische Union ist das Ergebnis eines solchen zivilisatorischen Fortschritts. Hinter diesen Fortschritt dürfen wir nicht mehr zurückfallen. Aus diesem Grund kann es für die saarländische Landesregierung bei Europa auch nie um das Ob, sondern höchstens um das Wie gehen. Aus diesem Grund stehen wir zu Europa gerade und besonders in der heutigen Zeit.

(Beifall von den Regierungsfaktionen.)

Ich sagte, gerade in der heutigen Zeit, weil unverkennbar ist, dass die Fliehkräfte in den letzten Jahren zugenommen haben. Bereits seit dem Jahr 2000 - und daran dürfen wir nicht vorbeisehen - sind von 14 Referenden in den Mitgliedsstaaten, in denen es um die EU ging, zehn nicht im Sinne der Vertiefung der EU ausgegangen, am schmerzlichsten 2016 das Votum zum Brexit im Vereinigten Königreich.

(Ministerpräsident Hans)

Ein ähnlicher Befund ergibt sich bei einem Blick auf die Beteiligungen an den Wahlen zum Europäischen Parlament. Bei den ersten Europawahlen 1979 lag die Beteiligung bei 63 Prozent, 2014 waren es dann nur noch 43 Prozent und bei den Wählern unter 24 Jahren gar nur 28 Prozent. Gleichzeitig ist der Anteil der EU-skeptischen oder EU-feindlichen Kräfte im EU-Parlament von wenigen einzelnen im Jahr 1979 im Jahr 2014 auf ganze 20 Prozent gewachsen. Die Umfragen, Kolleginnen und Kollegen, prognostizieren für die Wahlen im Mai dieses Jahres sogar über 25 Prozent für diese Parteien. Dies geht einher mit der Stärkung EU-kritischer Parteien in den nationalen und auch in den regionalen Parlamenten. All dies lässt erkennen - und das dürfen wir aus meiner Sicht auch überhaupt nicht schönreden -, die EU hat bei den europäischen Bürgerinnen und Bürgern ein wachsendes Akzeptanzproblem.

Was ist unsere Antwort auf dieses Akzeptanzproblem? Ganz sicherlich nicht, dass wir den EU-skeptischen Kräften nach dem Munde reden. Für uns ist Europa nach wie vor Überzeugungssache. Eine Politik, die die eigenen Überzeugungen leugnet, kann niemals mit Erfolg gesegnet sein, meine Damen und Herren. Das ist das eine.

Andererseits kann unsere Antwort aber auch nicht in einem plumpen „Mehr Europa“ liegen oder gar in einem feurigen europäischen Hurra-Patriotismus nach dem Motto „Jetzt gerade zum Trotz!“. Damit würden wir es uns, glaube ich, zu einfach machen und auch Gefahr laufen, das Erbe von Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide De Gasperi leichtfertig zu verspielen.

Vielmehr müssen unsere Antworten in zwei Richtungen gehen. Erstens müssen wir uns auf das besinnen, was Europa auch in der Vergangenheit zum Motor des Fortschritts gemacht hat, nämlich die kritische Selbstreflexion. Wir müssen uns fragen: Was läuft falsch in der EU, wenn sich Bürgerinnen und Bürger von ihr abwenden und sogar ein wichtiger Partner, das Vereinigte Königreich, den gänzlichen Austritt beschließt?

Ein wesentlicher Punkt ist hier nach meiner Wahrnehmung die Fülle an EU-Verordnungen und EU-Richtlinien. So sehr diese Regelungen aufgrund der Mitwirkung von Rat und EU-Parlament demokratisch legitimiert sind, bei vielen Menschen besteht das Gefühl, dass im fernen Brüssel in schwer verständlichen Verfahren Dinge beschlossen werden, die die Menschen betreffen, ohne dass sie sie in irgendeiner Art und Weise beeinflussen können. Es bleibt also der Eindruck eines Demokratiedefizits in der Europäischen Union.

Bitte verstehen Sie mich da auch nicht falsch. Ich will hier nicht der Irrlehre Vorschub leisten, mittlerweile würden sich fast alle Rechtsnormen, die fest-

gelegt werden, in Brüssel abspielen. Natürlich ist es zu begrüßen, wenn wir EU-weit gemeinsame Standards beispielsweise im Verbraucher- oder im Umweltschutz haben. Aber wir sollten uns darüber unterhalten, wie weit das im Einzelfall tatsächlich gehen muss. So frage ich mich: Wie sinnvoll ist es, für Stickoxide EU-weit bindende Grenzwerte festzulegen, wenn der Umgang damit, wie wir alle wissen, in der Praxis ohnehin sehr unterschiedlich ist? Ich meine, es ist an der Zeit, dass wir innerhalb der EU wieder über das Subsidiaritätsprinzip nachdenken und dass wir in der EU wieder darüber reden, wie wir die geltende Kompetenzabgrenzung auch leben.

Bei aller Notwendigkeit zur Gemeinsamkeit dürfen die Menschen nicht das Gefühl des demokratischen Kontrollverlustes haben. Die Folgen davon sehen wir bei den Wahlbeteiligungen, sehen wir an dem Aufstieg der EU-feindlichen Parteien und schließlich am Austritt der Briten. Blenden wir innerhalb der EU diese Fragen aus, dann werden diese von mir genannten Fliehkräfte weiter zunehmen. Das ist meine tiefe Befürchtung. Das, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht zulassen, denn das können wir uns auch nicht leisten.

(Beifall von den Regierungsfaktionen.)

Wir können es uns nicht leisten, weil in anderen Bereichen ein Mehr an Europa dringend geboten ist. Man mag zu den Defiziten der EU stehen, wie man will, es gibt aber - wie wir seit den 68ern wissen - eine normative Kraft des Faktischen. Das heißt: Es gibt jenseits von allem Wünschen und Wollen objektiv gegebene Tatsachen, an denen wir nicht vorbeisehen können, an denen wir vielmehr unser Handeln ausrichten müssen.

Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat sich die Welt dramatisch gewandelt. Hinter der engen transatlantischen Bande, der wir seit der Nachkriegszeit einen behaglichen Frieden verdanken, steht heute zumindest ein Fragezeichen. Gleichzeitig sehen wir uns aber auch neuen imperialistischen Begehrlichkeiten Russlands gegenüber. Verbunden sind diese mit der autokratischen Bestrebung, die etwa im Präsidenten der Türkei einen eifrigen Nachahmer findet. Blicken wir weiter in den Nahen Osten und nach Nordafrika, so begegnet uns ein gescheiterter Arabischer Frühling, es begegnen uns Diktatur oder Chaos, jedenfalls - mit Ausnahme von Tunesien - keine hoffnungsvollen Demokratisierungsprozesse. Dann ist da noch das neue China, das ökonomisch wie auch politisch als Großmacht auf die Weltbühne zurückgekehrt ist, schließlich in Mittel- und Westeuropa die permanente Bedrohung des islamistischen Terrorismus.

Zu alledem kann man unterschiedliche Bewertungen anführen. Eins aber scheint mir unumstritten: Mit nationalen Alleingängen werden wir als europäische

(Ministerpräsident Hans)

Staaten diesen Herausforderungen nicht begegnen können. Ob wir es wollen oder nicht: Die Welt um uns herum zwingt uns zur Gemeinsamkeit. Ob wir es wissen oder nicht: Wir sind als Europa längst eine Schicksalsgemeinschaft. Und ob wir eine erfolgreiche Schicksalsgemeinschaft sind, das, meine Damen und Herren, liegt einzig und allein an uns.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir wollen, dass Europa eine erfolgreiche Schicksalsgemeinschaft bleibt. Konkret heißt das: Wir wollen, dass unsere Nachkommen in einer Welt des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes leben. Dabei geht es uns gar nicht darum, dass es ihnen einmal besser geht als uns, wie man es landläufig gerne formuliert. Wenn es ihnen nur genauso gut geht, dann haben wir aus meiner Sicht viel erreicht. Und das, meine Damen und Herren, wird unter den gegebenen Voraussetzungen schwer genug.

Hierzu brauchen wir ein Europa, das neue Wachstumspotenziale generiert und auch ausschöpft. Wir brauchen auf unserem Kontinent nachhaltiges Wachstum durch Innovation, Produktivität und Wertschöpfung und kein kurzfristiges Konsumwachstum anhand wachsender Verschuldung. Wir brauchen ein Europa der Gerechtigkeit mit leistungsfähigen Sozialsystemen, die zielgerichtet auch jedem Benachteiligten ein Leben in Würde gewährleisten. Wir brauchen eine wirksame grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung. Offene Grenzen dürfen kein Freibrief für Bandenkriminalität sein. Wir brauchen wehrhafte Demokratien, die ihren Feinden gleich welcher Couleur keine Chance lassen. Wir brauchen ein gemeinsames Europa, das sich seiner humanistischen Werte bewusst ist und mit einer starken Stimme diese Werte auch nach außen trägt. Und wir brauchen ein Europa, das aus eigenem Willen verteidigungsbereit und aus eigener Kraft verteidigungsfähig ist. Reden wir von diesem Europa, meine Damen und Herren, liebe Saarländerinnen und Saarländer, dann bekenne ich ganz klar: Ja, wir brauchen mehr Europa.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Europa braucht einen neuen Aufbruch. Und dieser Aufbruch kann nur von Frankreich - die Generalkonsulin ist heute da - und Deutschland kommen. Bereits Winston Churchill hat in seiner berühmten Züricher Rede im Jahr 1946 die deutsch-französische Partnerschaft als Schlüssel zur europäischen Einigung ausgerufen. Und die nachfolgenden Jahrzehnte sollten ihm da auch recht geben. Stotterte der deutsch-französische Motor, so stagnierte der europäische Einigungsprozess. Lief der deutsch-französische Motor, ging es auch mit Europa voran.

Dabei war es keineswegs so, dass Deutsche und Franzosen immer identische Interessen hatten. Eher war das Gegenteil der Fall. Deutschland und Frank-

reich waren meist die Exponenten der unterschiedlichen Europa-Auffassungen. Hatten sie sich in einem mühsamen Kompromiss geeinigt, dann konnten auf einmal auch die anderen folgen.

Dieser deutsch-französische Dualismus ist heute keineswegs überwunden. Wie unterschiedlich Deutsche und Franzosen auch mehr als fünf Jahrzehnte nach dem Élysée-Vertrag noch sind, sehen wir etwa am Umgang mit der Kernkraft und ihren Risiken. Was für die Masse der Franzosen überhaupt kein Problem ist, das weckt bei uns ein hohes Maß an Sensibilität, für das wir auch eine gewisse Rücksichtnahme bei unseren französischen Nachbarn einfordern. Deswegen haben wir nun gemeinsam mit Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Bundesrat einen Entschließungsantrag eingebracht, der die Bundesregierung erneut auffordert, in Verhandlungen mit dem Nachbarstaaten auf ein möglichst schnelles Abschalten der Risikokraftwerke - wie beispielsweise auch Cattenom ganz in unserer Grenznähe - zu drängen. Auf der anderen Seite - auch das muss man erwähnen - hat Frankreich jüngst zunächst vollkommen unerwartet verkündet, dass es der Überarbeitung der Europäischen Gasrichtlinie zustimmen will. Diese würde für Nord Stream 2, immerhin ein Kernanliegen der Bundesregierung, eine Reihe von zusätzlichen Auflagen bedeuten, die das Projekt am Ende sogar unwirtschaftlich machen könnten. An solchen Beispielen sehen wir, dass die deutsch-französische Partnerschaft nicht als permanente Flitterwochen falsch verstanden werden dürfen. Nein, auch sie, die deutsch-französische Partnerschaft, unterliegt immer wieder den Maßgaben harter Interessenpolitik.

Das heißt aber nicht, dass die deutsch-französische Partnerschaft ein Placebo ohne jede Realwirkung wäre. Nein, gerade im Zusammenführen unterschiedlicher Interessen, gerade in der Suche nach dem Kompromiss und in dem festen Willen, dies immer wieder anzustreben, gerade darin liegen doch die Bedeutung und der besondere Wert der deutsch-französischen Partnerschaft.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dass im Übrigen letztlich dann doch eine Lösung für Nord Stream 2 gefunden wurde, ist der aktuellste Beleg für diesen Befund.

(Beifall des Abgeordneten Lafontaine (DIE LINKE).)

Vor diesem Hintergrund ist es auch ein gutes Zeichen, dass Deutschland und Frankreich im Aachener Vertrag den Élysée-Vertrag von 1963 fortgeschrieben haben.

Der Vertrag steht in der Kontinuität des Élysée-Vertrages aus dem Jahr 1963. Dieser Élysée-Vertrag damals war ja nicht der Gründungsakt der deutsch-

(Ministerpräsident Hans)

französischen Aussöhnung. Die hatte längst in den Jahren zuvor ihren Anfang genommen und war spätestens nach der Lösung der Saarfrage 1956 im Vertrag von Luxemburg auf einem guten Kurs. Der Élysée-Vertrag knapp zehn Jahre später war vielmehr die Besiegelung dieser besonderen partnerschaftlichen Beziehungen.

Dabei sollten wir heute keineswegs einer Legendenbildung Vorschub leisten. Auch der Élysée-Vertrag damals war kein Akt des selbstlosen Altruismus. De Gaulle ging es darum, in einer engen deutsch-französischen Allianz den Einfluss der USA in Grenzen zu halten. Die Bundesrepublik Deutschland wollte aber gerade diese Allianz um ihrer selbst willen und nicht auf Kosten ihrer transatlantischen Beziehungen, was dann in einer Präambel zum Vertrag auch festgehalten wurde. Für De Gaulle war dies eine große Enttäuschung, für ihn hatte der Vertrag seinen eigentlichen Zweck verfehlt.

Dennoch entfaltete der Vertrag in der Folgezeit ungeahnte Wirkungen und zog einen ganzen Kometenschweif an Initiativen und Einrichtungen der engen Kooperation und Partnerschaft hinter sich her - auf gouvernementaler, auf parlamentarischer Ebene, auf Ebene der Gebietskörperschaften bis hinab zu den Kommunen wie auch auf Ebene der zivilgesellschaftlichen Institutionen. Es gibt heute keine zwei Staaten in Europa, die eine so enge Partnerschaft pflegen. Meine Damen und Herren, auf diese Partnerschaft, die gerade wir Saarländerinnen und Saarländer so besonders schätzen, sind wir Saarländerinnen und Saarländer auch ganz besonders stolz.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Deshalb ist der Aachener Vertrag das richtige Zeichen in einer Zeit, in der unilaterale Politikmodelle zu einer schlechten Angewohnheit zu werden drohen. In einer Zeit, in der rationale Interessenpolitik zunehmend mit reinem Egoismus verwechselt wird, in einer Zeit, in der das Für- und Miteinander immer mehr in ein rüdes Gegeneinander abgleitet - dies auch umso bedauerlicher unter EU-Partnern -, in dieser Zeit setzt der Aachener Vertrag ein Ausrufezeichen, das weit über unsere beiden Länder hinaus wirkt. Ich bin überzeugt: Es wird die Zeit kommen, in der man urteilen wird: Wie gut, dass Deutschland und Frankreich im Jahre 2019 den richtigen Weg gewiesen haben.

Hierzu bedurfte es auch nicht der Neuerfindung des Rades im Aachener Vertrag. In vielen Punkten wird hier bekräftigt, dass man die bewährten Formen der Zusammenarbeit weiterführt und vertieft. Dies geschieht im Bereich der gemeinsamen Konsultationen, im Bereich des abgestimmten Agierens innerhalb der EU, im Bereich der Wirtschafts-, Finanz-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, der Terroris-

musbekämpfung, der Afrikapolitik, der Kultur-, Bildungs- und Forschungspolitik. Hier findet sich substanziell wenig Neues. Ausnahmen sind etwa die Einführung einer mehrjährigen Vorhabenplanung des Deutsch-Französischen Ministerrates, zu dem künftig auch Vertreter der Länder und der französischen Regionen eingeladen werden können, die Einrichtung eines gemeinsamen Rates der Wirtschaftssachverständigen, die Auflegung eines gemeinsamen Bürgerfonds zur Unterstützung von Städtepartnerschaften oder die Schaffung neuer deutsch-französischer Exzellenzinstrumente in der Forschung, Ausbildung und Berufsbildung. An Novitäten wäre zu nennen die Aufnahme Deutschlands als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die damit zur Priorität der deutsch-französischen Diplomatie erhoben wird.

Ebenfalls neu ist die Klausel, nach der „mindestens einmal im Quartal ein jeweils wechselndes Mitglied der Regierung eines der beiden Staaten an einer Kabinettsitzung des anderen Staates“ teilnimmt. Zur Gestaltung des digitalen Wandels hat man sich auf die Gründung eines deutsch-französischen Zukunftswerks festgelegt, das sich insbesondere mit den entsprechenden gesellschaftlichen Transformationsprozessen auseinandersetzen soll.

Flankierend zum Aachener Vertrag sollen zwischen dem Bundestag und der Assemblée nationale ein deutsch-französisches Parlamentsabkommen und zwischen Bundesrat und französischem Senat eine Parlamentserklärung verabschiedet werden. Damit wird, was ursprünglich gar nicht geplant war, auch die längst etablierte parlamentarische Zusammenarbeit besiegelt, bekräftigt und vertieft. Genau dafür habe ich mich als Vorsitzender der deutsch-französischen Freundschaftsgruppe im Bundesrat und als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz vehement eingesetzt. Ich bin meinen Länderkollegen wirklich dankbar, dass sie dieser Initiative gefolgt sind, weil dies eine Initiative ist, die die deutsch-französische Freundschaft auf die Ebene der Parlamentarier zurückbringt. Da gehört sie meines Erachtens hin.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wichtig für uns als Saarland ist, dass der Vertrag der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein eigenes Kapitel widmet und ihr damit einen besonderen Stellenwert einräumt. Daran - das darf man in aller Bescheidenheit hervorheben - haben wir Saarländerinnen und Saarländer maßgeblichen Anteil. Wir haben in den Verhandlungen immer wieder auf die Bedeutung der Grenzregionen für die deutsch-französische Partnerschaft hingewiesen und uns für eine Aufnahme in den Vertrag eingesetzt. Gerade für unsere französischen Freunde, deren Blick auf die Peripherie noch stark vom traditionellen zentralistischen Denken geprägt ist, war das alles andere

(Ministerpräsident Hans)

als selbstverständlich. Weil das für einen zentralistisch geprägten Staat so wenig selbstverständlich ist, ist das ein riesiger Erfolg, dass es gelungen ist, die Rolle der Grenzregion im Aachener Vertrag zu beleuchten. Das ist etwas, worauf wir stolz sind, dass uns das gelungen ist.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

So kommt es, dass neben dem Bekenntnis zur herausgehobenen Bedeutung der Grenzregionen die Zweisprachigkeit in den Grenzregionen ebenso zum gemeinsamen Ziel erhoben wird genauso wie die Stärkung der digitalen wie auch physischen Mobilität. Bedeutender sind aber aus meiner Sicht zwei weitere Punkte. Zum einen soll ein Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit eingerichtet werden, dem Vertreter der lokalen, regionalen und nationalen Gebietskörperschaften wie auch der Parlamente angehören. Dies ist eine Art Zentralstelle, die sich mit allen Aspekten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit befasst, besondere Schwerpunktvorhaben identifiziert und helfen soll, Schwierigkeiten und Hemmnisse abzubauen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird damit zur beiderseitigen nationalen Chefsache gemacht.

Zum andern wird festgehalten, dass zur Überwindung von Hindernissen, sofern kein anderes Instrument dies ermöglicht, „auch angepasste Rechts- und Verwaltungsvorschriften einschließlich Ausnahmeregelungen vorgesehen werden“. Das bedeutet nichts anderes, als dass Deutschland und Frankreich den Weg für den luxemburgischen Vorschlag eines Grenzraumrechts, eines sogenannten European Cross Border Mechanism, freimachen. Damit werden neue Möglichkeiten echter Ko-Administration beispielsweise bei Kitas, Bus- und Bahnverkehren oder anderen öffentlichen Diensten geschaffen. Das ist doch gerade für unsere Großregion ein riesiger Erfolg, weil wir doch alle wissen, welche Hemmnisse wir Tag für Tag haben. Die zu beseitigen muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Der besondere Stellenwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Aachener Vertrag ist für uns Ansporn zu noch intensiveren Bemühungen, denn hier entfaltet in besonderem Maße das Faktische seine normative Kraft. Dazu gehört nämlich, dass innerhalb der Großregion nun schon über 230.000 Menschen tagtäglich auf dem Weg zur Arbeit eine Grenze überschreiten. Dazu gehört die Tatsache, dass in Lothringen eine Jugendarbeitslosigkeit von über 20 Prozent herrscht, während wir hier händeringend Fachkräfte und Auszubildende suchen. Dazu gehört, dass zahlreiche mittelständische Unternehmen zur Generierung von nachhaltigem Wachstum auf einen barrierefreien Zutritt zu den grenzüberschreitenden Märkten angewiesen sind.

Es ist keine Frage: Vieles spricht für eine weitere Vertiefung unserer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Ich wüsste überhaupt nicht, was dagegen spricht.

Dabei haben wir ganz ohne Zweifel in den vergangenen Jahren viel erreicht: Schulpartnerschaften, Schülerbegegnungen und Sprachprogramme, grenzüberschreitende duale Ausbildung, Kulturfestivals von nationaler Bedeutung, die Krankenhausoperationen, die Rettungsdienstinsätze, die Polizeikooperation, der gemeinsame Kulturpark Bliesbruck-Reinheim und viele weitere Projekte zeigen: Wir sind weit vorangekommen. Dass diese erfolgreichen Bemühungen nun durch den Aachener Vertrag gewürdigt werden, dürfen wir erfreut zur Kenntnis nehmen. Das zeigt: Wir sind damit auf dem richtigen Weg.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dies gilt zunächst für unsere Frankreichstrategie. Diese wurde ja nicht nur von der EU-Kommission als Modelllösung für eine Mehrsprachigkeitsstrategie gewürdigt. Auch das Bekenntnis im Aachener Vertrag zur Zweisprachigkeit bestätigt unseren Weg, den wir 2013 eingeschlagen haben. Dabei ist nach den ersten fünf Jahren seit der Vorstellung der Eckpunkte zur Frankreichstrategie viel geschehen. Das neue, von der Universität des Saarlandes und dem Ministerium für Bildung vorgelegte Sprachenkonzept bestätigt den Weg zur funktionalen Mehrsprachigkeit in Schule und Bildung als Chance für jeden Einzelnen.

Die Zahl der Kitas und Grundschulen, die nach dem Prinzip des frühkindlichen Spracherwerbs wissenschaftlich fundierte Lernarbeit leisten, steigt ebenso an wie die Zahl der deutsch-französischen Ausbildungsverhältnisse. Von 480 Kindertagesstätten sind heute 220 bilingual. 68 saarländische Kitas wurden als zweisprachige Kindertageseinrichtungen des „Deutsch-Französischen Netzwerkes Ecoles Maternelles bilingues - Elysee 2020“ zertifiziert. Bundesweit und frankreichweit ist dies bislang bei 158 Einrichtungen der Fall. 47 der 162 Grundschulen im Saarland unterrichten Französisch ab der Klassenstufe 1, für alle anderen ist der Französischunterricht ab Klasse 3 verbindlich. Zudem bieten vier bilinguale Grundschulen sowie eine weitere Grundschule mit gebundenem bilingualem Ganztagszweig Französisch ab Klassenstufe 1 an.

Ich könnte viele weitere Zahlen nennen, etwa die bundesweit einzigartigen Erfolge bei den Sprach-Zertifikatsprüfungen des französischen Staates oder die wachsende Zahl derjenigen Schülerinnen und Schüler, die die Kompetenzbescheinigungen der IHK und des Bildungsministeriums erwerben, die vier AbiBac-Schulen, das DFG und das Schengen-Lyzeum. Das alles sind Zahlen und Fakten, die belegen, dass unsere Anstrengungen zum verstärkten

(Ministerpräsident Hans)

Erwerb der französischen Sprache von den Menschen angenommen werden. Wir sind damit auf einem richtigen Weg. Dieses Vorzeigeprojekt wird die saarländische Landesregierung weiter vorantreiben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dass es von den Menschen angenommen wird, beweist doch erstens: Das Saarland hat tatsächlich eine besondere Frankreichaffinität. Das ist nicht nur eine hohle Phrase. Das beweist zweitens: Unsere Strategie, das Englische dabei nicht zu vernachlässigen, ist richtig. Deswegen werden wir daran auch festhalten.

Aber, unsere Frankreichstrategie beschränkt sich nicht auf die kulturelle Dimension des verstärkten Spracherwerbs. Vielmehr wollen wir damit auch erreichen, dass unsere Grenzregion noch mehr als bisher zu einem Verdichtungsraum für deutsche und französische Unternehmen wird. Genau zu diesem Zweck haben wir nun die Möglichkeit geschaffen, dass im Bereich des Privatrechts und an den Wirtschaftskammern des Saarlandes in Französisch verhandelt werden kann. Und dass jetzt in der Tat im Saarland an Wirtschaftskammern auf Französisch verhandelt wird, das ist etwas, was national von besonderer Aufmerksamkeit begleitet wird. Aber auch international schauen die Menschen darauf und das ist ein starkes Bekenntnis des Saarlandes zu seiner Orientierung an Frankreich, und es ist ein gutes Signal, das wir damit aussenden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

In den Zusammenhang der Ausprägung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes gehört natürlich auch, dass wir weiter auf den Ausbau des Nordastes der ICE-TGV-Verbindung nach Paris drängen. Diese Verbindung ist von essenzieller Bedeutung für die Zentralität unserer Großregion im Herzen Europas. Angesichts steigender Nutzerzahlen auf dieser Strecke haben wir auch ein gutes Argument zur Hand, uns weiter für diesen Nordast der ICE-TGV-Verbindung starkzumachen. Ich kann Ihnen an dieser Stelle auch zusagen, die Landesregierung wird hier nicht lockerlassen, wir treten weiterhin für diese für uns wichtige Lebensader, diese Verbindung nach Frankreich, ein.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Einen Mehrwert versprechen wir uns auch von der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die 1948 als Université de la Sarre gegründete Universität ist die einzige Hochschule in Deutschland, die im Rahmen ihres Centre juridique franco-allemand die Möglichkeit hat, den französischen Abschluss Licence zu verleihen. Darüber hinaus gibt es an allen Fakultäten Kooperationen in Forschung und Lehre mit Hochschulen im Nachbarland, die durch das Frank-

reich-Zentrum fächerübergreifend zusammengefasst werden. Die HTW verfügt mit dem durch Regierungsabkommen mit der französischen Republik 1978 gegründeten Deutsch-Französischen Hochschulinstitut für Technik und Wirtschaft nicht nur die älteste, sondern wegen steter Weiterentwicklung auch die bislang erfolgreichste Einrichtung in Deutschland. An unseren Hochschulen ist also die intensive Kooperation mit Frankreich und Europa ein Markenzeichen, deren Ausdruck eine im Vergleich aller Bundesländer sehr hohe Zahl von gemeinsamen Studiengängen ist.

Schon heute arbeiten an unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen viele französische Wissenschaftler. Das gilt auch für das DFKI, das in vielen Projekten schon mit Partnern in Frankreich kooperiert. Von daher fahren wir hart am Wind um eine herausgehobene Position, wenn Deutschland und Frankreich den Aufbau einer deutsch-französischen KI-Strategie, eines Netzwerks vorantreiben. Das ist etwas, was wir natürlich dankenswert aufnehmen und wo wir die saarländische Position verstärkt einbringen, damit klar ist: Wenn wir über künstliche Intelligenz im deutsch-französischen Kontext reden, dann muss Saarbrücken, dann muss das Saarland die entscheidende Rolle spielen, meine Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Diese Anstrengungen sind umso vielversprechender, als zurzeit in Paris mit der Station F das europaweit größte Starterzentrum entsteht. Ich weiß, einige Kollegen waren ebenfalls schon dort und konnten sich überzeugen. Ich habe dieses Zentrum auch besucht und hochinteressante Gespräche geführt. Wir wollen dort als Saarland einen Fuß in die Tür bekommen, um unsere Wissenschaftsexzellenz an vielversprechender Stelle einzusetzen. Vor diesem Hintergrund ist es auch sinnvoll, dass wir in Paris wieder eine Vertretung eröffnet haben, dass wir mit Delegationsreisen in ganz Frankreich unterwegs sind, dass wir Gespräche mit den Spitzen aus Politik und Wirtschaft führen, wie zuletzt im November mit Premierminister Edouard Philippe.

Die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich von KI hat überdies das Ziel, Kern einer europäischen Gemeinschaftsanstrengung zu werden, denn ohne Zweifel stehen wir als Europa bei den KI-basierten Zukunftstechnologien in einem ganz harten Konkurrenzkampf mit den USA und China, die uns beide derzeit um Längen voraus sind, da braucht man keinen Hehl daraus zu machen. Aus diesem Grund brauchen wir in Europa, für Europa einen neuen Schuman-Plan, einen Schuman-Plan für eine europäische KI-Gemeinschaft. Ich glaube, dass es das wert ist, daran als europäisches Kernprojekt zu arbeiten, meine Damen und Herren!

(Ministerpräsident Hans)

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Diese Notwendigkeit wird mittlerweile auch bei der Kommission in Brüssel anerkannt und findet ihren Niederschlag im Aachener Vertrag. Wir setzen alles daran, dass das Saarland mit seiner Forschungsexzellenz im Bereich von KI, aber ganz besonders auch Cyber-Sicherheit Ausgangspunkt und Zentrum dieser KI-Union sein wird.

Aber, meine Damen und Herrn, bei allem Drang nach Paris und Brüssel wird unser Fokus natürlich immer auf unsere unmittelbaren Nachbarn jenseits der Grenze gerichtet bleiben. Vor genau fünf Wochen hatten wir in diesem Hohen Haus eine viel beachtete Premiere, als der Präsident des Conseil Départemental de la Moselle, Patrick Weiten, hier eine eindrucksvolle Rede gehalten hat. Die vom saarländischen Landtag an diesem Tag verabschiedete gemeinsame Resolution wird am 09. Mai dieses Jahres in identischer Weise vom Conseil Départemental beschlossen werden. Sie fordert die nationalen Ebenen auf, das, was sie im Aachener Vertrag erklären, auch mit zusätzlichen finanziellen Mitteln für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu unterlegen. Eine Forderung, die ich an dieser Stelle, sicherlich auch in Ihrer aller Sinne, noch einmal vehement unterstreichen möchte.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Saarländerinnen und Saarländer, mit unserer Frankreichstrategie setzen wir auf die enge Zusammenarbeit mit unserem Nachbarn. Das mindert keineswegs unser Bemühen, die Großregion als Ganzes weiter voranzubringen. Hierbei kommt uns mit der Übernahme des Gipfelvorsitzes am 30. Januar im luxemburgischen Remerschen eine ganz besondere Verantwortung zu.

Auch in Bezug auf die Großregion ist es nicht notwendig, dass wir das Rad neu erfinden. In vielen Bereichen schreitet die Vertiefung Stück für Stück voran. Ich muss Ihnen das nicht im Einzelnen aufzählen. Sie kennen die zahlreichen Initiativen und Projekte, denen wir uns als Regierung ebenso widmen wie Sie tagtäglich als Abgeordnete. Dabei - und auch das ist für den saarländischen Landtag nicht unbedeutend - hat der Gipfel ausdrücklich die gute Zusammenarbeit mit dem Interregionalen Parlamentarierrat gewürdigt. Ich bin sicher, dass dies auch unter dem neuen Vorsitz unseres Landtagspräsidenten Stephan Toscani genauso bleiben wird.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Sie kennen aber auch die Stellen, bei denen noch Handlungsbedarfe bestehen in unserer gemeinsamen Großregion, etwa im Bereich des ÖPNV, im Bereich der Daseinsvorsorge oder bei den Versor-

gungsinfrastrukturen. Überall dort hindern uns die unterschiedlichen gesetzlichen, administrativen und technischen Standards und Vorgaben, wirkungsvolle Formen der Kooperation zu finden.

Hier setzen wir auf die im Aachener Vertrag in Aussicht gestellte Option der Rechtsangleichung beziehungsweise Rechtsübertragung. Daher werden wir darauf drängen, dass dieses Versprechen nun zügig in geltendes Recht umgesetzt wird. Das ist das Erste. Unmittelbar im Anschluss werden wir die Bereiche identifizieren, wo es am dringlichsten ist, dass wir von den neuen Möglichkeiten Gebrauch machen. Der dritte Schritt wird dann schließlich die Umsetzung sein. Damit, meine Damen und Herren, winkt uns nach dem Karlsruher Übereinkommen aus dem Jahr 1996 ein weiterer Quantensprung zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dies werden wir nun als vordringliche Aufgabe energisch in Angriff nehmen.

Ansonsten werden wir aber auch an einzelnen der zahlreichen Baustellen neue Akzente setzen. Dies etwa, indem wir uns mit der Universität der Großregion bei der EU-Ausschreibung „Europäische Hochschule“ bewerben. Die Universität der Großregion mit sechs Universitäten aus vier Ländern und über 135.000 Studierenden, 7.500 Promovierenden und über 10.000 Lehrkräften hat das Potenzial, europaweit, ja wenn nicht sogar weltweit als Modell zu gelten. Deswegen bin ich beim Gipfel in Remerschen eindringlich dafür eingetreten, dass alle Partner diese Bewerbung unterstützen, was mir auch von allen Partnern zugesagt wurde. Ich werde auch persönlich der EU-Kommission die besonderen Stärken unserer Universität der Großregion nahebringen, denn ich bin der festen Überzeugung, das, was sich an Chancen über die Universität der Großregion als neue europäische Universität für die jungen Menschen in unserem Land bietet, ja in der gesamten Großregion bietet, müssen wir nutzen. Das bringt uns um Quantensprünge voran und deswegen trete ich dafür auch so vehement ein und würde mich freuen, wenn ich dabei auch die Unterstützung des Hohen Hauses hätte.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

In diesem Zuge werden wir auch grenzüberschreitende Forschungsprojekte vorantreiben, so etwa das gemeinsame Testfeld für autonomes Fahren - bisher ein saarländisch-lothringisches Gemeinschaftsprojekt, das wir in Richtung Luxemburg ausweiten werden - und einen autonom verkehrenden Pendelbus, der grenzüberschreitend auf den Weg gebracht werden soll. Ein weiterer wichtiger Baustein zur Vernetzung der Hochschulen und Wissenschaft ist daher die Einführung eines neuen Förderinstruments zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Forschung und Förderung der wissenschaftlichen Exzellenz und Synergiebildung, das alle Wissen-

(Ministerpräsident Hans)

schaftsminister der Großregion im Januar gemeinsam beschlossen haben.

Wir werden auch neue Impulse für die Entwicklung der Großregion zu einer interregionalen Metropolregion setzen. So wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern die Möglichkeit prüfen, ob sich hierfür das Instrument einer „interregionalen Bauausstellung“ eignen könnte. Das „Jahrzehnt der Investitionen“, das wir hier ab 2020 ausrufen und die in Vorbereitung befindliche neue EU-Förderperiode ab 2021 könnten hierfür eine passende Rahmenbedingung sein. Wir werden dies mit unseren Partnern in den kommenden zwei Jahren beraten, um am Ende des Gipfelvorsitzes des Saarlandes zu einer Grundsatzentscheidung über die Sinnhaftigkeit eines solchen Projektes zu kommen.

Selbstverständlich werden wir auch die vielfältigen Herausforderungen auf die Agenda setzen, die die Vertiefung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes bereithält. Dazu gehören Grenzgänger-Hemmnisse im Steuer-, Arbeits-, Bildungs- und Sozialrecht. Die auf unsere Initiative vor einigen Jahren eingerichtete „Task Force Grenzgänger“ hat dazu bereits zahlreiche Lösungsvorschläge erarbeitet und zahlreiche Hemmnisse aus dem Weg geräumt. Deswegen setzen wir uns mit Rückendeckung des Gipfels auch dafür ein, dass diese sehr wichtige und aus dem Saarland mit Vehemenz begleitete „Task Force Grenzgänger“ auch nach dem Auslaufen der aktuellen INTERREG-Förderung am 30. Juni 2020 fortgeführt wird. Das war im Übrigen auch den Partnern in unserer Großregion wichtig. Das ist ein eindruckvoller Beweis dafür, dass es seitens des saarländischen Wirtschaftsministeriums notwendig und richtig war, verstärkt auf die „Task Force Grenzgänger“ zu setzen.

Eine Besonderheit in unserer Grenzregion ist daher auch der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion. Einen solchen beratenden Ausschuss, der sowohl die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber vertritt, gibt es in keiner anderen Grenzregion. Die Sozialpartner treffen sich regelmäßig und beschäftigen sich mit der Weiterentwicklung der Großregion. Sie erarbeiten Empfehlungen für den Gipfel der Großregion. Ich bin wirklich dankbar, dass der neue Präsident des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Großregion, Oliver Groll, beim Gipfel in Remerschen die wirtschaftliche Kooperation und den Bereich des grenzüberschreitenden Verkehrs als wichtige Themen in der Großregion benannt hat. Dem können wir uns nur anschließen. Es ist gut, dass wir auf allen Ebenen der Zivilgesellschaft hieran weiter arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich sehe im Bereich Wirtschaft durchaus Chancen für die Großregion und ihre Teilregionen. Ich denke zum Beispiel an den Bereich Clusterbildung. In der Gipfelerklärung haben wir uns darauf verständigt, Vernetzungsinitiativen von Unternehmen in der Großregion zu unterstützen. Damit wollen wir die Attraktivität der Großregion erhöhen und die internationale Sichtbarkeit unserer Großregion weiter stärken. Besonders im Fokus stehen dabei die Zukunftsgebiete Industrie 4.0, künstliche Intelligenz, Elektromobilität, Umwelttechnologien, Kreislaufwirtschaft, Forst- und Holzwirtschaft sowie lokale Vertriebswege für Agrarerzeugnisse.

Natürlich gibt es weitere Bereiche, in denen wir Handlungsbedarf haben. So wollen wir die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung weiter voranbringen. Ich freue mich, dass wir im Saarland bereits mit der seit fünf Jahren bestehenden Kardiologiekoooperation zwischen dem SHG-Klinikum Völklingen und dem Centre Hospitalier Forbach aufwarten können. Auch die seit zehn Jahren bestehende Kooperationspartnerschaft in der Pflege-Ausbildung zwischen den SHG-Kliniken Völklingen und dem Krankenhaus Saargemünd funktioniert gut. Dabei werden verschiedene grenzüberschreitende Ausbildungsmodule entwickelt und umgesetzt sowie auch Hospitationen der Azubis im Nachbarland ermöglicht. Gerade die Gesundheitsversorgung ist doch ein Bereich, in dem die Menschen sehr konkret erleben, wo bis heute komplizierte administrative Grenzen der Mitgliedsstaaten in Europa verlaufen und welche Möglichkeiten und Lösungen eine grenzüberschreitende Kooperation schaffen kann.

Auch im Bereich Kultur und Tourismus wollen wir weiter vorangehen. Ich freue mich, dass der Gipfel die Zusammenarbeit mit den Kultur- und Tourismusexpertinnen und -experten unterstützen möchte, um das Erbe der Großregion in touristischer und kultureller Hinsicht besser zu fördern. So soll zum Beispiel die Einsetzung einer „Task Force Kulturgut und Naturerbe“ in der Großregion geprüft werden.

Sie sehen, meine Damen und Herren, es ist eine ehrgeizige und ambitionierte Agenda, die wir uns gesetzt haben. Ich bin aber sicher, dass das lohnenswerte Investitionen in die Zukunft unseres Landes und vor allem in unsere gemeinsame Großregion sind.

(Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Saarländerinnen und Saarländer, unsere grenzüberschreitende Arbeit - dessen sollten wir uns stets bewusst sein - hat zwei Dimension. Eine Dimension ist die Lebenswirklichkeit der Menschen diesseits und jenseits der Grenzen. Uns geht es schlicht und einfach darum, diese Lebenswirklichkeit peu à peu zu

(Ministerpräsident Hans)

verbessern. Das kann ganz banal sein. Etwa wenn ich zur Reparatur meiner Sanitäranlage zu Hause nicht nur nach einem saarländischen, sondern auch nach einem lothringischen oder luxemburgischen Klempner Ausschau halten kann, einfach nur, um vielleicht ein attraktiveres Angebot zu bekommen. Das kann aber auch existenziell sein, etwa wenn ein junger Mensch in Lothringen statt in dauernde Arbeitslosigkeit zu fallen, einen Ausbildungsplatz im Saarland findet, eine Lehre abschließt oder vielleicht sogar einen Meistertitel erwirbt.

Damit wird klar, was wir meinen, wenn wir von der Großregion als einem Raum der Lebenschancen sprechen. Dieses „Mehr“ an Chancen, um das wir uns stetig bemühen, kann darüber entscheiden, ob ein Leben gelingt oder scheitert. Unsere Verantwortung liegt darin, mehr gelingende als scheiternde Lebensentwürfe zu ermöglichen. Und dies, meine Damen und Herren, ist eine große Verantwortung, die wir ernst nehmen müssen. Das ist eine Dimension, wenn es um unsere Großregion geht.

Die andere Dimension ist Europa als Ganzes. Stellen Sie sich Europa wie eine Patchwork-Decke vor. Diese Decke ist nur dann eine Decke, wenn die Nahtstellen selbst bei starker Belastung halten. In Europa sind die Grenzregionen die Nahtstellen. 30 Prozent der EU-Bürger leben in Grenzregionen. Auch für sie haben wir Verantwortung als eine dieser Grenzregionen. Denn als europäische Modellregion können wir unter Beweis stellen, was möglich ist an Kooperation, Partnerschaft und Freundschaft. Wir können beispielgebend sein für pulsierenden grenzüberschreitenden Austausch. Wir können zeigen, was man aus einem Grenzraum machen kann und wie man einen Grenzraum zu einem Chancenraum macht. Damit leisten wir mehr für Europa als jeder wohlmeinende Appell oder jede Sonntagsrede. Darin, meine Damen und Herren, liegt unsere Verantwortung! Ich lade Sie alle ein, dieser Verantwortung gemeinsam mit der saarländischen Landesregierung gerecht zu werden. - Vielen herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Präsident Toscani:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. Bevor wir nun die Aussprache eröffnen, weise ich darauf hin, dass sich die Fractionen für die Länge der Aussprache auf eine Redezeit im Umfang eines Grundredezeitmoduls verständigt haben. Ich darf nun die Aussprache zur Regierungserklärung eröffnen und erteile als Erstem dem Vorsitzenden der Fractionen DIE LINKE Oskar Lafontaine das Wort.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Eintreten für die deutsch-französische Zusammenarbeit und die europäische Einigung hat hier im saarländischen Landtag Tradition. Unsere Geschichte verpflichtet uns dazu.

Wenn ich über unsere Geschichte spreche, erinnere ich gerne an Elisabeth von Lothringen, die schon im 15. Jahrhundert durch die Übersetzung französischer Romane ein besonderes Zeichen für die deutsch-französische Verständigung gesetzt hat. Wenn ich an die jüngere Geschichte denke, erinnere ich gern an Max Braun, der immer wieder für die deutsch-französische Zusammenarbeit eintrat und in vorbildlicher Weise gegen den Faschismus gekämpft hat, sowie an Johannes Hoffmann, der nach dem Krieg versucht hat, die deutsch-französische Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen und sein Lebenswerk in einem Buch zusammenfasste, dessen Titel „Das Ziel war Europa“ heißt. Das sind die Schultern, auf denen wir stehen und die uns verpflichten, stets für die europäische Einigung einzutreten.

Ich will aus Ihrer Rede, der ich weitgehend zustimmen kann, Herr Ministerpräsident, drei Gedanken aufgreifen und sie etwas vertiefen. Das ist einmal der Hinweis auf die Subsidiarität. Es ist in der Tat so, dass in den Diskussionen der letzten Jahre der Gedanke der Subsidiarität immer weiter zurückgedrängt wurde, weil viele meinten, man müsse alles auf die europäische Ebene übertragen und jeder, der sich dem widersetzen würde, sei ein Gegner Europas. Dabei kam zu kurz, dass Europa uns auf die Idee der Demokratie verpflichtet. Würden wir alles auf die europäische Ebene verlagern, dann wäre dies kein demokratischer Prozess. Wir sind verpflichtet, dem Prinzip der Subsidiarität Rechnung zu tragen. Das heißt, dort, wo auf der niedrigsten Ebene etwas erledigt werden kann, soll es erledigt werden - da beginnen wir bei den Gemeinden -, und nur dort, wo es auf der nächsthöheren Ebene besser erledigt werden kann, soll es dort erledigt werden. So gilt das natürlich auch für die europäische Ebene. In hervorragender Weise - ich wende mich hier an die CDU - hat dies der ehemalige Ministerpräsident Erwin Teufel in einem Aufsatz über die Subsidiarität in der Frankfurter Allgemeinen vor einigen Jahren einmal dargelegt. Wer sich dafür interessiert, der kann es dort nachlesen.

Der zweite Gedanke, den ich aufgreifen möchte, ist die Befürwortung des Projektes Nord Stream 2, die ich Ihrer Rede entnommen habe. Wir begrüßen das sehr, weil wir dieses Projekt für eine wichtige Infrastrukturmaßnahme halten. Ich verweise darauf, meine Damen und Herren, dass wir auch als Saarland einen Nutzen haben, denn die Dillinger Hütte liefert die Grobbleche, das sollte man immer wieder er-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

wähnen. Schließlich sind wir nicht nur gehalten, „America first“ zu respektieren, vielmehr dürfen wir an dieser Stelle sagen, „die Saar first“.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt Heiterkeit.)

Wenn also Grobbleche geliefert werden, ist das in unserem Interesse. Ich weise auch darauf hin, dass das Handelsunternehmen Globus eine ganze Reihe von Supermärkten in Russland eröffnet hat. Wir begrüßen das sehr. Wirtschaftliche Aktivitäten dienen der gegenseitigen Verständigung. Auch dies ist ein Schritt von der Saar, den ich in Erinnerung rufen will.

Ich möchte in diesem Kontext auch ausdrücklich daran erinnern, dass wir vor einigen Jahren Michail Gorbatschow hier im Saarbrücker Schloss begrüßen durften. Michail Gorbatschow hat immer wieder darauf hingewiesen, dass er sich ein gemeinsames europäisches Haus gewünscht hat. Leider haben wir in den letzten Jahren eine völlig gegenläufige Entwicklung, die ich sehr bedauere. Für uns gehört Russland mit zu Europa. Wer Tolstoi und Dostojewski gelesen hat, der weiß, dass das europäische Literatur ist. Wir sollten uns wieder daran erinnern. Wir brauchen ein gemeinsames System europäischer Zusammenarbeit und da sollten wir Russland mit einschließen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN.)

Ich will als dritten Gedanken in diesem Kontext Ihren richtigen Hinweis auf das Entstehen des Élysée-Vertrages aufgreifen. Es war in der Tat so, dass Charles de Gaulle nicht einverstanden war mit dem, was sich innerhalb der Bundesrepublik an Diskussionen entwickelt hatte, was allerdings aus der damaligen Zeit heraus zu verstehen war. Aber Sie haben das ja zitiert. Charles de Gaulle wollte den Einfluss der USA auf Europa in Grenzen halten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir das einmal objektiv betrachten, müssen wir zugestehen, dass Charles de Gaulle hier doch einiges richtig gesehen hat.

Ich wurde schon früh von anderen als Gaullist bezeichnet und ich sehe darin durchaus einen Ehrentitel.

(Vereinzelt Heiterkeit.)

Ich bin der Meinung, dass die Idee von Charles de Gaulle richtig war, dass Europa eine eigenständige Politik zwischen den Blöcken braucht, eine eigenständige Politik zwischen den Vereinigten Staaten und meinetwegen jetzt Russland und auch China. Ich trete nachhaltig dafür ein. Wenn wir sehen, dass sich heute Botschafter der Vereinigten Staaten wie Statthalter aufführen, wenn wir sehen, dass die Vereinigten Staaten uns vorschreiben wollen, was wir für Rüstung ausgeben sollen, wie wir Handel treiben dürfen und so weiter, dann hat Charles de Gaulle recht gehabt. Europa braucht eine selbstständige Politik, braucht eine eigene Außenpolitik und ist es

im Grunde dem Weltfrieden schuldig, in Zukunft so vorzugehen.

(Beifall von der LINKEN und vereinzelt bei der SPD.)

Sie haben von Fehlentwicklungen gesprochen, Herr Ministerpräsident. Wir sehen es alle so und die Frage ist: Warum ist das so? Ich will versuchen, das in einen größeren Kontext zu stellen, weil dieser Kontext mich in den letzten Jahren beschäftigt hat. Ich glaube, dass Europa nicht zuletzt deshalb eine falsche Entwicklung genommen hat, weil zu sehr ökonomische Kategorien des Wettbewerbs dominieren und weil andere, geistig-kulturelle Dimensionen vernachlässigt wurden.

Ich will versuchen, es in wenigen Sätzen deutlich zu machen. Europa ist nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst gebaut worden, um den Frieden zu sichern. Dass der Frieden nicht ausschließlich eine materielle Kategorie ist, sondern eine kulturell-soziale, gesellschaftliche Dimension hat, brauche ich nicht zu erläutern. Aber nach und nach hat sich das verändert, und das will ich an einigen Beispielen deutlich machen.

Als Bundespräsident Theodor Heuss 1950 eine Rede hielt, sagte er: Wir Europäer blicken auf drei Hügel. Der eine ist Golgatha. Das steht für die Kreuzigung oder die Idee der Nächstenliebe, übersetzt in die politische Sprache ist es die Idee der Solidarität. Wir blicken auf die Akropolis in Athen. Dieser Hügel steht für die Demokratie. Schließlich blicken wir auf das Capitol in Rom. Dieser Hügel steht für die res publica und das römische Recht. - Damit hat er geistige Dimensionen angesprochen, auf die sich Europa aufbaut, und man kann dies nur nachhaltig in Erinnerung rufen.

Schon 1941 hat der amerikanische Präsident Roosevelt vier Freiheiten in Erinnerung gerufen. Er sprach ebenfalls von Dimensionen, die verloren gegangen sind. Er sprach von der Freiheit der Religion und von der Freiheit des Gedankens, der Rede. Er sprach von der Freiheit von Not, damit war der Sozialstaat gemeint, und er sprach von der Freiheit von Furcht, damit war die internationale Abrüstung gemeint. - Ich rufe Ihnen die Rede Roosevelts 1941 in Erinnerung, um den Kontrast deutlich zu machen. Heute spricht ein amerikanischer Präsident von Aufrüstung und immer höherer Aufrüstung. Roosevelt sprach damals von internationaler Abrüstung. Heute spricht ein amerikanischer Präsident von „America first“, aber die Idee des Sozialen, des Sozialstaates ist in den letzten Jahren weitgehend verloren gegangen. Das sind aber geistige Kategorien, auf denen wir weiter hätten aufbauen müssen! Ich erinnere noch einmal an Heuss und Roosevelt.

Wenn wir von Europa sprechen, rufen wir uns die vier Grundfreiheiten in Erinnerung. Niemand hat et-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

was dagegen, aber es sind eben ökonomische Kategorien: Freiheit des Warenverkehrs, Freiheit des Geldverkehrs, Arbeitnehmerfreizügigkeit und Freiheit der Unternehmen, sich wo auch immer innerhalb Europas niederzulassen, schließlich die Dienstleistungsfreiheit. - Ich sage nichts dagegen. Aber haben wir nicht etwas versäumt, indem wir die geistigen, kulturellen Dimensionen vernachlässigt haben und Europa zu sehr ausgerichtet haben auf ökonomische Freiheitsgrade, die wichtig sind? Ich glaube, der europäische Zusammenhalt ist nur dann wiederherzustellen, wenn wir uns wieder die geistig-kulturellen Dimensionen, von denen ich gesprochen habe, in Erinnerung rufen.

(Beifall von der LINKEN und vereinzelt bei SPD und CDU.)

Deshalb begrüße ich es sehr, Herr Ministerpräsident, dass Sie in Ihrer Rede auch von leistungsfähigen Sozialsystemen gesprochen haben. Das sind ja nicht irgendwelche Wohltaten, die verteilt werden. Es sind auch nicht in erster Linie ausschließlich ökonomische Kategorien. Ich glaube, die sozialen Systeme gründen auf der geistigen Dimension, letztendlich auf der Idee der Solidarität oder auf der christlichen Idee der Nächstenliebe. Deshalb bin ich der Meinung - wenn wir die jüngste Entwicklung in Europa sehen -, dass die Vernachlässigung der sozialen Systeme ein großer Fehler im europäischen Zusammenhalt ist. Was in den letzten Jahren an sozialem Abbau stattgefunden hat, kann ja niemand bestreiten.

Die jüngsten Diskussionen um einen Wiederaufbau des Sozialstaates begrüße ich sehr. Wir haben ja nicht zuletzt auch heute in unserer Regionalzeitung einen Hinweis auf die Rentenentwicklung. Wir haben dazu einen Beitrag des DGB Saar, auch des Kollegen Roth, der darauf hinweist, dass diese Entwicklung, millionenfache Altersarmut, in dieser Form nicht weitergehen kann. Deshalb will ich heute nur anmerken: Wir brauchen mehr Solidarität, wir brauchen funktionierende Sozialsysteme, denn sie begründen den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und sind letzten Endes ein Bollwerk für die Demokratie gegen faschistische Versuchungen, wo auch immer sie auftreten.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD.)

Wenn ich von der Solidarität spreche, muss ich darauf hinweisen, dass im Zuge der ökonomischen Kategorien einiges falsch gelaufen ist. Falsch gelaufen sind zum Beispiel die ökonomischen Ungleichheiten in den Handelsbilanzen. Hier haben wir als Bundesrepublik Deutschland einige Fehler gemacht. Ich rede von „wir“, um niemanden auf die Anklagebank zu setzen. Das ist ja keine Entwicklung, die in den letzten zehn Jahren eingetreten ist; die dauert ja mindestens schon 20, 30 Jahre an.

Was ursprünglich in den Siebzigerjahren einmal Konsens war - auch das ist ja eine geistige Veränderung, die ich nur kurz streife -, dass wir außenwirtschaftliches Gleichgewicht brauchen, dass wir unseren Nachbarn so viel abkaufen müssen, wie wir ihnen verkaufen wollen, sozusagen ein Gebot der Fairness, ein Gebot der Solidarität, ist ja weitgehend verloren gegangen. Wir haben große Handelsbilanzüberschüsse, und diese Überschüsse gefährden den europäischen Zusammenhalt.

Wir haben in den letzten Jahren auch Diktate von Europa gehabt - ich deute das nur an -, die darauf hinausliefen, dass die sozialen Spannungen in Südeuropa sich verschärft haben. Wenn wir dort eine Jugendarbeitslosigkeit haben, die über 25 Prozent hinausgeht, ist das eine bedenkliche Entwicklung. Dies sollte also niemanden gleichgültig lassen. Wir sollten doch alles daransetzen, dass wir wieder mehr sozialen Zusammenhalt schaffen. Wenn wir Entscheidungen treffen, sollten wir nicht nur an uns, unsere ökonomischen Interessen, unsere Zahlen und Ziffern denken, sondern wir sollten stets die Ziffern der anderen mit im Auge haben. Wir haben ein Ungleichgewicht in Gesamteuropa, wir haben eine soziale Auseinanderentwicklung. Ich plädiere nachdrücklich dafür, dass wir alles unternehmen, um dieses Auseinanderdriften der Gesellschaft in Europa zu bekämpfen und wieder zu mehr sozialem Zusammenhalt zu kommen. Ich plädiere nachdrücklich dafür.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN.)

In diesem Kontext, meine Damen und Herren, erinnere ich mich gerne an einen derjenigen, die die Philosophie des Neoliberalismus begründet haben, Friedrich August von Hayek. Er sagte schon früher: Wir müssen die souveränen Demokratien abschaffen. - Das ist ein Aufsatz von 1971. Für die, die das interessiert, würde ich gerne diesen Hinweis geben. - Wir müssen die souveränen Demokratien abschaffen, um internationale Verträge zu machen, die dafür Sorge tragen, dass Demokratien in den ökonomischen Ablauf nicht mehr so sehr eingreifen können. - Und er sagte dann sogar: So könne ein Rahmen geschaffen werden - ich habe mir das gestern nochmal aufgeschrieben, weil ich es kurz nachgelesen habe -, indem die Politik keine andere Agenda mehr verfolgt könne, als die Steuern für Unternehmen und Kapital zu senken, Arbeitnehmerrechte zu schleifen und die öffentlichen Ausgaben zu kürzen. - Denken Sie mal darüber nach, welchem Bauplan in den letzten Jahren eher gefolgt wurde, den Bauplänen, die ich mit dem Namen Heuss oder Roosevelt verbunden habe, oder den Bauplänen, die ich jetzt mit Hayek kurz gestreift habe. Ich will den einzelnen Gedanken nicht verabsolutieren. Ich will auf geistige Entwicklungen aufmerksam machen. Ich glaube, wir haben Veranlassung darüber nachzudenken.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, ein besonders Anliegen muss uns Saarländerinnen und Saarländern immer wieder die deutsch-französische Zusammenarbeit sein. Ich bin froh darüber, dass es in diesem Haus keine Unterschiede gibt, dass viele sich in unterschiedlicher Form für die deutsch-französische Zusammenarbeit einsetzen. Ich will hier, ohne mich zu genieren, darauf hinweisen - ich habe vorhin von de Gaulle gesprochen -, dass ich zusammen mit meinem leider früh verstorbenen Freund Peter Scholl-Latour immer für einen deutsch-französischen Bund eingetreten bin, also für eine noch engere Zusammenarbeit, als sie derzeit ausgeübt wird. Ich bin der Auffassung, dass ein solch deutsch-französischer Bund tatsächlich eine Mauer einsetzen würde, eine feste Grundlage für die europäische Zusammenarbeit schaffen würde. Es wäre eben auch eine Grundlage dafür, die Geister der Geschichte hinter uns zu lassen, die ja hier oder da wieder aufzutauchen scheinen.

Also, meine Damen und Herren, Europa ist unser Schicksal, Europa ist unsere Verpflichtung. Insbesondere sind wir verpflichtet, für Demokratien einzutreten und faschistischen oder nationalistischen Bestrebungen, wo auch immer sie auftreten, im Geiste der Väter, die ich vorhin genannt habe, entgegenzutreten. In diesem Sinne wollen wir weiter an der europäischen Einigung bauen.

(Beifall von der LINKEN und bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Als Nächstes ist die CDU-Fraktion an der Reihe. - Ich erteile der Abgeordneten Helma Kuhn-Theis das Wort.

Abg. Kuhn-Theis (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann vieles, was Sie, Herr Kollege Lafontaine, gesagt haben, unterstreichen. Heute Morgen spürt man den europäischen Geist, der auch hier im Haus herrscht. Ich glaube, dass es bei den meisten Saarländerinnen und Saarländern auch so ist.

Es ist eben angesprochen worden, wie die Situation in Europa aussieht. Verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage, das Jahr 2019 ist - der Ministerpräsident hat es angesprochen - auch angesichts der schwierigen Europawahlen, die vor uns stehen, ein Schicksalsjahr für die Europäische Union. Vor allem die Vorstellung, was in Europa alles so passiert, und dass der Austritt Großbritanniens nicht mit einem ordentlichen Deal abgewickelt werden kann, lähmt die Union und verunsichert die Bürgerschaft in der Europäischen Union.

Das permanente Ausscheren osteuropäischer Regierungen von jeder gemeinsamen Linie, das Aufkündigen von rechtsstaatlichen Grundsätzen und der Rückwärtsgang bei Menschenrechten erschüttern unsere Demokratie und die Gemeinschaft. Die Situation in Polen, Ungarn, Tschechien und Italien zerrt an den Nerven der Europäischen Union. Wir sehen, dass die Rechtspopulisten weiterhin auf dem Vormarsch sind. Bei den Regionalwahlen in Italien haben wir es letzte Woche erlebt. Das zeigt die fragile Situation in der Europäischen Union.

Nun könnte man ja sagen: Was sollen wir denn tun? Wir können doch sowieso nichts ändern! Was sollen wir vom Saarland aus schon ändern? - Dies nach dem Motto: Das geht uns nichts mehr an. Wir schauen mal, was kommt. - Aber genau das dürfen wir nicht tun, weil wir als Saarländer im Herzen Europäer sind. Wir leben Europa und haben es in den letzten Jahrzehnten gelebt. Deswegen müssen wir auch ausgehend vom Saarland eine Vorreiterrolle bei der positiven Weiterentwicklung der Europäischen Union spielen, und das nicht erst seit jetzt. Wir haben ja gerade in einer - für mich zumindest - beeindruckenden Regierungserklärung des Ministerpräsidenten feststellen können, wie wir im Saarland bezüglich des Themas Europa aufgestellt sind. Es wurde eindrucksvoll dargestellt, was in den vergangenen Jahren trotz der Hemmnisse, die wir überwinden mussten, schon auf den Weg gebracht worden ist. Das ist, glaube ich, mehr als eine eindrucksvolle Bilanz und darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Denn wir alle haben in den vergangenen Jahren immer wieder für unser gemeinsames Europa gekämpft. Gekämpft haben wir auch für ein Europa der Regionen, immer schon, seit vielen, vielen Jahren. Ich freue mich ganz besonders, dass wir jetzt auch von der Europäischen Union bestätigt bekommen haben, dass es an der Zeit ist, den europäischen Regionen mehr Beachtung zu schenken. Ich glaube, es gibt Kollegen wie Eugen Roth und Isolde Ries, die schon längere Zeit hier im Parlament sitzen und für das Thema Europa zusammenarbeiten, eine gewisse Genugtuung. Denn - auch das hat Ministerpräsident Tobias Hans gesagt - an den Nahtstellen wächst Europa zusammen und wir sind hier in der Großregion eine ganz, ganz wichtige Nahtstelle mit Vorbildfunktion, mit Ausstrahlung auf ganz Europa.

Wir arbeiten an bedeutenden Themen wie dem Schienennahverkehr, verbesserte Mobilität, verbesserte grenzüberschreitende Sicherheit auch in Zeiten von Migration, sei es im Interregionalen Parlamentarierrat oder in den Kommissionen, wo Kollegin Ries und ich mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Großregion wirken. Wir wollen die Menschen in der Region mitnehmen. Wir arbeiten im Ausschuss der Regionen sehr konstruktiv zusammen und tra-

(Abg. Kuhn-Theis (CDU))

gen die Themen, die im Saarland wichtig sind, mit auf die europäische Ebene.

Herr Ministerpräsident, das Folgende wird Sie sicherlich auch freuen. Letzte Woche gab es im Ausschuss der Regionen einen Antrag zur künstlichen Intelligenz. Es wurde von der Europäischen Union und der Kommission nochmal eindrucksvoll unterstrichen, von welcher epochalen Bedeutung dieses Thema für Europa und die Bürgerinnen und Bürger ist. Deswegen kann ich Sie nur beglückwünschen, Herr Ministerpräsident. Sie haben die Gelegenheit beim Schopf gefasst, als es darum ging, die exzellente Infrastruktur, die wir durch das CISP und das DFKI im Saarland haben, zu nutzen, um in Paris den Fuß in die Tür zu bekommen - so wie Sie es beschrieben haben. Sie sind dort vorstellig geworden, um mehr für das Saarland zu tun, sodass wir gemeinsam mit unseren Partnern in Frankreich einen zukunftsweisenden Leuchtturm entwickeln können.

Ich sage immer, wir sind auf Ihren Spuren gewandelt mit dem Europaausschuss des saarländischen Landtags; einige Kollegen nicken. Wir haben natürlich auch die Gelegenheit genutzt, die Station F zu besichtigen. Wir haben dabei gespürt, dass das Saarland dort schon positiv gewirkt hat. Wir waren alle sehr angetan von dem, was wir dort vorgefunden haben. Frankreich will mit dieser Initiative ein Leuchtturm der Digitalwirtschaft weltweit werden, mit 1.000 Start-ups ist das der weltweit größte Campus für die Digitalwirtschaft. Hier müssen wir zugreifen, deswegen haben wir auch sofort reagiert und die Kontakte vertieft. Mit den Verantwortlichen von Station F wird es, das haben die Kolleginnen und Kollegen des Europaausschusses und die Mitglieder des Interregionalen Parlamentarierrats mitgetragen und unterstützt, einen Austausch geben, demnächst auch einen Besuch der Verantwortlichen von Station F hier im Saarland. Wir bereiten dies vor und erhoffen uns von diesem Austausch, dass dieses Projekt weiteren Schwung bekommt. Ihre Initiativen, Herr Ministerpräsident, und auch die Initiativen der Landesregierung in dieser Richtung möchten wir als Parlament klar unterstützen und dies auch untermauern.

Mit unseren Anliegen sind wir auch bei unserem Besuch in der Assemblée nationale auf offene Ohren gestoßen, beispielsweise auch mit dem Anliegen, Unterstützung zu erhalten, wenn es um die Schaffung gemeinsamer Infrastrukturen geht, was die Hochgeschwindigkeitsnetze anbetrifft, wenn es um die Mehrsprachigkeit geht. Sylvain Waserman, Vizepräsident der Assemblée nationale, hat uns ganz spontan einen Gegenbesuch angeboten. Auch er wird ins Saarland kommen, damit unsere Kontakte zur Assemblée nationale und deren Kontakte zum saarländischen Parlament weiter intensiviert werden.

Ich denke, auch insoweit sind wir uns einig: Wenn wir die Chancen, die uns der Aachener Vertrag nun neu gibt, nutzen wollen, müssen wir Gesicht zeigen. Wir alle, die wir hier in der politischen Verantwortung stehen! Wir müssen Gesicht zeigen in Paris, in Berlin, in Brüssel, überall dort, wo wir unsere Stimme erheben können, damit es in unserer Großregion vorangeht.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Die Aufgaben, die wir umsetzen müssen, werden natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine einfachen Aufgaben sein. Die Projekte, die ich eben dargestellt habe, werden auch finanziert werden müssen. Angesichts dessen brauchen wir auch Partner, die die finanziellen Mittel haben, die die finanziellen Möglichkeiten haben und die auch bereit sind, in unsere Projekte zu investieren. Mit Blick auf Brüssel geht es hierbei natürlich auch um den mehrjährigen Finanzrahmen. Wir müssen dafür sorgen, dass die INTERREG-Programme auch künftig in gewohnter Weise Bestand haben, dass die Gelder nicht aus diesen Töpfen abgezogen werden, denn dies würde unserer interregionalen Zusammenarbeit schaden.

Haushaltskommissar Günther Oettinger hat uns am Donnerstag vergangener Woche darauf hingewiesen, dass es im Juni im Europäischen Rat um genau diese Verteilung gehen wird. Er sagte ausdrücklich, es werde bei der Verteilung der Mittel einen großen Verteilungskampf geben. Daher bitte ich Sie, lieber Ministerpräsident Tobias Hans, ein Augenmerk auf diese Dinge zu richten, die nun aktuell neu anstehen. Wir können es uns nicht erlauben, dass gerade bei den INTERREG-Projekten, bei denen es um die Kohäsion geht, Mittel gekürzt werden. Dies würde nicht zuletzt auch die Arbeit hier in unserer europäischen Region schwächen. Das dürfen wir nicht zulassen! Wir sind uns, hier schaue ich die Kollegin Ries an, im Ausschuss der Regionen einig und wir kämpfen dafür, dass gerade die Grenzregionen gestärkt werden, dass diese Mittel nicht zurückgefahren, sondern aufgestockt werden.

Ein positives Beispiel für ein solches Programm ist das „Erasmus +“-Programm, das aufgestockt wurde. Das ist, so meine ich, ein großer Fortschritt gerade für die jungen Menschen hier in unserer europäischen Region.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Eben wurde schon darauf hingewiesen, dass wir mit den Möglichkeiten, die uns der Aachener Vertrag gibt, auch mit Blick auf eine neue rechtliche Möglichkeit wie der Experimentierklausel - das war in der Vergangenheit nicht so -, Projekte, die uns am Herzen liegen, schneller umsetzen können. Uns allen ist bewusst, dass in den vergangenen Jahren gerade

(Abg. Kuhn-Theis (CDU))

die französische Seite als Hemmschuh gewirkt hat. Wenn es darum ging, in der Großregion Projekte zu entwickeln, mussten wir leider an der einen oder anderen Stelle auf den französischen Partner verzichten; mit Luxemburg war das immer einfacher. Das hat natürlich auch mit der nationalen Gesetzgebung zu tun, mit den unterschiedlichen Systemen. Das wird sich nun ändern. Der Ministerpräsident hat aber auch zutreffend darauf hingewiesen, dass die Dinge, die jetzt auf dem Papier stehen, nun auch in der Praxis in trockene Tücher gebracht werden müssen, damit wir das in der täglichen Arbeit auch umsetzen können.

Ich habe eben, wie auch der Kollege Lafontaine es schon getan hat, auf die schwierige Situation in Europa hingewiesen. Dabei ist das Thema der Subsidiarität von Bedeutung. Auch dies müssen wir in den Fokus rücken: Die Menschen haben zunehmend das Gefühl, dass nur noch über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Auch deswegen wenden sie sich von Europa ab. Europa erscheint ihnen noch immer als ein Monstrum aus Verordnungen, die kein Mensch mehr durchschauen kann. So empfindet das der normale Bürger. Das ist kein Wunder, und deswegen bin ich auch sehr dafür, und dieses Thema steht auch in Brüssel ganz oben auf der Agenda, dass wir uns noch einmal mit der Kompetenzabgrenzung und der Kompetenzverteilung auseinandersetzen. Das wäre ein ganz wichtiger Schritt, um die Menschen wieder für Europa begeistern zu können.

Das Haus Europa wackelt, dank der deutsch-französischen Freundschaft und ihrer Intensivierung durch den Aachener Vertrag sind wir aber, so meine ich, auf einem guten Wege, das Haus Europa in seinem Bestand wieder zu festigen. Davon bin ich überzeugt. Herr Ministerpräsident, ich wünsche Ihnen für Ihre neue Aufgabe der Gipfelpräsidentschaft viel Erfolg, Sie werden auch die Unterstützung des Parlamentspräsidenten Stephan Toscani haben, der den Gipfelvorsitz beim Interregionalen Parlamentarierrat übernommen hat. Ich kann Ihnen versichern, dass wir alle, die wir in diesen Gremien arbeiten, Sie bei Ihren Vorhaben unterstützen werden. Wir werden nicht ruhen, bis die Projekte, die wir uns zum Wohle der Menschen in der Großregion vorgenommen haben, gemeinsam umgesetzt sein werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich glaube, wir alle können heute festhalten, dass durch diese Regierungserklärung wieder ein neuer Geist festzustellen ist, was die Europaaffinität des Saarlandes angeht. Wir haben in dieser Regierungserklärung, lassen Sie mich das zum Abschluss sagen, gespürt, dass wir das französischste, aber auch das europäischste aller Bundesländer sind. Lassen Sie uns weiter in diese Richtung arbeiten, denn das braucht Europa! - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Präsident Toscani:

Nächster Redner ist der Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine beiden Vorredner haben vor Europabegeisterung geglüht, das hat man gemerkt. Sie sind etwas jünger als ich, Frau Kuhn-Theis, bedeutend jünger,

(Sprechen und vereinzelt Heiterkeit)

Sie kommen aus einer Zeit, in der hier im Saarland der Europagedanke überhaupt nicht in Zweifel gestanden hat. - Ich bin froh, dass ich zur Erheiterung von Herrn Zimmer beitrage.

Wir haben einen fürchterlichen Krieg erlebt, die Folge davon war, dass die Leute gesagt haben, das darf nie mehr vorkommen. Der Grundgedanke war eine Einigung Europas zur Verhinderung von weiteren Kriegen. Wenn man sich überlegt, wie die Welt-situation damals war, was die Bevölkerung betrifft, so hat Anfang der Fünfzigerjahre die Weltbevölkerung 2 Milliarden Menschen betragen, inzwischen sind es, glaube ich, 7 Milliarden. Man kommt schon fast nicht mehr mit, so schnell wächst die Menschheit. Damals waren es 2 Milliarden, ein Viertel davon hat in Europa gelebt. Ein Viertel, hoch industrialisiert, ein sehr starker Kontinent. Man wurde in der Welt gehört. Die Idee war, wenn man zusammenarbeitet und keine Kriege gegeneinander führt, dann spielt man in der Welt eine führende Rolle, eine Friedensrolle.

Ich war damals auch begeisterter Europäer, und diesen Bazillus konnte man mir bis heute nicht nehmen. Ich bin es nach wie vor, ich bin davon überzeugt, dass nur ein vereintes Europa in der Welt überhaupt eine Rolle spielen kann. Denn inzwischen sind wir vielleicht nur etwa 5 Prozent der Weltbevölkerung, und auch wirtschaftlich sind wir nicht mehr führend, wir können aber noch eine Rolle spielen insofern, als wir die Gegnerschaften - ich nenne mal als Beispiel nur USA oder Russland - abmildern und diese Rolle auch wahrnehmen.

Das ist große Politik, die hat sich kaum geändert. Aus diesem Grund bin ich nach wie vor überzeugter Europäer, und das sind auch meine Parteifreunde. Wenn jeder meint, einen kleinen Schlenker in Richtung „Antieuropäer“ oder wie auch immer machen zu müssen, dann darf ich mal Folgendes feststellen: Diese 25 Prozent, von denen die Rede war, das sind Leute, die mit dem jetzigen Zustand Europas - nicht Europas, sondern der EU - nicht zufrieden sind. Sie sehen Brüssel als bürokratisches Monster. Sie se-

(Abg. Dörr (AfD))

hen, dass Europa nicht mehr weiterkommt. Am Anfang war es doch so, dass die Europäische Gemeinschaft mit den verschiedensten Namen immer versucht hat, demokratischer zu werden. Ich gebe ein Beispiel: Am Anfang wurden die Europaabgeordneten in den nationalen Parlamenten ernannt, später gab es die Direktwahl der Abgeordneten. Das ist gefeiert worden. Das war ein Schritt hin auf die Demokratie.

Es gibt auch andere Dinge, die Fortschritte gebracht haben. Zum Beispiel hat am Anfang dieses Europäische Parlament überhaupt nichts mitzureden gehabt. Einen Haushalt dürfen sie nicht einbringen, aber sie dürfen zumindest einen Haushalt ablehnen. Das heißt, die Kompetenzen sind gestiegen. Es ist aber bei Weitem nicht so, wie wir es gerne hätten. Hier muss ich meinen Vorrednern beipflichten, wir von der AfD sind für das Subsidiaritätsprinzip. Das ist für uns eines der allerwichtigsten politischen Prinzipien. Ich sage es mal auf Deutsch, das ist das Prinzip oder der Grundsatz der größtmöglichen Selbstständigkeit. Daher kommt auch unsere Idee, die Idee des Europas der Vaterländer. Wie man das nennt, ist so bedeutend nicht, wichtig ist aber, dass nicht in Brüssel ein paar Bürokraten bestimmen können, was wir zum Beispiel hier in Saarbrücken machen müssen. Das ist grosso modo das, was ich dazu sagen möchte. Die 25 Prozent, die uns - ich nenne mal die AfD -, vielleicht wählen, haben nicht das verursacht, was jetzt in Brüssel ist, sondern das ist die Folge davon. So herum muss man es sehen.

Da ich sehr viel weniger Redezeit zur Verfügung habe als meine Vorredner, muss ich mich ganz kurz fassen und werde deshalb nur ein paar Dinge ansprechen, zum Beispiel die Zweisprachigkeit oder Mehrsprachigkeit. Das ist eine Forderung, die immer wieder aufgestellt wird, aber ich sehe wenig Fortschritt. Ich habe in meiner Schulzeit auch in den Ferien gearbeitet, unter anderem in der Grube. Da kommt es immer darauf an, wie viel Kohle am Schluss herauskommt. Das Gespräch zwischen, das zählt also nicht, am Schluss werden die Tonnen gezählt, und die werden abgerechnet und bezahlt. Alles andere ist nichts. So ist es hier auch. Ich wäre sehr froh - was wir können, tragen wir natürlich auch dazu bei -, wenn die Mehrsprachigkeit, vor allen Dingen die Zweisprachigkeit, bei uns vorankommen würde.

Ich kann Ihnen ein Beispiel nennen. Ich habe mal, es ist noch nicht so lange her, die Doktorarbeit eines französischen Wissenschaftlers namens Levy gelesen. Sein Thema war die Sprachgrenze zwischen Deutschland und Frankreich. Er hat geschaut, ob sich in den letzten Jahrhunderten etwas geändert hat. Er kam zu einem sehr interessanten Punkt, das sollte für uns auch Ansporn sein, er kam nämlich darauf, dass durch die relative Zweisprachigkeit im

Elsass Werke aus Frankreich, ob wissenschaftlich oder belletristisch, innerhalb von wenigen Wochen ins Deutsche übersetzt werden konnten und wir davon profitieren konnten. Umgekehrt konnte ein Werk, kaum dass es in Deutschland erschienen war, ins Französische übersetzt werden. Deutschland und Frankreich haben also damals schon kulturell einen sehr großen Austausch gehabt. Das ist eine Geschichte, die wir hier im Saarland und Lothringen leider Gottes zum Teil schon verspielt haben. Wir waren mal besser aufgestellt. Deshalb sind wirklich große Anstrengungen notwendig, das zu bewerkstelligen.

Wir sind hier im saarländischen Landtag und sehen uns auch gerne als Zentrum der Welt und auch als Zentrum oder als Motor der deutsch-französischen Verständigung. Der Vertrag ist aber nicht in Saarbrücken unterschrieben worden, sondern in Aachen. Wenn Sie auf den Atlas schauen, dann sehen Sie, die größte Grenzlinie zwischen Deutschland und Frankreich ist der Rhein, also Elsass und Württemberg, und dann noch ein großes Stück Rheinland-Pfalz und Saarland. Wir stehen in Konkurrenz zueinander, dessen müssen wir uns bewusst sein. Unsere Nähe zu Frankreich kommt aus der Geschichte, in der Geografie sind wir nicht erstrangig. Deshalb müssen wir zum Beispiel - leider muss ich schon enden - auch bei der Zugverbindung von Frankfurt nach Paris sehr gut aufpassen. Es sind nämlich nicht nur die Franzosen, die die Strecke über Straßburg befürworten im Gegensatz zu Saarbrücken, sondern auch die Baden-Württemberger. Wir stehen also im Konkurrenzkampf.

Herr Ministerpräsident, wir helfen als AfD gerne, wenn es darum geht, die deutsch-französische Freundschaft und Europa voranzubringen. - Danke schön.

(Beifall von der AfD.)

Präsident Toscani:

Die nächste Rednerin ist Isolde Ries für die SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Ries (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne wie gewohnt mit einem Zitat von François Mitterrand: Die deutsch-französische Freundschaft versteht sich nicht von selbst. Sie ist weder natürlich noch automatisch, und sie ist in dieser Region vor dem Hintergrund der gemeinsamen Geschichte, vielleicht mehr als anderswo, eine permanente Einrichtung, die mit jeder neuen Generation erneuert werden muss. - Zitat Ende. 56 Jahre auf den Tag genau nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle wurde dieser Vertrag mit dem Aachener Vertrag erneuert. Das Jawort zwi-

(Abg. Ries (SPD))

schen Deutschland und Frankreich ist in Zeiten eines bedrohlichen Rechtsruckes in Deutschland, in Europa, wichtiger denn je. Damit bieten wir vor allem Populisten und Nationalisten die Stirn. In Zeiten, in denen immer mehr Politiker, nicht nur in Deutschland und Frankreich, sondern leider auch hier im saarländischen Landtag, wieder nationalistische Töne anstimmen, zeigen wir mit der Erneuerung des Élysée-Vertrages auf, dass die Zukunft unserer beiden Länder nur eine gemeinsame, nur eine europäische sein kann.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Das war sicherlich ein Grund für die Neufassung. Ein weiterer Grund ist, dass sich unsere Welt verändert und deutlich komplexer geworden ist, und damit auch die Herausforderungen für unsere beiden Länder. Vor 56 Jahren war zum Beispiel Klimawandel, Digitalisierung oder Globalisierung überhaupt kein Thema. Der neue Vertrag soll deshalb auch eine Antwort beider Länder auf diese Herausforderungen sein.

Manchen Kritikern geht der Vertrag nicht weit genug. Einige sagen, er hat nur Symbolcharakter, weil er keine konkreten Ziele festlegt, sondern lediglich die Richtung vorgibt, die die deutsch-französischen Beziehungen einschlagen sollen. Das mag in einigen Formulierungen durchaus der Fall sein, aber, das wurde bereits mehrfach erwähnt, die Grenzregionen sollen einen Sonderstatus bekommen, um sich durch Angleichung gesetzlicher Regelungen besser austauschen zu können. Die regionale Zusammenarbeit ist das Kernstück dieses Aachener Vertrages. Gerade hier in den Grenzregionen erleben wir ja Europa, seine Realität, seine Qualitäten, aber auch seine Mängel. Man soll Hürden im Alltagsleben von Menschen beseitigen, die im Nachbarland arbeiten, die im Nachbarland wohnen, oder schlicht einfach nur regionale Fragen gemeinsam lösen, weil Probleme nicht an der Grenze enden. Das haben wir bei dem Unwetter in Großblittersdorf und Kleinblittersdorf gesehen, das ist dann unsere gemeinsame Aufgabe.

Der Vertrag von Aachen legt einen besonderen Fokus auf diese alltäglichen Beziehungen. Dort gibt es eine Ausnahmeklausel, die es möglich macht, mit nationalem Recht zu experimentieren. In Kapitel 4 Artikel 13 heißt es, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident: Die Regionen sollen mit angemessenen Kompetenzen, zweckgerichteten Mitteln und beschleunigten Verfahren ausgestattet werden, um Hindernisse in allen Bereichen wie Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Gesundheit, Energie und Transport zu überwinden. - Vor allem die Formulierung, dass zu diesem Zweck Rechts- und Verwaltungsvorschriften angepasst oder Ausnahmeregelungen erarbeitet werden können, war lange umstritten. Nicht in Deutschland, eher in Frankreich, wo das nicht nur bei Poli-

tikern des extremen Rands für Widerstand sorgte. Dem elsässischen Abgeordneten Sylvain Waserman ist es zu verdanken, dass sich die Franzosen in dieser Frage bewegt haben. Das ist eine Chance für unsere Region, für die Großregion.

Herr Ministerpräsident, Sie nehmen in Ihrer Regierungserklärung den Vergleich mit dem europäischen Cross-Border-Mechanismus auf. Ja, ich sehe das auch so, das ist ein gutes Instrument, wir sollten es in der Tat hier praktisch umsetzen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Um die deutsch-französische Freundschaft konkret mit Leben zu erfüllen, müssen wir den Städtepartnerschaften, aber auch den Schulpartnerschaften, wie Patrick Weiten es erwähnt hatte, den Austauschprogrammen und auch den Kooperationen in allen Bereichen der Bildung und der Wirtschaft wieder neue Impulse und neue Ideen geben. Die Zusammenarbeit in den deutsch-französischen Grenzregionen sollte im Alltag eigentlich erleichtert werden. Da gibt es noch einiges zu tun. Hinzu kommt ja, dass wir jetzt nicht nur den Aachener Vertrag haben, sondern dass wir für zwei Jahre die Gipfelpräsidentschaft und die Präsidentschaft des Interregionalen Parlamentarierrates übernommen haben. Da ist es für uns als das französischste aller Bundesländer, das wir ja sein wollen, auch eine Verpflichtung, in zwei Jahren auch konkrete Ergebnisse zu liefern.

Im Aachener Vertrag gibt es 15 prioritäre Vorhaben. Für die Gipfelpräsidentschaft wie auch für die IPR-Präsidentschaft haben wir uns ebenfalls bestimmte Ziele gesetzt. Einige Mosaiksteine, die man bewegen muss, möchte ich hier erläutern. Wir sind die Grenzregion mit den größten Pendlerströmen: 230.000 Pendler. Mehr gibt es in ganz Europa nicht. Der Ausbau von Mobilitätsprogrammen muss deshalb an allererster Stelle stehen. Und das Folgende ist auch schon angesprochen worden: Die Fernverbindung zwischen Saarbrücken und Paris, der POS Nord, ist explizit im Aachener Vertrag prioritär erwähnt. Sie muss erhalten bleiben, aber nicht nur das, sondern sie muss auch ausgebaut werden. Hier ist die Bundesregierung in ganz besonderer Weise gefordert.

Und wir brauchen die Verbesserung der grenzüberschreitenden Bahnverbindungen. Ein funktionierender öffentlicher Personennahverkehr ist die Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen sich begegnen können, zusammen arbeiten können, hüben und drüben wohnen können, einkaufen gehen und Kultur erfahren können. Da haben wir noch einige Baustellen. Ich beginne mit der Saarbahn von Saarbrücken nach Saargemünd. Dieses wichtige Infrastrukturprojekt muss langfristig gesichert werden. Demnächst steht wieder eine Einigung über die Finanzierung der Streckennutzungsbeiträge an. 2020

(Abg. Ries (SPD))

läuft der Vertrag aus. Die Frage ist, ob die Fahrdienstleiter auf beiden Seiten der Grenze bleiben, ob es bei der Taktung bleibt oder ob es sogar eine Erweiterung geben sollte. Wenn wir die Menschen im Grenzbereich zusammenführen wollen, dann brauchen wir Projekte in dieser Richtung und auch Ziele, zum Beispiel den Ausbau der Saarbahn von Saarbrücken nach Forbach am ZF-Werk vorbei. Dort arbeiten 8.500 Menschen, die die Bahn nutzen könnten, auch viele Franzosen. Wir könnten die Innenstadt von Saarbrücken damit enorm entlasten und auch die Verbindung zu Frankreich stärken.

Ein weiteres wichtiges Infrastrukturprojekt ist für mich der Erhalt der Niedtalstrecke. Sie ist im Aachener Vertrag zwar nicht als prioritäre Maßnahme aufgelistet, aber das sollte uns nicht davon abhalten, der DB Netz AG weiterhin die Stirn zu bieten, die den Abschnitt der Niedtalstrecke von Niedaltdorf bis zur Grenze stilllegen möchte. Die Weiterführung dieser Strecke bis zur Grenze ist dringend erforderlich und sie hat auch europäische Dimensionen. Es besteht nämlich die Möglichkeit, über Siersburg und Thionville eine Anbindung nach Luxemburg zu schaffen. Die Strecke sollte natürlich auch für den Personennahverkehr geöffnet werden, dann bestünde nämlich die Möglichkeit, von Saarbrücken bis Luxemburg mit der Bahn zu fahren. Ich denke, ein lohnenswertes Ziel, eine kleine Bahnstrecke, liebe Kolleginnen und Kollegen, die aber gerade für unsere Stahlindustrie von ganz besonderer Bedeutung ist. 600.000 Tonnen Kalkstein werden zum Beispiel pro Jahr von den Hochöfen in Lothringen zur ROGESA nach Dillingen gefahren.

Ein weiteres grenzüberschreitendes Problem für mich oder für viele von uns sind die Befahrungs- oder Schiffsabgaben. Das war letzte Woche Thema im Interregionalen Parlamentarierrat. Für die gewerbliche Güter- und Frachtschifffahrt auf den deutschen Wasserstraßen sind die Befahrungsabgaben mit Datum zum 01. Januar dieses Jahres abgeschafft worden. Vor dem Hintergrund des Ausbaus nachhaltiger Verkehre ist die Belastung dieser sehr umweltfreundlichen Binnenschifffahrt nicht mehr zeitgemäß. Das war die Begründung und das ist auch richtig. Wenn jedoch die Erhebung von Schiffsabgaben wie etwa auf der Mosel internationalen Beziehungen unterliegt, können nationale Regelungen die Abschaffung der Schiffsabgaben für die Logistikwirtschaft und die verladende Wirtschaft keine Wirkung entfalten. Wir fordern deshalb aus Wettbewerbsgründen die Gleichbehandlung aller Betriebe in der Grenzregion und die Abschaffung dieser Schiffsabgaben auch auf der Mosel. Das sind zum Beispiel gerade für die Kraftwerkswirtschaft und die Stahlindustrie keine unerheblichen Beträge, die da gezahlt werden müssen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

In Deutschland sind die Gebühren jetzt abgeschafft. Wir haben letzte Woche in meiner Kommission im Interregionalen Parlamentarierrat gehört, dass die Mitglieder der Moselkommission aus Luxemburg bereit sind, auf diese Gebühren zu verzichten. Leider haben aber die französischen Kollegen der Moselkommission deutlich gemacht, dass sie auf die Einnahmen für die Binnenschifffahrtsverwaltung in Frankreich nicht verzichten können. Wir brauchen nun Gespräche und Lösungen mit der französischen, aber auch mit der deutschen Regierung, um die Ungleichbehandlung der verladenden Wirtschaft in der Grenzregion zu beenden. Herr Ministerpräsident, ich glaube, das ist eine ganz wichtige Aufgabe für die Gipfelpräsidentschaft. Wir sollten die Aufgabe so ernst nehmen, dass die verladende Wirtschaft im Januar nächsten Jahres von diesen Gebühren befreit ist.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Folge könnte nämlich auch sein - und das wollen wir natürlich nicht -, dass die Wirtschaft auf die Idee kommt zu sagen: Dann werden die Güter eben über Lkw auf der Straße befördert. - Das kann nicht in unserem Sinne sein. Das ist auch nicht der ökologischste Weg.

Nennen will ich auch noch die Task Force Grenzgänger, die in der Regierungserklärung ein wichtiger Punkt gewesen ist. Mit ihr konnten wir schon öfter grenzüberschreitende Probleme lösen. Ich denke da an die Beförderung von Paketen, an den Taxiverkehr, die Arbeitnehmer-Entsendung, an das Steuerrecht, das grenzüberschreitenden Arbeitsrecht und das Sozialrecht. Diese so wichtige Einrichtung ist INTERREG-finanziert. Die Finanzierung läuft 2020 aus. Wir sollten wirklich alle daran arbeiten, dass diese so wichtige Einrichtung weiterhin Bestand hat.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Der freie Handel von Waren ist für uns alle, vor allem für die Jüngeren, eine Selbstverständlichkeit. Aber was ist mit der grenzüberschreitenden Tätigkeit von Unternehmen? - Wie Sie alle wissen, haben die Wirtschaftsminister der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland im November letzten Jahres in einem gemeinsamen Schreiben an die französische Arbeitsministerin Pénicaud appelliert, Hürden bei der Entsendung von deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach Frankreich abzubauen. Erfreulich war, dass die französische Regierung sofort zugesagt hat, dass geplante Verschärfungen bei der Arbeitnehmerentsendung nicht kommen. Sie hat auch zugesagt, die bisherige Praxis zu überprüfen und Hindernisse abzubauen.

Die Absichtserklärung haben wir, jetzt müssen nur noch Taten folgen. So muss zum Beispiel diese unsinnige Schikane wegfallen, dass saarländische Unternehmen, die in Frankreich arbeiten, im Nachbar-

(Abg. Ries (SPD))

land täglich und im Voraus die eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anmelden müssen. Die Folge dieser Vorschrift ist, dass die deutschen Handwerker, egal ob Klempner, Schreiner, Bauarbeiter oder Maler, überhaupt nicht mehr in Frankreich arbeiten, weil das nämlich viel zu kompliziert ist. Nun gibt uns der Aachener Vertrag die Möglichkeit, diese Hürden abzubauen. Ich habe mit Oliver Groll von der IHK, dem neuen Präsidenten des Wirtschaft- und Sozialausschusses der Großregion, gesprochen, der das ebenfalls positiv sieht. Denn aus Frankreich gibt es leider immer noch keine Präzisierungen durch untergesetzliche Rechtsverordnungen. Ich denke, die politische Lage in Frankreich ist derzeit so, dass es andere Sorgen gibt. Es hängt nicht am Willen, das glaube ich nicht. Deshalb sollten wir versuchen, auf Grundlage des Aachener Vertrages durch ein bilaterales Abkommen zu einer Lösung zu kommen.

Aktuell liegt die Zuständigkeit im Bereich Arbeitsrecht und auswärtige Angelegenheiten beim Bund. Das hat mir die Task Force so berichtet. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat mit den Verhandlungen begonnen. Da unsere Handwerker aber endlich Klarheit brauchen, sollten wir alle Möglichkeiten nutzen und deshalb auf den Aachener Vertrag, der uns hier eine wirklich gute Grundlage gibt, zurückgreifen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Noch eines: Ich könnte mir auch hier im Grenzgebiet eine europäische Arbeitsmarktbehörde vorstellen, in Grand Est oder hier im Saarland. Seit dem 01. Januar dieses Jahres gibt es dieses Instrument. Wir haben dies im AdR beschlossen, das Europäische Parlament und auch die EU-Kommission haben den Weg freigemacht für eine europäische Arbeitsmarktbehörde, damit Lohn- und Sozialdumping bekämpft werden können. Bisher ist es so, dass - mit welchem Erfolg auch immer - deutsche und französische Behörden Lohn- und Sozialdumping strikt getrennt auf nationaler Ebene bekämpfen. Bei uns sind es der Zoll und das Arbeitsamt. Lohn- und Sozialdumping machen aber an Ländergrenzen nicht halt. Die richtige Antwort auf diese Situation kann eigentlich nur sein, weil uns sowohl in Frankreich wie in Deutschland Milliarden an Geldern verloren gehen, dass sich die deutschen und französischen Behörden zur Bekämpfung des Dumpings vernetzen und zusammenarbeiten. Die deutschen und französischen Arbeitsämter können sich mit dieser europäischen Arbeitsmarktbehörde vernetzen und austauschen, dann können wir sicherlich einen Erfolg zeitigen.

Noch zwei Sätze zur Präsidentschaft des IPR. Ich durfte am 07. Dezember für unseren Präsidenten den Staffstab von Luxemburg übernehmen. Wir haben drei Ziele. Ein großes Ziel ist, dass die

Deutsch-Französische Universität zur Europa-Hochschule wird. Wir sind mit unseren sechs Standorten Trier, Kaiserslautern, Lüttich, Luxemburg, Saarbrücken und Metz-Nancy in vier Ländern und mit drei Sprachen eine sehr europäische Universität. Wir werden uns aufhübschen, dafür ist auch ein bisschen Geld in die Hand genommen worden, damit das gelingt. Ich denke, das ist ein lohnenswertes Projekt. Wir haben große Konkurrenz, das ist ganz klar, aber ganz erfolglos werden wir sicherlich nicht sein.

Das zweite Instrument, das auch schon angesprochen wurde, ist der Cross-Border-Mechanismus. Was ist das? - Wir machen eine gemeinsame Raumplanung der Großregion. Wenn wir dann Projekte mit Frankreich haben, können wir, wenn es administrative oder juristische Hindernisse gibt, ein Recht anwenden. Gerade in Frankreich haben wir öfter Probleme. Dann könnten wir uns einigen, dass etwa deutsches Recht angewandt wird und wir so besser zu einer Lösung kommen. Wenn wir mit Luxemburg etwas gemeinsam auf den Weg bringen, zum Beispiel eine gemeinsame Bahnstrecke, könnten wir sagen: Die Luxemburger sind da schneller, wir wenden Luxemburger Recht an. - Es ist also ein Instrument, das uns in der Zusammenarbeit sicherlich sehr viel helfen wird.

Das Dritte war die Bürger-Begegnung. Wir haben gesagt, wir wollen vor allem junge Menschen für den europäischen Gedanken begeistern. Die Luxemburger haben es uns mit dem Jugendkolloquium vorgebracht. Das wollen wir übernehmen. So können wir also feststellen: Wir haben genügend Handlungsfelder für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und deren Verbesserung. Unsere Aufgabe ist es nun, den schönen Worten Taten folgen zu lassen. Lassen Sie uns Vorhandenes stärken und Neues anfangen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Es liegt eine weitere Wortmeldungen vor. - Sie kommt von Günter Heinrich, CDU-Fraktion.

Abg. Heinrich (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann beginne ich ebenfalls mit einem Zitat.

(Heiterkeit.)

Und zwar mit einem Zitat von Helmut Kohl, dem großen Europäer, dem die Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland wesentlich zu verdanken ist: „Nur wenn Europa mit einer Stimme spricht und seine Kräfte bündelt, kann es sein Gewicht angemessen zur Geltung bringen.“ - Ich darf feststellen: Angemessen zur Geltung gebracht wurde heute das Gewicht des Saarlandes in Europa durch die

(Abg. Heinrich (CDU))

Regierungserklärung des saarländischen Ministerpräsidenten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Der Élysée-Vertrag hat Deutschland und Frankreich nach einer sehr wechselvollen und traurigen Vergangenheit in Frieden und Freundschaft vereint. Aufbauend darauf der Aachener Vertrag mit dem Ziel, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit für jeden Franzosen und für jeden Deutschen erlebbar zu machen und somit die Herausforderungen für die Zukunft anzunehmen. Ich bin mir sicher, beide Verträge, der Élysée-Vertrag und auch der Aachener Vertrag, insbesondere auch im Hinblick auf die ausgehandelten Positionen an den Binnengrenzen, sind Leuchttürme für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, und das weit über die Grenzen Europas hinaus.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Beide Verträge sind gerade in einer Zeit, in der die Welt droht, aus den Fugen zu geraten, ein Zeugnis dafür, dass aus Feinden wieder Freunde geworden sind. Aus Freunden ist in Europa eine Familie mit 28 Köpfen gewachsen, wenn auch ein Familienmitglied derzeit aus diesem Familienverbund auszuscheren versucht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Élysée-Vertrag hat die Tür geöffnet für 2.200 deutsch-französische Städtepartnerschaften und eine Vielzahl von Freundschaftsvereinen, er hat damit auch die Tür geöffnet für einen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Austausch, für Begegnungen von Deutschen und Franzosen, für etwas, das heute für uns gelebte Selbstverständlichkeit geworden ist. Ich spreche einmal aus der Sicht einer Kommune, die besondere Verbindungen nach Frankreich hat. Dort wird Europa gelebt. Europa ist dort zunächst einmal Frankreich, Lothringen und die Großregion, Frau Generalkonsulin Robinet. Menschen wie der ehemalige Maire Grandjean aus Bouzonville und der vom Krieg schwer gezeichnete ehemalige Bürgermeister der Gemeinde Rehlingen-Siersburg Ewald Bauer haben vor circa 40 Jahren eine Partnerschaftsurkunde für die Städtepartnerschaft zwischen Bouzonville und der Gemeinde Rehlingen-Siersburg unterzeichnet. Das ist eine Städtepartnerschaft, die demnächst ihr 40-jähriges Bestehen feiern kann. Das ist eine Städtepartnerschaft, die sich auf kultureller, sportlicher und sozialer Ebene seit vielen Jahren einer großen Beliebtheit erfreut.

Der Ministerpräsident hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Regierungserklärung angesprochen und darauf hingewiesen, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich 20 Prozent beträgt. Oskar Lafontaine hat die Jugendarbeitslosigkeit ebenfalls im europäischen Vergleich als bedenklich eingestuft. Ich darf darauf hinweisen, dass auch auf

kommunaler Ebene diesbezüglich grenzüberschreitende Initiativen im Geiste des neuen Élysée-Vertrages ergriffen worden sind und zwar infolge der von der Landesregierung ins Leben gerufenen Frankreichstrategie.

Wir haben in unserer Region das wunderschöne Beispiel dafür, dass grenzüberschreitend Gewerbeschauen stattfinden. Sie werden organisiert vom Verband für Handel, Handwerk und Gewerbe zusammen mit den französischen Verbänden. Das ist ein Pflänzchen, das sich im Wachsen befindet, aber es sind französische und deutsche Unternehmen, die sich im Rhythmus von zwei Jahren zusammenfinden.

In Bezug auf die Arbeitslosigkeit sind erste Initiativen ergriffen worden. Es findet eine grenzüberschreitende Jobbörse statt. Ich selbst war mehrfach anwesend. Das ist eine Jobbörse, die von Schulen besucht wird, wo eine Vielzahl von Interessenten da ist, um sich mit diesem Angebot auseinanderzusetzen. Das ist gelebte Frankreichstrategie! Die Frankreichstrategie erschöpft sich nicht nur im Spracherwerb, der zugegebenermaßen eines der wichtigsten Kriterien ist, damit die Menschen in der Region in einer Generation in der Lage sein werden, zumindest umgangssprachlich Französisch zu sprechen.

Der Élysée-Vertrag ebenso wie der Folgevertrag hat zum Inhalt, Kontakte zwischen Deutschen und Franzosen auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene zu beleben. Im Vollzug dieses Geistes ist auch eine Verkehrsinfrastruktur aufgebaut worden, insbesondere eine Schieneninfrastruktur, die in Zukunft eine Rolle spielt. Ich bin mir sicher, sie wird in der Zukunft eine ganz wesentliche Rolle spielen. Es gibt dazu entsprechende Regelwerke, Richtlinien und Verträge.

Ich verweise auf den Aachener Vertrag, der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration vom 22. Januar dieses Jahres. Er enthält ein klares Bekenntnis zur grenzüberschreitenden Mobilität unter anderem mit dem Ziel, Eisenbahnverbindungen besser miteinander zu verknüpfen.

Nach dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung für die 19. Legislaturperiode vom 12.03.2018 besteht das Ziel, bis 2025 70 Prozent des Schienennetzes in Deutschland zu elektrifizieren, insbesondere bezüglich regionaler Schienenstrecken. Zur Förderung des ländlichen Raums sollen Bundesmittel für Schienennebenstrecken zur Verfügung gestellt werden, um die Mobilität im ländlichen Raum zu fördern. Ich gehe davon aus, heute Nachmittag bei der ÖPNV-Debatte wird darauf einzugehen sein. Deshalb kommt die Forderung aus der saarländischen Grenzregion, dass intakte Schienennebenstrecken nicht dem Willen der Betreiber entsprechend stillgelegt werden

(Abg. Heinrich (CDU))

dürfen. Intakte Schienenstrecken müssen erhalten bleiben.

(Beifall von den Regierungsfractionen und vereinzelt von der LINKEN.)

Ich spreche insbesondere von der intakten grenzüberschreitenden Bahnnebenstrecke zwischen Dillingen und Bouzonville. Von der Kollegin Ries ist es eben erwähnt worden. Ich sage dies heute nicht in allererster Linie aus einem lokalen oder regionalen Bezug. Die Zukunft Europas für uns im Saarland liegt in der Großregion.

Ich darf auf Folgendes hinweisen. Wer sich nach dem Mauerfall und der Osterweiterung die Karte Europas anschaut, muss feststellen: Das Saarland und die Großregion haben eine Zentrums Lage in Europa. Wir sind hier im Herzen Europas. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Adern, die zu diesem Herzen führen, nicht abgeschnitten werden.

Hierfür gibt der neue Élysée-Vertrag eine hervorragende Grundlage. Er sieht eine Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor. Hervorgehoben wird ausdrücklich der Wunsch, dass die Verkehrsinfrastruktur über die deutsch-französische Grenze weiter zusammenwächst, wozu ausdrücklich auch der grenzüberschreitende Schienenverkehr gehört. Genau dies ist der richtige Ansatz für eine prosperierende Region.

Der Ansatz muss sein, die Infrastruktur dort, wo sie vorhanden und funktionsfähig ist, zu erhalten und sie den Anforderungen einer modernen Industrie- und Digitalgesellschaft anzupassen. Wir brauchen ein Europa, das neue Wachstumspotenziale generiert und ausschöpft. Das waren die Worte des Ministerpräsidenten in seiner heutigen Regierungserklärung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich die Region um Thionville und im Saartal anschaut, sieht, welches Entwicklungspotenzial insbesondere in Thionville vorhanden ist. Er sieht die Bemühungen insbesondere des Präsidenten des Departement Patrick Weiten in Bezug darauf, Industrie in einem großen Industriegebiet rund um Thionville anzusiedeln. Wenn man sieht, wie die Wirtschaftsstruktur hier aufgebaut ist, dann fordert gerade die Digitalisierungsinitiative, dass diese Räume zusammenwachsen und vernetzt werden. Vernetzung braucht Verkehrswege. Diese Verkehrswege müssen erhalten bleiben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich muss zum Schluss kommen. - Ich weise darauf hin, Frankreich ist mittlerweile vor Großbritannien mit einem Volumen von 2,3 Milliarden das wichtigste Exportland für uns im Saarland. Im vergangenen Jahr hat das Wachstum in Frankreich 14 Prozent betragen. Das heißt, die Region entwickelt sich. Dar-

an wird die gesamte Region partizipieren. Daran werden auch wir partizipieren. Deshalb darf ich insbesondere den Präsidenten des interregionalen Parlamentarierrates, Stephan Toscani, sowie den Ministerpräsidenten herzlich bitten, sich dieses Anliegen in Europa für die Großregion anzunehmen.

Meine Redezeit ist bedauerlicherweise zu Ende, mein Vortrag leider noch nicht.

(Heiterkeit. - Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Europa und die deutsch-französischen Beziehungen bleiben sozusagen eine ständige Aufgabe. - In diesem Sinn liegen zurzeit keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Zustimmung zum Zweiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drucksache 16/720)

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Tobias Hans das Wort.

Ministerpräsident Hans:

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! In ihrer Konferenz am 14.07.2018 haben die Regierungschefinnen und -chefs der Länder einstimmig eine Änderung des Rundfunkstaatsvertrags beschlossen. Dieser Zweiundzwanzigste Rundfunkänderungsstaatsvertrag hat eine Überarbeitung des Telemedienauftrages für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zum Gegenstand.

Worum geht es konkret? Es geht darum, was ARD - und innerhalb der ARD auch der Saarländische Rundfunk -, ZDF und Deutschlandradio im Internet anbieten dürfen, zum Beispiel auf ihren eigenen Onlineplattformen in ihren Mediatheken, die immer mehr genutzt werden, aber auch in Apps sowie auf Portalen Dritter. Diese Anpassungen an die Erfordernisse des digitalen Zeitalters sind aus meiner Sicht sehr zu begrüßen. Der digitale Wandel und der technische Fortschritt ermöglichen heute einen sehr viel individuelleren Genuss von Fernseh- und Hörfunkinhalten, als es noch vor einigen Jahren der Fall war.

Die Nutzerinnen und Nutzer hören oder schauen die für sie interessanten Beiträge aus Funk und Fernsehen zunehmend eben dann, wenn sie es für richtig halten und unabhängig davon, wann sie gesendet wurden oder werden. Entsprechend wächst die Er-

(Ministerpräsident Hans)

wartung der Menschen daran, dass eine solche individuelle Nutzung gerade von beitragsfinanzierten Inhalten umfassend möglich ist. Deshalb ist es gut und zeitgemäß, den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit dem 22. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, wie er Ihnen vorliegt, mehr Entwicklungsmöglichkeiten im Netz einzuräumen.

Das Saarland hat an dieser positiven Weiterentwicklung des Rundfunkstaatsvertrags entscheidenden Anteil. Nachdem es 2017 bei der Konferenz der Regierungschefs der Länder hier in Saarbrücken endlich gelungen war, einen Grundkonsens im Länderkreis zu dieser notwendigen Reform zu erzielen, freue ich mich, dass es jetzt tatsächlich in einem zweiten Schritt ebenfalls im Rahmen des Vorsitzes des saarländischen Ministerpräsidenten in der Konferenz der Regierungschefs gelungen ist, diese Einigung in einem Staatsvertrag zu fixieren.

Die Gewinner dieser Modernisierung des öffentlich-rechtlichen Telemedienauftrages sind die Hörerinnen und Hörer und die Zuschauerinnen und Zuschauer von ARD, ZDF und Deutschlandradio, die künftig zum Beispiel durch die Abschaffung der sogenannten 7-Tage-Regel bei Spielfilmen, die uns alle ziemlich genervt hat, noch besser die öffentlich-rechtlichen Onlineangebote nutzen können. Das ist aus meiner Sicht zeitgemäß und auch nutzerfreundlich.

Der Grundsatz lautet jetzt, dass audiovisuelle Inhalte in Zukunft deutlich unabhängiger von einer linearen Ausstrahlung online bereitgestellt werden können. Daher wird die bisherige Befristung auf 7 Tage nach Ausstrahlung künftig grundsätzlich entfallen. Außerdem wird es auch mehr eigenständige Onlineangebote geben. Darüber hinaus wird sich auch im Bereich der eigenen Auftragsproduktionen etwas tun. Diese sowie europäische Lizenzwerke können künftig bis zu 30 Tage in den Mediatheken bleiben statt bislang, wie gesagt, 7 Tage. Und auch bei Großereignissen und Spielen der Ersten und Zweiten Fußballbundesliga erfolgt eine Ausweitung von bisher lediglich 24 Stunden auf künftig 7 Tage.

Der zweite wichtige Punkt bei der Modernisierung des Onlineauftrages der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten betrifft ihre Möglichkeiten, mit anderen Onlineplattformen zusammenzuarbeiten. Richtig ist, die Angebote von ARD und ZDF werden nur dann aufgefunden und genutzt, wenn diese Angebote auch dort präsent sind, wo die Menschen und gerade auch junge Menschen suchen. Deshalb ist es richtig und wichtig, den Rundfunkanstalten die ausdrückliche Befugnis zur Nutzung von Drittplattformen einzuräumen und die Bedingungen hierfür im Rundfunkstaatsvertrag klar zu definieren.

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben sich die Entscheidung für die konkrete Aus-

gestaltung des Onlineauftrags von ARD und ZDF sicherlich nicht leicht gemacht, deswegen hat es auch eine Weile gedauert. Neben den Belangen der Bürgerinnen und Bürger und den Interessen der Anstalten berührt so eine Änderung des Telemedienauftrages natürlich auch die Presse mit ihren Angeboten, aber auch die Filmwirtschaft.

Sehr positiv sehe ich daher, dass der 22. Rundfunkänderungsstaatsvertrag zum einen das Verbot von presseähnlichen Telemedienangeboten näher ausgestaltet und zum anderen auch eine gemeinsame Schlichtungsstelle von Presseverlegern und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einrichtet. Ich begrüße ausdrücklich, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Zeitungsverleger nach langen und intensiven Beratungen, die auch über die Medien durchgeführt worden sind, übereingekommen sind, dass sie künftig Streitfragen im Onlinereich in dieser gemeinsamen Schlichtungsstelle klären wollen. Es ist immer besser, miteinander zu reden, als sich über die Öffentlichkeit zu streiten und das Ganze vor Gericht auszutragen. Es spart Geld, Nerven, Zeit, und deswegen ist das eine gute Entwicklung.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Aus meiner Sicht ist daher mit dem vorliegenden Entwurf ein sehr guter Kompromiss gelungen, der die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt. Das Internetangebot von ARD und ZDF wird zukunftsfähig weiterentwickelt, eine klare Trennung von Angeboten der Presse ist damit auch abgesichert. Immerhin haben auch die Verleger diesen Kompromiss ausdrücklich gelobt, weshalb ich glaube, dass wir hier etwas vorlegen, das tatsächlich zustimmungsfähig ist.

Von daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich schon heute um die Zustimmung zum 22. Rundfunkänderungsstaatsvertrag werben und Sie bitten, die Beratungen im zuständigen Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien konstruktiv zu begleiten. - Herzlichen Dank!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. - Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Regierung, Drucksache 16/720. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält

(Präsident Toscani)

sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/720 in Erster Lesung einstimmig angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien überwiesen ist. Zugestimmt haben die CDU-, die SPD- und die LINKE-Landtagsfraktion, enthalten hat sich die AFD-Fraktion.

Wir kommen zu Punkt 2 unserer Tagesordnung:

Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden und Landkreise des Saarlandes (Neugliederungsgesetz-NGG) (Drucksache 16/728)

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort.

(Vizepräsidentin Ries übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Dörr (AfD):

Frau Präsidentin! Verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag steht unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen - Geld sparen“.

(Lachen des Abgeordneten Zimmer (SPD).)

Herr Zimmer ist heute gut aufgelegt. - Wir haben einen Änderungsantrag vom Saarländischen Neugliederungsgesetz von 1974 eingebracht. Damals hat es im Saarland eine ziemlich große Veränderung gegeben, aus rund 250 Gemeinden wurden zuerst 50 gemacht, später kamen noch einmal zwei dazu, jetzt sind es 52. Bei den Landkreisen sind aus zweien einer gemacht worden, der Landkreis St. Ingbert und der Landkreis Homburg sind zum Saarpfalz-Kreis zusammengelegt worden. In der Diskussion gab es auch andere Vorschläge, so hat zum Beispiel damals der SPD-Politiker und spätere langjährige Innenminister Läßle drei Landkreise vorgeschlagen, aber die Vorschläge reichten von nur noch einem Landkreis bis dahin, alle zu erhalten.

Insgesamt muss man sagen, dass bei diesem Gesetz so ziemlich alles falsch gemacht worden ist, was man falsch machen kann. Man hat zuerst einmal geglaubt, je größer, desto besser. Das war das eine. Das Zweite war, man hat geglaubt, es muss alles einheitlich sein. Und das Dritte war, man hat geglaubt, es muss alles gleichzeitig eingeführt werden. Es ist natürlich, wenn man ein Gesetz macht, immer bequemer, das alles gleichzeitig zu machen, dann hat man nachher keine Sorgen mehr, meint man. Aber dem ist in der Praxis nicht so.

Eine Folge dieses Gesetzes war ein gewaltiger Demokratieverlust, weil vorher die selbstständigen Gemeinden zu Orten und die Bürgermeister zu Ortsvorstehern degradiert wurden. Auf der anderen Seite haben wir die Situation, dass im Augenblick alle

Städte und Gemeinden im Saarland hoch verschuldet sind. Das ist nicht nur diesem Umstand zu verdanken, sondern da spielen auch andere Dinge eine Rolle, die ich jetzt nicht aufzählen will, aber diese Gebiets- und Verwaltungsreform hat dazu auch beigetragen. Deshalb sind wir jetzt in der misslichen Lage, dass unsere Städte und Gemeinden vom Bund Geld fordern müssen - das Saarland hat keins. Die AfD hat schon seit einiger Zeit klargemacht, dass da mindestens 3 Milliarden für Städte und Gemeinden fließen müssen. Da dürfen wir den Bund auch nicht aus der Verantwortung entlassen. Die Gleichheit der Lebensverhältnisse ist im Grundgesetz garantiert und wir gehören ja zur Bundesrepublik Deutschland. Deshalb kann das nicht der Willkür irgendeines Politikers anheimgestellt sein, sondern das ist ein Recht, das uns zusteht, und wir fordern dieses Recht ein.

Insofern sind wir auch keine Bittsteller, sondern wir haben das Recht zu verlangen, dass uns geholfen wird. Ich denke auch daran, dass das Saarland nicht immer nehmendes, sondern auch mal gebendes Land war, und die Länder, die heute ihr politisches Gewicht in der Bundesrepublik Deutschland auf ihren Wohlstand gründen möchten, waren damals nehmende Länder und haben von uns Geld bekommen, zum Beispiel Bayern.

Natürlich müssen wir auch unsere Hausaufgaben machen. Wir können nicht nur auf der einen Seite sagen, wir brauchen Geld, und gleichzeitig hat man den Eindruck, die geben das Geld, so wie sie es kriegen, aus. Das heißt, wir müssen überall schauen, wo wir vernünftig sparen können. Und eine Möglichkeit, mehr Demokratie zu bekommen und dabei gleichzeitig Geld zu sparen, zeigt der Vorschlag auf, den wir unterbreitet haben. Wir sind dafür, dass diese Zwischenverwaltungsschiene der Landkreise beseitigt wird und nach einer Übergangszeit nur noch ein Landkreis übrig bleibt. Das wäre dann der Landkreis Saarland, also Regionalverband Saarland. Die Folge davon wäre logischerweise, dass es dann eine kreisfreie Stadt Saarbrücken gäbe. Das ist sowieso ein Unikum, dass eine Stadt von fast 200.000 Einwohnern in Deutschland nicht kreisfrei ist. Unsere kleine Nachbarstadt Zweibrücken ist kreisfrei. Es ist an der Zeit, dass Saarbrücken kreisfrei wird.

Das sollte natürlich nicht das Ende der Geschichte sein. Ich habe am Anfang schon gesagt, dass es ein Fehler ist, wenn man alles gleichzeitig macht. Probleme, die in Homburg auftauchen, müssen nicht in Großrosseln gelöst werden. Man muss sie auch nicht heute lösen, wenn sie erst in zwei oder in fünf Jahren auftauchen. Aber das wäre ein Anfang.

(Vereinzelt Heiterkeit.)

(Abg. Dörr (AfD))

Andere große Städte im Saarland wie zum Beispiel Neunkirchen, Völklingen, Saarlouis oder Homburg könnten nämlich auf die Idee kommen, dass sie im Sinne des Subsidiaritätsprinzips - jeder soll das selbst machen, was er selbst machen kann, und soll auch das Recht haben, das zu machen, was er selbst machen kann - die Möglichkeit haben, aus diesem Regionalverband Saarland auszuscheren. Das könnte am Schluss dann so sein, dass wir vielleicht überhaupt gar keinen solchen Verband mehr brauchen.

Sie werden sich natürlich fragen, was wir mit den übergreifenden Aufgaben im Saarland machen. Erstens haben wir das Saarland als solches und zweitens kann man natürlich auch Landesgesellschaften oder Landesämter, die es schon gibt, mit solchen Aufgaben betrauen. Das dürfte kein Problem sein. Da muss man nur den Mut haben und einmal anfangen.

Hinter vorgehaltener Hand hört man ja von vielen, dass der jetzige Zustand auf Dauer nicht haltbar ist. Man will hier im Landtag - öffentlich - nichts davon wissen. Schon seit Längerem wird davon gesprochen, dass man eine neue Reform braucht. Es gibt zwar ein Gutachten mit 751 Seiten, das irgendwo in der Schublade liegt, aber man traut sich nicht, das rauszuholen. Das ist schnell wieder eingepackt worden, weil man weiß, dass man seinen eigenen Parteifreunden auf die Füße treten muss. Die Verflechtungen sind ja sehr groß.

Wenn ich zum Beispiel die Landkreise einspare, dann muss ich zuerst einmal die Landrätinnen und Landräte einsparen. Das sind ja nicht ganz unwichtige Parteifreunde. Das ist dann zugegebenermaßen keine leichte Aufgabe. Aber ich denke, wir sollten den Mut haben, solche Aufgaben anzugehen. Wir sollten mit dem Vorschlag, den wir hier gemacht haben, anfangen und danach sehen, wie es weitergeht. - Danke schön.

(Anhaltendes Sprechen und Zurufe. - Abg. Dörr (AfD): Ja, es gefällt euch nicht. Das weiß ich.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun Raphael Schäfer von der CDU-Landtagsfraktion.

(Abg. Schäfer (CDU): Noch kann ich lachen. - Heiterkeit.)

Abg. Schäfer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Landtagsfraktion hat für die heutige Sitzung einen Gesetzesentwurf mit der Drucksache 16/728 vorgelegt. Sie will die saarländischen Landkreise abschaffen und für das gesamte Saarland nur einen einzigen

Landkreis mit dem Namen Regionalverband Saarland einrichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich könnte es mir an dieser Stelle wirklich sehr einfach machen und den Vorschlag Ihrer Fraktion, Herr Kollege Dörr, als inhaltlich unzureichend und rein populistischer Natur ohne große inhaltliche Debatte zurückweisen. Aber das machen wir natürlich nicht. Im Gegenteil, Herr Kollege, ich habe mir wirklich die Mühe gemacht und mich inhaltlich mit Ihrem Entwurf im Detail auseinandergesetzt.

Ich möchte Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber insbesondere auch der saarländischen Öffentlichkeit heute anhand von Sachargumenten darlegen, weshalb wir als CDU-Fraktion, aber auch als Große Koalition in diesem Hohen Hause Ihren Gesetzesentwurf zurückweisen und auch einer Überweisung an den zuständigen Innenausschuss nicht zustimmen werden.

Ich will mit einer verfassungsrechtlichen beziehungsweise rechtlichen Würdigung dieses Vorschlages beginnen. Blicken wir also in den Artikel 28 des Grundgesetzes und in Artikel 118 unserer saarländischen Verfassung. Dort ist die institutionelle Bestandsgarantie der Ebene der Landkreise und Gemeindeverbände verbrieft. Herr Kollege Dörr, Sie haben in der Vergangenheit schon einmal den Vorschlag gemacht, die komplette Ebene abzuschaffen. Ich rekurriere hier auf einen Zeitungsartikel vom August 2017 und muss feststellen, dass Sie wissentlich - man kann diese Ebene aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht abschaffen - diesen Vorschlag unterbreitet haben.

Heute liegt uns wie gesagt ein Gesetzesentwurf vor, in dem Sie nur noch einen Landkreis ausweisen möchten. Deswegen will ich den Artikel 118 unserer saarländischen Landesverfassung ganz genau in den Blick nehmen und zitieren: „Die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereichs nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung.“ Ich weiß nicht, ob Ihnen etwas aufgefallen ist. Dort ist die Rede von „Gemeindeverbänden“. Es ist also von Mehrzahl, von Plural die Rede. Das heißt ganz konkret, dass Ihr heutiger Vorschlag zur Änderung oder Neugliederung der Verwaltungsebene der Landkreise vom Wortlaut her von unserem eigenen Verfassungstext nicht gedeckt ist. Er ist mithin - das sage ich in aller Deutlichkeit - verfassungswidrig. Er steht nicht in Einklang mit unserer saarländischen Landesverfassung. Deswegen sage ich, Sie wollen in einer verfassungswidrigen Art und Weise unsere identitätsstiftenden, wertvollen und ganz wichtigen Landkreise abschaffen. Ich sage im Namen unserer CDU-Landtagsfraktion: Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Das werden wir nicht mitmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Schäfer (CDU))

(Beifall von der CDU-Fraktion.)

Es gibt im Übrigen eine ganz interessante Dissertation zu dieser Thematik, der Fragestellung der Zulässigkeit eines einzigen Landkreises hier im Saarland. Sie stammt von dem Juristen Christian Rumschöttel, der 2014 eine Doktorarbeit hierüber an der Universität des Saarlandes abgegeben hat. Aus dieser möchte ich gerne zitieren. Er schreibt: Ein einziger Landkreis stellt für das Saarland derzeit keine geeignete Option dar. Ein solcher Saarlandkreis würde eine zu hohe Gemeinde- und Bevölkerungszahl aufweisen.

Herr Kollege Dörr, mir ist noch wichtig, Folgendes zu ergänzen. Ich sehe in Ihrem Vorschlag auch einen ganz klaren Verstoß gegen den § 148 Abs. 2 unseres Kommunalselbstverwaltungsgesetzes. Dort ist nämlich mit Blick auf das Gebiet des Landkreises geregelt, dass dieser so bemessen sein soll, „ (...) dass die örtliche Verbundenheit der Gemeinden mit dem Landkreis gewahrt (...)“ ist. Das ist jetzt natürlich ein auslegungsbedürftiger Begriff. Was bedeutet örtliche Verbundenheit? Daher blicken wir in die Gesetzesbegründung aus dem Jahr 1974, als die große Gebiets- und Verwaltungsreform hier im Saarland umgesetzt wurde. Da ist die Rede davon, dass die Landkreisverwaltung maximal 30 km von den Gemeinden entfernt sein soll. Ihr Vorschlag würde dazu führen, dass ganz viele Verwaltungsdienstleistungen, die momentan regional durch die Landkreise angeboten werden, künftig nur noch in Saarbrücken angeboten würden. Für meinen Heimatlandkreis kann ich nur sagen, dass das eine Entfernung ist, die den Leuten nicht zumutbar ist. Das führt zu einer Entfremdung, sogar zu einer Bürgerferne. Insoweit ist Ihr Vorschlag zurückzuweisen.

(Beifall von der CDU-Fraktion.)

Neben der verfassungsrechtlichen Würdigung ist aber die politische Sichtweise noch viel entscheidender. Herr Kollege Dörr, ich sage Ihnen, dass Ihr Vorschlag ein unüberlegter Schnellschuss ist, der anscheinend nur ein einziges Ziel verfolgt, nämlich nach einem schnellen Presseaufschlag zu feiern.

Ich will an einem praktischen Beispiel zeigen, was das ganz konkret bedeutet. Der Ministerpräsident sitzt neben mir. Durch Ihren Vorschlag hätten wir folgende Situation: Wir hätten einen direkt gewählten Landrat mit landesweiter Zuständigkeit, der in dem Falle eine demokratisch höhere Legitimation hätte als der Ministerpräsident dieses Landes, der mittelbar durch uns - das Parlament - gewählt wird, was gut und richtig ist. Allein aus dieser Sichtweise heraus geht Ihr Vorschlag völlig fehl. Er ist völlig daneben.

Blicken wir aber auch einmal auf die Gremienarbeit. Auch dort hätten wir flächenmäßig einen Kreistag, der für das ganze Saarland zuständig wäre, so wie

wir als Abgeordnete, als saarländischer Landtag für das ganze Land zuständig sind. Sollen die einen dann ehrenamtlich auf der Basis einer Aufwandsentschädigung tätig sein und wir im Hohen Hause erhalten eine hauptamtliche Diät? All das sind Fragen, auf die Sie keine Antworten geben. Deswegen bleibt Ihr Vorschlag an der Stelle viel zu offen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU.)

Ich komme jetzt aber zu dem wichtigsten Argument und finde hier deutliche Worte: Ihr Vorschlag gefährdet die Eigenständigkeit unseres Landes. Herr Kollege Dörr, ich werfe Ihnen das in aller Deutlichkeit vor: Sie versündigen sich mit Ihrem Vorschlag an allen Saarländerinnen und Saarländern! Die AfD, könnte man sagen, will das Saarland abschaffen. Denn Ihr Gesetzentwurf ist Wasser auf die Mühlen all derjenigen, die im Saarland tatsächlich nur einen besseren Landkreis sehen, so traurig dies ist. Genau diese irdigen Vorstellungen wollen Sie auch noch in Gesetzesform gießen. Ich sage Ihnen klipp und klar: Das macht die CDU-Landtagsfraktion, das macht diese Große Koalition in diesem Lande nicht mit! Wir weisen Ihren Vorschlag in aller Deutlichkeit zurück, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Jetzt kommt aber das Entscheidende, der Kollege Magnus Jung hat es auch schon einmal angesprochen. Die AfD macht diesen Vorschlag ja nicht einfach so, ganz ohne Grund, sie macht diesen Vorschlag keineswegs uneigennützig. Blicken wir einfach mal nach Ostdeutschland, wo vor kurzer Zeit eine größere Gebiets- und Verwaltungsreform auf den Weg gebracht worden ist. Dort sind große Strukturen geschaffen worden, die zu einer Entfremdung, zu einer gewissen Distanz mit Blick auf die Bevölkerung geführt haben. Wer war Profiteur von diesen übergroßen Strukturen? Es waren rechte Parteien wie die AfD, die bei den Stimmerngebnissen entsprechend zugelegt haben. Deswegen sage ich auch hier in aller Deutlichkeit: Diese AfD-Landtagsfraktion stellt eigene Parteiinteressen vor die Interessen der Saarländerinnen und Saarländer. Auch aus diesem Grund werden wir Ihrem Vorschlag nicht folgen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Mir hat sich im Übrigen auch noch eine wichtige Frage gestellt, Herr Dörr. Haben Sie eigentlich mal mit Blick auf diese wesentlichen Änderungen mit der kommunalen Familie gesprochen? Haben Sie den Dialog mit dem Saarländischen Städte- und Gemeindetag und mit dem Landkreistag geführt? - Ich glaube, nein. Ich habe nämlich vor wenigen Tagen dort nachgehört. Sie haben dort keinen Kontakt gesucht. Ich persönlich halte das für einen Affront. Ich kann für die Große Koalition sagen, wir stehen in einem ständigen Austausch mit der kommunalen Familie, mit den kommunalen Spitzenverbänden. Auch

(Abg. Schäfer (CDU))

wenn wir nicht immer einer Meinung sind, ist uns der Dialog wichtig. Ich kann deswegen nur festhalten: So egal wie Ihnen die Identität und die Existenz unserer saarländischen Landkreise ist, genauso egal scheint Ihnen leider auch der wichtige Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden in diesem Land zu sein, Herr Kollege Dörr.

(Vereinzelt Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich komme aber noch zu einem weiteren, sehr wichtigen Punkt, auf den Sie leider Gottes überhaupt nicht eingegangen sind. Vor Kurzem wurde durch den Innenminister das Gutachten über die Gemeindeverbände, über die saarländischen Landkreise bekanntgegeben. Wir Parlamentarier wurden in der vergangenen Woche, am 07. Februar im Innenausschuss - der Kollege Hecker war in der Sitzung anwesend - durch die Landesregierung umfassend über die Ergebnisse dieses Gutachtens informiert. Unter dem Strich kann man festhalten, dass in dem Gutachten durch die Beratungsfirma PwC über alle untersuchten Aufgabenbereiche hinweg ein Einsparvolumen in Höhe von 34 Millionen Euro ermittelt wurde.

Nun sind 34 Millionen Euro sicherlich ein hoher Betrag, keine Frage, aber wir müssen das in Relation setzen beispielsweise zur Summe der gesamten Kreisumlagen in diesem Land, etwa 650 Millionen Euro. Das heißt, wir bewegen uns dann bei einem Einsparvolumen von etwa 5 Prozent. Wenn wir das aber - Kollege Magnus Jung hat das im Ausschuss, glaube ich, angesprochen - vergleichen mit den Gesamtausgaben der Landkreise, reden wir über ein Einsparvolumen von 2 bis maximal 3 Prozent. Es ist unheimlich wichtig, die aufgezeigten Einsparpotenziale zu heben, ganz klar. Damit muss sich im Nachgang die kommunale Familie ganz klar auseinandersetzen und Vorschläge aufgreifen. Aber wenn Sie in Ihrer Gesetzesbegründung schreiben, dass durch die hohen Verwaltungskosten der Landkreise das öffentliche Wohl auf nicht vertretbare Art und Weise gefährdet sei, muss ich auch das klar und deutlich zurückweisen. Das Ergebnis aus dieser Begutachtung ist vielmehr, dass die Landkreise - auch wenn viele von uns vielleicht etwas anderes erwartet haben - tatsächlich gut und effizient arbeiten. Insoweit bleibt festzuhalten, dass am Ende bei dem Gutachten viel weniger herausgekommen ist, als so mancher vielleicht im Vorfeld erwartet hat.

Etwas befremdlich finde ich auch den Umstand, dass Ihr Gesetzentwurf vom 07. Februar datiert. Am 07. Februar hatten wir wie gesagt auf Antrag der AfD-Landtagsfraktion diese Berichterstattung im Innenausschuss. Ich glaube, zu einer professionellen Arbeit gehört dazu, die Beratungsergebnisse aus dem Ausschuss abzuwarten, bevor man mit einem Gesetzentwurf hier aufschlägt, Herr Kollege Dörr.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich will zu meinem letzten Punkt kommen und festhalten, dass wir als CDU-Landtagsfraktion, als Große Koalition Lösungsparteien sind. Wir sind nicht wie Sie, Herr Dörr, eine Problempartei oder eine Populismuspartei, nein, wir schauen uns die Dinge genau an. Deshalb müssen wir den Blick dorthin richten, wo die Kernprobleme der kommunalen Familie, der Gemeinden und Kreise im Land, liegen. Wir alle wissen, sie leiden an Überschuldung, es gibt eine gewisse Einnahmeschwäche und daraus resultierend natürlich auch eine fehlende Investitionskraft.

Dazu kann ich sagen, dass wir an der Seite der kommunalen Familie stehen, dass diese saarländische Landesregierung, aber auch wir als Große Koalition unsere Hausaufgaben gemacht haben. Wir haben beispielsweise in der Vergangenheit - es ist sechs, sieben Jahre her - den Kommunalen Entlastungsfonds auf den Weg gebracht. Allein dadurch werden die Kommunen pro Jahr mit einem zweistelligen Millionenbetrag unterstützt. Ich nenne auch den großartigen Erfolg im Rahmen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und im Ergebnis den Erfolg der Großen Koalition unter Federführung unseres Ministerpräsidenten Tobias Hans und der Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger, den sogenannten Saarland-Pakt. Wir werden die Kommunen um die Hälfte der Kassenkredite, also um etwa eine Milliarde, entlasten und zusätzlich 20 Millionen Euro pro Jahr für Investitionen zur Verfügung stellen.

Das zeigt, dass wir handeln, dass wir nicht mit irgendwelchen populistischen Forderungen aufschlagen. Wir bieten Lösungen an, wir bieten Antworten an, und genau das unterscheidet uns von Ihnen. Insoweit hoffe ich, dass es mir heute Morgen gelungen ist, anhand von Sachargumenten darzulegen, dass der heutige Gesetzentwurf der AfD-Fraktion rein populistischer Natur ist und wir ihn in aller Entschiedenheit zurückweisen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Magnus Jung von der - -

(Sprechen auf der Präsidiumsbank.)

Ach so, Entschuldigung! Herr Dörr hat eine Kurzintervention beantragt, bitte schön.

Abg. Dörr (AfD):

Es ist ja die Frage an mich gerichtet worden, ob ich mit der kommunalen Familie gesprochen hätte. Ich habe nicht mit der kommunalen Familie gesprochen, ich bin seit zig Jahren Teil der kommunalen Familie. Ich bin jetzt noch Mitglied des Regionalverbandes Saarbrücken. Ich war im Kreistag Neunkirchen, ich

(Abg. Dörr (AfD))

war immer in der Kommunalpolitik tätig. Ich war auch lange Jahre Mitglied im Landkreistag, ich kenne die Problematik ganz genau. Ich weiß auch, dass die Leute unzufrieden sind mit der jetzigen Struktur, dass die Landkreise zum Beispiel ihre Aufgaben zum Teil selber bestimmen können, dass sie Sachen bestellen können und die Gemeinden und Städte müssen das am Schluss per Umlage ausgleichen. Das ist unserer Ansicht nach ein Mischstand. Wie gesagt, ich kenne mich da ein bisschen aus. Aber ich werde mich zu dem Tagesordnungspunkt noch einmal melden, ich habe ja noch zwei Minuten.

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Herr Schäfer, wollen Sie entgegnen oder ist das für Sie okay? - Dann geht die nächste Wortmeldung an Herrn Dr. Magnus Jung von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Dr. Jung (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute über die Landkreise reden, sollte man nochmal in Erinnerung rufen, dass es vor Kurzem gute Nachrichten für die saarländischen Landkreise gegeben hat, denn wir haben in diesem Land einen Saarland-Pakt geschlossen, ein Pakt nicht nur mit den Städten und Gemeinden, sondern auch einen Pakt mit den Landkreisen. Wir haben in diesem Pakt verabredet, dass wir die Hälfte der Kassenkredite der saarländischen Landkreise übernehmen. Das zeigt, dass die saarländische Landesregierung, dass die Große Koalition sehr wohl bereit und in der Lage ist, die Situation bei den Kommunen und Landkreisen im Saarland ernst zu nehmen und entsprechend zu helfen. Ich denke, das ist ein zielgerichteter Beitrag für die Zukunft und nicht der Gesetzesentwurf, den wir heute zu behandeln haben.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Was die AfD heute zum wiederholten Mal vorlegt, ist ein Angriff auf einen ihrer Lieblingsgegner. Die Landkreise werden immer wieder scharf angegangen und beschimpft. Vor vier Wochen hätten Sie Gelegenheit gehabt, zu einem gleichlautenden Antrag hier zu sprechen. Das haben Sie damals versäumt, weil Sie nicht anwesend waren. Heute waren Sie anwesend, haben es aber wieder versäumt, zu diesem Antrag inhaltlich etwas zu sagen. Es war, ganz im Gegenteil, wirres Zeug, Populismus und nichts, was geeignet ist, um eine verantwortungsvolle Position für unser Land einzunehmen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Deshalb ist es, glaube ich, unsere Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern klarzumachen, über was hier überhaupt geredet wird. Die Landkreise sind im Saarland wie überall in der Republik in erster Linie

die unterste Haltelinie im sozialen Netz. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Finanzierungsleistung der Grundversorgung für ältere Menschen und Erwerbslose. Es ist die Gewährleistung der Sozialhilfe und die Hilfe zur Pflege. Die Landkreise sind darüber hinaus stark als Jugendhilfeträger gefordert, indem sie Kindertagesstätten finanzieren und planen, Krippenplätze zur Verfügung stellen, die Jugendarbeit finanzieren und Familienhilfen zur Erziehung gewähren. Die Landkreise sind im Saarland Träger fast aller Schulen wie der Gemeinschaftsschulen, der Gymnasien, der Berufsschulen und der Förderschulen - außer der Grundschulen. Sie stellen die Räume, die Ausstattung, Hausmeister, die Schulsekretariate, die Schulbuchausleihe und vieles mehr zur Verfügung. Die Landkreise sind Träger der Gesundheitsämter und deshalb wichtige Akteure für die öffentliche Gesundheit. Die Landkreise sind in vielen weiteren Bereichen per Gesetz untere staatliche Verwaltungsbehörde. Sie sind den Bürgerinnen und Bürgern häufig als die Zulassungsstelle bekannt, wo man sein Auto an- und abmeldet. Aber sie sind auch wichtige Akteure im Tourismus im Saarland und sie sind Träger des ÖPNV.

All diese Aufgaben, Herr Kollege Dörr, sind gesetzliche Aufgaben der Landkreise. Sie machen das, weil der Bund oder das Land sie dazu verpflichtet, diese Aufgaben umzusetzen. Sie bekommen zumindest zum Teil entsprechende Finanzausstattung von oberen Ebenen. Den Rest müssen sie sich über die Umlage besorgen. Nur höchstens 0,5 Prozent aller Ausgaben der Landkreise dürfen per Gesetz freiwillige Ausgaben sein. Deshalb ist es ein Zeichen von erheblicher Unkenntnis oder von außerordentlicher Unverschämtheit, sich hier hinzustellen und zu sagen, die Landkreise machten, was sie wollten. Sie holten sich das Geld bei den Städten und Gemeinden. 0,5 Prozent ist hier die Obergrenze von dem, über was Sie hier reden und von dem Sie scheinbar keine Ahnung haben.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass das jahrelange Gerede von der Steuergeldverschwendung bei den Landkreisen und vom sorglosen Umgang der Landkreise mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger oder dem Geld der Städte und Gemeinden nicht stimmt, dann ist das das Gutachten, das PwC vorgelegt hat. Das zeigt deutlich, dass die Landkreise im Saarland ihre Aufgaben gut machen. Sie machen sie in der Sache gut und kostenbewusst. Ich will hier feststellen, dass die Landkreise im Saarland sorgsam mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgehen. Die Landkreise und ihre Beschäftigten haben es nicht verdient, so an den Pranger gestellt zu werden, wie Sie das heute tun. Das weisen wir deutlich zurück.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

(Abg. Dr. Jung (SPD))

Ich finde, wenn man ein Gesetz machen will, dann kann man nicht nur einfach etwas in den Landtag einbringen, damit man ein paar Reden halten kann, sondern man sollte sich auch mal Gedanken machen, was wäre, wenn dieses Gesetz tatsächlich in Kraft treten würde. Was würde das für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land bedeuten? Es wäre in erster Linie ein Anschlag auf den Sozialstaat in unserem Land. Denken Sie an die Witwe, die Grundsicherung beantragen und dafür vielleicht aus Sitzerath oder Bliesmengen-Bolchen zum Landratsamt fahren muss. Die muss jetzt schon weit fahren, um nach St. Wendel oder Homburg zu kommen. Aber wenn wir nur noch einen Landkreis hätten - und der würde ja wohl in Saarbrücken sitzen -, wenn alle Bürgerinnen und Bürger, die auf finanzielle Hilfe angewiesen sind, diese nur noch in Saarbrücken bekommen könnten, wäre das ein echter Einschnitt, eine echte Erschwernis für Bürgerinnen und Bürger. Es wäre eine Hürde, eine Erschwernis für viele Menschen in diesem Land, wenn Ihr Gesetz Wirklichkeit würde.

Es wäre auch deshalb schlecht, weil die Situation im Saarland nicht überall die gleiche ist. In Malstatt, in Burbach ist sie anders als im Hochwald. Deshalb ist es sinnvoll, dass diejenigen, die für Sozialpolitik zuständig sind, möglichst nah dran sind, dass sie Hilfen in Regionen mit einer hohen Armutsquote anders organisieren als in ländlichen Regionen, wo die Probleme andere sind. Das nennt man Subsidiarität und nicht das, was Sie da „schwabuliert“ haben. Man muss die Probleme unten ansiedeln und das ist am Ende auch Bürgernähe, die Sie mit diesem Gesetzentwurf abbauen. Die AfD steht für weniger Bürgernähe im Saarland. Das muss man deutlich sagen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Rein räumlich liegt es ja auf der Hand. Wenn ich nicht mehr 15 km, 20 km oder 25 km bis zum Landratsamt habe, sondern 50 km oder 60 km, dann ist das weniger bürgernah. Es ist aber auch deshalb weniger bürgernah, weil eine Verwaltung, die ausschließlich an einer Stelle im Land sitzt, nicht so nah dran sein kann, nicht so viel über die Situation vor Ort, wo die Menschen in unserem Land leben, wissen kann, als wenn sie auch räumlich dazugehört. Es ist im Saarland ja auch so, dass diejenigen, die Verantwortung in der Politik tragen, deshalb näher an den Bürgern dran sind, weil sie vor Ort arbeiten und nicht nur an einer Stelle. Umgekehrt ist es auch so, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Landräte und diejenigen, die in den Kreisverwaltungen arbeiten, auch diejenigen, die in den Kreistagen sitzen, kennen. Ich glaube, es gibt kein Bundesland, in dem so viele Bürgerinnen und Bürger ihre Landräte duzen, wie das im Saarland der Fall ist. Auch das ist ein Beispiel von Bürgernähe, jener Bürgernähe, die

Sie mit Ihrem heute vorgelegten Gesetzentwurf zurückdrängen wollen.

Damit sind wir auch wieder bei den schon genannten verfassungsrechtlichen Bedenken. Das Grundgesetz besagt, dass es im Rahmen der Kommunalverwaltung Landkreise geben muss. Die Rechtsprechung sagt uns deutlich, das sei nicht beliebig zu verändern. Vielmehr muss zwischen den Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite und der Verwaltung auf der anderen Seite eine im Alltag spürbare Nähe vorhanden sein. Der Bürger muss das noch als kommunale Selbstverwaltungsbeziehung erleben können. Bei einem Landkreis in der Größe von einer Million Einwohner und einer entsprechenden Flächenausdehnung ist das nur schwer vorstellbar. Deshalb teile ich die Bedenken, die hier vorgetragen wurden, wonach der Gesetzentwurf am Ende verfassungswidrig ist. Im Übrigen würde der Entwurf nicht für mehr Demokratie sorgen, wie Sie das eben fälschlicherweise behauptet haben, sondern er brächte einen Abbau an Demokratie. Das liegt voll auf der Linie der AfD, die auch in anderen Feldern Ihrer Programmatik erkennbar wird.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Landkreise im Saarland sind ja deutlich älter als die 45 Jahre seit der Gebietsreform im Jahre 1974. Die meisten Landkreise bei uns können auf eine Geschichte von 200 Jahren und mehr zurückblicken. Der Landkreis Saarlouis hat vor wenigen Jahren seinen 200. Geburtstag gefeiert, und auch andere Landkreise haben einen ähnlichen historischen Ursprung. Diese Landkreise gehören auch zur Identität der Bürgerinnen und Bürger.

Gerade der ländliche Raum ist gut damit gefahren, sich auch auf der Kreisebene organisieren zu können. Er ist gut beraten, das auch künftig so zu handhaben. Die Probleme im Landkreis St. Wendel sind nun einmal andere als die Probleme im Regionalverband Saarbrücken. Ich bin froh, das auf meinem Autokennzeichen WND steht und nicht SB, und andere fühlen sich mit ihrem jeweiligen Landkreis genauso verbunden und sind in ihm verwurzelt. Diese Heimat und diese Identität wollen wir den Menschen im Saarland nicht nehmen.

Deshalb, ich fasse zusammen, stellt Ihr Gesetzentwurf am Ende eine Gefahr für die Menschen in unserem Land dar. Sie beweisen damit lediglich, dass Sie entweder in der Sache inkompetent sind oder aber Ihnen die notwendige Ernsthaftigkeit fehlt, wenn es darum geht, Gesetze zu erarbeiten. Auf Deutsch gesagt: Sie sind nicht seriös! Immerhin stellen Sie trotzdem Kandidatinnen und Kandidaten auf für die Kreistagswahlen und die Wahl zum Regionalverbandstag, die jetzt anstehen. Man stellt sich angesichts dessen schon die Frage: Wenn Sie alle die-

(Abg. Dr. Jung (SPD))

se Ebenen, wenn Sie alle diese Gremien für unnötig halten, warum kandidieren Sie denn dafür?

(Abg. Thul (SPD): Das frage ich mich auch.)

Mir erscheint das nicht besonders glaubwürdig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir jedenfalls werden den Kommunalwahlkampf nutzen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern genau darüber zu reden, was Sie von den Kreisen, was Sie von der Heimat der Menschen in unserem Land halten. Wir werden Ihnen diesbezüglich den Marsch blasen! Ihren heutigen Gesetzentwurf werden wir natürlich ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion, Josef Dörr.

Abg. Dörr (AfD):

Ich bin ja richtig stolz darauf, dass wir es fertiggebracht haben, die Regierungskoalition so sehr in Unruhe zu versetzen, dass sie so energisch hier reagieren.

(Abg. Thul (SPD): Langweilig! - Abg. Pauluhn (SPD): Der Einzige, der hier unruhig war, waren Sie! - Weitere Zurufe von den Regierungsfractionen.)

Als Einziges, Herr Pauluhn, hat vielleicht noch gefehlt, dass wir der Anlass eines bevorstehenden Angriffskrieges sind oder so etwas. Das hat noch gefehlt, aber das kann ja noch kommen.

Also, was Herr Dr. Jung jetzt eben hier losgelassen hat, eine lange Weile, das war, dass dadurch, dass die Landkreise entfallen außer einem,

(Abg. Renner (SPD): Was wollen Sie uns sagen? - Zuruf des Abgeordneten Scharf (CDU).)

- das soll ja nur vorübergehend sein, aber das hat er überhört -, dass dann die Leute weiter fahren müssen, wenn sie zu ihrer kompetenten Behörde wollen. Das ist aber auch jetzt schon immer sehr weit, das hat er auch zugegeben. Und da stellt sich doch die Frage, und das haben wir ja auch vertreten, ob man die Kompetenzen nicht nach unten verlagern sollte, zu den Städten und Gemeinden, sie also nicht länger bei den Landkreisen belassen sollte. Wir haben hier auch schon vorgeschlagen, dass nicht Landkreise, sondern Städte und Gemeinden Schulträger sein sollten.

(Zuruf des Abgeordneten Renner (SPD).)

Es ist ja geradezu grotesk, dass die Landeshauptstadt, die Messe- und Universitätsstadt Saarbrücken mit fast 200.000 Einwohnern, nur für ihre Grund-

schulen zuständig ist. Das ist lächerlich! Das heißt, wir haben hier den Nerv getroffen. Und wir werden auch dranbleiben.

Und was die Wahl betrifft: Herr Dr. Jung, seien Sie zufrieden!

(Zuruf der Abgeordneten Eder-Hippler (SPD).)

Wir treten dort an, wo Parlamente bestehen. Die können wir ja nicht abschaffen,

(Abg. Dr. Jung (SPD): Das wollen Sie aber! - Abg. Schäfer (CDU): Das ist verfassungswidrig!)

denn Sie werden heute dagegen stimmen. Wir werden dort also antreten. Davor haben Sie Angst, und zwar hauptsächlich Sie von der SPD. Sie als SPD haben Todesangst vor jeder Wahl! Vor jeder Wahl!

(Heiterkeit bei der SPD. - Abg. Pauluhn (SPD): Wir reden nach der Kommunalwahl noch einmal darüber!)

Ja, reden wir drüber. - Und noch etwas: Herr Dr. Jung, Sie haben eben gesagt, ich hätte scheinbar keine Ahnung.

(Abg. Thul (SPD): Ja, das ist ja auch vollkommen richtig.)

Moment! Dazu muss ich Ihnen sagen: Sie wollten wahrscheinlich „anscheinend“ sagen. Wenn ich nämlich scheinbar keine Ahnung habe, dann habe ich in Wirklichkeit Ahnung. Ich nehme Ihnen auch gar nicht übel, dass Sie das so gesagt haben. Aber für zukünftige Fälle, wenn Sie sagen wollen, dass ich keine Ahnung habe, sollten Sie sagen, ich hätte anscheinend keine Ahnung, nicht aber: scheinbar keine Ahnung. - Danke schön.

(Beifall von der AfD. - Gelangweilte Zurufe bei der SPD. - Abg. Thul (SPD): Keine Ahnung, aber davon viel!)

Vizepräsidentin Ries:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen, ich schließe die Aussprache. - Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen.

(Abg. Thul (SPD): Im Leben nicht!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der AfD-Landtagfraktion Drucksache 16/728. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 16/728 in Erster Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/728 in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD und DIE LINKE, zugestimmt hat die AfD-Fraktion.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

(Vizepräsidentin Ries)

Erste Lesung des von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Landeswaldgesetzes (Drucksache 16/729)

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Abgeordneten Ralf Georgi das Wort.

Abg. Georgi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Grund für die Vorlage dieses Gesetzentwurfs bieten vor allem die Vorgänge um die Genehmigung der Windenergieanlagen im historischen Wald in Wadern, am Standort Wenzelstein.

Die LINKE hat am 20. September 2017 das Gesetz zur Änderung des Landeswaldgesetzes abgelehnt und einen eigenen Abänderungsantrag eingebracht, der leider von der Koalition abgelehnt wurde. Damals ging es uns um drei Punkte:

Erstens. Warum sollte nur historischer Wald im Staatswald in der Regel geschützt werden, nicht aber jeder Wald, unabhängig von seiner Bestandsdauer und der Frage, wer derzeit Eigentümer ist? Die Definition, wonach ein Wald als historisch anzusehen ist, wenn seine Bäume seit mindestens 1817 dort stehen, ist sehr zweifelhaft. Sind Bäume von 1820 oder 1870 nicht mehr schützenswert?

Zweitens. Warum sollten für besonders windhöfliche Standorte Ausnahmegenehmigungen möglich sein? Der Schutz von Natur und Umwelt sollte über dem Schutz der Profitinteressen einzelner Anlagenbetreiber stehen.

Drittens. Warum sollte es eine Übergangsfrist für Anträge geben, die die Anlagenbetreiber bis zum 21. Juni 2017 eingereicht haben?

Meine Damen und Herren, diese drei Punkte sind für uns nach wie vor entscheidend. Warum das so ist, sieht man nun wieder am Beispiel Wadern. Wir hatten wohl damals schon die richtige Vermutung, dass wirtschaftliche Interessen Einzelner hierzulande mehr zählen als der Wunsch vieler Saarländerinnen und Saarländer, in den Wäldern und in der Landschaft des Landes Erholung zu finden.

Im September 2017, also vor Inkrafttreten der Änderung des Landeswaldgesetzes am 06. Oktober 2017, hat der Stadtrat Wadern eine Änderung des sachlichen Teil-Flächennutzungsplans beschlossen, um geeignete Baugebiete für Windenergieanlagen auf einige Konzentrationsflächen begrenzen zu können. Darin wurde auch der vorgesehene Standort Wenzelstein aufgenommen, der bis dahin nicht im gültigen Flächennutzungsplan als potenzieller Windkraftstandort vorgesehen war. Auf den dortigen

SaarForst-Waldflächen plant ein Investor den Bau von vier Windenergieanlagen.

Anfang Februar 2018 hat das Innenministerium diese Änderung des Stadtrates mit Verweis auf das Landeswaldgesetz nicht genehmigt. Es wurde moniert, dass die ausgewiesene Konzentrationsfläche, die als historischer Wald des Staatswaldes gelte, aus der Planung herausgenommen werden müsse. Denn im Landeswaldgesetz sei geregelt, dass im historischen alten Wald die Errichtung von baulichen Anlagen, die der Nutzung der Windenergie dienen, unzulässig sei, wenn nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Errichtung bestehe. Ein überwiegendes öffentliches Interesse würde dann bestehen, wenn eine Windleistungsdichte von 321 Watt pro Quadratmeter in einer Nabenhöhe von 150 m existiere. Außerdem müsse der Standort bereits erschlossen sein, sodass der Boden keiner großen Belastung durch die Windraderrichtung ausgesetzt sei.

Meine Damen und Herren, diese Ausnahmen treffen ausgerechnet auf den Standort Wenzelstein zu, wobei die Definition, was denn nun ein erschlossener Standort sein soll, schlichtweg fehlt. Es ist Ermessenssache. Ein vorhandener 1,50 m breiter Waldweg wird nicht ausreichen, um die Riesenteile der Windkraftanlagen transportieren zu können. Doch das Umweltministerium sah das völlig anders.

Es ist schon bemerkenswert, wenn der Antrag des Investors am 22. Juni 2017 eintrifft und die im Landeswahlgesetz festgelegte Übergangsfrist genau einen Tag später endet. Fakt ist, der Windpark Wenzelstein kann nun auch im historischen Wald gebaut werden, und das ist unerträglich, meine Damen und Herren!

(Beifall von der LINKEN.)

Hier sollen alte Bäume geopfert werden, um Pachteinnahmen zu erzielen. Ein Blick in den Haushaltsplan genügt: Waren es 2017 noch 1,1 Millionen Euro Umsatzerlös aus der Windenergienutzung landesweit, sind 2020 schon 1,5 Millionen Euro veranschlagt. Kein Wunder, dass Waderns Bürgerinitiative hier wirtschaftliche Interessen des Umweltministeriums vermutet. Selbst Waderns Bürgermeister Kuttler sagte klipp und klar, dass SaarForst und der Investor ein großes Interesse daran hätten, dass so schnell wie möglich gebaut werden kann. Dabei verfügen historisch alte Waldstandorte über die am wenigsten gestörten Böden mit einer hohen Speicherkapazität sowie die am wenigsten veränderten Wasser- und Nährstoffkreisläufe und sollten daher vor allen Eingriffen besonders geschützt werden.

Wir finden, Wälder sind wichtig im Kampf gegen Artenschwund und Klimawandel und unverzichtbar für den Grundwasserschutz. Sämtliche Eingriffe in Waldböden sind nicht rückgängig zu machen, meine

(Abg. Georgi (DIE LINKE))

Damen und Herren. Unser Wald muss als Ökosystem geschützt werden, er ist für das Wohl der Allgemeinheit unverzichtbar, er hat soziale, gesundheitliche und nachhaltige wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Natürlich hat der Wald auch eine wichtige Erholungsfunktion für die Bevölkerung. Es ist einfach nur noch unglaublich, wenn Wanderer oder Spaziergänger im Wald im Winter mit Schildern gewarnt werden müssen, es herrsche Lebensgefahr bei entsprechender Witterung durch herabfallendes Eis von den Rotoren der Windkraftanlage, oder wenn Teile des Waldes einfach für Wanderer und Fahrradfahrer wegen der Windkraftanlage gesperrt sind. Da kann von Erholungsfunktion keine Rede mehr sein.

Wir kommen in eine Situation, in der man sehr genau abwägen muss, ob jedes Prozent, um das es jetzt noch geht, es rechtfertigt, was an Wald, was an Natur zerstört wird. Das hat die heutige CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer im Landtagswahlkampf 2017 gesagt. Kolleginnen und Kollegen der Koalition, es wäre gut, wenn Sie diesem Satz entsprechend handeln würden. Wir wollen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf den Wald vor weiterem Schaden durch den Bau von Windenergieanlagen schützen. Wir wollen die Funktionen des Waldes als Erholungsort ähnlich wie in Bayern betonen, deshalb bitten wir um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Dr. Magnus Jung von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Dr. Jung (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da bin ich schon wieder. Und schon wieder muss ich zu einem Tagesordnungspunkt, zu einem Thema reden, das wir in diesem Hause schon mehrfach beraten haben, bei dem es unterm Strich nichts Neues gibt. Wir haben das Thema Wenzelstein auch bei mir im Ortsrat schon beraten, denn ich bin dort Anlieger. Ich will jedoch den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land noch einmal deutlich machen, was die Zusammenhänge sind beziehungsweise vor welchem Hintergrund wir heute sinnvollerweise über das Thema Windkraft im saarländischen Wald reden.

Da muss man, glaube ich, zunächst einmal den Blickwinkel etwas erweitern und muss sich vorstellen, wie es beim Thema Klimawandel aussieht. Ich erinnere an das Jahr 2018, an einen wunderschönen Sommer, leider auch ein bisschen trocken, das zweitwärmste Jahr seit Aufzeichnung des Wetters. Ich erinnere daran, dass wir im letzten Jahr in diesem Land Starkregenereignisse hatten, in einer Art und Weise, wie wir es aus der Vergangenheit nicht kennen. Ich erinnere an die Berichte vom Abschmel-

zen der Polkappen oder vom Rückgang der Gletscher in den Alpen. Wir müssen feststellen, das sagen uns zumindest Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, dass die Erderwärmung schneller vorangeht, als es ursprünglich vorausberechnet war, und dass auf der anderen Seite die Einsparungen beim CO₂ gerade in Deutschland hinter dem herhinkt, wozu wir uns eigentlich selbst verpflichtet hatten. Hintergrund dieser Betrachtung ist auch, dass es in unserem Land - leider auch in diesem Hause - zunehmend Kräfte gibt, die wissenschaftliche Erkenntnisse zu dieser Debatte einfach leugnen und sagen, das ist nicht wahr. Wenn man sich dabei sogar auf den amerikanischen Präsidenten berufen darf, dann ist das leider auch keine Verbesserung.

Wir müssen feststellen, dass wir uns beim Klima dem Zeitpunkt nähern, wo gewisse Entwicklungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Wie eben bereits gesagt, man sieht es an den Alpen, an den Polkappen. Es gibt Spekulationen darüber, ob der Golfstrom und damit der wichtigste Faktor für das Wetter in Europa überhaupt noch so stabil ist. Wir merken es konkret bei uns an den Starkregenereignissen, die ich eben erwähnt habe. Auch kürzlich, als der Waldzustandsbericht im Umweltausschuss vorgestellt wurde, ist deutlich geworden, dass wir große Probleme in unserem Wald haben, nicht weil dort einige Windräder stehen, sondern weil das Klima sich verändert hat, die Bäume im Wald das neue Klima nicht ertragen und die Schäden im Wald immer größer werden, eben wegen der Veränderung des Klimas.

Das ist auch eine Gefahr für die Artenvielfalt. Dieser Klimawandel hat am Ende auch ganz erhebliche wirtschaftliche Folgen und wird sie in Zukunft noch stärker haben. Ich erinnere daran: Niedrigstand des Wassers im Rhein. Was passiert denn, wenn es noch krasser wird, wenn auch kleinere Bäche im Sommer austrocknen, weil es nicht mehr regnet? Das sind ökologische Katastrophen, die wir verhindern müssen. Dazu gehört auch der Blick über den nationalen Horizont hinaus auf die Folgen des Klimawandels in anderen Teilen der Welt. Was das dort an Elend, aber auch an Konflikten durch zusätzliche Flüchtlingsströme bringen kann, darüber muss man nachdenken, wenn man an den Wenzelstein denkt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Der Hintergrund, an den Sie gedacht haben, als Sie dieses Gesetz entworfen haben, betrifft aber nicht all die Dinge, über die ich jetzt gesprochen habe, vielmehr glaube ich, Sie haben in erster Linie an die nächste Kommunalwahl gedacht. Deshalb ist es auch ein von Populismus geprägter Gesetzentwurf mit wenig Sachlichkeit. Es geht Ihnen nämlich gar nicht um die historisch alten Waldböden, die Sie hier so sehr beschrieben haben, sondern es geht um einen ideologischen Angriff gegen die Windenergie.

(Abg. Dr. Jung (SPD))

Sie haben ja alle möglichen Gründe schon in den letzten Jahren hier ins Feld geführt, die 10-H-Regelung, den Tierschutz und was Ihnen oder anderen sonst noch alles eingefallen ist. Hyperschall oder Infrasschall, alles was man sich ausdenken kann, was irgendeine Bürgerinitiative schon gegen die Windenergie ins Feld geführt hat,

(Abg. Schramm (DIE LINKE): Was alles stimmig ist!)

das haben Sie hier in Gesetzentwürfe und Anträge gebracht und tun es heute wieder, weil Sie sich bei den nächsten Kommunalwahlen davon mehr Stimmen erwarten. Darum geht es Ihnen.

Aber darum darf es uns eben nicht gehen, wenn wir Gesetze machen. Deshalb will ich sagen, dass das geltende Gesetz eine gute Abwägung zwischen verschiedenen Interessen ist. Das ist einmal die Abwägung, dass man dort, wo sicherlich schützenswerte historische Waldböden sind, nicht einfach bedenkenlos Windenergieanlagen errichten darf, sondern nur dann - das ist eben die Güterabwägung -, wenn es ein besonders windhöffiger Standort ist, das heißt, wenn gerade ökologisch betrachtet die Vorteile die Nachteile überwiegen. Das ist ein Kompromiss in der Sache, es war aber auch ein Kompromiss in dieser Koalition. Deshalb gehen wir an vielen Stellen auch so verantwortungsvoll mit dem Thema um. Es ist bei Weitem nicht alles, was an Windenergiestandorten in den letzten Jahren beantragt worden ist, genehmigt worden. Es ist sowieso nicht alles erlaubt. Das gilt grundsätzlich.

Andererseits haben wir aber auch die Verpflichtung, unseren saarländischen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Ich möchte das auch noch einmal begründen, weil in diesen Debatten immer wieder die Frage gestellt wird, was das denn für das Weltklima bringt, wenn wir im Saarland ein Windrad aufstellen. Was ist denn das für eine Argumentation? Zum einen ist das Saarland ein bedeutender Emittent beim Thema CO₂, also pro Einwohner wird im Saarland aufgrund unserer industriellen Stärken wesentlich mehr CO₂ produziert, als das in anderen Regionen der Fall ist. Deshalb haben wir natürlich auch beim Thema CO₂ eine besondere Verantwortung.

Aber wenn man die Frage stellt, was es denn bringt, wenn wir etwas machen im Vergleich zum großen Ganzen, könnte man genauso gut fragen: Was bringt es denn, ob ich meine Steuern zahle oder nicht? Im Vergleich zur Gesamtheit fällt das doch gar nicht ins Gewicht. - Bei Regeln oder bei gewissen Verpflichtungen muss eben jeder seinen Beitrag leisten. Man kann nicht einfach sagen, ob ich etwas mache oder nicht, darauf kommt es nicht an, es muss im Großen und Ganzen gelöst werden. Nein, auch wir im Saarland müssen unseren Beitrag leisten. Und wir haben im Übrigen davon auch Vorteile,

wenn wir wirtschaftlich etwas entwickeln und Wertschöpfung erzielen, wenn wir technologisch vorne sind. Wir haben im Saarland durch das Thema Windkraft ja auch Wertschöpfung oder auch ökologische Vorteile, die wir damit erreichen. Unser Ziel muss es sein, bis zum Ende dieses Jahrhunderts 100 Prozent der Energie aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Da wird der Wind sicherlich auch in 70 oder 80 Jahren noch eine Rolle spielen.

Wir wissen, es sind noch erhebliche technische Schwierigkeiten zu lösen, auch was das Thema Speicher betrifft. Aber es ist eben eine Aufgabe für ein Jahrhundert. Wenn man sich überlegt, wann das EEG-Gesetz gemacht worden ist und wie weit wir mittlerweile in Deutschland gekommen sind - in nicht einmal zwei Jahrzehnten sind die erneuerbaren Energien heute schon ein ganz entscheidender Energieträger in diesem Land geworden -, dann ist das schon ein großer Erfolg und lässt erahnen, was in diesem Jahrhundert noch möglich ist, wenn wir unseren Weg weiter gehen und uns nicht an dieser Stelle von Ihnen aufhalten lassen.

Ich will deutlich sagen: Am Ende ist deshalb die Windenergie nicht eine Gefahr, sondern eine Chance für den Wald. Wir wollen eine andere Energieversorgung, wir wollen weniger CO₂, wir wollen dem Klimawandel als größte Gefahr für unsere Wälder begegnen und uns entsprechend verändern.

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass dort, wo im Wald Windenergieanlagen errichtet werden, auch ein entsprechender Waldausgleich stattfindet, das heißt, wo Wald wegfällt, muss an anderer Stelle neuer Wald entstehen. Insgesamt stellen wir seit Jahren fest, dass die Fläche im Saarland, die bewaldet ist, netto wächst, und dass sozusagen auch das Volumen an Wald, das die Bäume im Wald darstellen, deutlich schneller wächst. Wir hatten quasi noch nie so viel Wald im Saarland wie jetzt. Insofern sind das an der Stelle Krokodilstränen, die Sie vergießen.

Was Sie fordern, ist ein generelles Verbot von Windenergie im Wald, nicht nur beim SaarForst, sondern auch im Kommunalwald und im Privatwald. Das sollte man auch denjenigen sagen, die entsprechendes Eigentum haben und denen Sie eine entsprechende Nutzungsart in Zukunft untersagen wollen. Die Konsequenz Ihres Gesetzentwurfs wäre nämlich auch, dass die Saarländerinnen und Saarländer in Zukunft natürlich EEG-Umlage bezahlen, aber dort, wo mit Windenergie Geld verdient werden kann, eben nicht mehr mit dabei sein können. Wir Saarländer zahlen also nur noch, sind aber vom Geldverdienen ausgeschlossen. Das müssen Sie den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land auch erst noch erklären!

Ich fasse zusammen: Ihnen geht es mit dem vorliegenden Gesetzentwurf um die nächste Wahl, uns

(Abg. Dr. Jung (SPD))

geht es um die nächsten Generationen. Deshalb lehnen wir Ihren Gesetzentwurf ab. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Schramm (DIE LINKE): Das stimmt so nicht! Dummes Gespräch!)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Lutz Hecker von der AfD-Landtagsfraktion.

Abg. Hecker (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Vorab gleich ein paar Bemerkungen zum Vortrag des Kollegen Dr. Jung. Herr Jung, Sie haben unter anderem gesagt, die Erderwärmung geht schneller voran als prognostiziert. Ich kann im Moment nicht verifizieren, was Sie damit gemeint haben. Ich kann Ihnen aber sagen - weil ich mich damit intensiv in Zusammenhang mit einem nachfolgenden Tagesordnungspunkt befasst habe -: Die Prognose des IPCC ist in den letzten 20 Jahren in der überwiegenden Mehrzahl aller zugrundeliegenden Modelle nicht eingetroffen.

Weiterhin haben Sie gesagt, wissenschaftliche Erkenntnisse werden geleugnet. Ich nehme einmal an, Sie haben das mit Bezug auf unsere Fraktion gesagt.

(Abg. Dr. Jung (SPD): Ja!)

Auch dazu habe ich mir die Mühe gemacht, die Erkenntnisse des IPCC zu untersuchen, und werde Ihnen auch bei einem nachfolgenden Tagesordnungspunkt dazu nähere Erläuterungen geben. Auf jeden Fall weise ich weit von mir, dass wir wissenschaftliche Erkenntnisse leugnen würden, ganz im Gegenteil. Wir wenden uns lediglich hin und wieder gegen Dogmen, die vermeintlich aus wissenschaftlichen Erkenntnissen gemacht werden. Aber dazu später Näheres.

Was ich auch als unseriös empfinde, ist der Bezug auf die Kommunalwahl. Wie Sie wissen, ist das Waldgesetz vor zwei Jahren, im Juni und im September, behandelt worden, wo weit und breit keine Kommunalwahl war. Es war auch von Ihren Fraktionen eingebracht worden. Insofern würde ich diesen Hinweis doch ein Stück weit als Heuchelei bezeichnen.

Jetzt aber zum Antrag der Linksfraction. Die letzte Änderung des Waldgesetzes wurde in den Landtagssitzungen im Juni und September 2017 hier gelesen und beschlossen. Unsere Position damals wie heute lautete, im Prinzip ein Schritt in die richtige Richtung, es war jedoch völlig unverständlich, warum ein Katalog an Ausnahmetatbeständen eingefügt wurde und insbesondere die Änderung auf den Staatswald beschränkt wurde. Dementspre-

chend hatte die AfD-Fraktion damals einen Abänderungsantrag eingereicht, welcher sowohl die Ausnahmetatbestände abgeschafft hätte als auch die Regelung auf jeglichen Wald und eben nicht nur auf den Staatswald bezogen hätte. In unserem damaligen Abänderungsantrag lautete der entscheidende Satz: Auf Grundflächen, auf denen sich Wald im Sinne des § 2 dieses Gesetzes befindet, stehen die Belange des Natur- und Bodenschutzes der Errichtung von baulichen Anlagen, die der Nutzung von Windenergie dienen, entgegen. - Ausnahmeregelungen waren nicht mehr vorgesehen, eine Errichtung von Windkraftanlagen wäre in saarländischen Wäldern grundsätzlich nicht mehr möglich gewesen.

Der im damals verabschiedeten Gesetzentwurf der CDU- und SPD-Fraktion vorgesehene Schutzzweck für Natur und Böden wurde und wird durch die willkürliche Definition des historisch alten Waldes, die vorgesehenen Ausnahmetatbestände und die Beschränkung auf den Staatswald konterkariert.

An dieser Stelle zeigt sich auch glasklar, dass im Zuge einer desaströsen Energiewende ein eklatanter Konflikt zwischen sogenanntem Klimaschutz auf der einen Seite und Natur- und Umweltschutz auf der anderen Seite besteht. Es wird niemand ernsthaft leugnen, dass durch riesige Windkraftanlagen in Deutschland jedes Jahr immer noch hektarweise Wald gefällt wird und Greifvögel und Fledermäuse geschreddert werden.

Auch die Argumentation, bei den privaten Waldbesitzern und den Gemeinden nicht weiter in die Nutzung ihrer Wälder eingreifen zu wollen, ging unserer Ansicht nach fehl. Denn das Waldgesetz insgesamt regelt die Nutzung unserer Wälder und eben nicht nur derer in Staatsbesitz sehr genau. Die Ausnahmeregelungen sind geeignet, die Schutzwirkung des Gesetzes herabzusetzen. Unklare Definitionen von Erschließung oder Kontamination schaffen Rechtsunsicherheit. Denkbar ist auch, dass bei der bestehenden Gesetzeslage durch die Kriterien Windhöflichkeit, Erschließung und/oder Kontamination de facto neue Vorranggebiete in unseren Wäldern geschaffen werden können. Das wollen wir nicht. Mit jedem weiteren Windrad wird unsere Stromversorgung weder zuverlässiger noch kostengünstiger oder umweltverträglicher. Die AfD-Fraktion spricht sich für das Ende des Windkraftausbaus nicht nur in unseren Wäldern, sondern im ganzen Land aus.

Die Linksfraction hatte damals, wie es der Kollege erwähnt hat, ebenfalls einen Abänderungsantrag eingebracht, der inhaltlich mit unseren Positionen quasi deckungsgleich war. Sie bringt heute diesen Antrag mit derselben Zielrichtung als Gesetzentwurf ein. Folglich ist der Entwurf von der AfD-Fraktion zu unterstützen. Kritikpunkt heute wie damals ist jedoch die Streichung einer Übergangsfrist. Herr Kollege Georgi, neben dem von Ihnen genannten Beispiel

(Abg. Hecker (AfD))

sehen wir am Windpark Pfaffenkopf, wie problematisch dieser Stichtag sein kann, der ja auch unmittelbar vor dem Stichtag im Juni 2017 beantragt wurde. So wünschenswert also eine sofortige Umsetzung wäre, hat jedoch die damalige Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD völlig unmissverständlich klargemacht, dass eine Änderung ohne angemessene Übergangsfrist juristisch nicht haltbar wäre.

Die AfD-Fraktion stimmt der Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zu, wird jedoch einen Abänderungsantrag bezüglich einer entsprechenden Übergangsregelung stellen. - Vielen Dank.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat Stefan Thielen von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Thielen (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis zur sechsten Klasse war ich der Ansicht, dass der Begriff Energie einfach nur das Signal ist, mit Captain Kirk oder Captain Picard das Gaspedal am Raumschiff betätigen, bis ich mir von meinem Physiklehrer sagen lassen musste, dass Energie ein wichtiges Basiskonzept der Wissenschaft ist und - wie er damals sagte - eine der wesentlichen Fragestellungen, die die Probleme der Menschheit betreffen. Ich muss gestehen, seit dieser Zeit hat mich das Thema nicht mehr losgelassen. Ich bin sehr froh, dass es in den letzten Jahren sehr stark auf der politischen Agenda aufgetaucht ist, sei es durch das Pariser Klima-Abkommen, sei es durch die Arbeit der Kohlekommission, worüber sicherlich heute noch geredet werden wird.

Es macht mir aber auch Sorge, dass das Thema nicht immer so komplex diskutiert wird, wie es sich gehören würde. Einige machen es sich etwas leicht, und man hat manchmal den Eindruck - um auf den Begriff von vorhin zurückzukommen -, hier wird nicht wie von dieser Welt diskutiert.

Wir haben auf der einen Seite den geforderten oder bereits durchgeführten Ausstieg aus der Steinkohle, den Ausstieg aus der Kernkraft, wir reden jetzt vom Ausstieg aus der Braunkohle, aber wir sind auch ein Industrieland, das weiterhin Energie benötigt. Zum anderen haben wir Proteste gegen Stromtrassen, gegen Windkraft, was wir auch hier wieder erleben, und vor Kurzem habe ich gehört, dass es jetzt sogar Proteste gibt gegen einen neuen Speichersee, der notwendig ist, um Energie zu speichern. Jetzt wird also auch gegen ein Pumpspeicherkraftwerk protestiert. Man versucht, das Ganze zu verhindern, da-

bei sind die Dinge unabdingbar für eine Energiewende. Man sieht also, wie schwierig und komplex das ganze Thema ist. Ich kann nur sagen, wir brauchen bei dem Thema Kompromisse und tragbare Lösungen, die für viele Seiten akzeptabel sind. Man kann nicht immer nur einfache Lösungen heranziehen und es sich bequem machen.

Zunächst aber einmal zur Güte: Sie haben diesen Gesetzentwurf nicht alleine eingebracht, sondern auch im Kontext der Photovoltaik, die heute Nachmittag zu besprechen sein wird. Das möchte ich an dieser Stelle honorieren. Auf der anderen Seite ist Ihr Antrag zum Thema Waldgesetz für mich nicht schlüssig. Deshalb, soviel vorab, werden wir diesen Antrag ablehnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich möchte dies ganz gerne begründen, und zwar auf Basis von zwei Fragen. Die erste lautet: Warum haben wir vor zwei Jahren dieses Waldgesetz geändert? Die zweite Fragestellung ist: Warum gehen wir bei dieser Änderung nicht mit? - Zunächst möchte ich Folgendes sagen. Wenn man sich Windkraftanlagen anschaut, stellt man fest, dass sie Hightech-Anlagen sind. Es ist wirklich faszinierend, eine Windkraftanlage von innen oder von oben zu betrachten, aber es ist keine unproblematische Technologie. Ich kann es an einer Banalität veranschaulichen. Von meinem Haus aus kann ich auf 30 Windkraftanlagen schauen. Mich stören sie nicht, auch das Gebrumme macht mir nichts aus, denn ich habe einen gesunden Schlaf, aber ich kann im Sommer wie im Winter keine Sterne mehr am Himmel sehen. Der Blick zu Captain Picard und zu Captain Kirk, die ich eingangs erwähnte, sind also nicht mehr möglich. Das ist für mich ein echter Verlust an Lebensqualität, der nicht aufzuwiegen ist. Das gesamte Geblinke verhindert einfach, dass man die Sterne am Himmel sehen kann. Natürlich ist das für eine gute Sache, man braucht diese Windkraftträder, ich kann aber auch verstehen, dass Menschen krank werden, wenn sie das Gebrumme ständig hören. Von daher müssen wir mit dieser Technologie wie mit jeder anderen sorgsam umgehen. Wir sollten es uns nicht zu einfach machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir können es uns auch nicht so einfach machen wie einige andere Parteien, die nicht im Parlament sitzen und das Ganze als unproblematisch darstellen. Ich bin völlig Ihrer Meinung, was für den Menschen belastend ist, kann auch für Tiere und Pflanzen nicht unproblematisch sein, gerade wenn diese dauerhaft in der Nähe von Windrädern sind oder an Standorten, an denen sie gebaut werden sollen. Der Wald ist ein extrem komplexes Ökosystem, und

(Abg. Thielen (CDU))

zwar nicht nur der Wald an sich, sondern vor allen Dingen auch der Waldboden. Das haben wir vor zwei Jahren im Detail erörtert. Damals haben wir uns sehr stark um das Thema Wald gekümmert, in dem Sinne, dass wir die Problematik lösen wollten.

Der Begriff des alten Waldes ist auch nicht aus der Luft gegriffen. Das muss ich zurückweisen. Das Merkmal des alten Waldes - also 200 Jahre alt - wurde gewählt, weil das der Zeitraum ist, zu dem wir verlässliche Karten haben. Es wurde uns von vielen Experten gesagt, wenn vor 200 Jahren dort Wald gestanden hat, dann gab es dort wahrscheinlich auch vor 1.000 oder 2.000 Jahren schon Wald. Es sind also gewachsene Ökosysteme über viele Hunderte oder Tausende von Jahren. Man kann nicht einfach sagen, es sei eine willkürlich gewählte Definition. Meine Damen und Herren, das lassen wir Ihnen nicht durchgehen!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Darum haben wir dieses Gesetz vor zwei Jahren genau so gemacht. Wir haben eindeutig gesagt, wir machen kein Windkraftverhinderungsgesetz, sondern ein Waldschutzgesetz. Das ist die wesentliche Argumentation. Bei Ihnen kann man den Eindruck haben, es geht wirklich nur um die Verhinderung der Windkraft und dass Ihnen der Wald als Argument da nur recht ist. Aber das ist doch nicht die richtige Vorgehensweise, wenn wir hier seriöse Politik machen wollen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dankeswerterweise hat Kollege Hecker angesprochen, warum wir diese Änderung nicht mitmachen werden. Er hat auch die Verfassungswidrigkeit angesprochen. Das wurde damals in den Anhörungen sehr deutlich. Frau Ensch-Engel hat das Thema sehr stark begleitet, sie ist heute nicht da, sonst würde sie als unabhängige Abgeordnete vielleicht auch dazu sprechen. Es wurde damals ganz deutlich gesagt, dass es verfassungswidrig wäre. Man kann den Vertrauensschutz doch nicht so behandeln, als wäre er gar nicht da. Wir haben damals den frühestmöglichen Termin gewählt, der verfassungsgemäß war. Alles andere wäre ein Vabanquespiel gewesen. Das haben wir nicht getan. Man kann doch nicht einfach so tun, als gäbe es Fakten, die aber keine Rolle spielen. Die Altfälle nicht zu berücksichtigen, das ist wirklich nicht machbar. Auch die Argumentation, wir hätten den Stichtag so gewählt, dass die Anträge noch eingehen konnten, ist wirklich absolut hanebüchen. Natürlich wussten die Betreiber, dass zu diesem Tag das Gesetz geändert wird, und haben dann die Anträge eingereicht - mit dem Stand, den sie damals eben hatten. Wir haben doch nicht ein Gesetz auf einen bestimmten Tag festgelegt, damit die Anträge noch eingereicht werden können! Sehr geehrter Herr Georgi, ich muss wirklich sagen, was Sie da

geäußert haben, hat absolut nichts mit seriöser Politik zu tun.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Genauso bemerkenswert finde ich es, dass wir in der Debatte zur Regierungserklärung von beiden Seiten das Loblied auf die Subsidiarität hören. Wenn es aber darum geht, den Kommunen Kompetenzen zuzugestehen, und wenn es darum geht, dass sie in ihrem Wald Genehmigungen selbst vornehmen können, dann spielt die Subsidiarität keine Rolle mehr, dann soll es von oben herab geregelt werden. Ich habe eine andere Vorstellung und Auffassung von Subsidiarität. Das lassen wir so nicht stehen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Noch ein wichtiger Punkt. Wir haben dieses Gesetz damals gemacht, um zwei wichtige Sachen gegeneinander abzuwägen. Das ist der Naturschutz, was den Waldboden und den Wald an sich betrifft, und der Klimaschutz. Das ist eine schwierige Abwägung. Ich bin immer noch der Überzeugung, das ist uns an dieser Stelle sehr gut gelungen. Den Klimaschutz haben wir mit der hohen Windhöffigkeit umfasst. Wenn ein Standort im Wald eine wirklich sehr hohe Windhöffigkeit aufweist, dann muss man klar sagen, dass es gerechtfertigt ist, unter den momentanen Gegebenheiten dort ein Windrad zu bauen. Ansonsten müsste man andere Standorte anders betrachten. Das finde ich nicht passend. Wir fassen es nämlich nicht so auf, dass die Windhöffigkeit alleine ausreicht. Es muss auch die Erschließung gegeben sein. Das sind eben keine einfachen Larifari-Begriffe, wie es hier dargestellt wurde. Sie sind vielmehr teilweise sehr genau und sehr fest definiert.

Ich möchte auf ein Thema besonders eingehen. Das sind die Erschließungswege. In den Anhörungen wurde sehr klar gesagt, dass ein Standort nur erschlossen ist, wenn Wartungsfahrzeuge problemlos durchfahren können. Das sehe ich bei vielen Standorten als nicht gegeben. Das wird zu prüfen sein. Aber das Gesetz gibt es auf jeden Fall her. Es geht sehr genau darauf ein.

Zum Schluss möchte ich einige wichtige Aspekte der gesamten Debatte aufgreifen, die ich vermisse. Zunächst es ist das Thema Wissenschaft und welche Bedeutung die Wissenschaft hat. Ich habe in diesen Tagen einen sehr interessanten Spruch gelesen: 90 Prozent der Deutschen fürchten sich vor einem Klimawandel, aber 10 Prozent fürchten sich vor einem jungen, sechzehnjährigen Mädchen. Ich glaube, das gibt es schon sehr gut wieder. Etwa genauso ist das Verhältnis, wenn man die wissenschaftlichen Arbeiten betrachtet. Der größte Teil der wissenschaftlichen Arbeiten sagt ganz klar, dass es einen Klimawandel gibt. Ich glaube, wir haben es selbst im Sommer auf der Haut gespürt. Da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Wir sollten uns

(Abg. Thielen (CDU))

hier nicht auf den Weg begeben, auf einmal den Klimawandel zu leugnen. Das ist wirklich nicht seriös.

Andererseits geht es um Sachlichkeit in der Debatte. Ich habe es beim Speicherthema schon einmal angesprochen. Wir können uns nicht gegen alles sperren. Wir müssen vielmehr für entsprechende Konzepte offen sein. Die gegenwärtige Technologie gibt es nicht her, dass wir mehr als die Hälfte unserer Energie alleine mit erneuerbaren Energien produzieren. Wir bräuchten Speicherlösungen, die extrem wären. Das heißt, wir müssen vom Volumen her in Deutschland etwa hundertmal so viele Speicherseen schaffen. Das ist momentan nicht zu machen. Von daher müssen wir darauf schauen, was mit der Technologie machbar ist.

Auch der Batteriestrom wird uns hier nicht weiterhelfen. Wir bräuchten etwa 500 Millionen Fahrzeuge vom Hersteller Tesla, um die Energie zu speichern. Das ist einfach nicht machbar. Da müssen wir sachlich diskutieren und schauen, mit welchen Technologien wir das voranbringen können.

Damit möchte ich zum dritten und letzten Punkt kommen. Ich bin der Überzeugung, wir brauchen hier wieder mehr Markt in der Debatte, um die wirtschaftlichsten Lösungen quer über alle Sektoren nach vorne zu bringen. Herr Kollege Lafontaine, Sie haben vor vielen Jahren die Ökosteuer als eine Maßnahme nach vorne gebracht. Ich habe gestern eine sehr interessante Diskussion von Ihnen mit Herrn Töpfer aus dem Jahr 1989 gelesen, in der Sie damals den gleichen Weg gegangen sind. Sie hatten gesagt, wir müssen in die Richtung gehen, alle Energieträger, die CO₂ ausstoßen, gleichmäßig zu besteuern. Da sind wir immer noch nicht. Wir sind noch weit davon weg. Dann erst würde eine Diskussion über eine Verhinderung Sinn ergeben, wenn wir wirklich dahin kommen, dem Markt die Chance zu geben, sich zu entfalten. Wir brauchen eine zumindest europaweite CO₂-Besteuerung. Ansonsten werden wir auf Dauer das Problem Klimawandel im Zusammenhang mit dem Naturschutz nicht lösen. Das ist meine feste Überzeugung. Dafür möchte ich werben.

Ansonsten bin ich für die Ablehnung dieses Gesetzesentwurfes, weil er einfach unzureichend ist. Ich hoffe, ich konnte es Ihnen im Detail erläutern. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Minister für Umwelt und Verbraucherschutz, Reinhold Jost.

Minister Jost:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will in einigen wenigen Punkten zur Erhellung

der aktuellen Situation und des einen oder anderen Sachverhalts beitragen. Wenn es darum geht, den Klimawandel in Zweifel zu ziehen, werde ich dies all denjenigen, die das nicht nur heute tun, sondern auch in der Vergangenheit getan haben oder auch in Zukunft tun werden, bei der nächstbesten Situation in Erinnerung rufen, wenn es mal wieder Starkregenereignisse von bisher nicht gekanntem Ausmaß im Saarland gibt und nach der Hilfe des Staates gerufen - insbesondere von denen, die Klimawandelleugner sind. Das gilt genauso mit Blick auf die aktuellen Vorkommnisse im Staatswald, Stichwort Borkenkäferbefall. Der Klimawandel ist da. Er hat uns eigentlich schon mit voller Wucht erreicht. Wer das leugnet oder glaubt, kleinreden zu können, der hat kein Interesse an einer sachlich geführten Debatte. Das gilt für beide Richtungen in diesem Haus.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es gibt auch keinen hemmungslosen Kahlschlag im saarländischen Wald in Zusammenhang mit der Errichtung von Windkraftanlagen. Wer das behauptet, redet schlicht und einfach Blödsinn. Wir haben in diesem Zusammenhang auf den 93.000 Hektar Waldfläche - davon über 40.000 Hektar im Eigentum des Saarlandes - in den zurückliegenden Jahren 73 Anlagen im Wald errichtet, davon 28 auf Saar-Forst-Flächen. Ich will an der Stelle auch sagen - in Bezug auf das Argument, es ginge nur darum, uns die Taschen vollzustopfen -, dass eine große Anzahl der schon einmal beantragten Anlagenstandorte genau mit Blick auf den Arten- und Naturschutz abgelehnt wurde. Das macht deutlich, dass wir hier eine verantwortungsvolle Politik machen, die letztendlich alle Interessen im Blick hat: Artenschutz, Naturschutz und die Interessen der Bevölkerung. Wir betreiben keinen Raubbau am saarländischen Wald. Wer das behauptet, redet Quatsch und Blödsinn.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich sage das auch mit Blick auf die eine oder andere Diskussion, die es gibt, wir würden im Saarland mit dem Wald schludrig umgehen. In den vergangenen zehn Jahren ist deutlich mehr Wald flächen- und volumenmäßig nachgewachsen als entnommen wurde. Wir hatten um das Jahr 1990 etwa 200 Vorratsfestmeter pro Hektar auf den saarländischen Staatswaldflächen. Wir liegen jetzt bei 360 bis 370 Vorratsfestmeter pro Hektar. Wir sind von etwa 88.000 Hektar Waldfläche im Jahr 1990 gekommen und liegen jetzt bei 93.000 Hektar Waldfläche im Saarland. Es ist also genau das Gegenteil dessen passiert, was immer wieder von dem einen oder anderen hier in diesem Raum behauptet wird. Es gibt vielmehr deutlich mehr Waldflächen und Volumen in diesem Land, und das trotz der einen oder anderen Anlage, die auf Staatswaldflächen errichtet wurde. Alles andere ist Quatsch und Blödsinn.

(Minister Jost)

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dabei wird jeder Standort ganz genau geprüft, und zwar mit Blick auf Recht und Gesetz und nicht mit Blick auf die Auswirkungen auf den Haushalt des Finanzministers. Wir haben bis heute keine erfolgreichen Klagen gegen die Entscheidungen des LUA oder meiner Behörde. Wir haben in dem Zusammenhang nach Recht und Gesetz zu handeln. Da gibt es keine zweifelhaften Entscheidungen. Wenn es sie gäbe, dann wären sie angezweifelt worden und vor Gericht gegebenenfalls richtiggestellt worden.

Es geht auch nicht um Geldgier, wie es an der einen oder anderen Stelle unterstellt wird. Wenn das nämlich der Fall wäre, dann frage ich mich, warum wir dann Anlagen auf SaarForst-Flächen - und zwar dutzendfach - in den zurückliegenden Jahren abgelehnt haben. Wenn es uns nur darum ginge, schnell Kasse zu machen, müsste eigentlich das Gegenteil der Fall sein. Es gibt auch kein Gemauschel.

Weil es eben zitiert wurde, will ich mit Blick auf einen Bürgermeister aus dem nördlichen Saarland klar zum Ausdruck bringen: Das, was der Bürgermeister von Wadern in der Saarbrücker Zeitung von sich gelassen hat, ist auch der Kategorie Blödsinn, Unsinn und dummes Zeug zuzuordnen. Wenn ich mir vor Augen führe, dass seine Kommune selbst versucht hat, gegen die ablehnende Entscheidung des Innenministeriums zu klagen, und dass seine Kommune einen Flächennutzungsplan aufgestellt hat, in dem genau diese Fläche aufgeführt wurde, dann macht es deutlich, was dort für Kneppdreher unterwegs sind. Ich lasse das also nicht so unkommentiert im Raum stehen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben den Blick auf die Schutzgüter für Mensch, Natur, Fauna und Flora. Dem werden wir gerecht. Es gibt leider immer wieder Zerrbilder und Klischees, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Jeder ist, wenn man ihn fragt, der Auffassung, wir müssen raus aus der Kernenergie. Jeder ist der Auffassung, wir müssen raus aus der Kohle. Jeder ist der Auffassung, wir brauchen regenerative Energien. Wenn es dann konkret wird, spricht man sich natürlich für Solaranlagen und Windkraftanlagen aus, aber nicht bei sich.

An dieser Stelle habe ich schon einmal gesagt, man muss sich entscheiden, was man will: die Wurst oder die Butter. Deswegen sage ich ganz klar, man kann natürlich wieder einen Roll-back machen, wie ich das an der einen oder anderen Stelle nachlesen kann bei entsprechenden Initiativen gegen Windkraft, die mittlerweile wieder hemmungslos die Kernenergie protegieren. Die sagen, das ist die klimagünstigste Energievariante. Ich sage ganz bewusst, eine Energieform, die nicht beherrschbar ist, ist auch

nicht verantwortbar. Eine Energieform, bei der wir heute noch nicht wissen, wohin wir mit dem Müll aus der Vergangenheit sollen, geschweige denn mit dem aus der Zukunft, ist ebenfalls nicht verantwortbar. Alle diejenigen, die jetzt wieder glauben, als Alternative zu den regenerativen Energieformen, auch und insbesondere der Windkraft, wieder die Atomkraftwerke aus der Mottenkiste holen zu können, machen eigentlich deutlich, worum es ihnen wirklich geht. Es geht ihnen nicht um den Schutz der Natur und der Umwelt oder der Menschen, sondern sie wollen Klischeedebatten nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, und das ist aus meiner Sicht zutiefst verlogen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die nachhaltige Nutzung und Waldbewirtschaftung sowie eine Nutzung von Windkraftanlagen auch im Wald schließen sich nicht aus. Im Übrigen gab es auch einmal die Diskussion, dass Windkraft in der Biosphäre nichts zu suchen hätte. Aber da lehnt man sich dann auch von Fakten völlig unbeeindruckt zurück. Nachdem sogar das MAB-Komitee der Biosphäre ausdrücklich zugestimmt hat, dass es überhaupt keinen Widerspruch gibt zwischen Biosphäre und Windkraft, läuft trotzdem noch der eine oder andere herum und erzählt, das ginge nicht, das sei unvereinbar, bis hin zu anderen Argumentationsmustern.

Für uns ist klar, die Genehmigungsverfahren müssen gerichtsfest und in rechtsstaatlichen Verfahren überprüfbar und nachvollziehbar sein, und das ist genau das, was wir in den zurückliegenden Jahren auch gemacht haben. Ich sage das auch ganz klar mit Blick auf den ein oder anderen Text, den man da nachlesen kann, auch in dem entsprechenden Antrag, wo versucht wird zu interpretieren, wir würden weiterhin auf Teufel komm raus Staatswaldflächen in die Windkraftnutzung nehmen. Das ist schon seit dem Jahr 2016 nicht mehr der Fall, weil ich damals entschieden habe, die Angebotsflächen, die wir hatten, aufrechtzuerhalten. Weitere wird es nicht mehr geben.

Ich sage an der Stelle ganz klar mit Blick auf die Ausgangslage, wie sie auch in diesem Gesetzentwurf drinsteht, das wäre - der Kollege Thielen hat es bereits gesagt - grob verfassungswidrig. Wir würden nämlich hier in Rechte anderer eingreifen mit Blick auf die kommunale Selbstverwaltung, genauso in Bezug auf Eigentumsrechte Dritter, Privater. Deshalb sage ich, das, was Sie hier mit diesem Antrag wieder einmal unter Beweis stellen, ist nichts als Klischeedebatte und ein populistisches Schaulaufen. Ob Sie das hören wollen oder nicht, es ändert nichts an der entsprechenden Feststellung, und ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Oskar Lafontaine.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war ja eine muntere Debatte, es wurden Argumente vorgetragen, man hatte die Gelegenheit, auf Argumente einzugehen. Ich nehme zunächst einmal den Beitrag des Kollegen Jung. Er hat auf die Folgen des Klimawandels verwiesen, auf Starkregen, Gletscherschmelze, Erderwärmung etc. Das wird alles nicht in Abrede gestellt. Ich habe auch nicht gehört, dass irgendjemand das in Abrede gestellt hätte. Ich weiß nicht, warum wir immer Pappkameraden aufbauen - man kennt das ja rhetorisch - und darauf schießen. Nur sollte man dann sagen, ich habe selbst diesen Pappkameraden aufgebaut und nicht ein anderer.

Dann haben Sie gesagt, es gebe große Probleme im Wald. Das ist richtig. Das liegt aber teilweise auch - das sehen Sie, wenn Sie sich mit dieser Frage beschäftigen - an der Waldbewirtschaftung, die viele, die sich für einen ökologischen Wald einsetzen, für grundfalsch halten, weil insbesondere die Dominanz des Fichtenwaldes

(Minister Jost: Wo denn?)

eben nicht - -

(Minister Jost: Wo denn, im Saarland? - Abg. Spaniol (DIE LINKE): Das geht nicht!)

Es ist nicht üblich, von der Regierungsbank dazwischenzuquatschen.

Vizepräsidentin Ries:

Das ist richtig, dass Sie das anmahnen. Herr Minister, ich bitte Sie wirklich, sich zurückzuhalten. Es ist eine Unart, dazwischenzuschreien, wenn jemand am Rednerpult ist.

(Vereinzelt Beifall und Zurufe.)

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Also noch einmal: Auch wenn das vielleicht nicht so bekannt ist, weise ich darauf hin, dass die Waldbewirtschaftung unter ökologischen Gesichtspunkten heftig kritisiert wird und insbesondere die über viele Jahre gewachsene Dominanz von Fichtenwäldern als falsch angesehen wird. Insofern ist dies zu berücksichtigen.

(Vereinzelt Zurufe.)

Sie mögen das ja infrage stellen, aber es ist eine weitverbreitete wissenschaftliche Erkenntnis.

Nun weisen Sie auf die nächste Kommunalwahl hin, das ist aber wirklich zu billig, denn es ist letztendlich

so, dass wir in dieser Frage seit Jahren eine gewisse Auffassung haben. Sie mögen eine andere Auffassung haben, aber auch das ist ein Pappkamerad, der immer aufgebaut wird. Ich könnte mich lustig machen und sagen, Sie denken natürlich nie an die Kommunalwahl. Wir bekennen reuig, dass wir ab und zu auch an Wahlen denken. Insofern werden wir uns an Ihrem leuchtenden Beispiel zu orientieren versuchen.

(Vereinzelt Heiterkeit.)

Nun komme ich zum Kollegen Hecker, der hier einen sehr sachlichen Vortrag gehalten hat. Der Hinweis auf die Übergangsfristen ist richtig, es wäre im Ausschuss ohne Weiteres möglich, entsprechende Übergangsfristen einzurichten. Insofern ist das ein Argument, das aufgegriffen werden könnte, wenn man eine Beratung haben wollte.

Jetzt kann ich zum Kollegen Thielen kommen, der sich auch dazu geäußert hat. Da gibt es zunächst einmal ein Argument - ich komme auf das andere nachher im Zusammenhang mit dem Umweltminister noch zu sprechen -, das Sie gebracht haben, dass die Leute überall sagen: Wir sind für Umweltschutz, aber da und da ziehen wir nicht mit, wir können die Steinkohle-, Braunkohle-, Kernkraftwerke etc. - - Das ist alles richtig. Das hat aber mit der Diskussion, die wir hier führen, relativ wenig zu tun, denn es geht hier nicht in erster Linie um die Kernenergie oder sonst etwas, es geht in erster Linie um die Reduktion der CO₂-Belastung. Das ist das immer wieder vorgetragene Argument. Es geht einzig um die Frage, ob es andere Möglichkeiten gibt, das CO₂ zurückzuführen, als Anlagen in den Wald zu stellen. Das haben wir schon oft hier besprochen.

Wir sind der Meinung, es gibt viele andere Möglichkeiten, CO₂ zu reduzieren, wenn man das will. Ich hatte Ihnen schon zu Beginn der ganzen Debatte einmal gesagt, würde man die vielen Milliarden, die aufgewandt wurden, um diese Technologie zu finanzieren, beispielsweise für die Wärmedämmung der Wohnhäuser einsetzen, hätte man erstens einen viel größeren Beschäftigungseffekt und zweitens die gleiche CO₂-Reduktion. Ich sehe, dass ein Kollege, der dem Handwerk verbunden ist, nickt. Das kann man ja diskutieren. Natürlich, wenn einer ein großes Grundstück hat, wo eine Anlage draufsteht, wird er immer der Meinung sein, dass die Windenergie die beste überhaupt ist. Insofern muss man das berücksichtigen. Also, diese Alternativen sollte man nicht ausklammern, sonst kommen wir nicht zu einer sachlichen Debatte. Es gibt immer Alternativen, wenn man CO₂ zurückführen will. Man kann nicht sagen, es gibt nur diese Mühlen, zumal - -

(Abg. Funk (CDU): Wir brauchen aber auch Strom!)

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Ja selbstverständlich! Selbstverständlich brauchen wir auch Strom, aber aus Zeitgründen kann ich jetzt auf die europäische Wirkung unseres Vorgehens nicht hinweisen. Es ist nur so, dass viele immer wieder argumentieren, dass wir mit unserer Vorgehensweise letztendlich europaweit gesehen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen überhaupt nicht zu einer CO₂-Reduktion kommen. Aber mir fehlt jetzt die Zeit, das noch näher auszuführen.

Ich komme zu einem anderen wichtigen Punkt, den Sie genannt haben und der mir im gesamten Kontext von Bedeutung ist, das ist die Preissteuerung. Sie haben auf das Ökosteuergesetz hingewiesen. Ich konnte mich damals an einer entscheidenden Stelle nicht durchsetzen, an der Stelle nämlich, an der ich die Auffassung vertreten habe, dass wir die Preissteuerung nicht nur über die Ökosteuer machen dürfen, sondern gleichzeitig etwa bei Rentnern, sozial Bedürftigen etc. höhere Renten und höhere soziale Leistungen ins Auge fassen müssen. Warum? Meine Auffassung war die, dass diejenigen, die im untersten Einkommensbereich sind, die größten Probleme haben, unsere wunderbare Energiewende mitzumachen, wenn Sie höhere Preise zu bezahlen haben. Das heißt, das ist generell. Sie sehen das jetzt auch beim Thema Diesel, das ist das selbe. Das ist eine Ansage an alle, die vorrangig immer nur den Umweltschutz sehen. Damit meine ich insbesondere eine Partei, die in diesem Haus jetzt nicht mehr vertreten ist. Umweltschutz, der nur für die sogenannten Besserverdiener kein Problem ist, ist für uns kein Umweltschutz.

(Beifall von der LINKEN und bei der SPD.)

Wir müssen auch immer diejenigen sehen, die große Schwierigkeiten haben, Preissteigerungen zu bezahlen. Herr Kollege Thielen, ich bin immer noch bei Ihrer Argumentation - - Herr Kollege Thielen!

(Abg. Thielen (CDU): Ja!)

Kein Problem, ich quatsche auch manchmal nach hinten. - Auf jeden Fall müssen wir die Preissteuerung im Auge behalten. Ich will jetzt auch nicht die Dieseldebatte als inkonsequent anführen. Da habe ich es immer für richtig angesehen. Wir können nicht hingehen und Regelungen machen, nach denen der kleine Mann, der sich vor 15 Jahren ein altes Auto gekauft hat, das überhaupt nicht mehr den modernen Technologien entspricht, der sich aber ein modernes Auto nicht kaufen kann, nicht mehr reinfahren darf, aber der Wohlhabende, der sich morgen wieder einen größeren Schlitten mit modernster Technik kaufen kann, reinfahren darf. Das ist eine Art von Umweltschutz, die von der sozialen Frage losgelöst ist und die wir für grundfalsch halten. Deshalb bin ich Ihnen dankbar, dass Sie diese Preissteuerungen einmal hier angeführt haben.

(Beifall von der LINKEN.)

Nun komme ich ganz kurz zu dem Beitrag des Umweltministers, der auch wieder Pappkameraden aufgebaut hat. Da muss ich zunächst noch einmal darüber informieren: Selbst der amerikanische Präsident zieht den Klimawandel nicht in Zweifel.

(Zuruf und Sprechen.)

Sie werfen immer alles durcheinander. Er zieht ihn nicht in Zweifel. Er bestreitet nur, dass der Klimawandel menschengemacht ist. Das ist ein großer Unterschied, auch wenn es vielleicht etwas schwer ist, das einzusehen. Aber ich will doch noch einmal versuchen, Ihnen das nahezubringen.

(Zuruf.)

Selbst diejenigen auch von der AfD, die beispielsweise immer wieder im Deutschen Bundestag vortragen, dass sie den menschengemachten Klimawandel in Zweifel ziehen, behaupten nicht, der Klimawandel würde nicht stattfinden. Sie weisen vielmehr darauf hin, dass es Klimawandel schon immer gab und dass nur gestritten wird, worin die Ursachen liegen. Wenn man also versucht, von oben herab die Argumente abzubürsten, sollte man zumindest in den Grundfragen einigermaßen informiert sein.

(Zuruf des Abgeordneten Thul (SPD).)

Es gibt niemanden, der den Klimawandel als solchen leugnet, außer ein paar Irren. Aber von denen müssen wir jetzt hier wirklich nicht ausgehen. Temperaturmessungen und so weiter kann man schlecht infrage stellen. Darauf wollte ich nur noch einmal hinweisen.

Es hat auch niemand gesagt, es gebe einen kompromisslosen Kahlschlag. Wer hat denn das hier gesagt? Was für ein Unfug, so etwas hier in die Debatte zu stellen! Oder es gebe einen Raubbau! Es gibt schlicht und einfach die Meinung unserer Fraktion, dass in den Wald keine Windkraftanlagen gehören.

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Genau. - Beifall von der LINKEN.)

Da kann man anderer Meinung sein. Das ist für uns überhaupt kein Problem. Aber das sollte man doch nicht dramatisieren, damit man sich entsprechend in Szene setzen kann. Es gibt einfach die Meinung, dass das nicht geschehen sollte.

Auch der Hinweis auf die Wiederaufforstung - das ist ein Argument - ist nicht so ohne Weiteres zu akzeptieren. Wenn man sieht, wie ein engagierter Waldschützer wie Peter Wohlleben - den will ich hier in die Debatte einführen - gewachsenen Wald und neu aufgeforsteten Wald einander gegenüber stellt, wenn man seine Bücher gelesen hat und dieses Engagement für die Wälder und Bäume erkennt, kommt man zu ganz anderen Urteilen, als sie hier vorgetragen worden sind.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Es ist auch nicht so, dass irgendjemand vorgeworfen hat, es würde nicht nach Recht und Gesetz entschieden. Wir haben gesagt, die jetzigen Gesetze ermöglichen solche Vorgehensweisen. Man sollte also hier nicht irgendwelche Pappkameraden aufbauen, die mit der sachlichen Debatte überhaupt nichts zu tun haben.

(Beifall von der LINKEN.)

Es gibt dann zwei Argumente, auf die niemand eingegangen ist. Ich will Ihnen etwas sagen und kann Ihnen das nachher auch zeigen. Da ich tatsächlich ab und zu spazieren gehe und auch oft Rad fahre, fahre ich immer an Schildern „Vorsicht Eisabwurf! Lebensgefahr“ vorbei. Wir hatten heute Morgen eine interessante Debatte. Ich wollte da noch Gustav Regler anführen als jemand, der europaweit eine gewisse Rolle gespielt hat. Das habe ich aus Zeitgründen aber nicht getan. Aber immer wenn ich auf dem Gustav-Regler-Weg gehe - oben, wo rechts und links viele Windkraftanlagen stehen -, muss ich daran denken, dass er wahrscheinlich jetzt um diese Zeit mit seinem Vater nicht dort hätte laufen können. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der mit seiner Familie dort gelaufen wäre, wenn da „Lebensgefahr“ gestanden hätte. Ein verantwortungsvoller Mensch läuft da nicht. Das gilt jetzt nicht nur für diesen Weg. Es gibt eine ganze Reihe von Wegen. Es gilt auch für den Wald. Sie mögen das für vertretbar halten. Aber es gibt Leute, die im Wald spazieren gehen möchten, auch wenn Schnee liegt oder so. Die lesen dann „Vorsicht Eisabwurf! Lebensgefahr“ und empfinden das nicht unbedingt als eine Verbesserung der Lebensqualität. Man könnte zumindest einmal auf dieses Argument eingehen.

(Zuruf und Beifall von der LINKEN.)

Nun will ich Ihnen zuallerletzt noch etwas zur ökonomischen Nutzung sagen, die in der Vergangenheit immer wieder angeführt worden ist. Ich hatte die Gelegenheit, vor einigen Jahren den Dirigenten Enoch zu Guttenberg kennenzulernen, der über einen großen Waldbesitz verfügte und gesagt hat: Ich habe mich bei meinen ganzen Kollegen, die ebenfalls familiären Waldbesitz haben, völlig unbeliebt gemacht, weil ich als Naturschützer der Meinung bin, es gehören dort keine Anlagen hin. Es entgehen mir zwar Millionen Einnahmen, aber weil ich es mit dem Naturschutz ernst meine, werde ich solche Anlagen auf meinem Besitz nicht zulassen. - Das ist für mich eine sehr respektable und vorbildliche Haltung. Man muss die nicht teilen. Aber man sollte einmal sehen, dass es zumindest auf ein Engagement schließen lässt, wenn jemand zu einer solchen Haltung kommt.

Ich fasse also zusammen: Man kann auch solch eine Frage sachlich diskutieren. Es gibt niemanden, der den Klimawandel leugnet, außer einer ver-

schwindenden Minderheit. Es gibt eine Minderheit der Wissenschaftler, die sagt, der Klimawandel ist nicht menschengemacht, sondern auf die Sonnenaktivitäten zurückzuführen. Die große Mehrheit der Wissenschaftler ist der Meinung, er sei menschengemacht. Da geht es aber um die CO₂-Reduktion, und da gibt es unterschiedliche Technologien, die man einsetzen kann, um CO₂ zu reduzieren. Wir sind dafür, CO₂ zu reduzieren. Deshalb werden wir heute Nachmittag noch einmal einen entsprechenden Antrag von uns einbringen und diskutieren. Wir halten aber bei Abwägung des Pro und Contra die Zerstörung des Waldes und seiner Erholungsfunktion für den falschen Weg. Deshalb bleiben wir bei unserem Gesetzesvorschlag und akzeptieren auch, dass Sie ihn ablehnen. Aber wir sind überzeugt davon, dass unser Standpunkt sehr viele und gute Gründe hat.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. Herr Abgeordneter Lutz Hecker hat um eine Kurzintervention gebeten. Ich lasse sie zu.

Abg. Hecker (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich bin dem Kollegen Lafontaine für das Bild der Pappkameraden ausgesprochen dankbar. Eine Sache, die mich tatsächlich in diesem Parlament stört ist, dass hier immer wieder Sachen in den Raum gestellt werden, die von uns in völlig anderer Art und Weise gesagt worden sind. Dinge, die wir niemals gesagt haben, werden hier in einer bestimmten Form dargestellt, um sich dann daran abzuarbeiten. Das möchte ich eigentlich ablehnen.

Es wurde mehrmals - der Kollege Lafontaine hat versucht, das zu erläutern - die Position der AfD zum menschengemachten Klimawandel angesprochen. Es ist nicht so, wie der Minister vorhin wieder gesagt hat, dass irgendjemand in der AfD den Klimawandel leugnet. Ich habe mir die Mühe gemacht, Ihnen im Dezember ausführlich darzulegen, wie die Position ist. Wir sind der Meinung - und das ist ein Fakt, der allerdings etwas von dem abweicht, was der Kollege Lafontaine gesagt hat -, dass es keinen oder allenfalls einen marginalen Einfluss von anthropogenem CO₂ auf Klimaveränderungen gibt. Das wollte ich noch einmal klargestellt haben. - Vielen Dank.

(Sprechen.)

Vizepräsidentin Ries:

Herr Lafontaine, möchten Sie antworten? - Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass sich eine Kurzintervention immer nur auf den letzten Redner bezieht. Wenn Sie etwas zu den Ausführun-

(Vizepräsidentin Ries)

gen von Herrn Jost hätten sagen wollen, hätte nach ihm eine Kurzintervention den richtigen Platz gehabt. - Ich schließe die Aussprache, weil keine weiteren Wortmeldungen eingegangen sind. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zu überweisen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der DIE LINKE-Landtagsfraktion Drucksache 16/729. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 16/729 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/729 in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die DIE LINKE-Landtagsfraktion und die AfD-Landtagsfraktion. Dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung bundesrechtlicher Justizgesetze (AGJusG) (Drucksache 16/721)

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich Minister Peter Strobel das Wort.

Minister Strobel:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf enthält Änderungen landesrechtlicher Vorschriften zur Anpassung an das Bundesrecht. Diese sind für das gute Funktionieren unseres Rechtsstaates erforderlich und deswegen legen wir den heutigen Gesetzentwurf auch vor.

Im Detail handelt es sich um Änderungen des Gesetzes zur Ausführung bundesrechtlicher Justizgesetze. In diesem Ausführungsgesetz für bundesrechtliche Justizgesetze wird auf einige bundesrechtliche Vorschriften statisch verwiesen. Das ist ein Element innerhalb dieses Gesetzes. Diese statische Verweisung bezieht sich auf die Fassung eines Textes jeweils zu einem bestimmten Zeitpunkt oder in einem bestimmten Zeitraum. Das hat zur Folge, dass auch das Ausführungsgesetz aktualisiert werden muss, sobald das entsprechende Bundesrecht geändert wird.

Dies ist auch der Grund für den Gesetzentwurf, den wir heute vorlegen. Im Groben geht es um Vorschriften der Zivilprozessordnung, die weggefallen sind und in das „Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ aufgenommen worden sind. Da un-

ser Ausführungsgesetz weiterhin statisch auf die weggefallenen Zivilprozessordnungsvorschriften verweist, muss dieser Verweis aktualisiert und korrigiert werden. Das ist Sinn und Zweck des Gesetzentwurfes. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall.)

Vizepräsidentin Ries:

Ich danke dem Herrn Minister und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. - Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Regierung Drucksache 16/721. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 16/721 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/721 in Erster Lesung einstimmig, mit den Stimmen aller Fraktionen des Hauses, angenommen wurde.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Gesetzes zur Modernisierung des Saarländischen Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung (SUVPMoG) (Drucksache 16/682) (Abänderungsantrag: Drucksache 16/717)

Zur Berichterstattung erteile ich der Ausschussvorsitzenden Frau Abgeordneter Petra Fretter das Wort.

Abg. Fretter (CDU), Berichterstatterin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Modernisierung des Saarländischen Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung, Drucksache 16/682, wurde vom Plenum in seiner 22. Sitzung am 16. Januar 2019 in Erster Lesung einstimmig angenommen, bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktion DIE LINKE und Enthaltung der AfD-Landtagsfraktion, und zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz überwiesen.

Der Gesetzentwurf dient der Anpassung des Landesrechts an die Vorgaben der UVP-Änderungsrichtlinie der EU. Er sieht im Kern Änderungen im Saarländischen UVP-Gesetz und in der entsprechenden Zuständigkeitsverordnung vor. Gleichzeitig sind redaktionelle Folgeänderungen in weiteren Lan-

(Abg. Fretter (CDU))

des Gesetzes notwendig. Inhaltliche Änderungen des UVP-Gesetzes sind unter anderem notwendig bei den Bestimmungen über die Durchführung der UVP-Vorprüfung und der UVP insbesondere im Hinblick auf die Berücksichtigung des Flächenschutzes, des Klimaschutzes und der Klimaanpassung, der Energieeffizienz und von Unfall- und Katastrophenrisiken. Neue und detailliertere Vorgaben enthält die UVP-Änderungsrichtlinie zudem für die Erstellung des UVP-Berichts und für die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung. - So weit zu der zentralen Zielsetzung des Gesetzentwurfes.

Der Gesetzentwurf wurde vom Ausschuss gelesen, auf die Durchführung einer Anhörung wurde verzichtet. Der Ihnen vorliegende Abänderungsantrag des Ausschusses Drucksache 16/717 hat redaktionellen Charakter und wird Ihnen einstimmig, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und AfD, zur Annahme empfohlen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig, bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen sowie Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und der AfD-Fraktion, die Annahme des Gesetzentwurfes zur Modernisierung des Saarländischen Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung, Drucksache 16/682, unter Berücksichtigung des vorliegenden Abänderungsantrages, Drucksache 16/717, in Zweiter und letzter Lesung.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Ich danke der Frau Berichterstatterin und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat mit der Drucksache 16/717 einen Abänderungseintrag zu dem Gesetzentwurf eingebracht. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme des Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Abänderungsantrag Drucksache 16/717 einstimmig angenommen wurde. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, enthalten haben sich die Oppositionsfractionen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/682. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 16/682 in Zweiter und letzter Lesung unter Berücksichtigung des gerade angenommenen Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass auch der Gesetzentwurf Drucksache 16/682 in Zweiter und letzter Lesung unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages einstimmig angenommen wurde. Zugestimmt haben die Ko-

alitionsfraktionen, enthalten haben sich die Oppositionsfractionen.

Kolleginnen und Kollegen, wir treten in die Mittagspause ein und treffen uns wieder um 14.00 Uhr.

(Die Sitzung wird von 12.58 Uhr bis 14.01 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsident Heinrich:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen unsere Sitzung fort und kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Abhängigkeit von Microsoft reduzieren - Einsatz von Open-Source-Software verstärken (Drucksache 16/730)

Zur Begründung des Antrags rufe ich den Abgeordneten Dennis Lander auf.

Abg. Lander (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stellen hier heute einen Antrag, der einen fundamentalen Kurswechsel in Sachen Sicherheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit bedeutet. So viele Überwachungskameras können Sie in Saarbrücken gar nicht aufhängen, wie Sie durch unsere Vorschläge an Sicherheit dazugewinnen würden. In Europas Städten und Behörden ist Microsoft mittlerweile so marktbeherrschend, dass internationale Experten längst Alarm schlagen. Microsoft macht Europa zu seiner Softwarekolonie. Es ist höchste Zeit, dass wir genau aus dieser fatalen Abhängigkeit endlich aussteigen und ich will Ihnen auch erklären, warum.

Erstens. Microsoft ist extrem teuer. Gemäß einer Antwort der Bundesregierung an unseren Abgeordneten Victor Perli zahlt der Bund jährlich eine Viertelmilliarde Euro nur für Microsoft Office und die begleitenden Serviceverträge. Die saarländische Landesregierung spricht von 1,3 Millionen Euro jährlich für Lizenzgebühren für die Landesverwaltung. Für Microsoft ist das Geschäft mit dem öffentlichen Sektor natürlich ein Garant für jährliche Milliardenumsätze. Dabei schaden sich die europäischen Behörden durch die Deals mit Microsoft gerade selbst, weil die Deals immer mit der Europazentrale von Microsoft in Irland abgeschlossen werden, und dort zahlen sie bekanntlich so gut wie keine Steuern. Auch das Vergabeverfahren ist höchst umstritten.

Zweitens. Microsoft ist unsicher und intransparent. Der Quellcode von Microsoft, also die für Menschen lesbare Programmiersprache, ist ein Geschäftsgeheimnis. Somit können Sicherheitslücken nur von Microsoft selbst wieder behoben werden. Der Staat kann

(Abg. Lander (DIE LINKE))

also gar nicht überprüfen, ob diese Systeme, in die er millionenschwere Investitionen getätigt hat, auch wirklich sicher sind. Bestimmt erinnern Sie sich an vorletztes Jahr, als es weltweit plötzlich zu Systemausfällen gekommen ist. In England wurden zahlreiche Krankenhäuser lahmgelegt. In Russland betraf es das Innen- und Katastrophenschutzministerium und hier in Deutschland wurde teilweise die Deutsche Bahn außer Gefecht gesetzt. Der Cyberangriff „WannaCry“ hatte zugeschlagen. Mittels einer Schadsoftware wurden in 150 Ländern über 230.000 Computer infiziert, um Lösegeld von den Nutzerinnen und Nutzern erpressen zu können. Als Folge konnten die Nutzer bei dieser sogenannten Ransomware ihre Rechner nicht mehr benutzen, sofern sie nicht zahlungswillig oder -fähig waren, also ein globaler Angriff mit katastrophalen Folgen. Der Sicherheitsfehler, sozusagen das Einfallstor für diesen Angriff, wurde jahrelang von Microsoft überhaupt nicht bemerkt oder man wollte ihn nicht bemerken, weil genau diese Sicherheitslücke von der NSA genutzt wurde, um Menschen weltweit ausspionieren zu können, bis vermutlich irgendeine Mitarbeiterin oder irgendein Mitarbeiter diese Sicherheitslücke an Hacker verkauft hat - die Geburtsstunde von WannaCry.

Regelmäßig erscheinen neue Sicherheitslücken bei Microsoft, die man natürlich zu schließen versucht, sofern wir das beurteilen können. Ob das aber auch immer gelingt, bleibt uns völlig unbekannt, weil wir nicht überprüfen können, ob diese Systeme sicher sind oder eben nicht, da der Quellcode geheimgehalten wird. Für Professor Michael Waidner, Direktor des Fraunhofer Instituts für Sichere Informationstechnik und führender europäischer Experte in Sachen Cybersicherheit, liegt genau hier das Problem von Windows in öffentlichen Verwaltungen. Er vertritt die Auffassung, dass die EU und andere Staaten „in der Lage sein müssten zu testen, ob Hardware und Software ihrer Informationstechnik nur das tun, was sie sollen und sonst nichts.“ Dafür brauchen wir doch alle nötigen Informationen, um überprüfen zu können, ob unsere Systeme auch wirklich sicher sind. - Und diese Sicht teilt die LINKE uneingeschränkt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Auch Martin Schallbruch, bis 2016 IT-Direktor der Bundesregierung, sieht das gleiche Problem, welches sich in Zukunft noch viel mehr verstärken wird. Er sagt: „Die Kontrollfähigkeit und Steuerungsfähigkeit des Staates im Hinblick auf seine eigene IT nimmt immer weiter ab.“ - Wir müssen uns auch überlegen, dass selbst andere große Player wie PayPal, Facebook oder Google längst Abstand von Microsoft genommen haben, weil sie diesem System nicht mehr vertrauen und die Befürchtung haben, dass Microsoft sie durchleuchtet.

Drittens. Das Microsoft-Monopol bremst natürlich auch den technischen Fortschritt aus. Solange Microsoft ein Quasi-Monopol als Zulieferer in der öffentlichen Verwaltung ist und sich mit veralteten Systemen noch gut Geld verdienen lässt - sind wir ehrlich, teilweise läuft in den Behörden noch Windows XP -, wird in Redmond niemand auch nur einen Finger krumm machen, um bessere und sicherere Systeme zu erfinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile ist Open Source schon längst in Wirtschaft und Wissenschaft der Standard, zum einen natürlich aus Kostengründen und zum anderen, weil die Weiterentwicklung dieser Systeme viel dynamischer verläuft, wenn viele kreative Geister sich daran beteiligen, als wenn nur ein einziges Unternehmen in der Verantwortung steht. Hierbei - das hatte ich eben schon erwähnt - ist der Quellcode öffentlich. Die sogenannte Schwarmintelligenz findet und schließt die Sicherheitslücken. Umgekehrt stehen Microsoft nur wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür zur Verfügung. Wenn Bund, Länder und Kommunen eins ihrer vielen Hundert Fachprogramme entwickeln und dieses auf Open-Source-Basis basiert, dann können sie diese Innovation nutzen, um ihre Daten kostenlos auszutauschen und ohne dass man für weitere Lizenzen bei weiteren Verwaltungen zusätzliche Kosten tragen müsste. Genau das ist doch ein enormes Potenzial für unsere öffentliche Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Ich finde, gerade das Saarland, oft auch als IT-Land tituliert, täte gut daran, sich genau an die Spitze dieser Bewegung zu setzen. Wir haben ja gerade hier eine bestens aufgestellte IT- und Forschungslandschaft wie beispielsweise das DFKI, das Max-Planck-Institut oder das CISPA, welche immer wieder neue und innovative Lösungen entwickeln. Es fehlt aber, wie immer, an den richtigen Impulsen aus Politik und Verwaltung. Als Beispiel möchte ich Ihnen die Anfrage, die ich ans Innenministerium in Bezug auf Open Source gestellt habe, vorstellen. Man hätte das Ganze besser von einem 14-Jährigen bearbeiten lassen können, anstatt dass das Innenministerium einen solchen Stuss schreibt.

Andernorts gibt es erfreuliche Fortschritte und ein Umdenken. So trafen sich 2017 32 EU-Minister, zuständig für E-Government, mit der Absicht, Linux und Co und einen offenen Standard voranzutreiben. Die EU-Kommission soll zukünftig beim Ausbau der IT-Infrastruktur genau diese Vorgabe berücksichtigen. Der ITZBund, also der IT-Dienstleister der Bundesverwaltung, entschied sich dafür, die Open-Source-basierte Software „Nextcloud“ zu benutzen. Dadurch können über 300.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien und den nachgeordneten Behörden Daten kostenlos austauschen. Auch

(Abg. Lander (DIE LINKE))

unsere französischen Nachbarn nutzen bereits Open-Source-Programme in 15 von 22 Ministerien. Italien verpflichtet seit 2012 seine Behörden dazu, primär auf Open-Source-Basis umzusteigen. Selbst in Deutschland, in Schleswig-Holstein, wurde vor kurzem im Landtag beschlossen, dass man sich zukünftig von Microsoft distanzieren will. Auch für diesen Antrag stimmten die Regierungsfractionen, bestehend aus CDU, FDP und GRÜNEN, und die Oppositionsparteien, bestehend aus SPD und AfD. In der Pressemitteilung der Regierungsfractionen wurde mitgeteilt, dass sie mit diesem Schritt die Abhängigkeit der öffentlichen Verwaltung von einzelnen Softwareanbietern so weit wie möglich reduzieren wollen. Es sei schließlich eine mit der Digitalisierung einhergehende Herausforderung, die enorme und wachsende Marktmacht weniger, oft marktbeherrschender Konzerne zu brechen. Auch Politik und Verwaltung seien davon betroffen und müssten digital souveräner und unabhängiger werden.

Im Übrigen haben die amerikanischen Behörden die Daten aus unserer öffentlichen Verwaltung, also beispielsweise Daten der Polizei, des Verfassungsschutzes und - das hier sollte Ihnen vor allen Dingen zu denken geben - die gespeicherten Informationen zu Firmen und Unternehmen. Wenigstens das sollte Sie in diesem Zusammenhang doch beunruhigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn Sie schon nicht auf mich hören möchten, so hören Sie doch wenigstens auf das BSI, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Dort sagt man über Microsoft-Systeme, sie seien überkomplex und verwundbar und böten dem Angreifer dementsprechend mehr Angriffsfläche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Blick auf das Expansionsbestreben einiger Internetkonzerne steigt doch auch die Sorgfaltspflicht des Staates, für seine Bürgerinnen und Bürger die Datensouveränität und auch die digitale Souveränität besser zu schützen. Es ist höchste Zeit, dass diese Erkenntnis auch hier im Saarland endlich ankommt. Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung für unseren Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die CDU-Landtagsfraktion dem Abgeordneten Timo Mildau.

Abg. Mildau (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich in meine eigentliche Rede einsteige, möchte ich einen Sachverhalt benennen und zwei Fragen aufwerfen: Alle Kolleginnen und Kollegen, die heute im Plenarsaal sitzen, schreiben ihre Re-

den, ihre Mails und ihre sonstigen Dokumente mit Programmen.

(Zuruf von der Regierungsbank: Mit Kugelschreiber! - Heiterkeit.)

Ab und zu auch noch mit dem Kugelschreiber, das mag sein. Diese Menschen gibt es auch noch, ich gehöre nicht dazu. Und ich glaube, auch nicht unbedingt allzu viele von uns hier.

(Abg. Eder-Hippler (SPD): Es gibt auch noch analoge Menschen.)

Ja, die gibt es auch noch, Frau Kollegin. - Aber, meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wer von uns verwendet überwiegend Open-Source-Software? Warum benutzen schätzungsweise 90 Prozent der Mitglieder dieses Hohen Hauses fast ausschließlich proprietäre Software für ihre Arbeit? Die Antwort auf diese Fragen kann jeder für sich selbst geben.

Zunächst einmal darf ich aber der Fraktion DIE LINKE für diesen Antrag danken, denn diese Diskussion darf man im Zeitalter der Digitalisierung führen - und man sollte sie auch führen. Allerdings will ich vorwegnehmen, dass wir dem Antrag nicht zustimmen werden.

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Das war klar. Welche Überraschung!)

Zu den Gründen hierfür möchte ich nun einige Ausführungen machen.

Wir schreiben das Jahr 2019, „Digitalisierung“ ist in aller Munde. Das Saarland ist im Bereich der IT-Forschung hervorragend aufgestellt, das haben auch Sie, Herr Kollege Lander, in Ihrer Rede und Ihrem Antrag zum Ausdruck gebracht. Das kann ich selbstverständlich eins zu eins so unterschreiben.

Nun sprechen wir heute über die von Ihnen geforderte verstärkte Umstellung in der öffentlichen Verwaltung auf sogenannte Open-Source-Lösungen. Sie begründen das mit einer Abhängigkeit gegenüber Microsoft und daraus folgend auch einer Abhängigkeit von etwaigen Kooperationsverträgen. Im Bereich der IT versteht man unter Kooperationsvertrag im Allgemeinen eine Vereinbarung zwischen Kooperationspartnern zur gemeinsamen Umsetzung eines Projektes oder zur Erarbeitung einer Lösung. Derartige Verträge seitens der Landesverwaltung mit Microsoft existieren allerdings nicht.

Zur Lizenzbeschaffung für Microsoft-Softwareprodukte ist das Land einem Lizenzbeschaffungsvertrag des Bundes, namentlich des BMI, beigetreten und hat in diesem Rahmen auch einen Enterprise-Agreement-Vertrag abgeschlossen. Im Bereich der Polizei existiert zur Lizenzbeschaffung ebenfalls ein solcher Enterprise-Agreement-Vertrag mit Microsoft, bei allen anderen Behörden erfolgt der Lizenzerwerb zentral gesteuert über das IT-Dienstleistungszentrum im

(Abg. Mildau (CDU))

Saarland. Selbstverständlich erfolgt dabei die Ausschreibung vergaberechtskonform.

Herr Lander, Sie sprechen in Ihrem Antrag einen wichtigen Punkt an: Hackerangriffe. Um den Datenschutz im Rahmen des Möglichen zu gewährleisten, werden die Daten auf unterschiedlichen IT-Infrastrukturen gespeichert. Bereits heute und auch schon seit einigen Jahren wird unter anderem bei der Bereitstellung zentraler Infrastrukturen und bei zahlreichen IT-Projekten und -Verfahren Open-Source-Software eingesetzt. Sie ist insoweit also, unter Nutzung offener Standards, bereits heute integraler Bestandteil. Einschlägige Open-Source-Lösungen werden also sehr wohl dann eingesetzt, wenn dies technisch sinnvoll ist und mit den Anwenderanforderungen im Einklang steht.

Die Entscheidung darüber, welches Produkt angeschafft wird, wird somit nicht ideologisch begründet gefällt. Das allerdings könnte man beim Antrag der LINKEN vermuten: Sie haben sich anscheinend schon auf eine Priorität bei der Softwareausschreibung festgelegt, denn Sie wollen proprietäre Angebote hintanstehen lassen. Wir sehen einen solchen Eingriff in die Vergabe sehr kritisch, denn es sollte nach den Fähigkeiten und der Wirtschaftlichkeit der Software entschieden werden, meine Damen und Herren.

Wir erreichen mehr Sicherheit eben nicht einfach durch den Einsatz von Open-Source, sondern durch eine Kombination aus proaktiven Maßnahmen und mehr Transparenz. Um Sicherheitslücken zu schließen und sich somit vor Hackerangriffen zu schützen, werden alle eingesetzten Produkte regelmäßig auf die aktuelle Gefährdungslage hin überprüft und durch sogenannte Patches angepasst. Hierzu untersucht unter anderem auch der von Ihnen kritisierte Konzern Microsoft seine eigene Software und teilweise auch die Komponenten der Zulieferer und gibt dann die gerade erwähnten Updates heraus, um die Gewährleistung der Sicherheit des Gesamtkonstrukts zu bewahren.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Kollege Lander, dass bereits viele sehr gute Open-Source-Lösungen am Markt verfügbar sind. Aber für den professionellen Einsatz in unseren Verwaltungen bedarf es auch eines professionellen Supports, wie er eben bei gängigen Produkten, meist also proprietärer Software, üblich ist.

So gerne ich Sie, Herr Lander, für Ihr Eintreten für das Sparen beim Einsatz von Software loben würde, muss ich doch sagen, dass der Betrieb von Open-Source-Software nicht kostenlos ist, wenn auch oft dieser Eindruck entsteht. Zwar ist der Quellcode für alle offen, aber der Betrieb der Programme erfordert für unsere Bedürfnisse in der Regel einen Support durch darauf spezialisierte Unternehmen. Auch un-

sere Administratoren brauchen verlässliche Partner, mit denen sie unsere komplexe Softwarearchitektur beherrschen können. Will man das reibungslose Arbeiten mit Open-Source-Software garantieren können, werden Kosten für professionellen Support fällig. Die Kosten für den Einsatz dieser Software finden wir also sozusagen im Kleingedruckten, meine Damen und Herren.

Nach der Frage des Supports komme ich zum nächsten wichtigen Thema, das anzureißen ist, wenn wir über den Softwareeinsatz in der Verwaltung sprechen: die Kompatibilität und Standardisierung. Die Landesregierung setzt im Zuge eines effizienten IT-Einsatzes auf größtmögliche Standardisierung. Essenziell bei der Software- und Betriebssystem-Auswahl ist die Kompatibilität mit anderen Programmen. Es wird eben nicht nur mit Microsoft Office gearbeitet, sondern in den unterschiedlichen Ressorts auch mit einer ganzen Reihe von kleinen und großen Fachprogrammen. Im Zusammenspiel von Open-Source mit anderen Applikationen, insbesondere mit kommerzieller Software, kann es aber zu erheblichen Problemen kommen.

Wir müssen zudem einen Blick auf die Vielzahl länderübergreifender fachlicher Entwicklungsverbünde werfen. Eine identische Softwareausstattung ist insoweit auch länderübergreifend notwendig hinsichtlich der Fachverfahren und Speziallösungen. Würden wir im Saarland ausschließlich Open-Source-Produkte anwenden, könnten wir eben nicht auf den Datenaustausch und die Entwicklungen anderer Länder zurückgreifen. Um noch einmal den Aspekt der vermeintlichen Einsparung aufzugreifen: Das Saarland profitiert finanziell sehr stark von diesen Entwicklungen, weil wir gemäß dem Königsteiner Schlüssel nur einen sehr geringen Beitrag zu den Kosten leisten müssen. Wir können somit häufig Kosten für die Planung und Entwicklung eigener Lösungen, die wir beim Einsatz von Open-Source-Software zwangsläufig entwerfen müssten, einsparen.

Lassen Sie uns auf die Performance von Open-Source-Lösungen blicken. In diesem Zusammenhang möchte ich auch mal erwähnen, dass die Bediensteten unserer Verwaltungen sehr gut ausgebildet sind und sich stets auch mit neuen Programmen arrangieren könnten. Aber unsere Bediensteten haben vor allem Vorkenntnisse im Umgang mit den Microsoft-Standardprodukten. Man sollte daher hier nicht außer Acht lassen, dass es beim erstmaligen Einsatz von Open-Source-Produkten zu erheblichen Beschwerden der Nutzer hinsichtlich der Bedienbarkeit, der Nutzerfreundlichkeit und der Interoperabilität, also der Fähigkeit zum Interagieren von verschiedenen Systemen oder Techniken, kommen würde. Ein hoher Schulungsaufwand wäre hier unabdingbar - und der ist, meine Damen und Herren, wieder zeit- und kostenintensiv.

(Abg. Mildau (CDU))

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wenn wir heute Sicherheit gewährleisten wollen, dann gibt es eben keinen alleinigen Datenschutzschlüssel eines Herstellers für genau ein Schloss. Die Schlüssel zu mehr Sicherheit für unsere Daten bekommen wir nur durch eine Kombination von guten Produkten. Es kommt eben nicht darauf an, ob der Quellcode proprietär ist oder nicht. Wir achten beim Einsatz von Software darauf, ob es Schwachstellen gibt oder nicht, und wenn wir Schwachstellen erkennen, dann müssen diese lieber heute als morgen durch entsprechende Patches behoben werden.

Ich sage es in diesem Zusammenhang nochmal: Die Hersteller unserer Software haben in der Vergangenheit sämtliche Softwarekomponenten untersucht. Wenn Fehler aufgetreten sind, wurden diese im Rahmen der Lizenzverträge, die es gibt, durch Updates behoben. Auf diese Gewährleistung kommt es dann auch an. Vor diesem Hintergrund haben nahezu alle Bundesländer mit Microsoft Verträge über die Lizenzierung und Wartung von Software abgeschlossen. Auch das Saarland hat im November letzten Jahres ein solches „Enterprise Agreement“ unterzeichnet. Wir brauchen hier auch keinen Glaubenskrieg im Sinne von Microsoft gegen Open Source zu führen. Es ist doch egal, wie groß oder klein der Hersteller ist, Hauptsache er gewährleistet uns Sicherheit und gute Produkte, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Darauf kommt es an!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zu guter Letzt möchte ich noch einen Ausblick auf unsere saarländischen IT-Errungenschaften geben, die haben Sie auch angesprochen. Die IT-Security ist eines der großen Aushängeschilder. Dabei ist der Firmenzusammenschluss des IT-Security-Clusters bei der Saaris ein gutes Beispiel, und auch die Gründung des IT-Security-Inkubators ist eine große Errungenschaft mit Blick in die Zukunft. Zudem wurde eine Kooperationsvereinbarung mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik - kurz BSI -, das haben Sie eben auch erwähnt, unterzeichnet. Weitere IT-Security-Unternehmen werden sich in naher Zukunft im Saarland ansiedeln. Symantec wird nur der Anfang gewesen sein, darauf wollen wir aufbauen.

Ein Standard für die ganze Welt „Security made in Saarland“ lässt sich aber nicht alleine am Label proprietär oder nicht proprietär festmachen. Schauen wir also nach vorne, lassen Sie uns die Diskussion nicht mit dem Blick auf vorangegangene Jahre führen, sondern mit dem Blick auf die Entwicklung der nächsten Jahre. Genau hier sehe ich die Möglichkeit, im Rahmen unserer gegründeten Enquete-Kommission „Digitalisierung im Saarland“ über den Einsatz von Open Source zu sprechen. -

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Ich rufe auf für die AfD-Landtagsfraktion den Abgeordneten Hecker.

Abg. Hecker (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Je nachdem, welcher Schätzung oder Statistik man Glauben schenkt, werden weit über 80 Prozent der Heim- und Office-PCs beziehungsweise Notebooks mit Microsoft Windows betrieben. Hier kann man klar von einer Quasi-Monopolstellung sprechen, wenngleich andere Betriebssysteme zunehmend an Bedeutung gewinnen, allen voran das Betriebssystem von Apple, das sich durch die Verwendung und Verbreitung von MacBooks und iPhones nach und nach etabliert. Klassische Open-Source-Lösungen hingegen wie zum Beispiel die klassische Linux-Distribution sind in diesem Marktsegment kaum zu finden. Ubuntu dürfte die verbreitetste Linux-Distribution sein, auch wenn sich diese im Null-Komma-Prozentbereich bewegen dürfte.

Während also Microsoft hier der unbestrittene Marktführer ist, sieht das im Serverbereich schon ganz anders aus. Dort sind Systeme auf Open-Source-Basis wesentlich stärker vertreten als die von Microsoft, was sicherheitstechnische aber auch ressourcenbedingte und nicht zuletzt praktische Gründe hat. An dieser Stelle tiefer in die Thematik einzutauchen, würde aber den Rahmen sprengen. Während bei Open-Source-Software keine Kosten für die eigentliche Software anfallen und man auch lizenztechnisch in der Regel nichts beachten muss, kommt bei Microsoft ein schier undurchschaubares Lizenzierungssystem zum Tragen, für das je nach Anwendungsfall enorme Summen für den Lizenznehmer anfallen können. Auf den ersten Blick wäre es daher logisch und sinnvoll, die kostenlose Variante der kostenpflichtigen vorzuziehen.

Doch warum machen dann so wenige Unternehmen und Privatpersonen davon Gebrauch? Das hat natürlich Gründe. Der vielleicht wesentlichste Grund ist die leichte Bedienbarkeit und die altvertraute Windows-Oberfläche, mit der man sich auch zu Hause auseinandersetzen muss, und das nun seit mehr oder weniger 27 Jahren. Was der Bauer nicht kennt, frisst er nicht, besagt eine alte deutsche Redensart. Genauso verhält es sich bei vielen Windowsbenutzern, wenn es um das Betriebssystem ihres Computers geht. Lieber das Altvertraute nutzen, mit dem man sich auskennt, als irgendwelche Experimente machen. Aber auch das in der Breite auf Microsoft Windows ausgerichtete Angebot an Zusatzprogram-

(Abg. Hecker (AfD))

men und nicht zuletzt auch an Computerspielen sorgt dafür, dass Microsoft in Sachen Heim-PCs nach wie vor die Nase um Längen voraus hat und in diesem Bereich auf lange Sicht nicht einholbar sein wird. Windows-PCs sind darüber hinaus für den Privatanwender nicht wesentlich teurer als PCs mit einer vorinstallierten Open-Source-Lösung. Das ist Teil des Geschäftsmodells der Redmonder bei neuen PCs.

Für Unternehmen sieht das dann schon ein wenig anders aus. Dort kommen teilweise hohe Kosten auf die Unternehmen zu, gerade wegen des eben angesprochenen Lizenzmodells von Microsoft. Wenn man sich beispielsweise Kosten für diverse Serverprodukte und entsprechende Arbeitsplatzlizenzen anschaut, kann einem sehr schnell schwindlig werden. Nichts läge also näher, als Produkte von Microsoft von heute auf morgen aus den Unternehmen zu verbannen und stattdessen auf kostenlose lizenzfreie Software umzustellen. Doch leider ist das, wie so oft, in der Praxis nicht ganz so einfach wie in der Theorie.

Das hat zum Beispiel ein Projekt aus der bayerischen Landeshauptstadt gezeigt. Dort ging man genau diesen Weg. Alle 15.000 Arbeitsplatzrechner der städtischen Mitarbeiter sollten auf lizenzfreie Software umgestellt werden. Das Projekt, das 2003 seinen Anfang nahm, wurde rund zehn Jahre später offiziell fertiggestellt. Bis dahin wurden beinahe 15.000 Arbeitsplatzrechner auf das Linux-basierte LiMux umgestellt, mitsamt kosten- und lizenzfreier Office-Lösung und weiterer lizenzfreier Software. Das Projekt wurde seitens der politisch Verantwortlichen als voller Erfolg gefeiert, wie das in solchen Fällen eben nun einmal der Fall ist, egal wie die Realität aussieht.

In der Realität und der praktischen Anwendung zeigten sich nämlich von Beginn an viele Nachteile und Probleme, angefangen von der Benutzerverwaltung über Inkompatibilitäten bis hin zu veralteten Softwarekomponenten, die nicht mehr weiterentwickelt und nur noch eingeschränkt betreut wurden und somit auch ein Sicherheitsrisiko darstellten. Für die Umstellung auf aktuellere Softwarelösungen wären auch hier wiederholt hohe Kosten angefallen. Darüber hinaus war von frustrierten Mitarbeitern die Rede, die die einfachsten Dinge nicht mehr erledigen konnten, sei es wegen der neuen Technik oder wegen schlechter Bedienbarkeit, auf neudeutsch Usability genannt. Auf ein funktionierendes, integriertes Kalender- und E-Mail-System warteten die Benutzer sogar bis zuletzt. Auch ein auf den ersten Blick großer Vorteil zeigte sich in der Praxis als Nachteil: Da Linux-basierte Systeme weniger Systemressourcen beanspruchen, konnte auch teilweise stark veraltete Hardware länger genutzt und somit der Kauf neuer Computer vermieden werden. Dies führte in

der Folge allerdings zu erhöhten Ausfallraten der technisch veralteten Systeme. Wie das eben mit alten PCs so ist.

Ein zentraler Kritikpunkt war aber auch die fehlende Interoperabilität mit externen Behörden und Abteilungen auf EU-, Bundes- und Länderebene, die ihrerseits fast flächendeckend Microsoft-Produkte einsetzen, sodass der Austausch von Dokumenten und anderen Dateien zumindest massiv erschwert wurde. Hier mussten also zwangsläufig weiterhin Microsoft-basierte Systeme eingesetzt werden, was wiederum zu Problemen in der Server-Glide-Infrastruktur führte. In letzter Konsequenz kehrte man im Jahr 2017 dem Projekt wieder den Rücken zu und stellte die städtischen Systeme nun wieder auf Microsoft-Produkte um. Trotz der zu erwartenden Kosten im zweistelligen Millionenbereich sieht die Stadt hier aber offenbar mehr Vor- als Nachteile.

Die Kosten für das LiMux-Projekt konnten übrigens bis heute nicht transparent offengelegt werden, was aber nicht zuletzt der Einzigartigkeit dieses Projektes geschuldet sein dürfte. Die Spannweite der Schätzungen ist allerdings enorm. Manchen Schätzungen zufolge war das LiMux-Experiment im Endeffekt teurer, als wenn man schlicht und einfach beim Altbewährten geblieben wäre.

Beim Thema mangelnde Transparenz bei der Übertragung der Daten stimmen wir Ihnen zu, vor allem die mangelnden Steuerungsmöglichkeiten von Datenübertragungen an Microsoftserver, die selbst durch Gruppenrichtlinien oder sonstige Werkzeuge nicht zu verändern sind, sind in der Tat nicht zuletzt ein datenschutzrechtliches Problem. Nach dem aktuellen Eckpunktepapier der Bundesregierung „Trusted Computing“ und „Secure Boot“ muss jeder PC in kritischen Bereichen uneingeschränkt kontrollierbar sein. Eine teilweise nicht steuerbare Datenübertragung widerspricht diesem Eckpunktepapier in eklatanter Weise.

Hier stimmen wir Ihrem Antrag zu, dass gerade solche Produkte in den entsprechenden Ausschreibungen mehr Gewicht haben müssen. Auch beim Thema, dass Angriffe auf Microsoftsysteme in der Vergangenheit gravierende Auswirkungen hatten, sind wir prinzipiell bei Ihnen. Das liegt aber nicht zuletzt an der weiteren Verbreitung von Microsoftprodukten, die daher als Angriffsziel geradezu prädestiniert sind. Wenn im Homeoffice-Bereich in erster Linie Open-Source-Systeme eingesetzt würden, wären entsprechende Angriffe vermutlich genauso groß und hätten dieselben eklatanten Auswirkungen.

Letzten Endes bezweifeln wir, dass eine Umstellung auf Open-Source-Systeme der große Wurf wäre. Darüber hinaus sind die Kosten nicht abschätzbar, auch wenn es einem nicht gefallen mag. Ein Umstieg von Microsoft-Produkten auf Open-Source-Lö-

(Abg. Hecker (AfD))

sungen ist in der Breite nach unserer Meinung derzeit nicht umsetzbar. So gut und nachvollziehbar die Idee hinter diesem Antrag auch sein mag, werden wir uns heute dennoch enthalten, weil wir zwar die Beweggründe für Ihren Antrag durchaus nachvollziehen können und überwiegend auch teilen, momentan aber keine realistische Möglichkeit einer funktionierenden und flächendeckenden Umsetzung sehen. - Vielen Dank.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Ich rufe für die SPD-Landtagsfraktion den Abgeordneten Reiner Zimmer auf.

Abg. Zimmer (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Lander, als ich Ihre Rede zu Anfang verfolgte, kam ich mir ein bisschen wie bei James Bond 007 im Auftrag Ihrer Majestät vor. Vielleicht ist auch das der Grund, warum die Briten aus Europa austreten wollen, weil wir mit Microsoft weiter arbeiten und keine Open-Source-Software einsetzen. Das müsste man einmal nachhören.

(Abg. Lander (DIE LINKE): Diesen Gag habe ich jetzt nicht verstanden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf den Tisch bekam, dachte ich mir im ersten Moment, dies ist gar keine so schlechte Idee. Liest man sich allerdings den Antrag und die darin geäußerten Aufforderungen sowie Begründungen genauer durch und begutachtet man auch noch die bereits ausführlichen Antworten der Landesregierung auf Anfragen des Abgeordneten Dennis Lander in gleicher Sache, bleibt leider Gottes sehr schnell nicht mehr viel Neues in Ihrem Antrag übrig. Sie fordern in Ihrem Antrag den vordringlichen Einsatz von Open-Source-Software unter den wesentlichen Zielgrößen von Funktionalität, Wirtschaftlichkeit, Sicherheit, Bedienbarkeit und Interoperabilität.

Dann erklärt man den Mitarbeitern noch schnell den Sinn und Zweck der Umstellung, führt frühzeitig ein paar Anwenderschulungen durch und schon sind alle IT-Software-Probleme des Landes erledigt. Meine Damen und Herren, wir alle in diesem Hause wissen, dass es im Bereich von IT-Anwendungen sowohl im Software-Bereich wie auch im Hardware-Bereich weltweit vielleicht nur zwei Hände voll großer Player gibt und diese sich den Markt untereinander aufteilen. Dies sind unter anderem Google, Apple, Samsung und auch Microsoft. Dabei ist Microsoft im Bereich der Softwarelösungen sowohl in der Implementierung von Betriebssystemen wie

auch Anwendungssoftware der wohl absolut größte Anbieter weltweit.

Dies kann sicherlich nicht zufriedenstellen. Ob jedoch unser Land in einem Alleingang zum Abschluss einer solchen Aktion als Gewinner hervorgeht, ist vollkommen offen und auch nicht mit einem von Ihnen vorgeschlagenen Schnellschuss abschließend zu klären.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so werden die beiden Koalitionsfraktionen nicht vorgehen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Werte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, was machen Sie nun mit all diesem Wissen? Sie schauen sich das Projekt LiMux von München an, bringen verschiedene Ausführungen einiger IT-Experten ins Gespräch, stellen die Sicherheit von Microsoft-Produkten aus Gründen von stattgefundenen Hackerangriffen infrage, lassen die kritische Haltung des Bundes der Steuerzahler zum LiMux-Projekt von München weg und so weiter. All dies nehmen Sie nun, schreiben einen Antrag drum herum und schon haben Sie die öffentliche IT-Lösung für das Saarland, seine Bürgerinnen und Bürger sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung gefunden. Diese heißt dann: Einsatz von Open-Source-Software. Punkt! So einfach machen Sie es sich.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen nun an einigen Beispielen aufzeigen, wo der Antrag der Fraktion DIE LINKE deutlich unausgegoren ist. Ein wesentlicher Mangel an Microsoftprodukten stelle hierbei der geschlossene Quellcode im Gegensatz zu den offenen Quellcodes bei Open-Source-Produkten dar. Dadurch sind Microsoftprodukte angeblich wesentlich anfälliger für Hackerangriffe als offene Softwareprodukte. Einen wissenschaftlichen Beweis hierfür gibt es allerdings nicht.

Ist es nicht vielleicht auch so, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es sich für einen Hacker viel eher lohnt, einen Angriff auf eine Software zu starten, welche von vielen Millionen Menschen weltweit genutzt wird, ähnlich wie ein Einbrecher eher in das Haus eines Reichen statt in das Haus eines Armen einbricht?

Zweitens lassen Sie alle Aussagen in den Beantwortungen Ihrer Fragestellungen an die Landesregierung außer Acht. So erläuterte Ihnen die Landesregierung, warum ein Standardwechsel bei den Endgeräten nicht so einfach möglich ist. Allein die Zusammenarbeit in den Länderverbünden und der daraus resultierenden gemeinschaftlichen Applikationen stellt für unser kleines Saarland einen erheblichen wirtschaftlichen Vorteil dar.

Ebenso negieren Sie die Antwort der Landesregierung hinsichtlich der IT-Sicherheit, in der Ihnen er-

(Abg. Zimmer (SPD))

läutert wird, dass in dieser Fragestellung mit allen namhaften Forschungsinstituten an der Saar schon lange zusammengearbeitet wird und in zahlreichen weiteren IT-Projekten bereits die Nutzung von Open-Source-Software integraler Bestandteil ist. Die Landesregierung hat Ihnen das anhand von einigen Beispielen beantwortet, weshalb ich dies jetzt nicht noch einmal wiederholen möchte.

Kommen wir nun zur Frage der Wirtschaftlichkeit Ihres Antrages. Wie so oft fehlt hierzu jede Aussage, es wird lediglich aufgefördert, dass dies seitens der Landesregierung bei einer Umsetzung Ihres Antrages beachtet werden müsste. Meine Damen und Herren, so wird beim Projekt LiMux in München seitens des Bundes der Steuerzahler geschätzt - also nicht seitens der Regierung -, dass allein die Umstellung auf Linux als Betriebssystem mit den zugehörigen Anwenderprogrammen und Applikationen circa 90 Millionen Euro gekostet hat. Woher auch nur ein ähnlich hoher Betrag kommen soll, darauf gibt Ihr Antrag leider keine Antwort, von einer Dauer von circa zehn Jahren für die Umstellung ganz zu schweigen. Ebenso blenden Sie die vor Kurzem beschlossene Umsetzung des E-Government-Projektes, welches auf der Softwarebasis von Microsoft-Produkten aufsetzt, aus. Auch hierbei würden erhebliche Mehrkosten entstehen. Auf die Fragestellungen von Standardisierung, Support und Datenschutz will ich nicht weiter eingehen, da mein Kollege Timo Mildau dazu schon ausführlich gesprochen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Anfang meiner Rede sagte ich: Als ich den Antrag der Linken sah, dachte ich im ersten Moment, gar keine so schlechte Idee.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Die ersten Gedanken sind die besten! - Lachen und Beifall von der LINKEN.)

Für die Menschen, die nicht darüber nachdenken wollen, vielleicht, Herr Lafontaine. Grundsätzlich glaube ich - und auch meine Fraktion - immer noch, dass wir die Fragestellung im Zuge der Digitalisierung und der damit verbundenen EDV-Anwendungen nicht ausblenden dürfen. Unserer Meinung nach sollte sich allerdings die im Plenum einberufene Enquetekommission „Digitalisierung“ mit allen daran teilnehmenden Experten dieser Fragestellung stellen. Fundierte Ergebnisse zur weiteren Vorgehensweise werden dann im Laufe der Arbeit der Enquetekommission mit Sicherheit folgen.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, Sie sehen, an Ihrem Antrag fehlt leider das Fleisch am Knochen, man könnte auch sagen: Gut gewollt, aber nicht gut gemacht. Wir werden daher Ihren Antrag in der heute vorliegenden Fassung ablehnen, jedoch nicht die

wichtige Frage zur zukünftigen EDV- und Software-Ausstattung außer Acht lassen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Peter Strobel das Wort.

Minister Strobel:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lander, der Antrag war im November letzten Jahres schon einmal so gestellt worden, aber er wurde nicht behandelt. Ich weiß gar nicht mehr genau, warum.

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Er wurde zurückgestellt! Wir sind euch entgegengekommen.)

Das mag sein.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Wir wollten euch ein bisschen Zeit geben! - Ministerin Rehlinger: Das war wegen der Softwareumstellung in der Fraktion! - Vereinzelt Heiterkeit.)

Jedenfalls kam es nicht mehr dazu. Es hat sich aber seither eigentlich nichts verändert. Die Antwort, die ich Ihnen jetzt geben werde, entspricht in großen Teilen der Antwort, die Sie auf Ihre parlamentarische Anfrage erhalten haben. Manches vertieft sich aber besser, wenn man es öfter hört oder liest.

In der saarländischen Landesverwaltung ist derzeit bei zahlreichen IT-Projekten und IT-Verfahren Open-Source-Software unter Nutzung offener Standards integraler Bestandteil dessen, was verwendet wird. So werden aus technischen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen zahlreiche Server-Betriebssysteme, Datenbanken, Webserver, Applikationsserver, Gateways und so weiter mit Open-Source-Software betrieben. Sie ist also eigentlich schon relativ umfangreich im Einsatz.

Im Bereich der Endgeräte werden zahlreiche Applikationen aus Länderverbünden heraus entwickelt und genutzt. Für die Landesregierung ist die Offenheit für diese Lösungen oder Fachverfahren von besonderer und deshalb auch primärer Bedeutung. Nur bei Verwendung der gängigen Standards kann sichergestellt werden, dass solche Lösungen kompatibel sind und gegebenenfalls auch im Saarland eingesetzt werden können.

Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Gesichtspunkte profitiert das Saarland sehr stark von diesen Entwicklungen, da das Saarland gemäß Königsteiner Schlüssel nur einen sehr geringen Beitrag zu den Kosten leisten muss. Somit sind keine großen Mittel für Planung und Entwicklung eigener Lösungen aufzubringen. Es geht aber, Herr Lander, nicht nur ums

(Minister Strobel)

Geld, es geht insbesondere darum, dass die IT-Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinaus gesichert und gewährleistet ist. Das gilt in besonderem Maße für den Bereich der Justiz, wo wir immer wieder feststellen, dass unterschiedliche Länderverbünde zu unterschiedlichen IT-Lösungen kommen. Dann muss wiederum koordiniert werden, damit die Systeme auch zusammenarbeiten. Das gilt insbesondere für die Polizei, die sich mit den Partnern innerhalb Europas sehr schwer tut, Fahndungsdaten auszutauschen. An dieser wichtigen Stelle ist Verknüpfung notwendig. Wir versuchen, dies innerhalb unserer Länderverbünde sicherzustellen, indem wir daran teilnehmen.

Der IT-Planungsrat als zentrales Gremium für die föderale Zusammenarbeit in der Informationstechnik koordiniert die Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Er beschließt unter anderem fachunabhängige und fachübergreifende IT-Interoperabilitätsstandards und IT-Sicherheitsstandards. Diese Beschlüsse entfalten Bindungswirkung und sind vom Bund und den Ländern innerhalb der vom IT-Planungsrat festgelegten Fristen auch umzusetzen.

Zum Thema Sicherheit, das zentraler Bestandteil Ihres Vortrags war, Herr Landier. Pressemitteilungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass Sicherheitslücken sowohl bei Closed-Source- als auch bei Open-Source-Software auftreten. Das ist also kein Spezifikum. Software, wie sie heute eingesetzt wird und wie sie modern verwandt wird, besteht aus unterschiedlichen, ineinandergreifenden und vernetzten Komponenten. Gerade hierin besteht ein großes Sicherheitsrisiko. Nicht das Thema Open Source oder Closed Source ist der Schlüssel zu mehr Sicherheit, sondern eine Kombination aus proaktiven Maßnahmen und mehr Transparenz. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob der Source-Code der Komponenten proprietär ist oder eben nicht. Eine wesentlich größere Bedeutung hat die Kenntnis darüber, ob eine Komponente eine Schwachstelle aufweist oder ob sie auf dem aktuellen Stand ist. Hier kommt ins Spiel, dass zum Beispiel Microsoft seine und in Teilen auch die Software-Komponenten von Zulieferern permanent untersucht und dazu auch entsprechende Updates herausgibt, um die Sicherheit und die Funktionsfähigkeit zwischen den unterschiedlichen Komponenten für das Gesamtkonstrukt ganz nachhaltig zu gewährleisten. Unternehmen wie Microsoft und andere müssen doch den größten Wert darauf legen, dass ihre Software mit anderen Softwareprodukten sicher zusammenarbeitet. Hierfür stellen sowohl Microsoft als auch die Mitbewerber entsprechende Updates im Rahmen ihrer Lizenzverträge zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund haben nahezu alle Bundesländer entsprechende Verträge abgeschlossen, auch das Saarland.

Mit Blick auf die IT-Sicherheit nutzen wir auch unsere saarländischen Global Player. Das Land arbeitet in zahlreichen Projekten mit Forschungsinstituten wie dem CISA Helmholtz-Zentrum in Gründung, dem DFKI, dem Fraunhofer-Institut und verschiedenen Lehrstühlen an der Universität des Saarlandes zusammen, um deren innovatives Gedankengut in die Projekte einzubringen. Eingebunden waren die Institute bei Expertisen, Beratungen, Studien und der Entwicklung von IT-Sicherheitskonzepten. So war das DFKI beispielsweise an der Konzeptionierung einer sicheren WLAN-Infrastruktur in einer Landesdienststelle beteiligt. Das Institut für Wirtschaftsinformatik übernahm die wissenschaftliche Begleitforschung der Verkehrsunfall-App zur mobilen Verkehrsunfallerkennung bei der saarländischen Polizei. Das Institut für Rechtsinformatik an der Universität des Saarlandes unterstützte die Überlegungen zu Sicherheitsmaßnahmen und zur Entwicklung offener Standards bei Dokumentenmanagement-Systemen der Landesverwaltung im Hinblick auf die Verarbeitung von Daten mit erhöhtem Schutzbedarf.

Auch die User-Seite können wir als Landesregierung nicht außer Acht lassen. Eine Schulung der Anwender wird immer dann durchgeführt, wenn dazu Bedarf gesehen wird. Der Bedarf ist in der Regel eher seltener zu vermuten, wenn sich die IT-Umgebung am Arbeitsplatz nicht grundlegend ändert und sie insgesamt vertraut ist.

Wichtig ist für uns, dass uns keine Ideologie bei der Entscheidung leitet, welche Software wir verwenden. Mehr Open Source bedeutet nicht gleichzeitig mehr Sicherheit. Das Beste aus beiden Welten ist, so glaube ich, der Schlüssel zur Lösung. Open Source genauso wie proprietäre Software, der Schlüssel liegt darin, beides sinnvoll zu kombinieren und damit ein höchstes Maß an Sicherheit zu erreichen. Deswegen sieht die Landesregierung auch keinen zusätzlichen Regungsbedarf. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion Drucksache 16/730. Wer für die Annahme der Drucksache 16/730 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/730 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die Landtagsfraktion DIE LINKE, abgelehnt haben die Koalitionfraktionen, enthalten hat sich die AfD.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

(Vizepräsident Heinrich)

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Identität von Migranten im Saarland lückenlos feststellen (Drucksache 16/732)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Abgeordneten Rudolf Müller das Wort.

Abg. Müller (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Antrag bezieht sich auf einen Teil der Folgen der verantwortungslosen Merkel-Politik, nämlich auf die auch im Saarland zunehmende Zahl von Delikten, bei denen Messer eine Rolle spielen. Entsprechende Berichte in den Zeitungen häufen sich, es sind meist junge Leute, aber nicht nur, die da Täter oder Opfer sind.

Ich kann mich noch recht gut erinnern an Zeiten, wo es unter Jugendlichen oder Heranwachsenden des Öfteren Meinungsverschiedenheiten gab oder verletzte Eitelkeiten oder Streitigkeiten um das andere Geschlecht, die dann notfalls durch eine mehr oder weniger regulierte Keilerei geklärt wurden. Messer kamen dabei nicht nur nicht zum Einsatz, sondern waren absolut verpönt. Im Laufe der massenhaften Einwanderung aus anderen Kulturen oder auch Unkulturen hat sich da Wesentliches geändert. Nicht nur bei grundsätzlichen und anfänglich eher harmlosen Meinungsverschiedenheiten, sondern auch bei sonstiger Gewaltkriminalität kommen immer öfter Messer zum Einsatz. Das ist das eine. Umgekehrt entsteht durch den Einsatz von Messern oft erst gefährliche Körperverletzung oder Schlimmeres.

Diese Entwicklung scheint inzwischen zu einer Art Rüstungsspirale zu führen. In der Gewerkschaft der Polizei spricht man von einem gefährlichen Trend der zunehmenden Verbreitung von Messern unter Jugendlichen. Es handelt sich hier aber nicht oder nicht nur um eine Erscheinung unter Jugendlichen, was schon schlimm genug wäre, sondern es geht darüber hinaus.

Die Berichte in den Medien über Messerangriffe und über schwer oder lebensgefährlich Verletzte häufen sich. Auch im Saarland steigt die Zahl der Fälle, in denen Messer oder andere Waffen dabei waren. Aufseiten der saarländischen Polizei hat das dazu geführt, dass vor relativ kurzer Zeit ein sogenanntes Lagebild Messerangriffe eingerichtet wurde. Darauf aufmerksam konnte die Öffentlichkeit durch einen Artikel in der Saarbrücker Zeitung vom 05. Februar werden. Danke dafür von hier aus. Die AfD macht ja schon länger auf das aufmerksam, was da im Gange ist.

Nach diesem Bericht gibt es eine auffallende Steigerung der Fälle von 560 im Jahr 2016 auf 670 im Jahr 2017. Für 2018 wird mit 760 solcher Fälle gerech-

net. Für 2018 ist noch nicht genau gezählt. Wir sehen für diese Jahre also eine jährliche Steigerung von jeweils mehr als 10 Prozent, einmal sogar fast 20 Prozent. Von Januar 2016 bis Ende April 2018 wurden 1.490 diesbezügliche Strafanzeigen oder Ordnungswidrigkeiten bearbeitet. Die Betroffenen waren verschiedener Nationalität überproportional Nicht-Deutsche. Besonders fällt auf, dass 289 der Täter von - passen Sie auf - unbekannter Nationalität waren. Das heißt, dass den Behörden, die für die öffentliche Sicherheit zuständig sind, diese Leute überhaupt nicht bekannt sind.

Was geschieht eigentlich mit solchen Leuten angesichts von Fluchtgefahr, Verdunkelungsgefahr und Wiederholungsgefahr? Leider ist heute der Innenminister nicht da. Es wäre interessant gewesen, ihn dazu zu hören. Aber wozu zahlen die Bürger Steuern? Wozu laufen sie nicht selbst bewaffnet herum? Doch sicher zuerst und unausgesprochen deshalb, weil sie sich auf den Kernbereich staatlicher Tätigkeit, nämlich die Herstellung und Bewahrung der öffentlichen Sicherheit verlassen wollen.

Die im wahrsten Sinne des Wortes grenzenlos gewordene Liberalität und Trautanzerei hat schleichend und zunehmend blutige Folgen, auch in unserem Saarland. Was ist also zu tun, solange die heilige Kuh der für alle Welt offenen, unkontrollierten Grenzen nicht geschlachtet ist, solange eine politische Katastrophengestalt in einem wichtigen Amt immer noch geschont wird? Solange nicht kontrolliert werden darf, wer unser Land betritt, muss im Inneren des Landes und oft erst nach einem eingetretenen Schaden nachgeholt werden, was andere Länder an ihrer Grenze machen, nämlich die Feststellung der Identität einer Person. Man orientiert sich hierzulande gerne an ausländischen Gepflogenheiten. Man kann sich daher ja mal vorstellen, was in einem beliebigen Ausland mit einem Menschen geschieht, der einer Messerattacke verdächtigt oder überführt ist und sich darüber hinaus noch nicht einmal ausweisen kann.

Zu unserem Saarland. Angesichts voller Gefängnisse wäre die Unterbringung in einem geschlossenen Ankerzentrum in Betracht zu ziehen, bis den Betroffenen glaubhaft wieder einfällt, wer und woher sie sind, sodass in angemessener Art und Weise mit ihnen verfahren werden kann.

(Vereinzelt Sprechen.)

In jedem Fall fordern wir die Landesregierung auf, ungeklärte Identitäten mit allen geeigneten Mitteln und Maßnahmen aufzuklären, damit wenigstens den Behörden bekannt ist, wer da eventuell auf unser Land, unsere Bürger und unsere Jugend losgelassen wird, wobei ich gerne konzedere - damit kein Missverständnis entsteht -, dass der größte Teil der

(Abg. Müller (AfD))

Hereingelassenen erst einmal nichts Böses im Schilde führt. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Vielen Dank. - Für die SPD-Landtagsfraktion rufe ich Frau Christina Baltes auf.

Abg. Baltes (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es zu Beginn zusammenzufassen: Die AfD beweist mit ihrem Antrag, dass sie die Probleme nicht richtig benennen kann, dass sie keine Lösungen anbietet und schließlich auch nicht an einer Lösung interessiert ist. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. Ich möchte es hier begründen.

Der Antrag der AfD hat ein gewichtiges Problem. Die Zahlen und Fakten, die die AfD in ihrem Antrag verwendet, werden in einem konstruierten Zusammenhang dargestellt. Die Folge ist, dass sie bereits an der sachgerechten Darstellung des Problems scheitert. Das Lagebild Stichwaffen- und Messervorfälle, das von der AfD verkürzt als Lagebild Messerangriffe bezeichnet wird, hat im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum 30.04.2018 1.490 Vorfälle registriert.

Wenn man aber zur Aufklärung der Bevölkerung beitragen will, erwähnt man auch, dass ebenfalls Ladendiebstähle im Lagebild erfasst wurden. Voraussetzung dafür war das Mitführen einer Stichwaffe, auch wenn sie beim Ladendiebstahl nicht benutzt wurde. Für die AfD ist das eine Randnotiz. Für uns ist es wichtig, um ein möglichst vollständiges Bild der Lage zu zeichnen.

In Bezug auf die 1.490 Vorfälle schreiben Sie im nächsten Satz: Von den ermittelten Tätern waren 289 unbekannter Nationalität. Sehr geehrte Damen und Herren, diese Aussage ist von vorne bis hinten falsch. Die AfD verdreht an dieser Stelle die Zahlen zugunsten ihrer Ideologie. In 1.201 der 1.490 Vorfälle wurden die Tatverdächtigen ermittelt. Folglich konnte die Polizei in 289 Vorfällen eben keine Tatverdächtigen ermitteln. 289 Vorfälle sind nicht gleichbedeutend mit 289 Tatverdächtigen unbekannter Nationalität.

Rational gesehen kann man für ein und denselben Vorfall eine Gruppe von Tatverdächtigen verantwortlich machen. Genauso kann eine kleine Gruppe Tatverdächtiger für eine Vielzahl von Vorfällen verantwortlich sein. Das ist die erste bewusste Verdrehung der Zahlen.

Zum zweiten Punkt. Wenn es keine Tatverdächtigen gibt, so gibt es auch keine Identität. Verbunden mit der Identität, die in offiziellen Papieren ausgewiesen wird, ist die Feststellung der Nationalität. Wie soll die

Nationalität einer Person bekannt sein, wenn noch nicht einmal der Name des Täters bekannt ist und wenn Informationen der Identität der einzelnen Täter in Gänze fehlen? So kommt die Falschaussage der AfD zustande.

In 289 Vorfällen gibt es keine Tatverdächtigen. Also ist die Nationalität von 289 ermittelten Tätern unbekannt. Liest man nun den Antrag und setzt die 289 Tatverdächtigen unbekannter Nationalität ins Verhältnis zu den 1.490 Vorfällen, könnte man meinen, dass Pi mal Daumen bei einem Fünftel der Vorfälle die Nationalität der Täter unbekannt ist. Das ist genau das, was die AfD will: Die Bürgerinnen und Bürger glauben machen, in 20 Prozent der Vorfälle sei die Nationalität unbekannt, was suggeriert, dass ein Ausländer der Täter ist.

Diese Vorgehensweise der Rechtspopulisten ist nicht nur unredlich, sie lässt auch durchdringen, welches verheerende Bild sie von der Mündigkeit der Saarländerinnen und Saarländer haben. Aber nicht nur das: Sie lässt auch durchdringen, welches Vertrauen sie der Arbeit der saarländischen Polizei entgegenbringen. Die Polizei, die die Zahlen mühsam aufgearbeitet hat, ist die gleiche Polizei, in deren Interesse die AfD vorgibt, Politik zu betreiben. Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, möchte ich Alice Weidel zitieren, Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bundestag. Sie sagte in einer Plenardebatte am 16.05.2018: „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“ Solche Äußerungen verurteilen wir Sozialdemokraten aufs Schärfste.

(Beifall von der SPD.)

Rechtspopulisten landauf, landab zeichnen mit Vorliebe das Bild des ausländischen Messermannes, der Deutsche, insbesondere Frauen, attackiert. Was sagen die Zahlen der saarländischen Polizei? Falsch, Täter und Opfer gehören häufig der gleichen Nationalität an. Ausländische Mitbürger schädigen sich gegenseitig, aber deutsche auch. Im Übrigen sind 70 Prozent der Tatverdächtigen laut dem Lagebild Deutsche.

Welche Schlüsse ziehen wir? Wenn bei einer Straftat ein Ausländer der Täter ist, kann man meiner Meinung nach folgende Frage aufwerfen: Werden Menschen aus anderen Regionen dieser Welt grundsätzlich schneller gewalttätig? Oder gibt es einen Zusammenhang zwischen Gewaltstraftaten und der sozioökonomischen Situation der Täter? Ich glaube, Letzteres ist zutreffend. Ist ein Angehöriger eines EU-Drittstaates der Täter, so hat das in erster Linie Konsequenzen für den Aufenthalt des Täters in Deutschland. In Verbindung mit grundsätzlichen Informationen wie aktuelle Anschrift, tägliche Anlaufpunkte des Täters etc. könnte die Nationalität und

(Abg. Baltes (SPD))

der Aufenthaltstitel Aufschluss darüber geben, was man im Rahmen der Integrationspolitik verbessern kann.

Natürlich wollen auch wir, dass alle Straftaten mit Messerattacken aufgeklärt werden, dass die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden, dass die Täteridentifizierung hergestellt wird. Wir Sozialdemokraten stehen für null Toleranz bei Gewaltdelikten. Wir wollen aber der AfD nicht durchgehen lassen, dass sie ein Bild des Saarlandes zeichnet, dass von ständiger Angst und Unsicherheit geprägt ist. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache, die die AfD für ihre populistische Hetze fehlinterpretiert und instrumentalisiert.

Die Koalition und dieses Hohe Haus können sich einen solchen Antrag nicht zu eigen machen. Wir lehnen den Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Frau Kollegin, und rufe auf für die DIE LINKE-Landtagsfraktion Herrn Kollegen Ralf Georgi.

Abg. Georgi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die AfD stellt hier eine Forderung auf, die grundsätzlich wohl kaum einer ablehnen würde, dass nämlich die Identität derjenigen, die zu uns kommen, festgestellt werden soll. Wir alle wollen Sicherheit und niemand möchte, dass sich Kriminelle und Terroristen unbekannt unter die Hilfesuchenden mischen können. Aber, Herr Müller, es wird ja längst einiges durch verschiedene Maßnahmen getan, um die Identität festzustellen. Asylbewerber werden erkennungsdienstlich behandelt, sie werden also fotografiert und es werden Fingerabdrücke genommen. Erst dann bekommt ein Flüchtling ein ausweisähnliches Dokument.

Die Daten werden in verschiedene Systeme und ins Ausländerzentralregister eingespeist und mit Datenbanken des Bundeskriminalamtes abgeglichen. In der europäischen Fingerabdruckdatei EURODAC wird geprüft, ob eine Person bereits anderswo in Europa registriert wurde, Pässe und andere Dokumente durchlaufen eine Urkundenuntersuchung und bei Betrugsverdacht prüfen die Labore in der Zentrale des Bundesamtes für Flüchtlinge und Migration. 2017 wurden fast 284.000 Dokumente überprüft. Bei Zweifeln kann das Bundesamt auch eine Sprachanalyse veranlassen, um durch den Dialekt eines Antragstellers Rückschlüsse auf sein Heimatland ziehen zu können. Die Behörden dürfen auch Handys und Tablets von Flüchtlingen auslesen und darin nach Geodaten, Fotos oder Vorwahlnummern suchen, die Hinweise auf Herkunftsland oder Flucht-

route geben könnten. Um das Alter feststellen zu können, wird im Saarland der Handwurzelknochen geröntgt, ein durchaus strittiges Verfahren, aber man kann kaum behaupten, dass bisher nichts unternommen worden wäre, um die Identität von Migranten festzustellen. Mit welchen weiteren Maßnahmen eine lückenlose Identitätsfeststellung in einem demokratischen Rechtsstaat gelingen soll, darauf gibt auch die AfD keinen Hinweis. Ich habe jetzt Ihren Hinweis auf die Ankerzentren gehört, man sperrt die Flüchtlinge mal ein, bis sie was sagen. Naja.

Natürlich wollen wir alle verhindern, dass einschlägig bekannte Gewalttäter und Terroristen zu uns kommen. Und natürlich muss verhindert werden, dass Betrüger in mehreren Bundesländern staatliche Leistungen ergaunern. Deshalb ist die Feststellung der Identität wichtig und richtig. Genau das wird ja bereits versucht. Hier ist seit 2016 viel passiert und es gibt bereits jetzt Maßnahmen, die hoch umstritten sind. Es ist keineswegs so, als würde der Staat wegschauen und nichts unternehmen, um die Identität festzustellen. Für Panikmache besteht überhaupt kein Anlass.

Die Verbindung der Frage nach der Identität von Migranten und Messerangriffen im Saarland zeigt, dass es der AfD offensichtlich nicht um eine sachliche Debatte geht. Sie nennt das „Lagebild Messerangriffe“ in ihrem Antrag, das korrekt „Lagebild Stichwaffen- und Messervorfälle“ heißt. Sie haben einige Zahlen genannt, auch die Kollegin Baltes, von 1.490 sogenannten lagebildrelevanten Fällen von Januar 2016 bis April letzten Jahres handelt es sich bei 1.141 um den aktiven Einsatz oder das griffbereite Mitführen von Stichwaffen. Davon ist jeder einzelne Fall einer zu viel, das ist völlig klar, aber zur Wahrheit gehört, dass die überwiegende Mehrheit der Täter, nämlich 842, Deutsche waren. Von den rund 23.000 Syrern, die im Saarland leben, gab es 31, die jemanden mit einem Messer angegriffen oder bedroht haben. Auch hier ist natürlich jeder einzelne Fall einer zu viel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer nach mehr Sicherheit ruft, darf die Mehrzahl der Fälle nicht einfach ausblenden. Auch wenn die Identität von allen, die zu uns kommen, geklärt werden muss, hilft der Antrag der AfD angesichts der verschiedenen Maßnahmen, die bereits durchgeführt werden, nicht weiter. Deshalb lehnen wir ihn auch ab. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN und bei der SPD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen und rufe auf für die CDU-Landtagsfraktion Frau Abgeordnete Ruth Meyer.

Abg. Meyer (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Jeder weiß wohl, wie es sich anfühlt, wenn man merkt, man wird nicht ernst genommen oder es wird eine Sache nicht ernst genommen. Oftmals verrät es der Unterton, eine kleine Geste, die Form, eine inhaltliche Schwäche, dass es da jemand nicht ehrlich meint, dass sich jemand lustig macht oder versucht, einen hinter die Fichte zu führen, um für sich Kapital daraus zu schlagen. Sie, Herr Müller, geben sich noch nicht einmal die Mühe, Ihre Geringschätzung von Themen, von Gremien und Menschen irgendwie subtil auszudrücken. Mit dem vorliegenden Antrag versuchen Sie in vier Sätzen, auf der Basis von Halbwahrheiten und Hirngespinsten Handlungsbedarfe zu konstruieren, die dann natürlich ebenso falsch sind.

Das ist nicht nur eine Missachtung des Parlaments, das ist insbesondere auch eine Missachtung unserer Bevölkerung, und das lassen wir Ihnen selbstverständlich nicht durchgehen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Völliger Humbug ist schon einmal, etwas zu beantragen, was längst Realität ist. Und Fakt zum Thema Identitätsfeststellung ist gerade im Saarland, dass wir ja bekanntlich das Bundesland waren, das als erstes ein biometrisches Fingerabdruckverfahren eingeführt hat, weil selbstverständlich die Identität der wesentliche Schlüssel für alle weiteren Entscheidungen ist, die im Asylverfahren, im Aufenthaltsrecht folgen, und zwar ausdrücklich inklusive einer korrekten Altersfeststellung. Auch dafür haben wir im Saarland pionierhaft gewirkt. Übrigens bietet zwischenzeitlich, seit das Saarland Ankerzentrum ist - Herr Georgi, vielleicht fahren Sie mal da hin, da ist nach wie vor niemand eingesperrt -, das biometrische Verfahren, dieses neue Identitätsmanagementsystem, noch bessere Datenqualität und mehr Sicherheit.

(Sprechen.)

Das heißt, wir tun im Saarland ernsthaft alles, was technisch und auch organisatorisch in einer Ausländerbehörde möglich ist - das haben wir früher alleine gemacht, inzwischen haben es die Länder Hessen und Bayern nachgemacht -, damit jeder Migrant, der sich im Saarland aufhält und in den gängigen nationalen sowie europäischen Registern gemeldet oder registriert ist, eindeutig geführt wird.

Wie Sie vielleicht wissen, komme ich gerade von zwei äußerst intensiven und interessanten Tagen, an denen meine Partei die gesamte Prozesskette rund um die Migration sehr offen analysiert hat. Gerade zum Thema Identität und Altersfeststellung haben Kollegen und Experten mir gegenüber dem Saarland größten Respekt gezollt. Diesen Respekt

gebe ich sehr gerne an die Kolleginnen und Kollegen der Großen Koalition, aber auch an die Regierung weiter, vor allen Dingen aber an den, der mit viel Mumm diese Dinge durchgesetzt hat und auch weiterhin auf Ebene der Innenministerkonferenz unablässig für eine bessere Datenlage kämpft. Danke und gute Besserung von hier an unseren Innenminister.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Aber ich sage Ihnen auch: Ja, es gibt Lücken in der Identitätsfeststellung und Überprüfung. Diese Lücken liegen allerdings mitnichten im Saarland. Sie liegen vielfach außerhalb Deutschlands und jedenfalls außerhalb des Zuständigkeitsbereiches dieses Landtages. Sie liegen zum Beispiel in den Bundesländern, die die eben genannten Verfahren aus ideologischen Gründen ablehnen und einfach nicht anwenden. Sie liegen auch in den Parteien, die etwa dem - wie ich finde - sehr vernünftigen zweiten Datenaustauschverbesserungsgesetz widersprechen und sich dem entgegenstemmen.

Hierdurch wird etwas auf den Weg gebracht, was meines Erachtens dringend erforderlich ist, dass nämlich alle mit Migration befassten Behörden - ob bei der Gewährung einer Leistung oder bei der Beurteilung etwa von Sicherheitsrisiken - auf eindeutige Datensätze zurückgreifen können. Solange dies nicht gewährleistet ist, öffnet das dem Betrug Tür und Tor. Solange wir jeglichem strafbaren Fehlverhalten während des Gastrechts bei uns nicht entschieden begegnen, wird es auch zunehmend attraktiv werden, nach Deutschland zu kommen. Das ist dieser sogenannte Pull-Effekt.

Meine Damen und Herren, darüber waren sich alle Experten über Parteigrenzen hinaus am Wochenende einig: Das darf nicht weiter durchgehen!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Im Übrigen gilt das auch und gerade mit Blick auf diejenigen, denen wir Schutz gewähren wollen.

Dass es auch grober Nonsense ist, was Sie hier mit dem Lagebild Messer- und Stichwaffengebrauch vorgetragen haben, wurde ja schon aufgezeigt. Sie veranstalten damit einen wirklich faulen Zauber. Ich will Ihnen dies an einer Zahl veranschaulichen. Es ist schlicht falsch, wenn Sie behaupten, dass überwiegend Nicht-Deutsche in dieser Statistik vorkommen. Es sind nämlich 842 Personen Deutsche. Das sind knapp 56 Prozent der Fälle. Aber das hat Ihnen offensichtlich nicht ins Konzept gepasst.

(Abg. Müller (AfD): Proportional zu was?)

Proportional zu was? Proportional zu den Fällen. Das ist ganz klare Datenbasis. Da können Sie die Zahlen auch nicht schönreden. Das ist einfache Stochastik, auch was die anderen 289 Fälle anbelangt,

(Abg. Meyer (CDU))

die gar nicht erfasst sind, weil man der Täter nicht habhaft werden konnte. Da sind vermutlich genauso viele Deutsche darunter wie Nicht-Deutsche in den anderen Fällen. Das ist also völliger Unfug.

Die saarländische Polizei verfügt selbstverständlich über Eingriffsbefugnisse und Ausstattungsmittel, mit denen sie die Identität von gefassten Tätern feststellen kann. Deshalb ist Ihr Antrag ein weiterer Beleg, wie Sie die Leute beschreiben wollen. Aber es ist in diesem Fall wirklich ein sehr durchsichtiger Hokus-pokus, Herr Müller.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Mein Fazit lautet: In dieser Prozesskette der Migration konnten wir in den letzten drei bis vier Jahren wirklich viele Regelungslücken schließen und wichtige Hilfsstrukturen von den Herkunftsstaaten bis zu unseren Kommunen aufbauen. Das Saarland war und ist dabei Vorbild, und zwar was beide Seiten der Medaille anbelangt. Wer etwas anderes behauptet, kann nicht ernst genommen werden.

In einer krisengeschüttelten und sich wandelnden Welt wird die Bewältigung von Migration auch weiterhin eine permanente politische Aufgabe für uns hier im Landtag bleiben. Ich will mit meiner Partei und meiner Fraktion alles dafür tun, damit von Deutschland und von der EU klare Botschaften ausgehen. Die umfangreichen Ergebnisse der CDU-Werkstattgespräche Migration empfehle ich Ihnen insoweit als Lektüre und auch in der politischen Umsetzung. Die meines Erachtens wichtigste Botschaft lautet dabei: Unser Staat setzt geltendes Recht zügig um und lässt sich dabei nicht auf der Nase herumtanzen.

Hierzu gibt es keine Alternative und vor allen Dingen nicht in Form einer Partei, die sich so nennt und im gleichen Atemzug Rechtsstaat, Redlichkeit und Respekt mit Füßen tritt. Damit komme ich zu dem einzigen Satz Ihres Antrags, den ich teile: Dieser Zustand muss beendet werden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Dass wir diesen Popanz nicht mittragen, versteht sich von selbst.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Frau Kollegin Meyer. - Es gibt eine Kurzintervention des Kollegen Müller von der AfD-Fraktion.

Abg. Müller (AfD):

Frau Meyer, ich nehme gerne auf, was Sie von Ihren Werkstattgesprächen gesagt haben. Ich erinnere an die frühere Ministerpräsidentin, die hier einmal gesagt hat, sie könne sich Grenzkontrollen überhaupt nicht vorstellen. Ich gratuliere Ihnen, dass schon

nach drei Jahren über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen gesprochen wird. Herzlichen Glückwunsch!

Vizepräsident Heinrich:

Besteht der Wunsch auf eine Gegenäußerung? - Frau Kollegin Meyer.

(Sprechen.)

Abg. Meyer (CDU):

Die ehemalige Ministerpräsidentin dieses Landes und jetzige Bundesvorsitzende muss nicht irgendetwas zurücknehmen. Natürlich wurde über Grenzkontrollen gesprochen. Aber es geht nicht um stationäre Grenzkontrollen, von denen Sie sprechen, sondern um mobile. Wir brauchen immer bilaterale Abkommen, damit wir wissen, wer in Europa oder in unserem Land unterwegs ist. Insofern empfehle ich wirklich noch einmal die Detailanalyse. - Danke schön.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/732. Wer für die Annahme der Drucksache 16/732 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/732 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion. Abgelehnt haben die Koalitionsfraktionen und die DIE LINKE-Landtagsfraktion.

Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Aufbau eines Schulwesens für sonderbegabte Kinder analog dem Fördersystem für behinderte Kinder - hier: Schaffung eines Systems zur Erkennung von Sonderbegabungen bei Schülern und Schülerinnen (Drucksache 16/733)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag steht unter dem Titel „Das Saarland soll zu einer Bildungshochburg werden.“ Der Untertitel lautet „Die beste Schule ist für unsere Kinder gerade gut genug.“

(Abg. Renner (SPD): Da sind die falschen Inhalte dabei.)

(Abg. Dörr (AfD))

Wir haben im Saarland ein sehr gutes Fördersystem für behinderte Kinder, das in Jahrzehnten auf- und ausgebaut worden ist. Für alle Behinderungen haben wir sonderpädagogische Förderzentren, die die integrative Unterrichtung von Kindern in Regelschulen organisieren. Wir haben eigens dafür ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die mit großem Enthusiasmus an die Arbeit gehen. Diese Einrichtungen haben sich auch bewährt. Deshalb müssen sie gepflegt werden und erhalten bleiben. Allerdings ist unser Schulsystem einseitig. Für unsere sonderbegabten Kinder haben wir ein vergleichbares Förderschulsystem nicht.

Ich habe mir im Vorfeld dieser Landtagssitzung einige Broschüren des Bildungsministeriums angesehen. Da war auch eine Broschüre von Herrn Schreier dabei. In dieser Broschüre hat er aufgeführt, wie wichtig das ist und dass es zum Teil auch noch ein Tabu ist, das überwunden werden muss. Es sind Beratungsstellen eingerichtet worden, wobei ich sagen muss, Beratung ist wie in der Viehzucht das Wiegen: Vom Wiegen wird die Sau nicht fetter, von der vielen Beratung wird auch der Schüler nicht schlauer. Aber es ist ja schon einmal ein Anfang.

Allerdings war in dieser Broschüre immer nur von Hochbegabten die Rede. Das ist dann auch aufgeführt: Da gibt es Zirkel für Mathematik, Zirkel für Biologie, Zirkel für Chemie, praktisch kognitive Fächer, hauptsächlich naturwissenschaftliche. Das ist aber unserer Ansicht nach zu kurz gegriffen. Deshalb sagen wir auch nicht „Hochbegabte“, wir sagen „Sonderbegabte“. Dazu gehören auch alle anderen Begabungsformen. Dazu gehören die, die sprachbegabt sind, auch die, die musisch begabt sind. Die einen sind musikbegabt, die anderen haben vielleicht eine Begabung für Bildhauerei. Wir haben Sportbegabte, wir haben handwerklich Begabte, wir haben eine Unzahl von Begabungsrichtungen, die ich nicht alle aufzählen kann. Ich war die Woche bei der Handwerkskammer eingeladen. Da war von Leuten die Rede, die Unternehmen gründen. Das ist auch eine Begabung, Unternehmen gründen zu wollen und zu können. Dieser Rahmen ist also sehr groß und wir wollen das auch so groß sehen.

Deshalb sind wir der Ansicht, dass ein Förderschulsystem geschaffen werden muss und es nicht reicht, wenn man Beratungszentren hat oder ab und zu mal ein Sommerlager durchführt oder Tipps gibt, wie hochbegabte Kinder durch die Schule gebracht werden, ohne dass sie Nachteile erleiden. Es ist ja bekannt, dass bei hochbegabten Kindern genau die gleichen Verhaltensweisen auftreten können wie bei schwachen Kindern: Wenn sie nicht adäquat unterrichtet oder erzogen worden sind, werden sie entweder aggressiv oder sie resignieren, sitzen da und machen nichts mehr. Da gibt es Tipps, dass man solche Kinder vielleicht auch mal eine Klasse über-

springen lässt und wie man das machen kann, damit es ohne Schaden vonstattengeht. Es gibt auch Tipps, die Kinder frühzeitig einzuschulen, und viele andere Dinge mehr. Was aber fehlt, ist die Einsicht, dass wir für eine große Anzahl von hochbegabten Kindern ein Schulsystem brauchen, in dem sie von Lehrern, die eigens für diese Aufgabe ausgebildet werden, dann auch unterrichtet werden.

Ich habe hier schon das letzte Mal vorgetragen, was man alles braucht, um ein solches Schulsystem auf- und auszubauen. Dafür braucht man natürlich Lehrer, man braucht Ausbildungsstätten für die Lehrer, man braucht Schulhäuser, man braucht sehr viel. Man braucht auch Leute, die diese begabten Kinder suchen und finden. Man muss also irgendwo anfangen.

Am besten macht man alles gleichzeitig. Aber wenn man anfängt, wäre der erste Schritt, in den Bildungseinrichtungen einfach mal festzustellen, wo solche sonderbegabten Kinder sitzen. Man hätte dann im Förderschulbereich eine Vorstellung. Bei schwachen Kindern rechnet man bis zu 5 Prozent der Schulkinder. Hier könnte man auch bis zu 5 Prozent rechnen, wobei diese Zahl natürlich rein willkürlich ist. Das können genauso gut 3 Prozent sein, genauso gut 6 Prozent. Das spielt aber auch keine Rolle, es muss einfach mal festgestellt werden, welche Kinder mit welchen Begabungen wo sitzen und wie viele es sind.

Dann kommt ja immer der Einwand mit der Elite und so weiter, dass man das nicht machen soll. Aber die Fußballvereine - und das ist ja die schönste Nebensache der Welt - machen das und finden dadurch ihre späteren Profis. Die finden die schon mit drei oder fünf Jahren, die haben schon Verträge mit acht Jahren. Wir müssen nicht so radikal sein, aber wir dürfen unsere Sonderbegabten nicht im Stich lassen. Deshalb müssen wir anfangen. Unser Antrag geht dahin, zunächst einmal festzustellen, um welche Kinder es sich hier im Saarland handeln kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Herr Fraktionsvorsitzender, und rufe auf für die SPD-Landtagsfraktion Herrn Abgeordneten Jürgen Renner.

Abg. Renner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten das Thema Sonderbegabung im letzten Jahr mehrfach im Plenum behandelt. Wir haben auch das System der Förderung potenziell leistungsstarker Schülerinnen und Schüler gemeinsam beraten. Dabei ist deutlich geworden, dass das Saarland seine Talente fördert und über ein bundesweit viel beach-

(Abg. Renner (SPD))

tetes Beratungs- und Fördersystem für begabte Kinder und Jugendliche verfügt. Wir haben keinen Nachholbedarf, sondern wir sind hier bundesweit in einer Vorreiterrolle.

(Beifall bei der SPD.)

Auch die aufgeworfene Frage, wie wir besondere Fähigkeiten und Begabungen unserer Kinder und Jugendlichen erkennen, war im letzten Jahr Thema im Bildungsausschuss. Wir haben das sehr ausführlich beraten. Auch dort ist deutlich geworden, dass unsere Beratungsstelle Hochbegabung eine hervorragende Arbeit leistet und Beratung, Förderung und Qualifizierung aus einer Hand anbietet. Dabei kann sie auf ein enges Netzwerk der Begabungsförderung zurückgreifen, unter anderem mit den Schulpsychologischen Diensten, den Erziehungs- und Lebensberatungsstellen.

Bislang sind in der Debatte keine neuen Argumente aufgetaucht, die Argumente sind ausgetauscht. Es sind auch keine neuen Aspekte ersichtlich, sodass ich Sie aus voller Überzeugung und aus ganzem Herzen bitte, diesen Antrag abzulehnen. - Danke.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/733. Wer für die Annahme der Drucksache 16/733 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/733 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Fraktion, abgelehnt haben die Koalitionsfraktionen sowie die DIE LINKE-Landtagsfraktion.

Wir kommen zu den Punkten 9 und 10 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ des Bundes (Drucksache 16/726)

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Der Bund darf Saarland im Strukturwandel nicht alleine lassen (Drucksache 16/731)

Zur Begründung des Antrages der Koalitionsfraktionen erteile ich Herrn Abgeordneten Eugen Roth das Wort.

Abg. Roth (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat am 25./26. Januar dieses Jahres ihren Abschlussbericht mit Empfehlungen für die Beendigung der deutschen Kohleverstromung im Jahr 2038 nahezu einstimmig verabschiedet.

Das Wichtigste aus dieser Kommission vorweg: Es ist gelungen, obwohl das bei dieser Frage und der Zusammensetzung der Kommission alles andere als selbstverständlich war, dass unsere Regierungsspitze, unser Ministerpräsident Tobias Hans und seine Stellvertreterin, Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger, es geschafft haben, dass wir wieder im Spiel sind. Dafür möchte ich einen herzlichen Glückwunsch aussprechen und auch ein herzliches Dankeschön sagen. Damit ist noch nichts gemacht, aber wir sind im Spiel, obwohl es starke gegenläufige Kräfte gab, und deshalb soll man das nicht zu gering einschätzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die Verhandlungen waren für die betroffenen Bundesländer nicht einfach, da sie in der Kommission zwar über ein Teilnahme- und Rederecht verfügen, ab nicht über ein Stimmrecht. Auch war die Diskussion über weite Strecken sehr braunkohlelastig. Erst gegen Ende der Verhandlungen konnten auf saarländische Initiative hin - das habe ich erwähnt - auch die Belange der Regionen mit Steinkohlekraftwerken vertieft betrachtet und gewürdigt werden. Die Empfehlungen der Kommission bieten einen möglichen Rahmen für den sozialverträglichen Strukturwandel in den betroffenen Regionen mit Braunkohletagebau, Braunkohlekraftwerken und Steinkohlekraftwerken. Hier sind wir ja auch überdurchschnittlich mit am Start. Gleichzeitig sollen die Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Umweltverträglichkeit im Energiesektor gesichert werden.

Hinsichtlich der gebotenen Finanzhilfen des Bundes für den Strukturwandel in den Revierländern greift die Kommission zunächst die im Bundeshaushalt bereits veranschlagten Mittel von zusammen 1,5 Milliarden Euro im Zeitraum 2019 bis 2021 auf. Darüber hinaus sollen für 20 Jahre Bundeshilfen von 1,3 Milliarden Euro pro Jahr für konkrete Projekte und ein projektunabhängiger Pauschalbetrag für die Länder von 0,7 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel sollen entlang der regionalen Wertschöpfungskette der Kraftwirtschaft vorrangig für die Braunkohlereviere und nachrangig

(Abg. Roth (SPD))

aber eben auch in Regionen mit Steinkohlekraftwerken eingesetzt werden.

In der Schlussetappe der Verhandlungen ist es dem Saarland gelungen, die Massierung von Steinkohlekraftwerken im Saarland und die damit verbundenen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte im Text des Abschlussberichts zu verankern. In die Anlagen des Abschlussberichts wurden daher auch konsequenterweise unsere elf saarländischen Vorschläge für mögliche Strukturhilfen des Bundes zugunsten des Saarlandes vom 20. November 2018 übernommen, so zum Beispiel für den Bau von Gaskraftwerken, die Absicherung der Fernwärmeinfrastrukturen, den beschleunigten Bau der zweiten Kammern der Moselschleusen - das war heute Morgen schon mal Thema -, die Errichtung einer Auto-Uni oder die Gründung eines deutsch-französischen Zentrums für künstliche Intelligenz - auch das ist heute Morgen schon mal angesprochen worden.

Durch die Einbindung des Saarlandes in die Kommissionsarbeit und die Aufnahme der Vorschlagsliste in den Abschlussbericht erkennt die Kohlekommission die besonderen Herausforderungen an, die auf das Saarland als historisch gewachsenes Bergbau- und Energieland durch einen vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleverstromung zukommen. Damit ist die Grundlage geschaffen, um in den nun folgenden Gesprächen mit der Bundesregierung konkrete Zusagen für das Saarland zu erreichen.

Ich muss den Spekulationen im politischen Raum und in den Medien, dass der Abschlussbericht nur auf Maßnahmen zur sozial- und strukturpolitischen Entwicklung in den Braunkohleregionen und damit nicht auf Maßnahmen in den Steinkohleregionen fokussiert sei, entschieden entgegentreten. Das war zwar „lastig“, aber nicht ausschließlich der Fokus. Dass Regionen mit Steinkohlekraftwerken bei der Prüfung und Gewährung von Strukturhilfen des Bundes berücksichtigt werden sollen, ergibt sich sowohl aus dem Text selbst als auch aus der Anlage 7 des Abschlussberichts.

In der vorletzten Woche wurde außerdem vom Ministerpräsident und seiner Stellvertreterin in einem Schreiben an die Bundeskanzlerin Merkel, an Bundesfinanzminister Scholz und Bundeswirtschaftsminister Altmaier noch einmal die besondere Betroffenheit des Saarreviers hervorgehoben und die Bundesregierung wurde um ein gemeinsames Spitzengespräch zur Ausgestaltung des konkreten Umsetzungsprozess für die Strukturhilfen gebeten.

Hinsichtlich der energiepolitisch relevanten Eckpunkte des Abschlussberichts ist zunächst festzuhalten, dass bis 2022 im Vergleich zu 2017 knapp 5 Gigawatt Braunkohlekraftwerke und 8 Gigawatt Steinkohlekraftwerke stillgelegt werden sollen. Bis 2030 wird dann die Stilllegung von weiteren 9 Giga-

watt Braunkohlekraftwerken und 8 Gigawatt Steinkohlekraftwerken empfohlen. Die Leistungsreduzierungen gehen tendenziell zulasten der Steinkohlekraftwerke und fallen insbesondere für 2022 sehr hoch aus.

Der Kapazitätsabbau wurde jedoch im Abschlussbericht nicht standortscharf beschrieben. Die konkreten Folgewirkungen für die Steinkohlekraftwerke im Saarland können wir daher noch nicht belastbar prognostizieren. Unser Bundesland ist mit einer überdurchschnittlich hohen Kraftwerksleistung von rund 2.000 Megawatt elektrisch betroffen. Unmittelbare Folgewirkungen ergeben sich auch für die regionale Fernwärmeversorgung. Mittel- bis langfristig werden eine direkte regionale Wertschöpfungskette von rund 200 bis 300 Millionen Euro pro Jahr sowie ein direktes Beschäftigungsvolumen von rund 500 bis 600 Mitarbeitern entfallen. Diese negativen Effekte müssen vom Bund struktur- und energiepolitisch angemessen kompensiert werden. Für das Saarland ist es in diesem Kontext von besonderer Bedeutung, dass der Abschlussbericht finanzielle Anreizmechanismen für die Umstellung von Kohlekraftwerken auf den Energieträger Erdgas zur Absicherung der Fernwärmeinfrastruktur empfohlen hat. Wichtig ist in diesem Kontext auch die Forderung nach einer Verlängerung der strom- und wärmeseitigen Förderinstrumente des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes bis 2030.

Nach dem Abschlussbericht sollen Kraftwerksstilllegungen grundsätzlich im Einvernehmen mit den Betreibern erfolgen und angemessen entschädigt werden. Die im Abschlussbericht erwähnte Möglichkeit von Zwangsstilllegungen mit Entschädigungen im Rahmen der rechtlichen Erfordernisse kann daher nur eine Ultima Ratio sein. Eine Stilllegung darf außerdem nur erfolgen, wenn das Kraftwerk nicht systemrelevant ist. Nur so können wir unser hohes Maß an Versorgungssicherheit bewahren, dass ein wichtiger Standortfaktor in Deutschland ist, weil der Blackout natürlich in allen Teilen gefürchtet wird.

Das Ziel der Kommission, einen Anstieg der Stromkundenpreise durch den Kohleausstieg zu vermeiden, begrüßen wir ausdrücklich. Die empfohlene staatliche Bezuschussung der Übertragungsnetzbetreiber zur Senkung der Netzentgelte in einer Größenordnung von mindestens 2 Milliarden Euro pro Jahr muss daher möglichst zeitnah beihilferechtlich und netzregulatorisch abgesichert werden. Zielführend ist im Übrigen auch die vorgeschlagene Verlängerung der Kompensation für emissionshandelsbedingte Strompreiserhöhungen im Bereich der besonders energieintensiven und außenhandelsabhängigen Wirtschaftszweige bis 2030, die wir ja auch im Saarland haben.

Für mich persönlich - und ich denke, für uns alle - ist eine Grundvoraussetzung für das Auslaufen der na-

(Abg. Roth (SPD))

tionalen Kohleverstromung, dass der Ausstieg sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgt. Das war ja auch die Maßgabe, als im Saarland der Steinkohlebergbau am 30. Juni 2012 formal beendet wurde. Die Empfehlung der Kommission für die betroffenen Beschäftigten, ein staatliches Vorruhestands- beziehungsweise Anpassungsgeld als Branchenlösung wie im Steinkohlebergbau einzuführen, muss daher mit Nachdruck verfolgt werden.

Lassen Sie mich abschließend noch kurz auf die nächsten Schritte in Berlin eingehen, weil das hier Empfehlungen einer Kommission sind, die so hochkarätig besetzt sein mag, wie sie will, aber eben „nur“ eine Kommission ist. Die Bundesregierung wird voraussichtlich im Mai 2019 zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission den Entwurf eines Strukturmaßnahmengesetzes vorlegen. Das Gesetz soll festschreiben, wie der Bund den Strukturwandel in den betroffenen Regionen fördert, und den Rahmen für die Unterstützung von unternehmerischen Investitionen, Infrastrukturvorhaben, Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie Behördenansiedlungen bieten. Dieses Gesetz soll in der Folge möglichst auch durch Staatsverträge zwischen Bund und Revierländern unterlegt werden. Für einen späteren Zeitpunkt, voraussichtlich im Herbst 2019, ist dann ein Planungsbeschleunigungsgesetz des Bundes vorgesehen, das den energiepolitischen Rahmen für die Stilllegung der Kohlekraftwerke setzen soll. Darüber wurden wir - ich blicke einmal die Kollegin Gillen an - im Ausschuss vorinformiert, konnten uns insbesondere auch über die zeitlichen Perspektiven detailliert informieren.

Zusammenfassend noch einmal: Wir haben in einem ersten Schritt dafür gesorgt, dass der Abschlussbericht der Kommission auch die saarländischen Interessen wahrt. Bei den kommenden Verhandlungen und Gesetzgebungsverfahren werden wir uns dafür einsetzen, dass unsere berechtigten struktur- und energiepolitischen Anliegen auch bei der konkreten Umsetzung des Ausstiegs aus der Kohleverstromung angemessen berücksichtigt werden. Hierfür bitte ich um Ihre Unterstützung. Es gilt jetzt zusammenzustehen, entschlossen zu verhandeln und letztlich Ergebnisse zugunsten unseres Saarlandes zu erzielen. - Glück auf!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Herr Kollege Roth. - Zur Begründung des Antrags der DIE LINKE-Landesfraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Oskar Lafontaine das Wort.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen: Wir werden dem Antrag der Regierungsparteien zustimmen, denn er deckt sich in seiner Zielrichtung mit unserem Antrag. Es geht darum, darauf hinzuwirken, dass auch das Saarland bei den Strukturanpassungsmaßnahmen berücksichtigt wird, dass entsprechende Maßnahmen beschlossen werden. Ich fasse mich kurz, da im Grunde genommen auch die Vorschläge, die die Landesregierung gemacht hat, unstrittig sind. Drei dieser Vorschläge möchte ich nun noch ansprechen, um mein Anliegen zu umreißen.

Der erste Vorschlag geht dahin, hinsichtlich der Künstlichen Intelligenz ein grenzüberschreitendes Institut oder eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu organisieren und diesbezüglich das Saarland ins Spiel zu bringen. Wir haben ein Anrecht darauf. Vor allem haben wir hervorragende Standortbedingungen für solch eine Maßnahme, denn das vor Jahren hier angesiedelte Institut hat sich mittlerweile international etabliert und genießt ein hohes Ansehen. Des Weiteren ist vorgesehen, dass das Saarland bei der Ansiedlung einer grenzüberschreitenden Batteriezellenfertigung berücksichtigt wird. Außerdem wird gefordert, das Saarland bei der Ansiedlung von Bundesbehörden zu berücksichtigen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass die Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger am 18. Januar moniert hat, das Saarland werde bei der Ansiedlung von Bundesbehörden nicht ausreichend berücksichtigt, die Interessen des Saarlandes würden offenkundig übergangen. Dieser Aussage haben wir im Grunde nichts hinzuzufügen, und ich will meine Bemerkungen, die nun folgen, ausdrücklich nicht an die Adresse der Landesregierung richten. Ich selbst kenne dieses Geschäft ja auch aus jahrzehntelanger Erfahrung. Ich richte meine Bemerkungen an die Adresse der saarländischen Mitglieder der Bundesregierung, denn bei diesen drei angesprochenen Ansinnen sind sie jeweils mehr oder weniger gefordert.

Zunächst einmal zur Organisation einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Künstlichen Intelligenz. Selbstverständlich ist diesbezüglich auch der Außenminister gefordert. Er hat gewiss eine Möglichkeit, sich hierbei einzubringen, ohne aber letztlich wohl den Ausschlag geben zu können.

Bei der Vorsitzenden der CDU möchte ich noch eine Pause machen, da sie sich zunächst einmal in dieses Amt einarbeiten muss. Nach einer gewissen Einarbeitungszeit wird sie gewiss in der Lage sein, an der einen oder anderen Stelle die Interessen des Saarlandes nachhaltiger wahrzunehmen.

Weil eine entsprechende Diskussionen vom Zaun gebrochen wurde, möchte ich das Nachfolgende noch einmal vertiefen: Ich will meine Aufforderung

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

sehr wohl an den Bundeswirtschaftsminister richten, der sicherlich federführend sein wird, wenn es um das Strukturanpassungsgesetz geht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Bundeswirtschaftsminister nicht in der Lage sein sollte, dabei irgendetwas für das Saarland zu bewerkstelligen. Es geht mir nun keineswegs darum, Herrn Altmeier in irgendeiner Form anzugreifen. Das wäre viel zu läppisch und viel zu billig. Mir geht es, ich will das in aller Klarheit sagen, um den Erfolg für das Saarland.

Ich hätte ja sogar Grund, Herrn Altmeier zu loben. Ich denke dabei an einige Aussagen, die er in letzter Zeit getätigt hat; vielleicht kommt dem einen oder anderen in den Sinn, was ich damit meine. Wenn er beispielsweise der Auffassung ist, dass man Unternehmen, die Netzbetreiber sind, nicht unbedingt ausländischen Investoren überlassen sollte, so ist damit ja eine Kernforderung meiner Partei angesprochen. Denn es ist unsere Auffassung, dass öffentliche Infrastruktureinrichtungen in die öffentliche Hand gehören und nicht von irgendwelchen ausländischen Unternehmen verwaltet werden sollten. Ich könnte ihn vielfach loben, dafür fehlt mir aber die Zeit. Sehr wohl bin ich aber der Auffassung, dass er, wenn es um die Infrastruktur des Saarlandes geht, wirklich einen enormen Nachholbedarf hat.

(Zuruf von der CDU. - Ministerin Rehlinger: Der erste Gedanke ist immer der beste.)

Ich kann das gerne noch nachreichen, wenn Sie das möchten.

(Heiterkeit.)

Ich bin der Auffassung, dass er hinsichtlich der Infrastruktur im Saarland sehr wohl Nachholbedarf hat. Ich könnte dieses Kapitel überschreiben mit „Fußspuren im saarländischen Estrich“. Kürzlich hat die Zeitung Die Welt die Tätigkeit des Bundeswirtschaftsministers gewürdigt, hat ihn vor dem Hintergrund der in den letzten Wochen getätigten Aussagen kommentiert. Der Kommentar hat damit begonnen, dass der Bundeswirtschaftsminister in den vergangenen Jahren noch nicht dadurch aufgefallen sei, dass er Fußspuren im Estrich hinterlassen hätte. Angesichts dessen möchte ich nun dafür plädieren, dass er Fußspuren im „Estrich des Saarlandes“ hinterlässt. Das ist durchaus möglich, wenn er nur etwas mehr unternimmt als in den vergangenen Jahren.

Die angestoßene Diskussion führte ja dazu, dass der Bundeswirtschaftsminister darauf hingewiesen hat, er habe sehr wohl schon vieles für das Land bewirkt. Er erwähnte die Querspange Besseringen, die Ortsumgehung Roden und eine Lärmschutzwand bei Saarfels. Ich will das durchaus anerkennen, auch das ist eine Bilanz so vieler Jahre. Sie werden mir aber vielleicht zustimmen, dass das noch keine weichenstellenden Strukturmaßnahmen für das

Saarland waren und dass der Bundeswirtschaftsminister wirklich bedeutsamere Möglichkeiten hätte, um „Fußspuren im Estrich“ zu hinterlassen.

Dazu möchte ich ihn von dieser Stelle aus nachdrücklich auffordern, gerade auch vor dem Hintergrund, dass nun wieder, auch von den Bürgermeistern, zu Recht bemängelt wurde, dass wir bei der Ansiedlung von Bundesbehörden nicht berücksichtigt worden sind. Der Kollege Flackus hat ja darauf hingewiesen, dass wir bei der neuen Agentur, die Ansätze zur Cybersicherheit erforscht, nicht berücksichtigt worden sind, obwohl wir im Lande doch hervorragende Anknüpfungspunkte hätten, dass wir beim Deutschen Internet-Institut, obwohl wir dafür eine hervorragende Infrastruktur haben, nicht berücksichtigt wurden. Meine Forderung ist doch mehr als berechtigt, da die letzte Ansiedlung eines Bundesinstituts für das Jahr 1992 feststellen ist! Das ist für die letzten Jahre doch eine sehr magere Bilanz.

Es geht also um die Ansiedlung von Bundesbehörden, und die erwarte ich einfach. Ich sage das hier für meine Fraktion. Im Grunde will ich Sie nur auffordern, Ihre Leute in Berlin nachhaltig zu bedrängen. Mehr möchte ich heute eigentlich gar nicht, das aber erwarte ich, im Interesse unseres Landes. Auch das Saarland ist wieder an der Reihe.

Auch was die Ansiedlung einer Batteriezellenfertigung angeht, erwarte ich, dass nicht einfach nur in den Zeitungen zu lesen ist: Altmeier plant große Investitionen in der Lausitz. - Das ist natürlich für die Lausitz gut. Ich würde aber hier gerne auch einen Zeitungsausschnitt schwenken können und sagen, ich schlage vor, dem Bundeswirtschaftsminister den Saarländischen Verdienstorden zu verleihen, weil er eine Großinvestition an der Saar plant. Das ist es, was ich mit den „Fußspuren im saarländischen Estrich“ meine. Es wäre wünschenswert im Interesse unseres Landes, wenn die mit der Kohlekommission verbundene Chance und das vom federführenden Bundeswirtschaftsministerium zu entwickelnde Strukturanpassungsgesetz dem Bundeswirtschaftsminister nun eben endgültig die Gelegenheit bieten würden, mich hier mundtot zu machen und Fußspuren im saarländischen Estrich zu hinterlassen. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Kollege Marc Speicher für die CDU-Fraktion.

Abg. Speicher (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor 50 Jahren, im Jahr 1969, betrat der Mensch zum ersten Mal den Mond, die Mondlandung jährt sich am 21.

(Abg. Speicher (CDU))

Juli. Vorausgegangen war die klare Zielvorgabe aus dem Jahr 1961, bis zum Ende des Jahrzehnts einen Menschen auf den Mond und auch wieder sicher zurück zu bringen. Das erschien damals sehr vielen als ambitioniert, und manche haben ausgeschlossen, dass es überhaupt möglich sein würde, dieses Ziel zu erreichen.

Das ist nun ähnlich bei der Energiewende. Wir haben uns vorgenommen, innerhalb von zwei Jahrzehnten die Hälfte des heutigen Strommixes zu ersetzen. Die Energiewende ist sozusagen unsere Mondlandung. Und es sind hochgesteckte Ziele, ambitionierte Ziele, die wir damit verfolgen. Es geht um 654 TWh, das sind 654 Milliarden KWh.

Die Zielvorgabe, die wir uns gegeben haben, ist bei spiello. Der Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat den Ausstieg aus der Verstromung von Steinkohle und Braunkohle sowie den Ausstieg aus der Braunkohleförderung auf den Weg gebracht. Dabei geht es, nun nur bezogen auf Braun- und Steinkohle, um 37 Prozent der Bruttostromerzeugung. Dabei ist, Stand heute, die Bundesrepublik der weltweit größte Braunkohleförderstandort.

Es geht nun aber um mehr als nur um eine einfache Auflistung von möglichen Projekten und Strukturmaßnahmen, es geht auch um Prinzipien und Grundsätze politischen Handelns.

Erstens. Es ist, so glaube ich, heute unumstritten, dass es den Klimawandel gibt. Unter den führenden Forschern ist auch unumstritten, dass dieser Klimawandel auch menschengemacht ist. Der veränderte Anteil des CO₂-Ausstoßes nach der Industrialisierung steht außerhalb jedes Zweifels, bei allen Streitereien im Detail würde sich wohl niemand zur Aussage hinreißen lassen, dass sich China oder Indien irgendwann den gleichen CO₂-pro-Kopf-Ausstoß werden leisten können, den wir heute haben oder den wir vor 20 oder 30 Jahren hatten. Es geht also schlichtweg um eine sachliche Notwendigkeit. Es geht darum, dass wir unsere Natur, unsere Umwelt, unsere Schöpfung als natürliche Grundlage bewahren.

Es geht zweitens um Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit! Wir können nicht überrascht sein, dass die Bundesrepublik sich an Verträge hält und versucht, die abgeschlossenen internationalen Abkommen als nationales Recht umzusetzen. Das Pariser Klimaschutzabkommen wurde von 196 Mitgliedsstaaten unterzeichnet. 163 Staaten haben bis heute nationale Klimaschutzpläne erarbeitet, bei uns in Deutschland ist es der Klimaschutzplan 2050. Paris steht in einer langen Tradition von internationalen Beschlüssen zum Thema Umwelt, dem Grundsatz folgend „Lokal handeln, global denken“, dem man verpflichtet ist. Das ging 1992 mit Rio los. Klaus Töpfer, der

das Saarland im Bundestag lange vertreten hat, hat maßgeblichen Anteil daran gehabt, dass Rio überhaupt zustande gekommen ist. Das war die Blaupause für Kyoto und später für Paris. Man hat sich nämlich darauf verständigt, dass man international im Bereich der Umwelt handeln muss. Wir halten uns an die geschlossenen Verträge. *Pacta sunt servanda*, das ist ein wichtiger Grundsatz im Leben allgemein, aber auch in der Politik, dem sollten wir auch folgen.

Drittens ist der Abschlussbericht der Kohlekommission ein Kompromiss. Kompromiss ist kein Schimpfwort, sondern nach meiner Meinung Grundlage und Ziel von Politik! In Zeiten, in denen immer mehr gehetzt wird und immer mehr versucht wird, von rechts und links Politik zu machen und unversöhnlich aufeinander loszugehen, ist der Kompromiss ein entscheidendes Kriterium. Es ist im Juni 2018 gelungen, die Kommission ins Leben zu rufen, breit aufgestellt mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen: Vom Verband der kommunalen Unternehmer über Greenpeace, BUND, lokale Landräte, BDA, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter und schließlich auch mit Beteiligung des Saarlandes. Es wurden eben die Fußspuren im Estrich angesprochen: Es war auch Peter Altmaier zu verdanken, dass es gelungen ist, Niedersachsen, aber auch das Saarland mit der Wirtschaftsministerin des Saarlandes, in der Kommission zu installieren. Es geht dabei um den Bereich der Braunkohle, die Steinkohle spielt nur eine nachgeordnete Rolle. Es war sein Erfolg, dass wir überhaupt in der Kommission vertreten waren. Danke an Peter Altmaier, das sind Fußspuren im Estrich, die man hier erwähnen kann.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die Kunst und die Fähigkeit zum Kompromiss sind wichtig, denn die totale Eskalation darf nicht zum Standard der Politik werden. Das ist ein Stück gute alte Bundesrepublik, nämlich kompromiss- und konsensfähig zu sein.

Viertens geht es um Vernunft anstatt Ideologie. Wir wollen keinen blinden Ausstiegseifer, es geht uns um Klimaschutz, der den Menschen dienen muss. Es geht um einen Kohleausstieg, der niemanden ins Bergfreie fallen lässt. Es geht darum, Interessen auszugleichen. Es geht eben auch darum, die völkerrechtlichen Abkommen einzuhalten. Wir haben uns verpflichtet, das sogenannte 2-Grad-Ziel einzuhalten, nämlich die globale Erwärmung auf unter 2 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen und die Treibhausgasemissionen zu senken.

Meine Damen und Herren, der Abschlussbericht der Kommission war Endpunkt breiter Diskussionen, ist für uns aber Startpunkt, wenn es darum geht, die

(Abg. Speicher (CDU))

Energiewende der nächsten zwei Jahrzehnte zu gestalten. Schon in diesem Jahr geht es um das Strukturmaßnahmengesetz, der Kollege Roth hat es angesprochen, im Herbst wird es auch um das Planungsbeschleunigungsgesetz gehen. Es geht um die Hälfte der Bruttostromerzeugung. Das darf nicht zu blindem Aktionismus führen, sondern es muss dazu führen, auch in Zukunft das energiepolitische Dreieck einzuhalten: Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit.

Dann geht es um die Auswirkungen; das Saarland ist Industrieland. Ein hoher Anteil der Firmen ist im verarbeitenden Gewerbe tätig und darauf angewiesen, verlässlich und planbar mit den Energiekosten umgehen zu können. Das brauchen unsere Unternehmen. Es kann nicht sein, dass wir energieintensive Produktionen ins Ausland verlagern, dort herrschen schlechtere Umweltstandards als bei uns. Wir müssen auch energieintensive Produktionen in Deutschland, im Saarland erhalten. Das schafft Arbeit und Wertschöpfung, und ist wichtig für den Industriestandort Saarland. Es ist insbesondere für den Mittelstand wichtig, so ist nämlich unsere Wirtschaft geprägt.

Es kommt aber auch auf den Endverbraucher an, die Strompreise für Private sind stark gestiegen, deswegen muss die deutsche Energiepolitik darauf einwirken, dass die Strompreise nicht allzu sehr ansteigen. Wir haben auf der einen Seite stark gesunkene Strompreise in den Vereinigten Staaten aufgrund der Schiefergas-Vorkommen und auf der anderen Seite niedrige Lohnkosten in Asien. Wir müssen aufpassen, im Wettbewerb der Standorte nicht zerrieben zu werden.

Deswegen bin ich auch der Meinung, dass neben den 2 Milliarden Euro, die im Bericht angesprochen sind, auch darüber nachgedacht werden muss, beispielsweise wie andere Steuermittel eingesetzt werden können zum Erhalt von Industriestandorten. Man sollte unter Umständen darüber nachdenken, ob man im Bereich der Stromsteuer ebenfalls etwas tun kann, denn Subventionen zu zahlen für Kosten, die man vorher besteuert hat, ist auch nicht der Weisheit letzter Schluss.

Die bevorstehende Energiewende wird eine große Dynamik entwickeln. Wir erinnern uns an die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Jahr 2000, bei dem alle Erwartungen übertroffen wurden. Zu Beginn des EEG im Jahr 2000 lag der Anteil Erneuerbarer Energien in Deutschland bei 6 Prozent. Heute, im Jahr 2018, liegen die Zahlen bei weit über 30 Prozent. Es wurden zum Beispiel 1,7 Millionen Solaranlagen auf deutschen Hausdächern eingebaut, was einer Bruttoleistung von 46 GB entspricht. Als Größenordnung: Das ist vergleichbar mit ungefähr 50 großen Kohlekraftwerken. Wir sind damit europaweit die Nummer eins. Wir sind Europamei-

ster im Bereich der Solarenergie und weltweit auf Platz vier.

Es gilt auch, den Strompreis niedrig zu halten. Was der Kollege Thielen heute Morgen zum Thema der Energie angesprochen hat, gilt auch hier. Wir müssen darauf achten, Fehler, die im EEG gemacht worden sind, nicht zu wiederholen. Es geht darum, dass der Markt und die Marktmechanismen daran einen größeren Anteil haben.

Der Abschlussbericht trägt aber auch eine starke saarländische Handschrift: In der Anlage werden elf Projekte sehr detailliert beschrieben. Es geht um 500 Arbeitsplätze sowie um eine Wertschöpfung im Bereich von 300 bis 500 Millionen Euro. Der Kollege Roth hat es eben angesprochen, es geht auch um den Erhalt der Fernwärmeschiene im Großraum Saarbrücken, aber auch der Fernwärmeschiene zwischen Völklingen und Dillingen. Es geht auch darum, dass wir uns darum bemühen, an den Standorten Bexbach und Weiher, die noch bis Juni 2020 in der Netzreserve sind, eine Folgemöglichkeit der Energieerzeugung zu bekommen, beispielsweise durch hocheffiziente Gasheizkraftwerke. Es geht auch darum, den Filetstandort Ensdorf weiterzuentwickeln, wo wir Planungsrecht haben. Es gibt dort erste Überlegungen, diesen als Industrie-, Ressourcen- und Energiezentrum weiterzuentwickeln. Auch hier müssen wir dranbleiben.

Es erschöpft sich keineswegs nur in energienahen Bereichen. Der Abschlussbericht enthält auch detaillierte Forderungen außerhalb des Energiebereiches. Es geht um den Erhalt und den Ausbau der Strecke Paris-Saarbrücken-Frankfurt, der sogenannte Nordost ist erwähnt. Es geht aber auch um den Ausbau eines trinationalen digitalen Testfeldes für automatisiertes und vernetztes Fahren sowie um die Schaffung eines Kompetenzzentrums Datenschutzforschung und Cybersicherheit.

All das wird aber keine Selbstverständlichkeit sein; die Töpfe sind zwar groß, aber dennoch begrenzt. Die Braunkohlereviere führen doch sehr offensiv an, was sie verlieren. Man muss nämlich auch feststellen, im rheinischen Braunkohlerevier geht es um einen Förderraum, der der Größe des Saarlandes entspricht, jedenfalls dort, wo Braunkohle gefördert wurde und heute noch gefördert wird. Deswegen werden wir uns sehr anstrengen müssen, hier nicht leer auszugehen, und dafür kämpfen müssen, in die Projektfinanzierung reinzukommen.

Das ist für das Saarland wichtig, denn das Saarland ist ein gewachsener Energie- und Industriestandort. Das Saarland war lange Zeit Exporteur von Energie, und deswegen müssen wir durch eigene Maßnahmen dazu beitragen, dass Strom bezahlbar bleibt. Wir müssen vor allem aber auch dazu beitragen, dass das, was in den nächsten zwei Jahrzehnten an

(Abg. Speicher (CDU))

Geld zu verdienen sein wird, eben auch im Saarland stattfindet durch Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Wir müssen durch eigene Förderprogramme des Saarlandes Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Unternehmen partizipieren können, und sollten nicht nur die Hand nach Berlin ausstrecken - obwohl das auch wichtig ist -, sondern auch schauen, was im eigenen Verantwortungsbereich liegt. Wie wir etwa Unternehmen helfen können, Geld mit der bevorstehenden Energiewende zu verdienen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Durch erneuerbare Energien wird darüber hinaus ein Beitrag zur Energieautarkie geleistet, der uns unabhängiger macht. Ich gebe zu, dazwischen wird es einen Zeitraum geben, in dem wir auf Erdgas angewiesen sein werden. Ich glaube, gerade die neuerlichen Beschlüsse von Peter Altmaier, Flüssiggasterminals an der Nordsee zu errichten, werden dazu beitragen, dass wir uns nicht nur von unseren Partnern im Osten unabhängig machen, sondern auch das Atlantische Bündnis stärken können.

Wenn es uns am Ende gelingen sollte, als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, als gewachsene Industrienation, diesen Weg erfolgreich zu beschreiten, dann wird das weltweit Vorbildcharakter haben. Die Folgen werden messbar sein, auch für das Klima, wenn auch überschaubar, aber es wird Vorbildfunktion haben. Wir werden neue Technologien dafür benötigen: im Bereich der Netze, der Speichertechnologien, aber auch der Energieeffizienz. Das sollten wir beherzt angehen.

Wenn es stimmt, dass die Energiewende unsere Mondlandung ist, dann müssen wir uns in diesen langen Zyklen betrachten. Dann hat das Risiken, aber es birgt eben auch viele Chancen für uns. 20 Jahre ist ein langer, aber dennoch überschaubarer Zeitraum. Wenn wir uns zurückerinnern: Vor 20 Jahren, meine Damen und Herren, da war der 1. FC Kaiserslautern amtierender Deutscher Meister. Da haben wir noch mit D-Mark bezahlt und Google wurde gegründet. Trotzdem war früher auch nicht alles besser. Am 13. Februar 1999 hieß der Bundesfinanzminister noch Oskar Lafontaine und die SPD hat im Saarland alleine regiert. Außerdem war als Bundestrainer noch Erich Ribbeck im Amt. Insofern sehen Sie: Man kann mit gutem Willen auch Dinge zum Besseren wenden. Deswegen sollte man mit Optimismus in die Zukunft schauen. - Vielen Dank.

(Zuruf: Auwauwau! - Beifall von der CDU und teilweise der SPD.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Das Wort hat nun für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Lutz Hecker.

Abg. Hecker (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die Kohlekommission hat vor knapp drei Wochen ihren Abschlussbericht vorgelegt. Dieser enthält Empfehlungen im Vorfeld von politisch zu treffenden Entscheidungen inklusive einer langen Liste von Vorschlägen der Braunkohleregionen von vom Bund zu fördernden Projekten und einer Liste des Saarlandes mit ebensolchen Projekten, die wir - das sei ausdrücklich gesagt - in ihrer Gesamtheit befürworten.

Was sind nun die wesentlichen Inhalte? Kurz gesagt geht es um die Einhaltung der im Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung festgeschriebenen Reduzierungen des Ausstoßes von sogenannten Treibhausgasen, insbesondere CO₂, bis hin zu einer „CO₂-neutralen“ Wirtschaft im Jahre 2050. Damit verbunden ist die Hoffnung, den Anstieg der mittleren Temperaturen auf 1,5 Grad Celsius begrenzen zu können. Die Positionen der AfD zum sogenannten Klimaschutz sind bekannt. Ich habe dazu im Dezember an dieser Stelle umfassend ausgeführt. Deswegen hier nur noch ein paar Zahlen zum Verständnis.

Der Ausstoß von sogenannten Treibhausgasen in Deutschland hat sich zum Ende 2017 gegenüber 1990 gemessen in Tonnen CO₂-Äquivalenten um 27,5 Prozent verringert auf 905 Mt. Betrachten wir ausschließlich CO₂, so ist es geringfügig weniger. Der CO₂-Ausstoß weltweit hingegen hat sich im selben Zeitraum um 67 Prozent auf 37 Gt erhöht, Tendenz weiter steigend. Dementsprechend hat sich der Anteil Deutschlands am weltweit anthropogen erzeugten CO₂-Ausstoß auf nunmehr 2,1 Prozent annähernd halbiert.

Betrachten wir hingegen die weltweit größten Emittenten, so stellen wir fest, dass China, das fast jede dritte Tonne weltweit emittiert, im Vergleichszeitraum eine Steigerung um annähernd 300 Prozent erlebt hat. Einen vergleichbaren Anstieg von sogar deutlich über 300 Prozent hat nur noch Indien erlebt, das mittlerweile mit über 6 Prozent an dritter Stelle weltweit liegt. Dazwischen liegen noch die Vereinigten Staaten, die 2018 8 Prozent mehr CO₂ erzeugten als im Jahr 1990.

Zwischenfazit. Die wichtigsten Emittenten von CO₂ in der Welt, die fast für die Hälfte der Emissionen verantwortlich sind, haben ihren Ausstoß an CO₂ seit 1990 um 8 bis 320 Prozent erhöht.

(Sprechen auf der Regierungsbank.)

Was sagt nun die Welt, wie wir wirklich CO₂ sparen können? Lassen Sie uns mal einen Moment davon ausgehen, die AfD wäre wie Sie der Meinung, der Mensch hätte über die anthropogene Emission von CO₂ einen gravierenden Einfluss auf die Änderung

(Abg. Hecker (AfD))

des Weltklimas. - Entschuldigen Sie bitte, das stört massiv. Könnten Sie bitte - -?

Vizepräsidentin Spaniol:

Natürlich, gerne. Herr Abgeordneter Hecker hat das Wort. Ich bitte um mehr Ruhe.

Abg. Hecker (AfD):

Entschuldigen Sie bitte, das stört wirklich. Das völlig unverdächtige IPCC lässt sich in seinem Sonderbericht 1.5, veröffentlicht im Oktober letzten Jahres in Korea, zu folgender Aussage hinreißen: „Bei der Stromerzeugung steigen in den Modellen die Anteile von Atomenergie und fossilen Brennstoffen mit Kohlendioxidabscheidung und -speicherung, CCS, auf den meisten 1,5°C-Pfaden ohne oder mit geringerer Überschreitung an.“ Darüber einmal bitte kurz nachdenken! Im weltweiten Maßstab sollten also ebenfalls bis 2050 die Netto-Emissionen auf null sinken, die Grundlast, die wir 2050 genauso wenig wie heute durch sogenannte erneuerbare Energien abdecken können, soll also sehr wohl weiterhin durch Verbrennung fossiler Energieträger und unter Nutzung von CCS und durch Kernkraftwerke erzeugt werden.

Das sagt wohlgerne das hochgelobte IPCC, das an anderer Stelle, nämlich im 5. Sachstandsbericht - das ist der letzte - in der Zusammenfassung für politische Entscheider, Arbeitsgruppe I „Naturwissenschaftliche Grundlagen“, unter Fußnote 16 sagt: Aufgrund fehlender Übereinstimmung der Werte aus den bewerteten Anhaltspunkten und Studien kann kein bester Schätzwert für die Gleichgewichts-Klimasensitivität angegeben werden.

Dabei geht es um die Klimasensitivität von CO₂ und die Aussage heißt übersetzt: Wir wissen es nicht. Klimasensitivität beschreibt vereinfacht gesagt folgende Fragestellung: Wie verändert sich die globale Temperatur bei einer Verdoppelung des Anteils des betreffenden Gases, hier CO₂, in der Atmosphäre? In dem betreffenden Absatz, auf den sich die Fußnote bezieht, heißt es unter anderem: Die untere Temperaturgrenze des geschätzten wahrscheinlichen Bereiches ist also kleiner als die 2 Grad Celsius im Arbeitsbericht 4. Das war der Vorgängerbericht. Als Ausgangsbasis nimmt das IPCC übrigens 280 ppm CO₂ in der Atmosphäre für den sogenannten vorindustriellen Zeitraum an, ein Wert, der keinesfalls unumstritten ist und sich schon gar nicht verlässlich über Messungen belegen lässt.

Ich fasse also die Sicht des IPCC zusammen, das ich heute ausnahmsweise als rein wissenschaftliche und unabhängige Institution ansehe: Der wesentliche Treiber für einen erhöhten Strahlungsantrieb ist wohl CO₂, wenngleich wir zur Klimasensitivität so ganz genau nichts sagen können. Wir sollten jedoch den anthropogenen Ausstoß an Treibhausgasen bis

2050 auf null begrenzen beziehungsweise klimaneutral gestalten. Um das zu erreichen wird in fast allen Szenarien der Anteil von Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen unter Nutzung von CCS bei im Mittel 8 Prozent liegen und ein erheblicher und steigender Anteil durch Kernenergie abgedeckt werden.

Was macht unsere Kohlekommission? Im Prinzip hat sie ein Diagramm gemalt mit dem deutschen CO₂-Ausstoß und auf der Zeitachse die Jahre 1990, 2018, 2022, 2030 und 2050 aufgetragen. Dann hat sie geschaut, wohin wir gemäß Klimaschutzplan 2050 unserer Regierung im Jahr 2020 eigentlich wollten und wohin wir bis 2030 und schließlich 2050 immer noch wollen - Stichwort Dekarbonisierung und „Große Transformation“. Dann hat sie auf ihrem Diagramm geschaut, wieviel CO₂ wir bis 2022, 2030 und so weiter einsparen wollen, und hat das auf unsere Kohlekraftwerke umgelegt. Dabei ist sie zu dem Schluss gekommen, dass von den heute installierten 23 GW-Leistung an Steinkohlekraftwerken bis 2022 knapp 8 GW zuzüglich idealerweise auch die etwa 2 GW, die sich derzeit in der Netzreserve befinden, stillgelegt werden und bis 2030 noch einmal etwa 7 GW und die restlichen dann noch 8 GW bis zum Jahre 2038. Ganz ähnlich, nur etwas langsamer, wird die Stilllegung der Braunkohlekraftwerke auf der Zeitachse erfolgen.

Dann hat die Kommission gemerkt, dass diese Maßnahmen die Stromkosten explodieren lassen werden. Als Kompensation zum Beispiel wegen steigender Netzentgelte sollen zunächst einmal 2 Milliarden pro Jahr an die Endverbraucher gezahlt werden. Diese Zahl ist wohlgerne entstanden, bevor kürzlich die Übertragungsnetzbetreiber Bedarf für zwei neue Nord-Süd-Trassen mit Kosten von über 50 Milliarden angemeldet haben. Energieintensive Unternehmen sollen ebenfalls entlastet werden und das völlig zu Recht. Bereits heute werden in Deutschland die höchsten Industriestrompreise in Europa gezahlt und weltweit werden wir nur von Japan übertroffen, wobei auch da Vorsicht geboten ist, denn die Vergleichbarkeit ist in den Zahlenwerken kaum nachzuvollziehen.

Diesen Zusammenhang haben zum Beispiel die Herrn Bundesminister Altmaier und Ministerpräsident Tobias Hans erkannt und warnen vor einer Deindustrialisierung Deutschlands aufgrund energiepolitischer Alleingänge. Die AfD zeigt diese Zusammenhänge seit ihrer Gründung im Jahr 2013 auf, und zwar so stringent, wie es keine andere Partei tut.

Im Weiteren lässt sich die Kommission zur Versorgungssicherheit weitläufig aus. Wichtige Aussage ist unseres Erachtens, dass die Versorgungssicherheit grundsätzlich im Energiebinnenmarkt gewährleistet werden soll. Das ist vollkommen richtig, denn wir wissen alle, wir können über das Jahr gesehen noch

(Abg. Hecker (AfD))

so viel Strom aus Frankreich importieren, bei entsprechenden Wetterlagen fließen die Elektronen aus Cattenom durch französische Heizungen, im Weiteren noch jede Menge Beschreibungen zu den verschiedenen Reservemechanismen, die jedoch alle eines gemeinsam haben: Sie kosten richtig Geld.

Ein Wort zu den Speichertechnologien erspare ich mir hier. Das schaffe ich nicht mehr. Kurz noch zu Saar-Projekten. Bundesminister Altmaier hat einmal etwas von einer Batteriezellenproduktion im Saarland erzählt und die Landesregierung ist da draufgesprungen.

Vizepräsidentin Spaniol:

Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Hecker (AfD):

Ich komme zum Ende. In diesem Zusammenhang empfehle ich einen Blick nach Kamenz in Sachsen. Dort hatten Evonik und Daimler, zwei nun nicht ganz kleine Akteure, vor Jahren ein Gemeinschaftsunternehmen auf die grüne Wiese gesetzt, um zu beweisen, dass es in Deutschland möglich ist, alle Arbeitsschritte der Batterieproduktion kostendeckend durchzuführen. Das Projekt ist im letzten Jahr endgültig krachend gescheitert. Heute werden dort wieder Batteriezellen aus Asien zusammengeschraubt.

Vizepräsidentin Spaniol:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist doch etwas überschritten. Ich bitte Sie nochmals, zum Ende zu kommen.

Abg. Hecker (AfD):

Jawohl, Frau Vorsitzende. - Ich würde mit Ihnen sehr gerne noch länger die Aspekte des Abschlussberichtes diskutieren, das geht aber mangels Redezeit nicht. Wir werden also das einzige Land der Welt sein, das sich aufgrund einer mindestens strittigen Grundlage freiwillig vom letzten verfügbaren einheimischen Rohstoff zur Energieerzeugung verabschiedet und damit abhängig macht. Wir machen das um den Preis der Deindustrialisierung Deutschlands.

Vizepräsidentin Spaniol:

Herr Abgeordneter, bitte, Sie haben über eine Minute überzogen!

(Sprechen.)

Abg. Hecker (AfD):

Und wir machen das um den Preis von explodierenden Strompreisen für den Endkunden, unabhängig davon, ob er dies als Steuerzahler oder als Endkunde berappt.

Vizepräsidentin Spaniol:

Herr Abgeordneter, das geht nicht!

Abg. Hecker (AfD):

Mit der AfD ist das nicht zu machen. Wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Das Wort hat nun die Ministerin für Wirtschaft, Energie, Arbeit und Verkehr, Frau Anke Rehlinger.

Ministerin Rehlinger:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute geht es um den Bereich Energie, insofern kann man ihn bei der Aufzählung des Ressortzuschnitts gerne auch ein wenig nach vorne ziehen. Ich will zunächst einmal mit einer sehr grundsätzlichen Feststellung beginnen, nämlich damit, dass wir mit Blick auf die Aufstellung der Energielandschaft in Deutschland mit Sicherheit nicht erst durch die letzten Empfehlungen der Kohlekommission vor einer immensen Herausforderung stehen. Wenn wir uns in Europa umsehen, ist durchaus festzustellen, dass sich der eine oder andere Staat auf den Weg macht, erneuerbare Energien auszubauen, und an der einen oder anderen Stelle darüber nachgedacht wird, Atomkraftwerke abzuschalten oder aber einen Teil der Kohleversorgung zurückzufahren.

Was Deutschland allerdings von diesen jetzt nur kurzorisch aufgezählten Staaten in Europa unterscheidet, ist, dass sich unseres Wissens kein Staat auf den Weg macht, gleichzeitig aus der Atomenergie auszusteigen - und zwar mit Blick auf das Ausstiegsdatum 2020 quasi schon morgen - und aus der Kohleversorgung auszusteigen - mit Blick auf das Ausstiegsdatum 2038 quasi schon übermorgen. Das unterscheidet uns ganz elementar von anderen Staaten Europas und in der Welt. Es unterscheidet uns auch deshalb, weil wir das als ein Staat tun, der in seiner Wirtschaftsstruktur ganz maßgeblich einen industriellen Kern hat. Sich als Industriestaat auf diesen Weg zu machen und - weil das noch nicht kompliziert genug ist - sich gleichzeitig zur Aufgabe zu machen, alles so hinzubekommen und es so zu organisieren, dass es nicht auf dem Rücken einzelner Regionen und der dort lebenden Menschen stattfindet, ist nichts weniger als die Quadratur des Kreises. Das haben wir uns vorgenommen. Das ist eine große und immense Herausforderung, die wir mit aller Gründlichkeit, aber auch, wie ich finde, mit aller Zielstrebigkeit angehen sollten.

Dafür hat die Kohlekommission in den letzten Monaten und Wochen eine nicht einfache Arbeit erledigt. Sie hat angesichts der eben beschriebenen Heraus-

(Ministerin Rehlinger)

forderungen ein großes Werk abgeliefert, das nicht nur ein Ziel beschreibt, sondern auch Hinweise darauf gibt, wie man dieses Ziel erreichen kann und welchen Weg man dafür beschreiten kann. Ich finde, es ist eine große Leistung, die dort erreicht worden ist. Es zeigt aber auch gleichzeitig, wie groß die Herausforderung ist, vor der wir stehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Jetzt könnte man sich natürlich die Frage stellen - ich glaube, das tun sicherlich einige Bürgerinnen und Bürger, vielleicht auch Saarländerinnen und Saarländer -: Warum tun wir das alles, wenn es so kompliziert ist? Wäre es nicht einfacher, einfach so weiterzumachen wie bisher, denn im Grunde genommen fahren wir doch ganz gut damit? - Ich würde antworten: Ja, einfacher wäre es mit Sicherheit, auf kurze Sicht so weiterzumachen wie bisher. Ich würde allerdings stark in Zweifel ziehen, dass es mit Blick auf die Zukunft besser wäre. In diesem Zusammenhang fällt mir ein Zitat von Helmut Schmidt ein, der einmal gesagt hat: Rate den Menschen nicht das Angenehme, sondern Richtige. - Deshalb müssen wir unterscheiden, was für den Augenblick betrachtet das Angenehme wäre und was in die Zukunft gerichtet das Richtige ist. Richtig ist, dass wir uns mit Sicherheit der Aufgabe des Klimaschutzes nicht verweigern können, dass wir uns nicht darin erschöpfen können, Klimaschutzziele zu beschreiben und zu benennen, sondern dass wir natürlich mit konkreten Maßnahmen unterlegen müssen, wie wir es schaffen, die von uns festgelegten Klimaschutzziele zu erreichen, und was letztendlich dafür getan werden muss.

Richtig ist aber auch, im gleichen Atemzug, nicht erst an zweiter Stelle, sondern gleichrangig dafür zu sorgen, dass nicht der Einzelne auf dieser Wegstrecke dafür den Preis bezahlen muss. Das ist, so glaube ich, die große Aufgabe, vor der wir stehen. Wenn man das an den Bildern, die uns in dieser Woche erreicht haben, festmachen möchte, dann geht es nach meiner Einschätzung um nicht weniger als darum, einen Ausgleich zu schaffen zwischen den demonstrierenden Schülerinnen und Schülern, die freitags für Klimaschutz unterwegs sind, und denjenigen, die Gelbwesten anziehen, weil sie Angst haben um ihre Arbeitsplätze, weil sie sich zurückgesetzt fühlen. Es ist die vornehme Aufgabe von Politik, dafür zu sorgen, dass keine der beiden sehr wohl nachvollziehbaren Positionen gänzlich untergeht, sondern dafür Sorge zu tragen, dass dieser sozial-ökologische Wandel - das ist die Beschreibung der Aufgabe, vor der wir stehen - mit einer zupackenden Politik, die zukunftsoptimistisch ist, als Gestaltungsaufgabe angegangen wird. Nicht mehr und nicht weniger ist, was wir in den nächsten Mo-

naten und Jahren zu bewältigen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Was die Kommission vorgelegt hat, ist nicht nur eine Absichtserklärung, sondern die Festlegung eines Datums, es ist das Aufzeigen eines Weges, aber auch das Festlegen von Wegmarken, die noch einmal zur Überprüfung herangezogen werden. Das muss man genauso sagen. Es steht das Datum 2038 drin, es steht aber auch drin, dass wir auf der Wegstrecke überprüfen werden, ob das, was man sich vorgenommen hat, und ob die Annahmen, die man zum jetzigen Zeitpunkt getroffen hat, sich auf der späteren Wegstrecke realisiert haben. Ich halte es für wichtig, dass man diese Überprüfungen vornimmt, denn am Ende werden wir natürlich überlegen müssen, ob wir bei der Versorgungssicherheit in diesem Land tatsächlich so viel Netzausbau hinbekommen haben, dass wir sukzessive in die Abschaltung verschiedener Kraftwerke gehen können, oder ob wir mittlerweile viele kluge Ideen entwickelt haben, wie man dezentral Stromproduktion und Stromverbrauch besser zusammenbringen kann, als es uns heute gelingt. Das sind Punkte, die man anhand der Check Points, die im Kommissionsbericht enthalten sind, noch einmal überprüfen muss, da sie zur Grundlage dienen, alle weiteren Schritte entweder genauso schnell, schneller oder vielleicht langsamer zu gehen.

Was wir mit diesem Bericht zum ersten Mal haben, ist ein konkreter Fahrplan für den Wandel und damit auch Ausdruck dafür, dass wir uns der Verpflichtungen beim Klimaschutz annehmen werden. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite - und zwar gleichberechtigt - steht, dass der Strukturwandel, der damit einhergeht, eben nicht zu einem Strukturbruch werden darf. Das halte ich für ganz entscheidend. Das ist vor allem eine Fragestellung für die Braunkohleregion, weil sie - das müssen wir aus saarländischer Sicht zugestehen - natürlich im Moment eine höhere Betroffenheit haben, weil es dort nicht nur um die Verstromung geht, sondern auch um den Ausstieg aus der Braunkohlegewinnung. Es geht aus saarländischer Sicht um Interessen der Wirtschaft und der Beschäftigten, wenn wir uns mit diesen Fragen zu befassen haben.

Die Verhandlungen waren nicht ganz einfach. Angesichts der Aufgabe war das sicherlich auch nicht erwartbar, denn wir Länder waren ja nur Gast in dieser Kommission. Das war so angelegt, ist nachvollziehbar und auch richtig, denn es sollte ja eine durch alle gesellschaftlichen Gruppierungen getragene Kommission sein und eben keine Regierungskommission und keine Bund-Länder-Kommission. Wir waren insofern nur mit Rede- und Teilnahmerecht ausgestattet. Man muss sagen, dass es insbesondere um den Abbau der Braunkohle ging, aber eben auch um den

(Ministerin Rehlinger)

Ausstieg aus der Verstromung von Braun- und Steinkohle. Gleichwohl waren alle Debatten, die dort geführt worden sind, sehr braunkohlelastig. Insofern war es ein ständiges Bemühen, dafür Sorge zu tragen, dass wir eben nicht nur fokussiert über die Braunkohle reden. Ich will nicht verhehlen, dass bei aller Freundlichkeit und Kollegialität bisweilen bei mir der Eindruck entstanden ist, dass wir als Saarland dort ein bisschen behandelt worden sind wie die Verwandtschaft, die man eigentlich nicht leiden kann, aber trotzdem zur Familienfeier einladen muss. Das war nun einmal so. Das muss man an der Stelle aushalten. Das hat aber auch damit etwas zu tun, dass man möglichst wenige Mitesser am Tisch haben will, wenn man nur eine begrenzte Masse von Geld hat, selbst wenn sie einem der Summe nach groß erscheint.

Aber das ist nun einmal das einfache politische Geschäft, sich zunächst einmal überhaupt ins Rennen zu bringen und zu schauen, dass man mit am Tisch sitzt. Und wenn nachher die Speisen serviert werden, soll man nicht nur mit den Krümel abgeseigt werden. Das ist der Teil, der jetzt vor uns liegt. Wir sitzen mit am Tisch. Wir haben die Speisekarte etwas mitbestimmt. Jetzt geht es darum, dass wir etwas von diesem Speiseplan abbekommen. Das ist unser politischer Fahrplan, zumindest jetzt für die vor uns liegenden Wochen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Insofern war es extrem wichtig, dass wir es tatsächlich geschafft haben, mit unseren Projekten in diese Liste reinzukommen, dass wir in einem Anhang aufgeführt werden und dass auch im Fließtext immer wieder Bezug auf die Steinkohleländer genommen wird.

Man soll sich in solchen Zusammenhängen auch immer mit den Argumenten und den Gegenargumenten auseinandersetzen. Da wird gesagt, es geht schwerpunktmäßig um die Braunkohleländer und um den Ausstieg aus der Förderung der Braunkohle. Es geht natürlich auch um die Verstromungsfrage, und da ist die Steinkohle mit dabei. Insofern trägt dieses Argument, es ginge allein nur um die Braunkohle, nicht. Es geht auch um die Steinkohle. Das ist an dieser Stelle unser Gegenargument.

Es geht noch weiter. Da wird dann gesagt, okay, das Saarland ist aber nur eines von mehreren Ländern, das auch beim Ausstieg aus der Steinkohleverstromung betroffen ist. Auch das ist per se zutreffend. Natürlich stehen auch Steinkohlekraftwerke in Baden-Württemberg und Bremen. Die saßen gar nicht erst in dieser Kommission. Aber auch da brauchen wir uns nicht zu verstecken, sondern haben natürlich auch ein Argument an der Hand, das da lautet, dass weder Baden-Württemberg noch Bremen ehemalige Revierländer gewesen sind. Dort hat

niemals ein Steinkohlebergbau stattgefunden. Wir waren in diesen Zusammenhängen quasi in der Tagestaktung mit Strukturwandelaufgaben ohnehin schon immer betroffen. Wir sind erst 2012 aus der Steinkohleförderung ausgestiegen und sollen uns jetzt schon wieder in den nächsten Strukturwandelprozess begeben, indem wir auch noch aus der Steinkohleverstromung aussteigen sollen. Das ist auch ein Kriterium, das man anführen muss, wenn es darum geht zu fragen, warum sollen wir nichts bekommen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir sind dort auch in einer Sonderstellung im Verhältnis zu anderen Bundesländern.

Das letzte Argument lautet Ausstieg aus dem Steinkohleabbau. Die Begleitung dieses Prozesses ist bereits verhandelt worden. Auch das ist per se zutreffend. Steinkohlefinanzierungsgesetz, Erblastenvertrag und alles, was damit einhergeht, sind bereits vor vielen Jahren verhandelt worden. Die Summen, die dafür für das Land herausgeholt worden sind, sind auch schon vor vielen Jahren festgelegt worden. Insofern stellen wir überhaupt keine unbotmäßigen Forderungen, wenn wir sagen, wir wollen der Summe nach genauso behandelt werden wie die Braunkohleländer. Das wäre auch nicht zutreffend, weil es bei uns eben nicht mehr um den Abbau geht, sondern nur noch um die Verstromung und die Taktung dessen, dass wir zum zweiten Mal mit von der Partie sind, wenn Strukturwandel in einem Land stattfinden soll.

Aber umgekehrt zu sagen, damit seien wir völlig und endlich abgespeigt, ist auch falsch. Wenn man jetzt sieht, welche Summen aufgerufen werden, dann muss man die Stirn etwas in Falten legen, wenn man die Summen miteinander vergleicht. 40 Milliarden Euro ist eine stattliche Summe. Es sind faktisch 40 Milliarden Euro plus x, über die hier gesprochen wird. Aber vielleicht ist der Zeitpunkt vor den ostdeutschen Landtagswahlen ein besserer gewesen als er damals vielleicht bei uns gewesen ist. Ich glaube, das hat seine Wirkung an der einen oder anderen Stelle zumindest nicht verfehlt.

Insofern muss man sich mit den Argumenten der Gegenseite auseinandersetzen. Ich glaube, wir können das. Wir haben gute Gegenargumente, die zumindest eine Grundlage dafür liefern konnten, überhaupt in die Anhangliste reinzukommen, und wir konnten mit den Vorschlägen, die wir gemacht haben, auch überzeugen. Das erlebe ich gerade im Moment. In Nordrhein-Westfalen gibt es eine Debatte darüber, wie es im Ausgleich für Nordrhein-Westfalen aussieht. Ich höre, dass man als Unterbotschaft sagt, die Liste, die dort abgeliefert worden ist, ist ja nett. Aber wenn man sich die Liste anschaut, die das Saarland abgeliefert hat, dann hätte man sich gewünscht, dass sich Nordrhein-Westfalen im Gehalt der Vorschläge und in der Ausgestaltung der

(Ministerin Rehlinger)

Projekte, die man angemeldet hat, ein bisschen mehr daran orientiert hätte.

Es ist nicht an mir zu entscheiden, ob es klug ist, die Sanierung von Sportplätzen für eine solche Liste anzumelden. Ich kann nur für das Saarland sagen: Das war nicht unser Maßstab. Wir haben ein ganz anderes Ansinnen verfolgt. Mit den von uns gemeldeten Projekten ging es uns nicht darum, schnell irgendetwas zu reparieren. Vielmehr ging es bei den von uns gemeldeten Projekten um echte Strukturmaßnahmen, die, wenn sie gut laufen - daran glauben wir -, uns in die Lage versetzen, sämtliche Sportplätze im Saarland zukünftig alleine reparieren zu können, ohne dass sie uns jemand bezahlt. Das war die Idee, die dahinter gesteckt hat, als wir diese Projekte angemeldet haben. Andere haben offensichtlich erkannt, dass das gar nicht so unklug war, was wir an dieser Stelle auf den Weg gebracht haben.

Ich hoffe, es wird uns auch in der Diskussion, die noch ansteht, helfen. Das Rennen geht ja weiter. Wir sind quasi nur in die nächste Runde gekommen. Es ist schon angesprochen worden, es geht jetzt um das Maßnahmengesetz und die weiteren Verhandlungen. Wir haben uns dort in beständiger Beharrlichkeit in Erinnerung gebracht. Wir werden auch nicht nachlassen, uns weiterhin in diesen Gesprächen in beständiger Beharrlichkeit hartnäckig in Erinnerung zu bringen.

Aber wir werden durchaus auch in anderen Gesprächen - Stichwort Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ - mit den gleichen Argumenten darauf hinweisen, dass wir die Gelder nicht mehr nach Himmelsrichtungen verteilen wollen, wovon heute gesprochen wird. Wir wollen objektive Kriterien für Strukturunterschiede zwischen den Ländern haben, damit das Geld eben nicht nur in den Osten fließen kann, sondern damit auch das Saarland bei Anwendung objektiver Kriterien seine Ansprüche formulieren kann. Wenn zu Recht von Ostdeutschland gesagt wird, es sei benachteiligt, zum Beispiel bei den Bundesbehörden, dann ist das ein Argument, das das Saarland genauso gut für sich beanspruchen kann. Wenn das an der einen Stelle gilt, finde ich, sollte es an der anderen Stelle auch gelten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Diese Dinge fallen alle nicht vom Himmel. Es würde auch nicht ausreichen, hier einfach nur mit dem Fuß auf den Boden zu stampfen und zu hoffen, dass es in Berlin umgesetzt wird. Aber wenn man die Debatte nicht anfängt und wenn man das Tempo nicht ein bisschen anzieht und den Ton ein bisschen verschärft, dann fürchte ich, wird am Ende nie irgendetwas herauskommen. Deshalb sollten wir uns das für die nächsten Wochen und Monate durchaus vornehmen, damit wir am Ende nicht den Kürzeren ziehen werden.

Der Fahrplan ist eben geschildert worden. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, dass saarländische Interessen gewahrt bleiben und dass wir uns auf den Weg machen, saarländische Projekte realisieren zu können. Ich kann insofern die folgende Zusage geben. Wir werden uns weiterhin die Hacken für saarländische Interessen ablaufen. Lieber Kollege Oskar Lafontaine, wenn es sein muss, werde ich meine Pumps ruinieren, um Abdrücke im Estrich zu hinterlassen, der dann einen engagierten Weg in eine gute Zukunft für die Saarländerinnen und Saarländer zeigen wird. Wenn der saarländische Landtag dabei an unserer Seite ist, ist das ein gutes Signal. - Insofern ein herzliches Dankeschön und Glück auf!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. - Ich sehe gerade, Herr Kollege Müller signalisiert den Wunsch nach einer Kurzintervention. Dazu haben Sie jetzt die Gelegenheit. Bitte schön.

Abg. Müller (AfD):

Frau Rehlinger, Sie haben sich mit vielen Worten darum bemüht zu erklären, was wir von saarländischer Seite machen. Pflichtgemäß versuchen Sie natürlich, für das Saarland bei diesem Kohlekompromiss in der Folge so viel herauszuholen, wie möglich ist. Sie haben aber auch einen schönen Ausdruck gebraucht. Er heißt: Quadratur des Kreises. Das ist das, was diese Energiepolitik im Grunde ist. Eine Quadratur des Kreises ist aber noch keinem gelungen.

Wenn Sie davon sprechen, saarländische Interessen zu wahren, muss ich an das erinnern, was Wirtschaftsminister Altmaier zu dieser Energiepolitik gesagt hat: Sie kostet pro Nase 12.500 Euro. Für eine vierköpfige Familie sind das 50.000 Euro. In dieser Weise sind die Zahlen noch nicht genannt worden. Die Zahl, die von Altmaier genannt wurde, war 1 Billion. Das teilen Sie einmal durch 80 Millionen. Dann kommen Sie genau auf diese Zahlen. Das ist der Wahnsinn, der hier gemacht wird. Ich habe gerade eine Charakterisierung im Wall Street Journal entdeckt. Sie heißt „world's dumbest energy policy“, die weltdümme Energiepolitik. Das muss hier auch einmal gesagt werden.

Vizepräsidentin Spaniol:

Frau Ministerin, Sie haben die Möglichkeit, zu erwidern. - Der Wunsch besteht nicht. Dann stelle ich noch einmal fest, dass weitere Wortmeldungen nicht eingegangen sind. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 16/726.

(Vizepräsidentin Spaniol)

Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/726 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen sowie die Fraktion DIE LINKE, dagegen gestimmt hat die AfD-Fraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion, Drucksache 16/731. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/731 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktion DIE LINKE sowie die Fraktionen von CDU und SPD, dagegen gestimmt hat die AfD-Fraktion.

Wir kommen zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: ÖPNV der Zukunft - für einen attraktiveren Nahverkehr im Saarland (Drucksache 16/727)

Zur Begründung des Antrages der Koalitionsfraktionen erteile ich Herrn Abgeordneten Hans Peter Kurtz das Wort.

Abg. Kurtz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Nahverkehr im Saarland hat jeder eine Meinung. Fakt ist, Bus und Bahn sind Bestandteil des Alltagslebens vieler Menschen, aber die Zahl derer, die den ÖPNV im Saarland nicht nutzen, wird leider größer. „Hier steige ich ein“, der Werbespruch des saarVV, gilt mittlerweile für immer weniger Bürgerinnen und Bürger, und das muss sich ändern. Der ÖPNV muss deutlich besser werden, damit mehr Saarländerinnen und Saarländer ihn auch tatsächlich nutzen. Bus und Bahn sichern die Mobilität der Menschen und tragen zu einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung im Saarland bei.

Grundsätzlich hat das Saarland ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz. Das hat auch die jüngste Untersuchung der Allianz pro Schiene bestätigt. Das Saarland liegt zum Beispiel bei der Dichte des Haltestellennetzes bundesweit auf dem zweiten Platz. Trotzdem nutzen mehr als die Hälfte der Saarländerinnen und Saarländer ab 16 Jahren derzeit nie den ÖPNV im Saarland. Das Saarland liegt damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt mit 42,1 Prozent.

Wenn das Angebot im Saarland nicht in dem gewünschten Maße angenommen wird, muss das doch Gründe haben. Vielen potenziellen Fahrgästen scheinen die Preise zu hoch zu sein und für andere

wiederum ist die Infrastruktur des Verkehrssystems zu kompliziert. Bei einer repräsentativen Befragung im Rahmen der Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans ÖPNV nannten sowohl Nutzer als auch Nicht-Nutzer des ÖPNV Verbesserungen der Tarifstruktur als eines der wichtigen Handlungsfelder im Bereich des Nahverkehrs. Aber auch hinsichtlich der Verfügbarkeit der Verbindung und der Taktung der Umstiege und der Fahrdauer ist für viele Saarländer Handlungsbedarf angesagt. Das heißt, wenn man das zusammenfasst, der ÖPNV im Saarland muss deutlich einfacher und günstiger werden, damit er für viele Menschen in unserem Land attraktiv wird und sie dann auch die Verkehrsmittel nutzen.

Die Mobilität genießt in unserer Gesellschaft eine sehr hohe Wertschätzung. Wir sind auf sie angewiesen, denn wir wollen alle flexibel werden, wir wollen möglichst günstig von unserem Ausgangspunkt zum Zielort A oder B kommen. Aber das Thema Mobilität ist auch besonders für Menschen in unserem Land, die im ländlichen Bereich wohnen, von großer Bedeutung. Deshalb dürfen wir, wenn wir hier im Saarland über Mobilität reden, wenn wir über einen attraktiven Personennahverkehr reden, nicht nur an die Ballungsräume denken, sondern wir müssen dafür sorgen, dass wir in unserem Land eine Infrastruktur in alle Bereiche bekommen.

Das von der Landesregierung jetzt vorgestellte Konzept für eine Tarifreform ist nach unserer Meinung ein richtiger Schritt, um den öffentlichen Personennahverkehr im Saarland für den Fahrgast wieder attraktiv zu machen. Neben dem Ziel, mehr Menschen davon zu überzeugen, auf Bus und Bahn umzusteigen, geht es auch darum, Saarländerinnen und Saarländer bei ihrer Entscheidung für eine umweltfreundliche Mobilität finanziell zu entlasten. Das Konzept der Landesregierung für eine Tarifreform sieht vor, dass besonders für Familien die preislichen Hürden mit einem günstigen und landesweit gültigen Schülerticket in Kombination mit den Geschwisterrabatten gesenkt werden. Darüber hinaus, und das ist für mich auch ein wichtiger Punkt, wird es zukünftig auch ein landesweites Azubi-Ticket geben. Dies knüpft nach meiner Meinung nahtlos an die Erfolgsgeschichte des bereits eingeführten Jobtickets an.

Die Nutzung von Bus und Bahn wird durch die gezielte Pauschalisierung von Tarifen und die Einführung von Flatrate-Angeboten auch für diejenigen preislich interessanter werden, die den Nahverkehr nicht jeden Tag nutzen. Mit einem Wort: Die Tarifstruktur soll deutlich einfacher, übersichtlicher und landkreisgrenzen- und wabenirrelevant werden. Das ist sehr wichtig.

Wir reden immer sehr viel über das Saarland, wir wollen auch mehr Tourismus haben. Ich glaube, dass gerade die angedachten Tageskarten dazu

(Abg. Kurtz (SPD))

beitragen, den Menschen, die hier ins Land kommen, eine zusätzliche Möglichkeit zu geben, dieses Land mit Bus und Bahn zu bereisen und sich die vielen Sehenswürdigkeiten des Landes anzuschauen. Das kommt nachhaltig unserem Tourismus zugute. Was in vielen Städten bereits als Hop-On Hop-Off bekannt ist, wird auch für das Saarland meiner Meinung nach ein Gewinn sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben den finanziellen Aspekten müssen auch eine Reihe anderer Bereiche kritisch beleuchtet werden und weiter gehende Maßnahmen für einen attraktiven ÖPNV im Saarland getroffen werden. Dabei müssen wir auch die Chancen nutzen, die mit einer zunehmenden Digitalisierung geschaffen werden. Da ist es gut, dass der saarVV noch im ersten Quartal 2019 mit der Einführung des Handytickets einen App-basierten Ticketkauf im Saarland für die Nutzer des ÖPNV realisiert.

Ich habe an dieser Stelle schon öfter betont, dass das Saarland ein hervorragender Wissenschafts- und Automotive-Standort ist. Diese Stellung muss in Zukunft viel mehr genutzt werden, damit wir Vorreiter bei Innovationen und auch bei autonomen Verkehrskonzepten im Saarland sind. Um den ÖPNV im Saarland attraktiver zu gestalten, muss die verkehrsmittelübergreifende Vernetzung weiter ausgebaut werden. Hier müsste die Möglichkeit geschaffen werden, dass verschiedene Verkehrsmittel im Nahverkehrsbereich mit den privaten Verkehrsmitteln kombiniert und vernetzt werden. Denn die Überwindung der letzten Meile von der Haltestelle zum finalen Zielort ist eine der größten Herausforderungen im öffentlichen Personennahverkehr im Saarland.

In vielen Städten sind bereits über digitale Angebote Leihfahrräder oder Elektroroller im Einsatz. Das Saarland muss hier aber bürokratische Hürden abbauen und Anreize für die Einführung solcher Konzepte schaffen. Zur Verbesserung der Vernetzung muss die Anzahl der Abstellplätze für Fahrräder an Haltestellen erhöht werden sowie die Ladeinfrastruktur für die zunehmende Anzahl von Elektrorollern verbessert werden. Auch hier gibt es im Saarland noch einiges zu tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen mit unserem Antrag, dass der Landtag die von der Landesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen und die damit verknüpften verkehrs- und klimapolitischen Ziele bei der Umsetzung unterstützt. Wir haben das Ganze auch konkret in neun Punkten aufgelistet. Dabei geht es uns in erster Linie darum, dass die Tarifreform jetzt - so wie sie angedacht ist - schnellstmöglich realisiert wird, um finanzielle Anreize zur Nutzung des ÖPNVs zu schaffen und maximale Effekte für die Kundenfreundlichkeit zu erreichen.

Aber es geht auch darum, mit den Landkreisen über die Kofinanzierung des pauschalisierten Schüler-tickets sowie der landesweiten Sozialtickets zu reden und zu verhandeln. Es müssen Gespräche mit den Kammern und den saarländischen Arbeitgebern geführt werden, damit durch einen Arbeitgeberzuschuss der Eigenbetrag für die Auszubildenden - für das Azubi-Ticket so weit gesenkt werden kann, dass das Ticket für die Personengruppe letztlich finanzierbar ist. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die bevorstehende Einführung des appbasierten Ticketverkaufs offensiv beworben wird.

Das sind einige Punkte. Ich denke, Sie können lesen. Sie haben die neun Punkte, die uns wichtig sind, vor sich liegen. Sie sehen an den Ausführungen, die ich hier gemacht habe, dass es noch viel zu tun gibt, um den ÖPNV zu einem zukunftsorientierten, bürgernahen und umweltfreundlichen Personennahverkehr weiterzuentwickeln. Deshalb bitte ich um die Unterstützung unseres Antrages. - Glück auf.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Herr Kollege Kurtz. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat die Kollegin Astrid Schramm für die DIE LINKE-Landtagsfraktion.

Abg. Schramm (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen Kollegen! Das Thema ÖPNV ist ja in letzter Zeit wieder in den Schlagzeilen. Die Verkehrsministerin hat nach der Vorstellung des Konzepts von ausgesprochen positiven Reaktionen gesprochen. Die IHK hat bereits gelobt, dass für Auszubildende Vergünstigungen in Aussicht gestellt wurden. Die Arbeitskammer hofft auf Verbesserungen, hat aber auf unsere Nachfrage nicht erklären können, was sich konkret durch die vorliegenden Vorschläge der Regierung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern würde.

Offensichtlich herrscht vor allem Erleichterung, dass überhaupt wieder über den ÖPNV geredet wird. In dem vorliegenden Antrag gibt es durchaus richtige Ansätze. Der ÖPNV muss deutlich einfacher und günstiger werden, so Ihr Antrag. Wer würde das hier bestreiten? Weiter ist in Ihrem Antrag zu lesen: „Das Thema Mobilität ist insbesondere für Menschen in ländlichen Gebieten essenziell.“ Auch das ist wirklich nicht überraschend. Für viele potenzielle Fahrgäste scheinen die Preise zu hoch, die Tarifstruktur zu kompliziert und zu unflexibel. Das wissen die Saarländerinnen und Saarländer schon lange. Deshalb fahren durchschnittlich 68 Prozent fast täglich mit dem Auto. „Warum ist bislang nichts passiert?“, fragen sich die Bürgerinnen und Bürger hier in unserem Lande zu Recht.

(Abg. Schramm (DIE LINKE))

Es ist schon überraschend, wenn zwei Parteien, die schon lange Zeit regieren, jetzt hier auf einmal feststellen, dass die Struktur des ÖPNV schlecht ist, als hätten sie damit nichts zu tun und wären nicht schon seit Jahren in der Verantwortung, als wäre die schlechte Verfassung des ÖPNVs vom Himmel gefallen und nicht das Ergebnis verfehlter Entscheidungen der politisch Verantwortlichen. Fast schon rührend ist ja, dass sie in dem Antrag zu dem Schluss kommen, das von der Landesregierung vorgestellte Konzept für eine Tarifreform sei ein wichtiger Schritt, um den ÖPNV für den Fahrgast attraktiver zu gestalten.

Die komplizierte und ungerechte Wabenstruktur soll nun nicht mehr nach außen getragen werden. Im Hintergrund bleibt sie aber noch bestehen. Für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende soll es Verbesserungen geben. Das erkennen wir an. Aber auch das ist verglichen mit anderen Bundesländern kaum der Rede wert. Im Raum Köln-Bonn oder im Ruhrgebiet gibt es beispielsweise ein Schülerticket für 12 Euro im Monat. In der Stadt Rostock ist der Schülerverkehr sogar kostenfrei. Das ist eine Forderung, die auch die Landesschülervertretung im Saarland unterstützt.

Aber was hat diese Landesregierung für die anderen Saarländerinnen und Saarländer geplant? Nichts Konkretes. Wer heute als Arbeitnehmer Bus und Bahn benutzt und eine Zeitkarte hat, der soll nach den Vorstellungen der Verkehrsministerin in den allermeisten Fällen künftig genauso viel für eine Busfahrkarte bezahlen wie schon jetzt. Für Fahrten nach 09.00 Uhr gibt es zwar Ermäßigungen, aber die allermeisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind da schon längst auf der Arbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine sachliche und ernsthafte Debatte über den öffentlichen Nahverkehr ist in unserem Land längst überfällig. Eine solche Debatte bekommt man aber nicht mit einem übertriebenen Selbstlob der Regierung wie in diesem Antrag. Es ist traurige Realität, dass es beim ÖPNV im Saarland mit 17 verschiedenen Mitspielern ein undurchsichtiges Dickicht von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten gibt. Dabei wäre ein Landesbetrieb für den ÖPNV der bessere Weg. Das kann man auch unterstützen. Man müsste nur das ÖPNV-Gesetz ändern, aber davor scheuen sich die Koalitionspartner. Mehr Mobilität - gerade im ländlichen Raum - wird es nur geben, wenn in neue Strecken und Verbindungen und bessere Taktung - das wurde eben schon durch den Kollegen mitgeteilt - investiert wird. Zum Nulltarif ist das nicht zu haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sollte sich auch hier herumgesprochen haben, dass mehr öffentlicher Nahverkehr für die Gesellschaft insgesamt billiger ist als ein „Weiter so!“. Wir wissen, dass der Schadstoffausstoß aus dem Autoverkehr im Saar-

land in den letzten Jahren ständig gestiegen ist und mehr als 20 Prozent der Klimagase aus dem Straßenverkehr stammen. Wir wissen, dass das Saarland bei der Nutzung von Bus und Bahn an zweit-letzter Stelle aller Bundesländer liegt. Wir wissen, dass seit Jahren viel zu wenig in den ÖPNV und seinen Ausbau investiert worden ist.

Es wäre natürlich gut, wenn man prüfen würde, ob ein Einstieg in den Verkehrsverbund Rhein-Neckar oder eine Lösung mit Luxemburg und Lothringen für die Saarländerinnen und Saarländer attraktiv sein könnte und somit zu einer Aufwertung des ÖPNV führen würde. Das fordern wir schon lange, ebenso wie beispielsweise der Verkehrsclub Deutschland VCD. Deshalb begrüßen wir es, dass Sie dies auch in Ihrem Antrag aufgeführt haben. Aber insgesamt reicht das alles nicht aus. Es ist zu wenig, zu halberzig und zu unkonkret. Ausdauerndes Selbstlob der politischen Verantwortlichen von CDU und SPD hilft dem ÖPNV im Land überhaupt nicht. Darum lehnen wir den Antrag ab. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke Frau Kollegin Schramm. - Das Wort hat nun für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Sarah Gillen.

Abg. Gillen (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich zähle zu den wenigen meiner Generation, die das Glück hatten, mit drei Geschwistern aufwachsen zu dürfen. Das war schon zu meiner Kindheit ein Geschenk, das sich nicht viele Familien leisten konnten. Auch heute ist es nicht wirklich einfacher geworden, als Familie viele Kinder zu finanzieren. Besonders an zwei Dinge von früher erinnere ich mich: Wenn in den Ferien die Schulbücher für das neue Schuljahr gekauft werden mussten und schon wieder meine Bücher wegen einer Umstellung nicht mehr weiter genutzt werden konnten. Und wenn für uns vier die Abo-Preise für den Bus zwischen Oberthal und St. Wendel schon wieder teurer wurden.

Mit der Schulbuchleihe haben wir schon vor Jahren in dem einen Punkt Abhilfe geschaffen. Nun gehen wir mit der Tarifstrukturereform den nächsten Schritt. Durch einen Geschwisterbonus wollen wir vor allem Familien mit mehreren Kindern entlasten. Statt wie aktuell für jedes Kind fast 60 Euro im Monat zahlen zu müssen, damit der öffentliche Personennahverkehr nur innerhalb eines Landkreises genutzt werden kann, sollen Schüler in Zukunft mit nur einem Ticket für nur noch 49 Euro den ÖPNV im ganzen Saarland nutzen können. Das ist ein guter Beitrag für die Familien im Saarland.

(Abg. Gillen (CDU))

(Beifall bei der CDU.)

Dadurch kann das Elterntaxi öfter in der Garage bleiben, denn nun kann auch der Weg zum Fußball oder zum Musikunterricht mit dem Bus gefahren werden, in der Freizeit und über Landkreisgrenzen hinweg. Noch günstiger wird es nach dem Tarifkonzept für das zweite Kind der Familie, es zahlt nur noch 37 Euro, das dritte Geschwisterkind kann bereits für 25 Euro im Monat den ÖPNV im Saarland nutzen.

Somit sind für den Familienausflug in die Landeshauptstadt am Wochenende nur noch die Fahrscheine für die Eltern zu lösen. Auch hier schlagen wir im Tarifkonzept eine Vereinfachung vor. Statt zu überlegen, wie viele Waben von St. Wendel nach Saarbrücken durchfahren werden und welches Ticket damit zu lösen ist, soll zukünftig eine Tageskarte für das gesamte Saarland 9,90 Euro kosten - für zwei Erwachsene. Überlegen Sie mal, wie viele Stunden Sie für 9,90 Euro in Saarbrücken parken können. Am Schloss noch keine fünf Stunden, und das Parkhaus dort zählt zu den günstigeren Parkhäusern in der Landeshauptstadt. Dann haben Sie noch nicht die Sprit- und Unterhaltungskosten für die Fahrt gerechnet. 9,90 Euro ist also ein attraktiver und konkurrenzfähiger Beitrag.

Wir fordern im Antrag von CDU und SPD die Landesregierung auf, das Wabensystem immer weiter abzuschaffen. Dass bei der jetzigen Tarifreform die Waben zumindest im ersten Schritt für den Kunden unsichtbar werden, begrüßen wir als CDU-Fraktion ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU und von dem Abgeordneten Roth (SPD).)

Der Kunde kauft seine Tageskarte. Ihm ist egal, ob Saarbrücken als Wabe doppelt gezählt werden muss oder nicht. Und wenn spontan überlegt wird, mit dem Bus noch ins Kino zu fahren, dann scheitert dieser Plan zumindest nicht an einer weiteren benötigten Fahrkarte. Dies schafft Flexibilität und Kundenfreundlichkeit. Der ÖPNV im Saarland rückt an die Bedürfnisse seiner Kunden heran.

Auch für Touristen - der Kollege Kurtz hat es ja schon angesprochen - muss der ÖPNV im Saarland attraktiver werden. Eine gute Erreichbarkeit der touristischen Hotspots, aber auch der schönsten Wanderwege, eine gute Beschilderung der Haltestellen und Bahnhöfe, aber auch attraktive Ticketangebote sind hier zu nennen. In Zukunft soll die Tagesfahrkarte für fünf Personen 18,90 Euro kosten. Gerade Aktivurlauber, die im Saarland wandern oder mit dem Rad unterwegs sein wollen, brauchen die Möglichkeit, sich mit dem ÖPNV bewegen zu können. Das Auto stehen lassen zu können, sich ohne Zeitdruck und Stress als Gruppe bewegen zu können, ist gerade für Aktivurlauber ein wichtiger Urlaubsbe-

standteil. Hier stellt die vorgeschlagene Gruppentageskarte ein Angebot dar, das sicher viele nutzen werden.

Eine weitere Gruppe, die wir mit der geplanten Tarifreform entlasten wollen, sind Pendler, die außerhalb der Hauptlastzeiten den ÖPNV nutzen. Fährt man erst ab 09.00 Uhr morgens Bus oder Zug, sind monatlich zukünftig nur noch 39 Euro zu zahlen. Im Berufsverkehr vor 08.00 Uhr sind die Busse und Züge schon heute gut ausgelastet. Hier mit weiteren Vergünstigungen für noch mehr Fahrgastaufkommen zu sorgen, bedingt schnell zusätzliche Maßnahmen, um den gestiegenen Bedarf decken zu können: weitere Busse, eine engere Taktung oder längere Züge. Darin liegt zwar unser langfristiges Ziel, das wir in der aktuellen haushalterischen Situation jedoch nicht kurzfristig umsetzen können - leider. Trotzdem haben wir mit dem Jobticket ein Angebot geschaffen, das auch vor 09.00 Uhr Ersparnisse bringt, wenn mindestens drei Angestellte eines Unternehmens ein Jobticket beziehen. Dieses Angebot wollen wir selbstverständlich auch in Zukunft aufrechterhalten und weiter bewerben.

Daneben wollen wir zukünftig gerade auch für Auszubildende den öffentlichen Personennahverkehr günstiger gestalten. So sollen Auszubildende im ganzen Saarland bereits für 59 Euro im Monat den ÖPNV nutzen dürfen. Wie beim Jobticket auch soll es darüber hinaus für Arbeitgeber die Möglichkeit geben, das Ticket noch weiter zu vergünstigen. Hier muss ich allerdings dazu auffordern, nicht wie beim Jobticket über eine Staffelung bei einer größeren Zahl von Auszubildenden und damit einer größeren Zahl der abgenommenen Tickets große Unternehmen zu bevorzugen. Dadurch würde man den Mittelstand als Ausbilder benachteiligen. Selbstverständlich können Konzerne mit vielen Mitarbeitern auch mehr junge Menschen ausbilden und damit mehr Azubi-Tickets abnehmen, als dies ein Mittelständler kann. Bereits heute fällt es Mittelständlern schwerer, um Auszubildende zu werben, als großen, bundesweit bekannten Konzernen. Diese können Werbung schalten und über ihre Ausbildungsplätze sprechen, ohne dabei zunächst ihre Firma vorstellen zu müssen. Hier noch weiter das Ungleichgewicht zu verstärken, indem ich 20 Azubi-Tickets günstiger verkaufe als zum Beispiel fünf, wäre in meinen Augen der falsche Weg. Daher bitte ich die Landesregierung darum, darauf zu achten, dass hier nicht die Überzeugung „pro ÖPNV“ andere Umstände in den Hintergrund treten lässt.

Grundsätzlich sind wir uns jedoch einig, dass wir den öffentlichen Personennahverkehr vor allem auch für Berufspendler attraktiver gestalten wollen. Schließlich gewinnen wir in unseren Städten mehr Platz für sinnvollere Nutzungen, wenn weniger Ruheräume für Fahrzeuge des motorisierten Individual-

(Abg. Gillen (CDU))

verkehrs gebraucht werden. Wir gewinnen Platz für Radwege, die außerdem sicherer werden, wenn nicht ein- oder ausparkende Autos den Radweg queren. Wir gewinnen Platz für Menschen statt für Autos. Wir geben den Bürgern ihre Städte zurück.

Wir als CDU-Fraktion wollen keineswegs autofreie Städte, dafür ist die Automobilindustrie auch zu wichtig. Aber wir wollen attraktive Angebote schaffen, damit zumindest diejenigen mit einem Arbeitsplatz in Bahnhofsnähe überlegen, sich den Stress und die Zeit für die Parkplatzsuche zu ersparen, indem sie den Bus oder Zug nehmen. Wenn wir es schaffen, dass Menschen sich ärgern, wenn sie ausnahmsweise das Auto nehmen müssen, dann haben wir einen öffentlichen Personennahverkehr, wie wir ihn uns wünschen.

Natürlich ist uns bewusst, dass eine reine Änderung und Vereinfachung der Tarifstruktur nicht die Lösung für einen benutzerfreundlichen zukunftssicheren ÖPNV darstellt. Aber es ist ein erster Schritt für einen unkomplizierten Zugang und eine wichtige Unterstützung für Familien.

Darüber hinaus sind einige Maßnahmen langfristig umzusetzen. Beispielsweise fordern wir die Landesregierung auf, die notwendigen Anpassungen für einen Saarland-Takt zügig zu prüfen, damit Verträge nach ihrem Auslaufen passend ausgeschrieben werden können. Eine gute Taktung der einzelnen Verkehrsmittel untereinander ist wichtig, damit die Bürger schnell und ohne längere Wartezeit den ÖPNV nutzen können. Zum Beispiel ein Bus, der auf den Zug aus Saarbrücken wartet und den Fahrgast weiter in seinen Wohnort an die Haltestelle bringt. Dadurch wird teilweise der Einsatz zusätzlicher Busse nötig werden, da der Hin- und Rückweg von beziehungsweise zur Endhaltestelle zu weit ist, um rechtzeitig wieder am Bahnhof zu sein. Dies muss mit den Landkreisen besprochen werden und ist bei den Regionalbuslinien durch das Land umzusetzen.

Dabei können technische Mittel die Vernetzung der Verkehrsträger untereinander gut unterstützen. Gerade die letzte Meile, also der Weg von Bushaltestelle oder Bahnhof bis nach Hause, stellt für viele aktuell ein Hindernis dar, weshalb sie den ÖPNV nicht nutzen. Zwar sind im Durchschnitt im Saarland die Haltestellen von jedem Haus aus innerhalb kurzer Distanz erreichbar, trotzdem schreckt der Weg dorthin und das Warten an der Haltestelle einige ab. Hier über Apps bedarfsgesteuert ein Fahrzeug zu leiten, dass die Fahrgäste an der Haustür abholt und zum nächstgelegenen Bahnhof oder Busbahnhof bringt, ist über die Technik schon heute möglich. Finanzierbar ist es jedoch noch nicht. In einigen Jahren wird dieses Fahrzeug jedoch automatisiert fahren können, was die Nutzungskosten stark verringert. Dies ist zugegebenermaßen aktuell eher eine Vision. Mit dem grenzüberschreitenden Projekt TER-

MINAL, das der Ministerpräsident bereits heute Morgen angesprochen hat, werden im Saarland aber gerade erste Schritte in Richtung der Umsetzung solcher Visionen unternommen.

Das Saarland sollte auch Testfeld für weitere Produkte werden, ob sie ein Angebot für die letzte Meile bieten oder für geteilte Mobilität. Hier sind beispielsweise Elektroroller zu nennen, die sich bundesweit aktuell in der Zulassung befinden, oder Rufbusse, die unterwegs andere Fahrgäste zusteigen lassen und so eine Mischform zwischen Taxi und Bus darstellen. Wir fordern daher die Landesregierung auf, hier keine Türen zu verschließen, sondern Lösungen für eine intelligente Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger und neuer Mobilitätsprodukte zu erarbeiten.

Dazu ist teilweise der Ausbau der Infrastruktur notwendig: Ladestationen, an denen Elektrofahrräder und -roller geladen werden können, die Möglichkeit, solche Fahrzeuge sowie Klappräder auch zu den Hauptverkehrszeiten im Zug kostengünstig mitnehmen zu können, und Leihfahrzeuge, mit denen zumindest innerstädtisch der Weg vom Bahnhof zum Arbeitsplatz zurückgelegt werden kann.

Die Möglichkeit, demnächst das Ticket für den öffentlichen Personennahverkehr über eine App zu bezahlen, ist mittlerweile sicher kein großer Schritt mehr. In Zeiten, in denen viele Produkte des täglichen Bedarfs online gekauft werden, ist ein papierloser Fahrschein kein nennenswerter Erfolg. Trotzdem begrüßen wir es natürlich, dass wir diese Möglichkeit demnächst auch im Saarland anbieten, und sehen es als ersten Schritt zu einem zukünftigen automatischen Ticketkauf bei Betreten des öffentlichen Verkehrsmittels. Manchmal sind es tatsächlich die kleinen Dinge, die Großes bewirken. Schon der Wegfall der Notwendigkeit, sich vor Fahrtantritt am Fahrscheinautomat anzustellen, kann dem einen oder anderen den Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr erleichtern. Wir fordern daher die Landesregierung auf, die Bürger über den Komfortgewinn durch die Möglichkeit des Ticketkaufs per App zu informieren.

Insgesamt gehen wir also einen ersten Schritt in Richtung eines nutzerfreundlichen öffentlichen Personennahverkehrs. Das Ende der Fahnenstange erreichen wir so zugegebenermaßen noch nicht. Aber jeder Schüler, der heute mit Bus und Bahn zufrieden ist und der in einigen Jahren in der Ausbildung noch den Bus wählt, weil er damit günstiger fährt als mit dem eigenen PKW, wird auch in späteren Jahren noch eher den ÖPNV nutzen. Er wird vielleicht als Arbeitnehmer oder Unternehmer mit dem Elektroroller an die Bushaltestelle fahren, dort in den Bus einsteigen, schnell in den Zug umsteigen und vom Bahnhof aus wieder mit dem Roller die letzte Meile zum Arbeitsplatz zurücklegen. Die Tarifreform allei-

(Abg. Gillen (CDU))

ne stellt einen ersten Schritt dar, mit dem wir dem Elterntaxi die Stirn bieten können und den Azubi nicht ans eigene Auto verlieren.

Alle weiteren positiven Veränderungen sind langfristig anzugehen, weshalb wir in unserem Antrag der Fraktionen von CDU und SPD auch die Themen Saarland-Takt, letzte Meile oder die Verknüpfung von Verkehrsmitteln ansprechen und vorbereiten. Aus diesem Grund bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag, damit der öffentliche Personennahverkehr in seiner Attraktivität und Nutzerfreundlichkeit weiter gesteigert werden kann. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Abgeordnete. - Das Wort hat nun Herr Fraktionsvorsitzender Josef Dörr für die AfD-Fraktion.

Abg. Dörr (AfD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal bewundere ich den Mut der Regierungsfractionen, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu bringen. Dabei gibt es nichts zu gewinnen, aber es ist auch die Rede von der Zukunft. Das ist dann ein bisschen einfacher, als wenn von der Vergangenheit oder vom Jetzt-Zustand die Rede wäre. Ich fahre schon seit Längerem - im Augenblick kann ich es nicht so gut, weil ich keine Zeit habe - mit einem selbstbezahlten Ticket im Saarland rum. Man braucht da kein billiges oder teures Gutachten, um festzustellen, dass unser öffentlicher Personennahverkehr - um mal Verkehrsausdrücke zu gebrauchen - ein Totalschaden ist. Er funktioniert also absolut nicht.

Wenn ich dann lese, was hier beantragt und vorge stellt wird, und wenn ich höre, was Frau Gillen sagt - das war ja alles so schön dargestellt, wie wunderbar das alles sein wird -, dann fällt mir Goethe ein, der den Faust hat sagen lassen: Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Abg. Heinrich (CDU): Warum hast du dir dann eine Fahrkarte gekauft? - Oh-Rufe und Sprechen.)

Es gibt viele Dinge, die ich jetzt hier vortragen könnte. Das mache ich aber nicht. Ich kann mich in manchen Dingen auf die - -

(Zuruf der Ministerin Rehlinger.)

Frau Rehlinger, Ihre Kommentare brauche ich wirklich nicht. Frau Vizepräsidentin, sie redet immer dazwischen. Sie müssten ihr vielleicht mal sagen, dass sie so höflich sein soll, mir zuzuhören, ich höre ihr sicherlich auch zu.

Vizepräsidentin Spaniol:

Herr Fraktionsvorsitzender, es ist angekommen. Wir haben hier auch mehrfach darauf hingewiesen, dass Zurufe und Zwischenbemerkungen von der Regierungsbank nicht zulässig sind.

(Zurufe und Sprechen.)

Abg. Dörr (AfD):

Dann habe ich mich anscheinend verhöhrt!

Vizepräsidentin Spaniol:

Ich bitte Sie, Herr Dörr, um Disziplin und darum, Ihre Rede fortzuführen und keinen Dialog zu führen. - Bitte sehr.

(Abg. Roth (SPD): Ich bitte doch, jetzt nicht auf Halluzinationen zu reagieren.)

Abg. Dörr (AfD):

Vielleicht hörst du nicht so gut, Eugen, aber andere haben es auch gehört. Es ist ja auch immer so. Das ist nicht nur bei mir so.

(Abg. Berg (SPD): Das ist nichts als Unsinn. Völliger Unsinn!)

Sie können jetzt nichts behaupten, was so nicht stimmt. Sie hat mir dazwischengeredet.

(Lautes Sprechen. - Abg. Berg (SPD): Vielleicht reden Sie jetzt einfach weiter zur Sache.)

Ja, klar. Aber nehmen Sie doch einfach mal zu Kenntnis, dass das immer so ist, dass Frau Rehlinger den Leuten von der AfD hier dazwischenredet.

(Zurufe und Sprechen.)

Frau Schramm hat sehr vieles gesagt, was ich zu 100 Prozent unterschreiben kann. Man sieht auch, dass sie davon Ahnung hat. Das Thema des öffentlichen Nahverkehrs ist ja nicht so einfach. Ich habe ihn zwangsweise erlebt, als er noch funktioniert hat, und das war zu einer Zeit, als niemand ein Auto hatte außer dem Arzt. Damals hat der Personennahverkehr funktioniert. Es ist auch noch eine Eisenbahn, die saarländische Eisenbahn SEB von Saarbrücken nach Wadern, gefahren. Das ist schon lange nicht mehr so. Die erste Abkürzung war Primsweiler und heute ist es nur noch Lebach. Damals gab es noch viele Bahnstrecken, die es heute nicht mehr gibt. Zudem gab es zwei Omnibusunternehmen, das eine waren die roten Bahnbusse und das andere die gelben Postbusse. Es war leicht zu regeln, dass die Strecken normal angefahren werden. Es gab keine Überschneidungen, es gab zuverlässige Fahrpläne und die Busse sind nach Fahrplan gefahren.

Diese Zeit hat sich geändert. Zuerst haben mehr Leute Autos gehabt. Inzwischen hat nicht nur jede Familie ein Auto, sondern fast jede einzelne Person

(Abg. Dörr (AfD))

besitzt ein Auto. Heutzutage werden andere Ansprüche an den öffentlichen Personennahverkehr gestellt. Ich habe zu einer Zeit im Zug gesessen, als die Züge nur noch einen Waggon hatten. So tief war die Anzahl schon gesunken. Nur noch Bahner sind damit zu ihrer Arbeitsstelle gefahren und ich war der einzige Gast.

Ich habe mal einen Eisenbahner auf der Strecke von Uchtelfangen nach Saarbrücken angesprochen und nach seinen Erfahrungen mit der Bahn und den Freifahrtscheinen für Mitarbeiter gefragt. Er hat dann gesagt, dass er einen Freifahrtschein besitzt und dass seine Frau die Hälfte des Ticketpreises bezahlt, aber wenn er mit seiner Frau von Uchtelfangen nach Saarbrücken zum Einkaufen will, müssen sie zuerst zur Bushaltestelle und mit dem Bus nach Illingen, dann mit dem Zug zum damaligen Knotenpunkt Wemmetsweiler, wo in den Zug nach Saarbrücken umgestiegen werden muss. Dort können sie dann einkaufen, gepackt mit Taschen spazieren gehen und wieder nach Hause fahren. Er hat dann gesagt, wenn er seiner Frau vorschlägt, sie fahren mit dem Zug nach Saarbrücken, erschlägt sie ihn. Er braucht mit dem Auto nämlich nur 20 Minuten nach Saarbrücken, kann dort einkaufen, legt die Taschen ins Auto, geht mit seiner Frau noch einen Kaffee trinken und fährt nachher gemütlich nach Hause. Das macht er so, weil das einfacher ist.

(Zuruf des Abgeordneten Funk (CDU).)

Wie kann die Bahn überhaupt konkurrieren? Es kommt ja noch etwas anderes dazu, die meisten Leute sind nur zu feige, das zu sagen: Wenn man den Zug oder den Bus nimmt, begibt man sich unter Leute. Dann muss man deren Gerüche und Lärm ertragen. Man muss vieles ertragen, was man nicht ertragen muss, wenn man im eigenen Auto sitzt.

(Zurufe der SPD.)

Man kann auch bestimmte Dinge nicht machen, die man im eigenen Auto macht.

(Heiterkeit.)

Ohne dass die Leute es zugeben, ist das ein wichtiger Grund, weshalb sie mit dem Auto fahren. Sie fahren sozusagen von Haustür zu Haustür. Und sie können fahren, wann sie wollen. - Das mag ja sehr heiter sein, aber das ist nun einmal so.

(Zuruf und anhaltende Heiterkeit.)

Und das lösen Sie, liebe Frau Rehlinger, mit dem Schund-Papier, das Sie hier haben, nicht. Das ist nur geeignet, den Leuten die Augen zuzuschmieren. Das wird nicht klappen, das wird ein Flop! Das sage ich Ihnen dazu, und da werde ich zu hundert Prozent recht haben.

(Anhaltende Zurufe von den Regierungsfractionen.)

Sie sehen ja jetzt den Versuch in Luxemburg, die machen das zum Nulltarif. - Herr Dr. Jung, ich weiß, das ist alles so heiter für Sie,

(Abg. Dr. Jung (SPD): Ja, ich freue mich!)

aber Sie haben eben keine Erfahrung! Sie haben das alles nicht erlebt!

(Lachen von den Regierungsfractionen und Zurufe: Ach so!)

Zum Nulltarif, das ist von Ihrer Partei gefordert worden. Von Ihrer Partei! Warum hat man das nicht gemacht? Auch das, auch der Nulltarif würde, darauf würde ich wetten - und das wird auch in Luxemburg so sein - keine wesentliche Änderung bei dieser Sache bringen. Sie müssen zuerst einmal wirklich einen ganz anderen Takt mit Ihren Verkehrsmitteln schaffen. Wenn ich zum Beispiel von Saarbrücken nach Quierschied fahre, fährt der Zug jede Stunde. Man wartet aber keine 55 Minuten, weil man den Zug verpasst hat.

(Zuruf von der SPD: Nein, ich gehe früher los!)

Man geht auch nicht eine Viertelstunde früher aus einer Versammlung, nur weil der Zug dann fährt. Das alles sind damit verbundene Schwierigkeiten.

Vor zwei Jahren, vor der Wahl, habe ich eine Saarland-Wanderung gemacht und dabei versucht, mit dem Nahverkehr immer an die jeweiligen Wanderorte zu kommen, um von dort aus loszumarschieren. Es war eine Tragödie! Die Busfahrer haben mir gesagt, die Straßen seien zum Teil so schmal, dass ein entgegenkommender Bus nicht vorbeikäme. Der muss dann stehen bleiben. Fahren Sie doch mal mit dem öffentlichen Nahverkehr!

(Anhaltendes Sprechen.)

Ich sage Ihnen, warum es, abgesehen von den Gründen, die ich schon genannt habe, auch nicht funktioniert: Den meisten Politikern genügt es schon, so viele Leute in die Züge zu bekommen, dass weniger Autos auf den Straßen unterwegs sind - damit sie selbst besser fahren können.

(Lachen bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Anderen ist es ohnehin egal, weil sie sowieso nie mit dem öffentlichen Nahverkehr fahren.

(Beifall von der AfD. - Sprechen auf der Regierungsbank: Und jetzt!? - Heiterkeit bei den Regierungsfractionen. - Abg. Eder-Hippler (SPD): Man merkt doch, dass Faasenacht ist. - In den Reihen der SPD wird die Melodie eines Karnevalsschlägers gesummt.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Das Wort hat nun Frau Ministerin Anke Rehlinger.

Ministerin Rehlinger:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass ich der AfD nicht dazwischenrede, dass ich ihr aber jederzeit die Stirn biete. Darauf können Sie sich verlassen, Herr Dörr! Zweitens möchte ich darauf hinweisen, dass die Koalitionsfraktionen, im Gegensatz zu Ihrer Fraktion, unter Beweis stellen, dass sie eben nicht in der Vergangenheit leben, sondern dass sie es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Zukunft zu gestalten. In diesem Sinne verstehe ich den Antrag der Koalitionsfraktionen, daher auch ein herzliches Dankeschön dafür, dass er heute eingebracht wurde.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es geht um das klar formulierte Ziel, den ÖPNV im Saarland attraktiver zu machen, ihn zu verbessern. Es wird dabei nicht in Abrede gestellt, auch nicht von mir, dass es einen spürbaren Bedarf gibt, Verbesserungen beim ÖPNV auf den Weg zu bringen. Das ist übrigens in aller Deutlichkeit auch von dem Gutachter zum Ausdruck gebracht worden. Dem Gutachter sind insoweit auch nicht irgendwelche Schranken auferlegt worden. Er hat vielmehr auftragsgemäß mit einer sehr klaren und nüchternen Betrachtung alle Schwächen offengelegt, ist dabei aber nicht stehengeblieben, sondern hat aus der Analyse abgeleitet Vorschläge für die Zukunft gemacht. Damit haben wir, so glaube ich, eine sehr gute Diskussionsgrundlage erreicht, was die Tarifstruktur angeht.

Das will ich voranstellen, denn darum geht es hier heute vor allem. Wenn es aber darum geht, den ÖPNV im Land insgesamt attraktiver zu machen, ist das zwar ein wichtiger Baustein, aber eben nicht der einzige Baustein, an dem man arbeiten muss. Insofern ist die heutige Diskussion wie auch die Diskussion, die sich im Laufe dieses Jahres noch anschließen muss, ein logischer erster Schritt.

Eben wurde gesagt, das alles sei zu wenig, zu schlecht und erfolge zu spät. Ich will darauf hinweisen, dass das alles in der Reihenfolge geschieht, in der wir uns das vorgenommen haben und die wir angekündigt haben. Wir haben uns zunächst mit den strukturellen Rahmenfragen beschäftigt, dies im Rahmen der Novellierung des saarländischen ÖPNV-Gesetzes. Darin geht es um das Verhältnis der Akteure zueinander und um die Frage, wie man das insgesamt aufstellt. Das haben wir im saarländischen Landtag gemeinsam miteinander verabredet.

Als nächsten Schritt haben wir uns vorgenommen, einen Verkehrsentwicklungsplan aufzustellen. Der bedeutet ganz ausdrücklich mehr als nur eine Klärung der Tarifstruktur. Es geht um viel mehr, diesbezüglich werden wir bis zum Ende des Jahres zu Ergebnissen gekommen sein.

Dass wir uns erst jetzt mit der Frage der Tarifstruktur beschäftigen, hat schlicht und ergreifend damit zu tun, dass wir uns schon auch an der Realität orientieren müssen. Das unterscheidet diejenigen, die in der Opposition sind - auch ich war ja schon in der Opposition -, von denjenigen, die in der Regierung sind. Denn die Verbesserungen, auch diejenigen, über die wir hier miteinander reden, werden, wenn man das ehrlich betrachtet, allesamt nicht zum Nulltarif zu bekommen sein. Deshalb darf man, wenn man das solide machen will, nicht einfach nur einen Wunschkatalog formulieren, sondern muss auch in der Lage sein, die dafür notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Das war sicherlich in den hinter uns liegenden Jahren angesichts des großen Sparzwanges, angesichts des großen Drucks, unter dem wir standen, nicht im wünschenswerten Ausmaß möglich. Ich bin froh, dass wir nun zumindest Spielräume dafür sehen, betone aber auch, dass die Vorschläge, die jetzt gemacht worden sind, haushaltstechnisch noch nicht hinterlegt sind. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

Deshalb ist die Debatte auch politisch und gerade auch gesellschaftspolitisch so breit angelegt, denn letztlich geht es um die Frage, was man will und was so wichtig und so notwendig ist, dass es finanzpolitisch mit Priorität versehen werden soll, damit das Geld dann auch zur Verfügung steht. So organisiert man, wie ich finde, gute Regierungspolitik. Es ist unser Anspruch, mit dieser Frage gegenüber der Bevölkerung offen und ehrlich umzugehen. Mit dem, was der Gutachter uns vorgestellt hat, haben wir aber einen guten Ansatz gefunden, und auf dieser Basis wollen wir auch alle weiteren Gespräche führen.

Es nützt überhaupt nichts, keiner einzigen Saarländerin und keinem einzigen Saarländer, Modelle vorzuschlagen, die - Stand heute - in diesem Land überhaupt nicht finanzierbar sind. Gefordert werden Modelle, die dreistellige Millionenbeträge verschlingen würden. Dieses Geld kann ich rausblasen, aber die Modelle würden niemals Realität werden. Ergebnis wäre aber Unzufriedenheit auch an den Stellen, an denen wir mit konkreten Ansätzen für Zufriedenheit sorgen können. Diese Zufriedenheit zu erreichen, das ist unser Ansatz, und der unterscheidet sich maßgeblich von den Ideen anderer Parteien in diesem Hause.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Einen weiteren Punkt will ich ansprechen: Natürlich ist es den Bürgerinnen und Bürgern erstmal vollkommen egal, wer wofür zuständig ist. Sie sehen einfach das Angebot, und Mobilität ist ein öffentliches Angebot, ein Bestandteil der Daseinsvorsorge. Aber ich glaube schon, dass die Abgeordneten in diesem

(Ministerin Rehlinger)

Haus es sich nicht ersparen können, auch zu betrachten, wer in diesem Land wofür zuständig ist. Diesbezüglich muss man einfach auch festhalten, dass in den Zuständigkeitsbereich des Landes in allererster Linie der schienengebundene Nahverkehr fällt, ebenso die R-Linien, also die Linien, die in diesem Land die weit voneinander distanzierten Ziele mit dem Bus verbinden. Alle Verkehre, die zwischen diesen größeren Zielen liegende Ziele anfahren, fallen in die Zuständigkeit der Landkreise. In dieser Systematik bewegen wir uns zunächst einmal.

Kämen wir alle hier übereinstimmend auf die Idee zu sagen, wir müssten ein anderes Angebot in der Ticketstruktur machen, wäre das doch mit einem Preis verbunden. Die Verkehrsunternehmen würden uns entgegenen: Wir kalkulieren zunächst einmal diese Ticketstruktur auf der Basis unserer Zahlen. Müssen wir von unserer Kalkulation abweichen, weil an der einen oder anderen Stelle etwas vergünstigt werden soll, so muss uns irgendjemand diese Vergünstigung erstatten. - Und mit dieser Erkenntnis stünde man dann bei uns auf der Matte.

Das alles ändert aber nichts an den grundsätzlichen Zuständigkeiten. Klar ist natürlich, dass wir mit dem Geben von Geld für Vergünstigungen an den Stellen, an denen wir sie für notwendig und richtig erachten, auch politische Schwerpunktsetzungen vornehmen wollen. Das drückt sich gerade auch in der Vielzahl von Vorschlägen aus, die wir alle miteinander zu diskutieren haben.

In aller Munde ist derzeit das Wabensystem. Mir wäre es auch am liebsten, könnten wir pauschal sagen, dass das Saarland eine einzige Wabe ist. Bei sehr vielen Angeboten, die wir in diesem Kontext diskutieren, ist aber doch genau das schon Kern der Überlegung! Bei allen Pauschalangeboten, bei allen Flatrates, soweit sie landesweit ausgestaltet sind, ist das Saarland für den Nutzer eine einzige Wabe. Mit diesen Angeboten wird also eine zentrale Forderung erfüllt. Das ist, so glaube ich, vor allem etwas, das die Attraktivität nicht nur mit Blick auf den Preis erhöht, wichtig ist vielmehr auch die Vereinfachung. Denn schaut man sich unsere Tarifstruktur an, auch die Wabenstruktur, stellt man durchaus fest, dass es an der einen oder anderen Stelle auch ein wenig an Schlüssigkeit mangelt.

Das derzeitige System ist wirklich nicht leicht verständlich. Man sieht sich einigen Fragen gegenüber: Wie fahre ich wohin? Will ich ein Wochenticket? Mit wie vielen Personen bin ich unterwegs? - Man hat eben in der Vergangenheit auch immer wieder versucht, noch etwas Neues und noch etwas Individuelleres draufzusatteln. Letztlich hat das alles aber nur die Unübersichtlichkeit weiter erhöht. Eine Vereinfachung und eine bessere Übersichtlichkeit ist, so denke ich, ein Wert an sich, der mit einer Tarifstrukturreform erreicht werden sollte, damit man sich

auch wirklich ohne intensives Studium entscheiden kann, welches Ticket das richtige ist, damit man nicht vorzeitig zur Bushaltestelle gehen muss, um sich einzulesen, welcher Tarif der geeignete sein könnte.

Die Vorschläge, die gemacht wurden, sind zunächst einmal Vorschläge. Die kann man unterschiedlich miteinander kombinieren oder in der Höhe variieren, je nach Verfügbarkeit der Mittel, dann hat man natürlich unterschiedliche Auswirkungen. All das gilt es jetzt, in einer breit angelegten Debatte in diesem Land zu diskutieren. Das will ich an dieser Stelle als Einladung aussprechen, im Sinne eines Beteiligungsprozesses. Am Ende soll es nämlich zu mehr Zufriedenheit führen, das ist das große Ziel, das wir gemeinsam verfolgen werden. Wenn man sich anschaut, welche Vorschläge gemacht wurden, dann unterscheiden die sich auch in der Zielsetzung, nicht nur den ÖPNV als Oberziel attraktiver zu machen, sondern auch in den Fragen: Will ich damit mehr Nutzer generieren? Will ich damit zum Beispiel eine Entlastung für eine bereits große Nutzergruppe erreichen? Will ich damit möglicherweise ein arbeitsmarktpolitisches Ziel oder sogar ein sozialpolitisches Ziel verfolgen? Nicht jede Form des Vorschlages für ein Ticket ist alleine unter verkehrspolitischen Gesichtspunkten zu betrachten. Denn dann müsste ich alles herausnehmen, was nicht das Ziel verfolgt, mehr Nutzer zu generieren. Trotzdem können alle anderen Ziele, im Sinne eines Gesamtansatzes, dem man sich als Politik ja verpflichtet fühlt, sinnvoll und richtig sein. Wenn wir uns das System anschauen, dann finde ich, sollten wir es umfassend tun.

Nehmen wir das Beispiel des Sozialtickets. Ich glaube, es ist einfach konsequent, an dieser Stelle die Frage zu diskutieren, was es für die Ausgestaltung und für die Kosten des Sozialtickets bedeutet, wenn nun mal im Regelsatz 28 Euro für Mobilität angesetzt sind. Ich will gar nicht die Debatte führen, ob der Regelsatz hoch genug ist, aber auf der Basis der jetzigen Ausgestaltung, liegt unser Ticketangebot darüber. Diese Frage, finde ich, muss man sich als Politik stellen. Dann muss man natürlich auch wissen, dass es am Ende auch Geld kosten wird. Wir haben bereits mit den Landkreisen gesprochen, und ich bin sehr froh, dass diese uns insofern eine positive Rückmeldung gegeben haben, als sie es nicht nur schön finden, sondern sie haben laut und deutlich gesagt, sie wissen, dass sie selber in der Verpflichtung stehen, über diese Fragen mit uns zu diskutieren.

Das zweite Beispiel ist das Schüler-Ticket. Wir haben eben an anderer Stelle über die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen gesprochen. Ich weiß nicht mehr, wer das Beispiel gebracht hat, aber das ist nicht nur ein Ort in Rheinland-Pfalz, wo man für Schüler-Ticket weniger bezahlt, sondern das ist dort

(Ministerin Rehlinger)

grundsätzlich frei. Wir wollen nicht im Standortwettbewerb mit anderen Bundesländern zurückfallen, sondern wollen möglichst dranbleiben. Vor diesem Hintergrund ist es schon fast verwunderlich, dass wir republikweit betrachtet einen der höchsten Anteile bei der Inanspruchnahme von Schüler-Tickets haben: Rund 60 Prozent der saarländischen Schülerinnen und Schüler fahren Bus. Das ist ein extrem hoher Wert, wir liegen an der Spitze. Wir liegen allerdings leider auch an der Spitze bei den Kosten für ein Schüler-Ticket.

Wir diskutieren viel über die Frage, wie man Familien entlasten kann. Der Bund tut das auch. Ich finde, wir sind an einem Punkt angelangt, wo wir tatsächlich erneut miteinander diskutieren sollen: Ist das für uns eine Möglichkeit, an dieser Stelle Familien zu entlasten, wenn wir bei den Ticketpreisen ein bisschen Luft herauslassen? Da kann es ein Vorschlag sein, ein saarlandweites Ticket für 49 Euro einzurichten. Das wäre eine extreme Verbesserung für viele saarländische Familien, wenn man ein solches Ticket anbieten würde. Das will ich in aller Deutlichkeit festhalten, weil hier gesagt worden ist, die Vorschläge taugen alle nichts. Das wäre deutlich praktikabler, denn im Moment ist es so, dass, wenn man in dem einen Landkreis wohnt und in dem anderen Landkreis zur Schule geht, es richtig teuer ist, diese Wegstrecke mit dem Bus zurückzulegen. Dieses Ticket würde das Problem beheben.

Der gleiche Gedanke liegt dem Azubi-Ticket zugrunde. Bei den Azubis ist das viel zugespitzter und noch häufiger der Fall, weil man es zum Teil mit drei Landkreisen zu tun hat: In dem einen wohnt man, in dem anderen ist die Schule und im dritten ist der Ausbildungsbetrieb. Da ist es nahezu unmöglich, das mit den ganzen Tickets vernünftig hinzubekommen. Auch deshalb bin ich dafür, dass wir das Azubi-Ticket genauso wie das Schüler-Ticket als ein landesweites Ticket auf den Weg bringen. Ich habe gesagt, es ist nichts entschieden, aber ich habe hohe Sympathien für verschiedene Maßnahmen. Bei dem Schüler-Ticket und dem Azubi-Ticket bin ich sehr dabei. Ich finde, wir sollten uns tatsächlich auf den Weg machen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es sollte auch überlegt werden, ob wir einen Geschwisterrabatt draufsatteln. Auch das ist eine familienpolitische Maßnahme, nicht in erster Linie eine verkehrspolitische. Wir müssen uns als Politik fragen, ob wir es tun wollen, oder ob wir es an der Stelle lassen. Dann müssen wir aber auch mit den Landkreisen darüber reden, wer welchen Anteil an welcher Stelle bringt, weil das zu finanzieren ist.

Wir haben eben über die Azubi-Tickets gesprochen. Ich habe mich natürlich über die positive Resonanz seitens der IHK gefreut, ich weiß von Herrn Wegner,

dass es bei der Handwerkskammer genauso gesehen wird. Natürlich will ich mit den Betrieben und den Unternehmen reden, um zu eruieren, ob es darüber hinaus von der Arbeitgeberseite eine Bereitschaft gibt, etwas draufzupacken. Ich glaube, dass das eine große Chance wäre, auch für die Betriebe, ein Statement abzugeben, und zwar ein geldwertes Statement für Auszubildende und zukünftige Auszubildende, indem man sagt, der Auszubildende ist es mir wert, dass man Geld in die Hand nimmt. Wir wissen alle, keine Fachkräfte zu haben, ist eine Wachstumsbremse. Dann, finde ich, sollte man vielleicht besser vorher in ein Azubi-Ticket investieren, als nachher keine Fachkräfte zu haben, um die Arbeitsaufträge abarbeiten zu können. Auch das ist ein Punkt, den wir miteinander diskutieren müssen.

Es gibt viele weitere Einzelvarianten, die angesprochen worden sind. Ja, es stimmt, am Ende des Tages wird es vielleicht nicht für jeden Einzelnutzer, der heute einmal den Bus benutzen will, weil sein Auto in der Werkstatt ist und er es abholen will, eine Vergünstigung geben. Nicht nach dem Motto „Im Himmel ist Jahrmarkt“, aber ganz gezielt Anreize setzen, wo wir glauben, entweder neue Nutzergruppen erschließen zu können oder wo aus anderen Gründen der Bedarf besteht, Entlastungen herbeizuführen, das ist etwas, das ich gerne mit allen diskutieren würde.

Das werden wir auch tun. Ich war damit bereits im Ausschuss des Landtages, wir sind mit den Verkehrsunternehmen, mit den Verkehrsträgern im Gespräch. Wir werden natürlich auch mit den Kommunen intensiv reden, mit den Schulträgern, den Sozialverbänden, den Kammern, den Gewerkschaften, mit allen. Dazu gehören alle, die in irgendeiner Weise betroffen sind.

Am Ende des Tages möchte ich nämlich einen substanziell verbesserten ÖPNV haben, bei dem man auch merkt, dass er besser geworden ist. Das ist ja auch eine Erkenntnis aus der Vergangenheit: Es gab früher schon ganz gute Angebote, die in der Bewertung des Gutachters durchaus als gut bezeichnet worden sind, das haben nur viele Saarländerinnen und Saarländer gar nicht mitbekommen! Denn eine Erfahrung ist auch, dass es mitnichten ausreicht, nur ein gutes Tarifangebot zu haben, man braucht auch eine Vertriebschiene, die das offensiv vorantreibt. Man braucht ein Vermarktungskonzept für jedes Produkt, das man auf den Markt bringen will. Man braucht aber auch ein bisschen Optimismus, dass man tatsächlich im Sinne der Refinanzierung mehr Nutzer erschließen kann, sodass es am Ende vielleicht nur eine Anschubfinanzierung ist, für die wir Geld in die Hand nehmen werden. Ich habe den Optimismus, dass uns das an dieser Stelle gelingen kann.

(Ministerin Rehlinger)

Letzte Bemerkung. Ich habe eben gesagt, das ist nur eine Maßnahme, um den ÖPNV attraktiver zu machen. Ich will darauf hinweisen, dass wir im Rahmen der Erstellung des VEPs natürlich mit vielen anderen gesprochen haben, im Übrigen auch unter großer öffentlicher Beteiligung. All das, was wir hier diskutieren, die Vorschläge des Gutachters, die Themen zum Verkehrsentwicklungsplan insgesamt, ist im Internet abzurufen. Das ist keine Geheimsache, das kann sich jeder ansehen. Es kann sich auch jeder in die Debatte einbringen. Das werden wir intensiv weiter vorantreiben.

Das Erscheinungsbild der Stationen, das muss man sagen, ist auch ein wichtiges Thema. Es liegt nicht immer ganz in unserer Hand, wir arbeiten mit der Bahn zusammen und versuchen voranzukommen. Das Thema Barrierefreiheit ist wichtig, die Anbindung des ländlichen Raums, grenzüberschreitende Verbindungen, aber auch, wie man von einem Verkehrsträger auf den anderen umsteigen kann, welche Abstellmöglichkeiten vorhanden sind und so weiter. Alles das ist zu bearbeiten, wenn wir tatsächlich substanzielle Erfolge auch hier in diesem Land erreichen wollen.

Ich glaube, dass es in den letzten Jahren, vielleicht sogar Jahrzehnten, noch niemals eine derart strukturierte und systematische Betrachtung des saarländischen ÖPNV gegeben hat. Ich sage das nicht als Kritik, sondern weil die Bedeutung des ÖPNV niemals so groß gewesen ist wie heute. Deshalb haben wir jetzt eine gute Chance, dieses Thema systematisch anzugehen im Sinne dessen, was wir als wünschenswert im Auge behalten, was wir vor allem aber auch als machbar umsetzen wollen. Nach diesem Motto wollen wir vorgehen, und ich bin froh, wenn ich Sie an meiner Seite weiß. - Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 16/727. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/727 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen. Dagegen gestimmt hat die Fraktion DIE LINKE sowie die AfD-Fraktion.

Wir kommen zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Ausbau Photovoltaik vorantreiben - Förderprogramm für Photovoltaik-Heimspeicher auflegen (Drucksache 16/734)

Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abgeordneten Ralf Georgi das Wort.

Abg. Georgi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Im Saarland gibt es bei der Förderung der Solarenergie im Vergleich zu den anderen Bundesländern noch Nachholbedarf. Das wollen wir ab heute ändern. Deshalb unser vorliegender Antrag für mehr Förderung von Photovoltaik und Batteriespeichertechnik. Wir wollen die Landesregierung auffordern, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, ähnlich wie es das bereits in früheren Jahren bei einem Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine gab.

Die Solartechnologie hat in den vergangenen Jahren eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. Solarenergie ist eine ökologische und wirtschaftliche Form der Energiegewinnung und trägt nachweislich zum Klimaschutz bei. Bereits 1989 bestand im Saarland ein Markteinführungsprogramm für erneuerbare Energien. Bis 1994 gab es damals Fördermittel in Höhe von 14,3 Millionen D-Mark. 90-Prozent davon entfielen auf thermische Solaranlagen in Privathaushalten. 1,7 Millionen Solaranlagen sind inzwischen auf deutschen Dächern und Feldern installiert und haben Deutschland zu Europas Solarland Nummer 1 gemacht. Auch im Saarland sah es vor einigen Jahren noch ganz gut aus. Doch in der Entwicklung hinken wir inzwischen hinterher. Wurden im Jahr 2011 noch 3.701 Anlagen mit 60,4 MW Leistung installiert, waren es im Jahr 2018 nur noch 510 Anlagen mit 10,3 MW Leistung. Dies dürfte natürlich mit der entsprechenden EEG-Einspeisevergütung und mit entsprechenden Förderungen zu tun haben.

Im Dezember 2018 hat die Landesregierung in einer Antwort auf meine Anfrage zugegeben, dass das Saarland mit 3,55 Prozent nach Nordrhein-Westfalen den zweitniedrigsten Anteil der Flächenländer an der Bruttostromerzeugung durch Photovoltaik hat. Natürlich bestehen im Saarland noch große Potenziale, vor allem bei Dachanlagen und bei den sogenannten benachteiligten landwirtschaftlichen Gebieten. Das sieht die Regierung so wie wir. Nur das alleine nutzt nichts, wenn der Einsicht nicht auch Taten folgen. Vorhandene Potenziale müssen genutzt werden. Daher soll Solartechnik im Saarland noch mehr gefördert werden. Wir denken dabei nicht nur an finanzielle Förderungen, wobei eine Energiewende zum Nulltarif natürlich nicht zu haben ist.

(Abg. Georgi (DIE LINKE))

Photovoltaikanlagen sollten verpflichtend auf öffentlichen Gebäuden errichtet werden müssen, wenn sie keine Mehrkosten verursachen, denn meistens rechnen sich diese Anlagen perspektivisch gesehen beim Eigenstromverbrauch. Auch auf kommunaler Ebene wird das Potenzial der Solarenergie bei Neubauten leider noch viel zu selten berücksichtigt. So hat etwa die Kita Kyllberg, die letztes Jahr in Köllerbach eröffnet wurde, zwar 700 Quadratmeter Dachfläche in bester Südhanglage, aber leider keine Photovoltaikanlage. Auch die Kommunalaufsicht sollte den Kommunen keine Steine in den Weg legen, wenn diese beispielsweise kostenlos Photovoltaikanlagen von Energiegenossenschaften auf Dächern installieren lassen wollen und dafür mehr Stromkosten sparen würden, als sie Pacht zahlen müssten. Die Kommunen würden also langfristig gesehen Geld sparen und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Das muss gefördert werden, nicht behindert werden.

Wie die ARGE Solar berichtet, liegt der Ertrag einer optimal ausgerichteten Photovoltaikanlage im Saarland im Durchschnitt bei etwa 900 KW-Stunden pro installierter KW-Anlageleistung. Damit übersteigt der Ertrag in 20 Jahren in der Regel die Kosten für Investitionen, Finanzierung, Wartung und Versicherung deutlich. Von der Kommunalaufsicht wird jedoch nur diese 20-jährige Pacht summiert, als Kreditfinanzierung betrachtet und der Kreditrahmen der Kommune im Inbetriebnahmejahr der Anlage um die Summe der 20-jährigen Pacht gekürzt. Das verhindert solche Projekte bei allen finanziell notleidenden Kommunen. Dabei sollte es vor allem um eines gehen: Klimaschutz muss auf allen Verwaltungsebenen ein relevantes Ziel werden.

Meine Damen und Herren, hier wären Änderungen zum Beispiel bei der Förderung für solche Vorhaben seitens der betreffenden Ministerien notwendig. Wir sind uns doch sicherlich alle einig, dass das Photovoltaik-Potenzial auf Saarlands Dächern noch mehr ausgeschöpft werden und Hindernisse beseitigt werden sollten. Auch im Bereich der Stromspeicherung muss mehr passieren. Es gab ja ein Förderprogramm des Landes, das durchaus etwas gebracht hat, aber dieses Programm wurde zum Jahresende 2018 beendet. In anderen Bundesländern wie in Thüringen, Baden-Württemberg und in Sachsen wird der Kauf von Batterien gefördert, um den Solarstrom im jeweiligen Bundesland zu speichern. Auch im Saarland sollte das wieder möglich sein. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Herr Kollege Georgi. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion der Kollege Reiner Zimmer.

Abg. Zimmer (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung teilen die Einschätzung, dass Speicher ein immer wichtiger werdender Baustein im Zuge der Energiewende sein werden. Dies gilt gleichermaßen für Speicher im Wärme-, Strom- und im Gasbereich. Stromspeicher für den Hausgebrauch zählen sicherlich auch dazu. Aus diesem Grunde hat das Land die effektiven Möglichkeiten von Lithium-Ionen-Speichern zur optimalen Eigenstromversorgung bereits ab Oktober 2015 bis Ende 2018 gefördert. Rund 470 Anträge wurden gestellt, 350 Anträge konnten eine Grundförderung erhalten. 40 Prozent von diesen Antragstellern, nämlich 140 Anträge, konnten einen Autarkiegrad von mehr als 68 Prozent erzielen. Diese Förderung wurde im PV-Bereich in Ergänzung zur KfW-Förderung gezahlt, um einen stärkeren Anreiz gerade für saarländische PV-Projektierer zu setzen und hierzulande Erfahrungen mit dieser Technologie sammeln zu können. Insgesamt haben wir für die Förderung von Speichertechnologien rund 1,4 Millionen Euro in dem oben genannten Zeitraum ausgegeben. Die Preisentwicklung bei den Stromspeichern ist jedoch so günstig verlaufen, dass die in den Jahren 2016 bis 2018 vom Bund degressiv gestaltete, von 25 auf 10 Prozent verlaufende Förderung Ende 2018 auslaufen konnten, ebenso wie die Förderung der saarländischen Landesregierung.

Hier will ich sehr deutlich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE - jetzt ist Ihr Fraktionsvorsitzender leider nicht mehr da, der eigentlich die Energiewende immer sehr stark schilt mit den heute mehr als über 100 Milliarden Euro investierten Geldern von den Bürgerinnen und Bürgern für den Umbau -, hier wollen Sie jetzt wieder Steuergeld in die Hand nehmen für etwas, was sich, wenn es jemand tun will, rechnet. Es ist eine unternehmerische Leistung, die rechnet sich von Haus aus. Es steht jedem frei, das zu tun. Ich könnte jetzt wie Herr Dörr darauf eingehen, wie „sellemols“. Ich habe mir auch so eine Anlage vor 20 Jahren gekauft. Die hat keinen Stromspeicher. Die läuft jetzt aus, zeitnah im Jahr 2021. Ich sage sehr deutlich, ich brauche für den Stromspeicher keine Förderung, weil jeder, der etwas Verstand hat und die Anlage weiter betreiben will, die heute noch - ich habe sie vor Kurzem erst messen lassen - bei 93 Prozent Energieerbringung läuft, nur noch sinnvoll mit einem Stromspeicher weiter zu betreiben ist.

Daher kann ich einer weiteren Förderung mit dem Risiko, das Sie dabei sehen, hier eigentlich nicht mehr folgen. Das werden wir als Koalitionsfraktionen heute auch nicht tun. Wir reden hier vom Energiemarkt, der sich heute trägt. Das ist nicht nur bei den Photovoltaikanlagen so, sondern mittlerweile auch bei Windkraftanlagen. Für den Bau von Windkraftan-

(Abg. Zimmer (SPD))

lagen bekommen wir Null-Cent-Angebote. Sie bedürfen keiner Förderung mehr. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es also mit Sicherheit nicht sinnvoll, eine weitere staatliche Förderung aufzulegen. Das trifft den Steuerzahler, oftmals den kleinen Mann, der sich keine Photovoltaikanlage leisten kann. Er muss das dann mitfinanzieren. Hier geht es einzig um den Markt und die Leute, die das betreiben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist geradezu grotesk, wenn ich auf die vorangegangene Debatte zum Waldgesetz schaue, in der die Linksfraktion Windräder im Saarland abgelehnt hat. Der Verdacht des Kollegen Jung, den er heute Morgen geäußert hat, drängt sich auch mir auf. Die LINKE sagt in der Kommunalwahl: Liebe Bürgerinnen und Bürger, wir sind für den Energiewechsel, wir sind aber gegen Windkraftanlagen - die sind im Moment nicht modern, weil die Leute sie an vielen Orten ablehnen -, dafür machen wir ganz dick in Photovoltaik.

(Zuruf des Abgeordneten Georgi (DIE LINKE).)

Ja, so ist es! Das muss man schon so sagen.

(Abg. Schramm (DIE LINKE): Aus Ihrer Sicht!)

Ich will der Debatte in Sachen Technik einmal ein Fundament geben, sie auf den Boden stellen: Um die gleiche Leistung wie mit einem Windrad zu erhalten, brauchen wir 4 Hektar Photovoltaikanlagen. Ich weiß nicht, wie die Bürger darauf reagieren würden, wenn wir alle Wiesen und Felder des Landes mit Photovoltaikplatten zupflastern würden. Das empfindet auch nicht jeder als schön und aus Umweltschutzgründen ist es auch nicht ganz so sinnvoll.

(Zuruf des Abgeordneten Georgi (DIE LINKE).)

Dabei vergessen Sie außerdem, dass nachts die Sonne nicht scheint, der Wind nachts aber manchmal weht. Da haben wir also auch noch eine andere Stromproduktion.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Georgi (DIE LINKE).)

Selbstverständlich bedarf es zukünftig einer vernünftigen Klimaschutzpolitik mit vielen verschiedenen Fakten und Technologien. Der Kollege Lafontaine sagte es heute Morgen. Hierzu gehören zum Beispiel die Dämmung von Häusern und viele andere Dinge. Die Kollegin Anke Rehlinger, die Ministerin für Wirtschaft und Verkehr, hat vorhin über Verbesserungen im Verkehrsbereich, im ÖPNV gesprochen. Auch da liegt mit Sicherheit ein guter Grund, den Klimaschutz voranzutreiben. Mehr Menschen im öffentlichen Nahverkehr bedeuten weniger Autos auf den Straßen. Auch dort haben wir einen Ansatz, um bessere Klimaschutzpolitik für die Zukunft zu machen. Ich könnte Ihnen einen Tipp geben. Leider

sind die GRÜNEN im Parlament nicht mehr vertreten.

(Abg. Schramm (DIE LINKE): Gott sei Dank! - Abg. Pauluhn (SPD): Wieso leider?)

Oder eben: Zu Recht sind sie nicht mehr vertreten. - Die GRÜNEN haben vor zwei bis drei Jahren im Bundestag den berühmten Veggiday ausgerufen. Vielleicht macht sich die Fraktion DIE LINKE über Folgendes einmal Gedanken: Eine Senkung des Fleischverbrauchs in Deutschland um 50 Prozent hätte den gleichen Effekt, wie wenn man alle Verkehrsfahrzeuge abstellen würden. Das hängt damit zusammen, dass das Methan, das die Tiere ausstoßen, und auch der Dung in Sachen Klimaschutzbelastung ein 30-faches Niveau gegenüber dem CO₂-Ausstoß haben. Vielleicht schließen Sie sich denen an. Das kam damals bei den deutschen Bürgern ja ganz gut an. Ich weiß aber nicht, wie es bei den Saarländerinnen und Saarländern ankäme, wenn man ihren Fleischkonsum reduzieren oder ihnen das Fleischessen verbieten wollte.

(Vereinzelt Beifall.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie verweisen in Ihrem Antrag auf den Rückgang des Zubaus von PV-Anlagen zwischen 2011 mit damals 60 MW und 2018 mit nur noch 10 MW. Herr Georgi, dieser Vergleich ist unredlich, die Zeit von 2010 bis 2012 gehörte auch bundesweit zu den Boomjahren der PV mit einem Zuwachs zwischen 6 und 9 Gigawatt, bis danach aus Kostengründen die Reißleine gezogen wurde, um hohen Vergütungspreisen entgegenzutreten. Wir wissen alle, haben wir damals einen Umschwung im EEG vorgenommen und die Förderquote auf 69 Cent pro Kilowatt hochgesetzt. Es gibt viele Leute, die davon profitiert haben, aber wie so oft haben das gerade die Menschen mitbezahlt, die kein eigenes Haus, kein Grundstück und gar nicht die Möglichkeit hatten, sich eine Photovoltaikanlage zu bauen.

In den Jahren 2015 bis 2017 pendelte sich der Zuwachs im Bund zwischen 1,5 und 1,7 Gigawatt ein. Für das Jahr 2018 wurden inzwischen - Ihre Daten mit der Aussage von 10 MW reichen nur bis Ende August - 16,7 MW ermittelt, also ebenfalls ein Viertel der früheren PV-Zuwächse. Wir liegen damit beim Zubau im absoluten Bundesdurchschnitt.

Im dritten Absatz Ihres Antrages wird auf PV auf landeseigenen Gebäuden Bezug genommen, allerdings wird die Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Georgi, Drucksache 16/662, nicht korrekt wiedergegeben. Die Antwort auf die damalige Frage 1 ist eindeutig der Tabelle zu entnehmen, dass nämlich nicht nur Eingangsprüfungen stattgefunden haben, sondern auch Anlagen errichtet wurden. So nahm die erste PV-Anlage auf einer Landesliegenschaft bereits 1987 ihren Betrieb auf, weitere Anlagen ka-

(Abg. Zimmer (SPD))

men in den Jahren 2006, 2009 und 2010 hinzu. Die letzten PV-Anlagen wurden zwischen April und Juni 2018 errichtet. Ebenso lassen Sie den Ministerratsbeschluss aus dem letzten Jahr außer Acht, der in den Jahren bis 2022 200 Hektar für den Bau von bis zu 100 MW aus Photovoltaikanlagen in Freiflächenanlagen ermöglicht.

Des Weiteren hat sich die saarländische Landesregierung dazu entschlossen, eine neue Solarkampagne für eine stärkere Nutzung von Dachflächen zu starten. Diese ist bereits mit einer gemeinsamen Veranstaltung am 04. Februar 2019 zusammen mit der Arbeitskammer gestartet. Sie richtet sich besonders an Arbeitnehmer. Weitere Veranstaltungen sollen im ersten Halbjahr 2019 folgen.

Meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, ich komme zum Fazit: Die Landesregierung hat sich diese Aufgabe bereits selbst in das Arbeitsprogramm 2019 geschrieben und mit der Umsetzung begonnen. Wir werden daher Ihren Antrag ablehnen. - Danke schön.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Kollege. - Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Lutz Hecker für die AfD-Fraktion.

Abg. Hecker (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Zwei Bemerkungen zum Kollegen Zimmer: Ihr Vergleich mit den 4 Hektar hinkt meiner Ansicht nach ein bisschen, gerade mit dem Zusatz, dass nachts die Sonne nicht scheint, was natürlich korrekt ist. Allerdings ist es bei den Windkraftanlagen auch so, dass sie im Schnitt - je nachdem, wo sie stehen - nur 20 Prozent Volllaststunden im Jahr haben. Insofern hinkt der Vergleich also ein wenig.

Zum Antrag der Linksfraktion: Die installierte Leistung von Photovoltaikanlagen in Deutschland beträgt im Jahr 2018 46 Gigawatt. Wenn wir von Windkraftanlagen reden, dann beträgt sie mittlerweile 60 Gigawatt in der Summe aus onshore und offshore. Das bedeutet, dass wir ganz aktuell 106 Gigawatt Spitzenleistung oder sogar etwas aus diesen volatil anfallenden Energiequellen mehr installiert haben.

Die gesicherte Leistung hingegen, die unter allen Umständen jederzeit gewährleistet sein muss - nach Definition 99 Prozent - beträgt in Deutschland circa 80 Gigawatt oder etwas mehr. Der Anteil der Erneuerbaren, der dazu angegeben wird, beträgt weniger als 2 Megawatt. Mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, zitiere ich: „Die tatsächlichen Produktionszahlen belegen, dass die jederzeit verfügbare Windkraftkapazität in Deutschland bei unter einem Prozent der installierten Leistung liegt“, so Oliver Then, Ge-

schäftsführer des Verbandes VGB PowerTech im Handelsblatt vom 27. September 2018. Der Anteil, den die Photovoltaik leisten kann, liegt naturgemäß bei null.

Der Ausbau geht ungebremst weiter. Bis 2030 soll die installierte Leistung von Offshore-Windanlagen bei 15 Gigawatt nahezu verdreifacht werden, onshore sollen über 30 Gigawatt hinzukommen. Im Bereich von mittleren und größeren Photovoltaikanlagen soll der Zubau bis 2030 mehr als 6 Gigawatt betragen.

Im Ergebnis dieser Entwicklung haben sich die Stromverbraucherpreise in Deutschland seit dem Jahr 2000 um 111 Prozent erhöht. Während die EEG-Umlage mittlerweile stagniert, werden die maßgeblichen Preistreiber in den kommenden Jahren die Netzentgelte sein. Nicht nur die Kosten für die gewaltigen neuen Nord-Süd-Trassen, auch die Kosten für die Vorhaltung von Reservekapazitäten, für den Neubau von Kapazitätsreserven, das Vorhalten von Kapazitäten im Lastabwurf - von Milliarden-Kosten für den Ausbau von Verteilnetzen haben wir an dieser Stelle noch gar nicht geredet - sowie für anderes Herumdoktern an den Symptomen eines Desasters namens Energiewende werden für einen rasanten Anstieg unserer Strompreise sorgen.

Die Linksfraktion stellt nun fest, dass ein zentraler Punkt für den Erfolg der Energiewende die Weiterentwicklung der Speichertechnologie sei. Wenn wir einmal vom Erfolg der Energiewende weggehen, die aus unserer Sicht unter verschiedenen Gesichtspunkten nur scheitern kann, so halten wir doch auch die Entwicklung von großtechnisch anwendbaren und wirtschaftlichen Speichertechnologien für eine Grundvoraussetzung einer sinnvollen und wirtschaftlich vertretbaren Nutzung von volatil anfallenden Energieformen. Einer Förderung von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich werden wir uns dann auch nicht verschließen. Ohne solche Anlagen jedoch halten wir den Punkt 1 des Antrages für nicht sinnvoll. Eine Bevorzugung bestimmter Erzeugungstechnologien lehnen wir ab.

Weiter wird in Ihrem Antrag ein Förderprogramm der Landesregierung für Photovoltaikheimspeicher gefordert. Die Kosten für selbst erzeugten und zwischengespeicherten Strom liegen heute zwischen circa 35 und 50 Cent pro Kilowattstunde. Im Schnitt sinken die Kosten in den letzten Jahren deutlich und werden absehbar die Kurve der Stromverbraucherpreise schneiden. Dies wird umso schneller geschehen, je rasanter die Ausstiegsszenarien vorangetrieben werden. Das ist natürlich eine Folge der drastisch steigenden Verbraucherpreise infolge der Energiewende. Aus Sicht des Endkunden ist also die Anschaffung eines Heimspeichers unter dem Gesichtspunkt der Kosten und zusätzlich auch der Versorgungssicherheit eine rational nachvollziehba-

(Abg. Hecker (AfD))

re Überlegung. Das Versorgungsunternehmen und die Netzbetreiber können diesen Preiswettbewerb unter den aktuell politisch gewollten Rahmenbedingungen auf längere Sicht eigentlich nicht gewinnen.

Was spricht nun gegen Heimspeicher? Ein Großteil der Anlagen sind Lithium-Ionen-Akkus. Mittlerweile sollte sich herumgesprochen haben, dass sich die wichtigsten Förderländer und die größten Vorräte in der Atacama-Wüste in Südamerika, dem trockensten Gebiete der Erde, befinden und der Abbau unter erheblichem Wasserverbrauch und mit gravierenden Folgen für die Umwelt passiert.

Der größte Förderer von Kobalt und die größten Vorkommen wiederum befinden sich in der Demokratischen Republik Kongo. Der Abbau dort findet unter hochriskanten Bedingungen praktisch ohne Arbeitsschutz mit entsprechend vielen Todesopfern statt. In den Medien häufen sich die Berichte über Kinderarbeit. Kinder ab vier Jahren graben dort den wertvollen Rohstoff aus der Erde.

Weiterhin ist zu beachten, dass der eigentliche Sinn einer solchen Anlage ja genau darin besteht, sich weitgehend autark zu machen. Ganz geht das natürlich nicht, da eine durchschnittliche Anlage einen Haushalt kaum länger als ein bis zwei Tage versorgen kann, so lange die Sonne keinen Nachschub liefert. Grundsätzlich wird jedoch der Bezug von Strom aus dem Netz erheblich verringert.

Im Gegenzug muss jedoch die Infrastruktur des Stromnetzes auch für diesen Verbraucher vorgehalten werden, der sich aber kaum noch an den Kosten dafür beteiligt oder im Idealfall für ihn gar nicht mehr. Man könnte also sagen, der Nutzer des Heimspeichers koppelt sich unsolidarisch von den Kosten der Daseinsvorsorge ab. Die Folge ist logischerweise, dass mit jedem neuen Heimspeicher die Verbraucherkosten wiederum steigen.

Fazit aus diesen Überlegungen. Es ist jedem unbenommen und soll es auch bleiben, seine eigene Stromversorgung so zu regeln, wie er das für richtig hält. Er wird das in aller Regel nach Gesichtspunkten der Versorgungssicherheit und insbesondere der Kosten tun. Ein Eingriff des Staates in beiden Richtungen ist abzulehnen. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt eines zusätzlichen kostentreibenden Effekts für den Verbraucher lehnen wir den Antrag ab.

- Vielen Dank.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Abgeordneter. - Für die CDU-Fraktion hat nun der Kollege Günter Heinrich das Wort.

Abg. Heinrich (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion freundschaftlich aufgenommen. Er hat durchaus Sympathieeffekte. Aber ich darf Ihnen sagen, die Positionen, die Sie vertreten, sind solche, die seit vielen Jahren Gegenstand von aktiver Bundes- und Landespolitik sind und auch noch über viele Jahre hinweg Gegenstand von Bundes- und Landespolitik sein werden.

Betrachten wir uns die Situation. Der Anteil der Windenergieanlagen und der Photovoltaikanlagen an der Stromerzeugung beträgt bundesweit mittlerweile 36,5 Prozent. An diesen 36,5 Prozent ist auch das Saarland beteiligt, zugegeben, mit Sicherheit nicht in dem Ausmaß wie andere Bundesländer. Aber wenn man heute durch die Neubaugebiete fährt, wird man kaum noch ein Haus finden, das nicht mit einer PV-Anlage oder einer solarthermischen Anlage besetzt ist.

Wenn man sich auf den Schlossplatz stellt und über die Stadt Saarbrücken schaut, dann wird man viele öffentliche Gebäudeflächen finden, auf denen keine Solaranlage installiert ist. Zugegeben, das ist ein Manko. Sie stimmen in Ihrem Antrag zu, dass gerade bei Neubauten und Sanierungsarbeiten sehr wohl geprüft wird, ob PV-Anlagen errichtet werden können. Dort, wo es möglich ist, wird es auch gehen. Gleichwohl ist ein Defizit bei den öffentlichen Gebäuden festzustellen. Man muss aber sehen, dass diese das zum Teil von der Statik her nicht mitmachen.

Wir haben das Instrument der Bürgerenergiegenossenschaft; das ist eben vom Kollegen Zimmer dargestellt worden. Dabei stellen die Kommune oder das Land Flächen zur Verfügung, die kostenfrei einer Bürgerenergiegenossenschaft überlassen werden. Dort werden PV-Anlagen errichtet. Die Gemeinde zahlt für diese PV-Anlage eine Pacht und bezieht dafür den Strom aus dieser Anlage. Sie zahlt dafür eine EEG-Umlage von 40 Prozent. Der überzählige Strom wird ins Netz eingespeist.

Das ist durchaus ein System, das in der Sache nachvollziehbar und zu überprüfen ist. Insbesondere durch die aufgebauten administrativen Hürden im Rahmen der kommunalen Haushaltskonsolidierung ist zu überprüfen, inwieweit man den Kommunen entgegenkommen kann, weil es in der Tat ein Projekt ist, das förderwürdig ist und das dazu dient, dass man dem Auftrag des Klimaschutzes nachkommt. Das ist ein Projekt, das wir in der CDU-Fraktion und auch beim Koalitionspartner aufnehmen und weiterentwickeln werden.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, auf sogenannten benachteiligten landwirtschaftlichen Gebieten seien PV-Anlagen zu errichten. Dagegen sage ich, dass

(Abg. Heinrich (CDU))

Sie sich mit der Landwirtschaft auseinandersetzen müssen. Wir haben eine landwirtschaftlich nutzbare Fläche von - Herr Umweltminister, berichtigen Sie mich - etwa 80.000 Hektar. Eine benachteiligte Fläche bedeutet ja nicht, dass sie nicht für Landwirtschaft zur Verfügung steht, sondern das heißt nur, dass die Ertragskraft dieser Fläche nicht den Flächen entspricht, wo man hochpotente Ernteerträge erzielt wie zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg. Deswegen wird für die Landwirtschaft ein Ausgleich gezahlt. Unser Ziel ist es, gerade diese Flächen für die Landwirtschaft und unsere Kulturlandschaft zu erhalten und zu pflegen. Ich glaube, unter landschaftsästhetischen Gesichtspunkten ist es unratsam, auf diesen Flächen PV-Anlagen zu errichten. Ich halte das nicht für einen guten Gedanken, der zu verfolgen ist.

In Bezug auf die Stromspeicher ist festzuhalten, dass wir 470 Stromspeicher bis zum Auslaufen des Jahres 2018 gefördert haben; Kollege Zimmer hat es angerissen. Das war eine Anschubfinanzierung. Es ist vom Kollegen Zimmer richtig dargestellt worden. Die 470 genehmigten Anträge stellten eine Anschubfinanzierung dar, um ins Geschäft zu kommen. Der Markt läuft. Diese Anlagen sind rentabel. Die Investition lohnt sich. Das Geld, das dort investiert wird, kriegt man wieder raus. Es besteht überhaupt kein Anlass, solche Maßnahmen weiterhin zu fördern.

Im Übrigen besteht durch die EEG-Umlage durchaus eine Förderung, weil auch für selbstverbrauchten Strom nur eine 40-prozentige EEG-Umlage gezahlt wird. Das ist weiterhin ein Förderungstatbestand, der greift. Von daher sehen wir überhaupt keine Veranlassung, diesem Antrag so, wie er hier gestellt ist, die Zustimmung zu erteilen. Auch unter finanziellen Gesichtspunkten sind wir ein Land, das einen Haushalt verabschiedet hat, der immer noch von der Haushaltskonsolidierung betroffen ist. Da sind bei den Maßnahmen Prioritäten zu setzen, die man umsetzen will, um den Klimaschutz zu erreichen.

Wenn auf diese Weise Klimaschutz für denjenigen, der sich eine solche Anlage in den Keller stellt, kostenneutral zu betreiben ist, dann ist so dem Klimaschutz und dem politischen Willen Rechnung getragen. Von daher sehen wir keine Veranlassung, Ihrem Antrag Zustimmung zu erteilen. Wir lehnen den Antrag ab. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Kollege Heinrich. - Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion Drucksache 16/734. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer Enthalt sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/734 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die Fraktion DIE LINKE. Dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen sowie die AfD-Fraktion.

Wir kommen zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Prävention und Aufklärung bei invasiven, gebietsfremden Tier- und Pflanzenarten ist notwendig (Drucksache 16/735)

Zur Begründung des Antrages der Koalitionsfraktionen erteile ich Frau Abgeordneter Döring das Wort.

Abg. Döring (SPD):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Der Umgang, die Aufklärung und, wo erforderlich, die Beseitigung von rasant zunehmenden invasiven, gebietsfremden Tier- und Pflanzenarten bei uns werden in den kommenden Jahrzehnten eine wichtige Herausforderung im Tier- und Umweltschutz sein. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Aufklärungsarbeit in Bezug auf gesundheitliche Gefahren durch einzelne invasive Arten und der Schutz und Erhalt einheimischer Arten.

Immer mehr Tiere und Pflanzen werden durch den Menschen aus ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet verschleppt. Durch den weltweit zunehmenden Warenverkehr und Fernreisen gelangen absichtlich, unabsichtlich oder als blinde Passagiere eine Vielzahl fremdländischer Tiere und Pflanzen in unser Land, Tendenz steigend. Viele dieser Arten können sich bei uns nicht fortpflanzen oder überleben den Winter nicht. Viele der gebietsfremden Arten verschwinden schnell wieder oder aber fügen sich problemlos in Tier- und Pflanzenwelt ein. Eine Beseitigung dieser weitverbreiteten Tiere und Pflanzen aus dem Ökosystem wird häufig nicht mehr möglich sein. Weit über 600 eingeschleppte Neophyten und an die 300 Neozoen haben sich bei uns fest etabliert. Stellenweise kann dadurch die Artenvielfalt zunehmen. Oft aber haben Neozoen und Neophyten negative Auswirkungen.

Die EU hat einheitliche Mindeststandards definiert, um eine bessere Vorbeugung und Früherkennung und Reaktionen auf invasive Arten zu ermöglichen. Die gelisteten Arten sind von Region zu Region unterschiedlich verbreitet. Es bleibt daher den Mitgliedsstaaten überlassen, wie sie gegen diese vorgehen. Bei bereits etablierten Arten ist es oft ein

(Abg. Döring (SPD))

Kampf gegen Windmühlen, sodass das Ziel darin besteht, eine weitere Verbreitung zu unterbinden.

Worum geht es? Manche Arten verdrängen einheimische oder lassen sogar ganze Ökosysteme kippen. Da gilt es, frühzeitig einzugreifen. Asiatische Marienkäfer verdrängen die einheimischen, der Kamberkrebs den europäischen Flusskrebs, das Grauhörnchen das europäische Eichhörnchen. Die nordamerikanische Rippenqualle hat im Schwarzen Meer Sardellen und Sprotten nahezu ausgerottet. Jetzt siedelt sie sich in Nord- und Ostsee an. Wenn es einmal so weit gekommen ist, kann man die Verbreitung nur noch versuchen einzuschränken.

Die chinesischen Wollhandkrabben wandern über Flüsse und Kanäle in unsere Flussmündungen ein. Der Signalkrebs ist resistent gegenüber der ebenfalls aus Nordamerika stammenden Krebspest und brachte einen neuen, hochvirulenten Stamm des Erregers nach Europa. Zusätzlich ist der Signalkrebs aggressiver als einheimische Flusskrebse und wird im Vergleich zu Steinkrebs und Dohlenkrebs auch deutlich größer und produziert mehr Nachkommen. Er ist den heimischen Arten damit in direkter Konkurrenz überlegen und verdrängt diese vollständig aus ihren Lebensräumen. Der Signalkrebs, der ursprünglich als Speisekrebs aus Amerika eingeführt wurde, ist Überträger der Krebspest, eine todbringende Gefahr für unseren einheimischen Edelkrebs.

Bei invasiven Pflanzenarten ist der Riesenbärenklau wohl jedem bekannt. Der Riesenbärenklau, auch Bärenkrallen, Herkulesstaude oder Herkuleskraut genannt, ist eine Pflanzenart aus der Familie der Doldenblütler. Ursprünglich stammt sie aus dem Kaukasus und ist in Europa ein invasiver Neophyt. Der Riesenbärenklau bildet photosensibilisierende Substanzen aus der Gruppe der Furocumarine, die in Kombination mit Sonnenlicht und auch stärkerem Lampenlicht phototoxisch wirken. Berührungen in Verbindung mit Tageslicht können beim Menschen und anderen Säugetieren zu schmerzhaften Quaddeln und Blasen führen, die schwer heilen und wie Verbrennungen erscheinen. Der Umgang mit der Pflanze ist deshalb nur mit vollständiger Schutzkleidung und Gesichtsschutz möglich. Die Bekämpfung ist mühsam. Allerdings werden bei uns durch großflächige Beweidung mit Schafen und Ziegen mittlerweile beachtliche Erfolge erzielt.

Der aus Nordamerika stammende Waschbär sieht zwar putzig aus, stellt aber besonders für Greifvögel eine ernste Gefahr dar. Der Waschbär ernährt sich von Pflanzen, Wirbellosen und Wirbeltieren. Das sich in Deutschland rasant verbreitende Tier macht sich gerne über die Nester gefährdeter Vögel her, wobei der Waschbär selbst ja nicht weiß, dass sie bei uns gefährdet sind.

Zur Vermeidung von Schäden gilt es, die Bevölkerung über passive Abwehrmechanismen und die Vermeidung von Fütterung zu informieren. Falsch verstandene Tierliebe führt dazu, dass sich beispielsweise durch Füttern die Lebensbedingungen für den Waschbären weiter verbessern und die Tiere vermehrt in den Siedlungsbereich gezogen werden. Gleiches gilt für leichte Zugänglichkeit von Nahrungsressourcen. Auch zur Prävention von Schäden an Gebäuden ist ein verstärkter Informationsfluss vonnöten.

Der Waschbär ist extrem anpassungsfähig in Bezug auf Nahrung und Lebensraum und er erobert in Ökosystemen bisher unbesetzte Nischen. Der Waschbär wird beispielsweise für den Niedergang der stark gefährdeten europäischen Sumpfschildkröte verantwortlich gemacht. Gefährdet sind Reptilien und auch deren Eier. In Sachsen-Anhalt hat der Waschbär Europas größte Graureiherkolonie, die circa 420 Brutpaare zählte, nahezu ausgelöscht. In anderen Bundesländern, wie beispielsweise Thüringen, hat der Waschbär bereits jeden fünften Horst des Uhus erobert. Bei der Eroberung von Baumhöhlen steht er in Konkurrenz zu Wildkatze, Waldkauz, Baumarder und vielen anderen. Auch wenn das Saarland derzeit noch keine größeren Waschbärbestände verzeichnet, ist davon auszugehen, dass der Bestand in den nächsten Jahren vehement zunehmen wird.

Der Waschbär unterliegt im Saarland dem Jagdrecht und hat eine Schonzeit vom 01. März bis 31. Juli. Der größte Teil der getöteten Waschbären fiel in den letzten 10 Jahren bei uns dem Straßenverkehr zum Opfer. Natürliche Feinde wie Rotluchse, Wölfe, Riesenschlangen, Bären und andere Raubtiere spielen keine entscheidende Rolle als Todesursache, zumal größere Räuber in vielen Gebieten durch den Menschen ausgerottet wurden oder es sie in unserem Land einfach nicht gibt. De facto hat der Waschbär bei uns keine natürlichen Feinde.

Die bundesländerübergreifend abgestimmten Maßnahmen zur Bekämpfung der gelisteten Tier- und Pflanzenarten wurden unter Beachtung der EU-Empfehlung in Managementmaßnahmenblättern zusammengefasst. Das Saarland hat die abgestimmten Maßnahmenblätter für Arten der Unionsliste, wonach sich die Bundesländer bei der Bekämpfung der Arten vom Grundsatz her richten sollen, veröffentlicht und hat parallel dazu durch das Ministerium für Umwelt auch eine Broschüre über die im Saarland vorkommenden invasiven Arten über die Unionsliste hinaus erarbeitet. Professionell tätige Saatguthändler im Saarland werden sensibilisiert, um den Einsatz von heimischen Pflanzenarten zu fördern.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Umweltministerium hier schon frühzeitig tätig wurde und dafür Sorge trägt, dass jetzt schon in Natura-2000-Gebieten und Naturschutzgebieten die Bekämpfung inva-

(Abg. Döring (SPD))

siver Arten erfolgt. Außerhalb dieser Gebiete sind allerdings Gemeinden und private Grundstücksbesitzer verantwortlich. Wichtig ist auch der verstärkte Schutz heimischer Arten, das Umsetzen konkreter Maßnahmen, die über die allgemein beschriebenen Maßnahmen in den Maßnahmenblättern hinausgehen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die saarländische Landesregierung sich im Rahmen der saarländischen Ratspräsidentschaft in der Großregion dafür einsetzen wird, regelmäßig Informationen auszutauschen, und sich über Maßnahmen bezüglich invasiver Arten abstimmt. Das Bestreben der saarländischen Landesregierung, die Problematik der invasiven, gebietsfremden Arten in den Biologieunterricht zu integrieren und damit für dieses Problem schon Schulkinder zu sensibilisieren und ein Verantwortungsgefühl in den nachfolgenden Generationen zu wecken, ist wichtig und zukunftsorientiert. Dies unterstützen wir ausdrücklich. Ich bitte um Zustimmung für den Antrag. - Vielen Dank!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Abgeordnete Döring. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Kollege Ralf Georgi für die DIE LINKE-Landtagsfraktion.

Abg. Georgi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als im vergangenen Jahr viele Gartenfreunde googelten, welche Raupen in ihren Buchsbäumen sind, fanden sie schnell den Übeltäter, den Buchsbaumzünsler, der zu Beginn des 21. Jahrhunderts aus Asien nach Mitteleuropa eingeschleppt wurde. Die Raupen haben sehr viele Buchsbäume in saarländischen Gärten gefressen. Da half meistens nur noch eines: befallene Pflanzen ausgraben und verbrennen.

An diesem Beispiel kann man sehen, welche Schäden invasive Tier- und Pflanzenarten anrichten können, die von Natur aus nicht bei uns vorkommen.

(Vizepräsident Heinrich übernimmt den Vorsitz.)

Schlimmer ist noch, dass manche dieser Arten sogar den Bestand der heimischen Fauna und Flora erheblich gefährden können. Das ist die Kehrseite der Globalisierung. Invasive Arten gelten als Gefährdung der biologischen Vielfalt. Sie verbreiten sich schnell und haben oft keine natürlichen Feinde. Das kann sogar dazu führen, dass sie einheimische Pflanzen und Tiere verdrängen und somit unser heimisches Ökosystem gefährden. Wir brauchen geeignete Lösungen, damit wir wissen, wie wir mit invasiven Arten umgehen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufhebung der Schonzeit zur Bejagung des Waschbären wird vom Tierschutzbund strikt abgelehnt. Die Tierschützer argumentieren, die Jagd habe bisher nichts gebracht, da frei werdende Reviere sofort von anderen Waschbären besetzt werden. Sie empfehlen stattdessen die Kastration möglichst vieler Tiere. Wir denken, dass beide Maßnahmen zielführend sind, um die heimische Biodiversität zu bewahren. Mit einem gebündelten Maßnahmenpaket sollten invasive Tier- und Pflanzenarten im Saarland bekämpft werden. Wir unterstützen den Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Herr Kollege. - Für die CDU-Landtagsfraktion rufe ich Frau Abgeordnete Petra Fretter auf.

Abg. Fretter (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Ich hoffe, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dieser späten Stunde doch noch etwas aufnahmebereit sind, um meinen Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt folgen zu können.

Ich bin sehr froh, dass wir uns heute mit dem Thema der invasiven Arten befassen, können diese doch weitreichende Auswirkungen und Veränderungen in unserer Pflanzen- und Tierwelt bewirken. Ich habe auch ein Zitat dazu gefunden, und zwar von Willy Meurer: „Flora und Fauna sind von Natur aus auf einander abgestimmt. Nur der Mensch stört immer wieder diese Symbiose.“ Es stimmt nicht ganz, dass das nur der Mensch ist, aber zum Großteil schon. Pia Döring hat anhand der Reisetätigkeiten-Verschleppung schon das eine oder andere dazu gesagt.

Auch der Zeitpunkt ist richtig, dass wir das Thema heute behandeln, da wir uns mit großen Schritten in Richtung Frühjahr bewegen. Zartes Grün lässt sich langsam überall blicken und erfreut unsere Augen, aber auch unsere Herzen. Verbunden damit beginnt auch wieder die Pflanz- und Saatzeit. Auch der Nachwuchs vieler Tiergattungen erblickt das Licht der Welt.

Bei der Vorbereitung dieses Antrages wurde mir die Frage gestellt, was „invasive gebietsfremde Arten“ bedeutet. Eigentlich ist die Definition ganz einfach. Wenn man will, kann man das unter Wikipedia nachlesen. Invasiv bedeutet „eindringen, einfallen“ und gebietsfremd heißt „nicht heimisch“. Bei dem heutigen Thema befassen wir uns also mit einer sogenannten biologischen Invasion, die die Gefahr einer Verdrängung heimischer Arten bedeuten kann. Das hört sich schlimm an.

(Abg. Fretter (CDU))

Deshalb finde ich es ungemein wichtig, dass diese uns alle betreffende Problematik öffentlich vermittelt wird, die Menschen dadurch sensibilisiert und zu präventivem Handeln veranlasst werden. Worum geht es denn genau? Wie können wir unserer heimischen Pflanzen- und Tierwelt helfend unter die Arme - respektive die Pfoten, Flügel, Flossen, Äste und Blüten - greifen und ihren Lebensraum schützen, um ein Überleben zu garantieren? Mag sein, dass viele dieser invasiven Arten in unseren Breitengraden nicht überleben können und wieder verschwinden oder dass sie sich ohne Schaden und Probleme anpassen. Fakt ist aber, dass andere wiederum erhebliche Schäden bewirken können und das nicht nur bei uns im Saarland.

Am 01.06.2018 hat sich der IPR, der Interregionale Parlamentarierrat, eingehend mit diesem Thema beschäftigt und dazu entsprechende Empfehlungen an die Landesregierung verabschiedet, die ganz im Sinne der deutsch-französischen Kompetenz für Europa sind, wie in der Regierungserklärung auch schon angesprochen wurde. In der Diskussion wurden einige Aspekte schwerwiegender Probleme im Zusammenhang mit einer grenzüberschreitenden Ausbreitung dieser invasiven Pflanzen und Tierarten angesprochen, unter anderem die Folgen für die Artenvielfalt und die Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen, aber auch die hohe wirtschaftliche Belastung. Damit sind die Ausgaben gemeint, die es aufzubringen gilt, um diese Entwicklung aufzuhalten. Man spricht inzwischen von 12 bis 20 Millionen Euro Kosten jährlich in der EU und zählt biologische Invasion mittlerweile als zweitbedeutendste Ursache für den Biodiversitätsverlust auf der ganzen Welt. Tim Kasten, stellvertretender UNEP-Direktor hat dazu gesagt: „Die Kosten für die Wiederherstellung beschädigter Ökosysteme sind zehnmal höher als der Naturschutz selbst.“

Nicht umsonst wurde 2017 das Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) (...) über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten durch den Bundestag und den Bundesrat verabschiedet. Welche Möglichkeiten und Chancen haben wir nun und was ist zu tun? Sicherlich sind Prävention und Früherkennung die ersten wichtigen Ansätze dabei. Dazu bedarf es einer Aufklärung, schon in der Schule im Biologieunterricht, aber auch allgemein in der Bevölkerung.

Die Pflanzzeit beginnt bald wieder. Man freut sich, dass der Frühling an die Tür klopft und die Arbeit im Garten beginnen kann. Der Garten soll bald wieder in den prächtigsten Farben blühen und uns erfreuen. Die Gärtnereien, größere Handelsketten sowie die Internetportale bieten ein schier unüberschaubares Sortiment an Pflanzen an. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass gerne nur nach Aussehen und Farben

eingekauft wird, wenn einen die bunte Blütenvielfalt in Katalogen, Anzeigen und live im Verkauf anlockt. Dem ist grundsätzlich auch nichts entgegenzusetzen, aber Hand aufs Herz: Wer von uns hat dabei schon mal nach Herkunft und Verträglichkeit im Hinblick auf unsere heimischen Arten einen Gedanken verschwendet? Das ist genau die Frage, die sich jeder stellen sollte.

Deshalb ist es so wichtig, diese Themen in der Öffentlichkeit breit zu transportieren und Aufklärungsarbeit zu betreiben. Genau das wollen wir bei der Bevölkerung, aber auch bei Saatguthändlern, Landschaftsgestaltern, Gärtnern, Landwirten etc. fortgesetzt sehen. Am besten sollen heimische Arten dabei im Angebot und natürlich im Verkauf gefördert werden. Als weitere Management-Ziele sind die Kontrolle und Eindämmung, aber auch die Ausrottung dieser gefährlichen Arten, am besten natürlich mit umweltschonenden innovativen Methoden, wie zum Beispiel - das wurde eben auch erwähnt - die schon erfolgreichen Beweidungsmethoden beziehungsweise -techniken.

Es sei hier erwähnt, dass die Naturlandstiftung in ihrem Tätigkeitsbericht 2018 über Projekte berichtet, bei denen durch Ausbringen von regionalem Saatgut auf intensiv genutzten Ackerflächen wieder artenreiches Grünland entwickelt wurde. Erstmals wurde in der Gemarkung Haustadt sogar gebietsheimisches Saatgut auf gut 2.500 m² ausgebracht. Durch Beweidungsprojekte konnten auch die invasiven Pflanzenarten wie Kanadische Goldrute und Späte Traubenkirsche nach drei Jahren zurückgedrängt werden. Dabei konnte ein positives Fazit gezogen werden.

Ebenso steht weiterhin die Bekämpfung des Riesenbärenklaus an, da dieser bei Hautkontakt besonders gesundheitsschädliche Wirkungen verursacht. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, dass wir in meinem Heimatdorf vor vielen, vielen Jahren Riesenprobleme damit hatten. Durch die Beweidung wurde an der Stelle, wo die Beweidung erfolgte, der Bärenklau komplett zurückgedrängt. Ein toller Erfolg, meine ich.

An dieser Stelle möchte ich auch einmal herzlichen Dank der Naturlandstiftung, den Landwirten und Vereinen sagen, die genau in diesem Sinne verantwortliche und unverzichtbare Arbeit für die biologische Vielfalt leisten.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich bin mir aber auch im Klaren, dass es bei Maßnahmen zwecks Eindämmung invasiver und schädlicher Tierarten auch immer wieder heftige Diskussionen bei den Tierschützern gibt, Kollege Georgi hat das ja schon angesprochen. Ich tue mich da ehrlich gesagt auch immer etwas schwer, das gebe ich zu. Nicht die Tiere tragen Schuld an der schwierigen Situation, sondern meist der Mensch alleine. Wenn

(Abg. Fretter (CDU))

auch durch den Klimawandel und die veränderten, milderen Temperaturen manche Insekten und Kleintiere von sich aus zu uns wandern, sind nachweislich andere Schädlinge wie Waschbär, Bisamratte, Nilgans, verschiedene Krebs- und Fischarten etc. absichtlich eingeführt worden. Ihr Gefährdungspotenzial für die heimische Flora und Fauna reicht unter anderem von Nahrungskonkurrenz über Nest- und Laichräuber bis hin zu Krankheitsübertragung - alles wirklich nicht zu unterschätzen. Deshalb ist die Jagd und Fischerei in Bezug auf solche Tierarten leider unverzichtbar.

Das MUV hat in einem seiner ersten Schritte bereits 2016 reagiert mit einer Broschüre für die Öffentlichkeit. Ich habe sie einmal mitgebracht.

(Die Rednerin hält eine Broschüre hoch.)

Die kann man auch im Internet herunterladen. Sie ist wirklich sehr ausführlich geschrieben. Damit ist das Ministerium damals einer Empfehlung des IPR bezüglich Aufklärung prinzipiell schon zuvorgekommen. Es ist ein umfassendes Schriftwerk, das übersichtlich und verständlich über die zurzeit circa 35 bekannten nichtheimischen Tiere und Pflanzen anhand von Artensteckbriefen informiert, ebenso über das Entstehen dieses Problems mit Auswirkungen auf Natur, Umwelt und Gesundheit, und Handlungsempfehlungen sowie Hilfestellungen gibt. Es ist ein wirklich gutes Handbuch, das auch im Internet auf der Seite des MUV heruntergeladen oder eingesehen werden kann.

Aber auch das Aufspüren neuer, noch nicht katalogisierter fremder Arten muss ein Ziel sein, denn die Verbreitung durch den Menschen wird durch die vielen Reisen und den weltweiten globalen Verkehr nicht abrupt aufhören. Gemeinsames grenzüberschreitendes Monitoring, dabei alle Daten in einem Erfassungsportal sammeln und auswerten, systematisch Bekämpfungsmaßnahmen ausarbeiten und anwenden - das alles sind weitere Schritte, um unsere heimische Pflanzen- und Tierwelt zu schützen, und stehen als Ziele in unserem Ihnen heute vorliegenden Antrag. Sie sehen, jeder kann einen Beitrag dazu leisten, die biologische Vielfalt zu schützen und zu unterstützen. Ich bitte Sie deshalb herzlichst, unseren Antrag zum Wohle der Artenvielfalt bei Pflanzen und Tieren zu unterstützen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Danke, Frau Kollegin. - Ich rufe für die AfD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr auf.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt wieder

einen Antrag der Regierungsfractionen. Er richtet sich diesmal nicht an die Regierung, aber es ist von der Regierung die Rede, von all dem Guten, was sie macht. Da steht zum Beispiel: „Der Landtag des Saarlandes begrüßt, dass die saarländische Landesregierung dafür Sorge trägt (...)“. Die macht also was. Oder beim übernächsten Spiegelstrich heißt es: „Der Landtag des Saarlandes begrüßt, dass die saarländische Landesregierung in Fortführung der bisherigen guten Arbeit (...)“. In meinen Augen ist das also ein reiner Propaganda-Antrag,

(Zuruf von der CDU)

der nur dazu da ist, den Regierungsfractionen und dem Minister - der wird ja auch noch etwas sagen - Redezeit einzuräumen, um hier Dinge vorzutragen, für die sowieso jeder ist. Man hat sich aber noch einmal der Bevölkerung gezeigt. Weil es ein Propaganda-Antrag ist, werden wir uns der Stimme enthalten.

(Beifall von der AfD. - Sprechen und vereinzelt Zurufe.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Ich rufe für die saarländische Landesregierung den Minister für Umwelt- und Verbraucherschutz Reinhold Jost auf.

Minister Jost:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte es relativ kurz halten, denn das war wieder ein Beitrag dazu, was man unter „gebietsfremde Arten“ in einer parlamentarischen Demokratie zu verstehen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Mein Opa hätte gesagt: Pure Neimerderei, kein Interesse am Erfolg. - Man ist zwar der gleichen Meinung, aber es wäre unschicklich, dem auch noch zuzustimmen. Dann sucht man ganz verzweifelt das Haar in der Suppe. Eigentlich müsste das ja vom Gedankengut her Ihrer Partei entgegenkommen. Hier geht um die Abwehr gebietsfremder Arten, es geht um die Bekämpfung von Invasoren, von Eindringlingen, die uns nur Geld kosten, ob sie aus der Fauna oder der Flora kommen! Ich sage Ihnen eines: Wenn es noch eines Beitrages bedurft hätte, um zu zeigen, was hier teilweise für Schwachstecker rumlaufen und dafür einen Haufen Geld bekommen, war dies eben ein Paradebeispiel. Der Herrgott hat einen großen Garten und wir haben gerade wieder gesehen, wer darin herumläuft. - Vielen Dank für die Unterstützung dieses Antrages.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Vizepräsident Heinrich)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 16/735. Wer für die Annahme der Drucksache 16/735 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/735 einstimmig angenommen wurde. Zugestimmt haben die Regierungsfractionen und die

DIE LINKE-Landtagsfraktion, enthalten hat sich die AfD-Landtagsfraktion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.